



Tätigkeitsbericht der Landrätin über die Arbeit der Kreisverwaltung Teltow-Fläming 2013

Inhaltsverzeichnis (3 Seiten)

Landratsbereich.....	1
Öffentlichkeitsarbeit.....	1
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit.....	1
Web-Entwicklung/Online-Redaktion	2
Organisation von Veranstaltungen und Messen	3
Partnerschaftliche Beziehungen	4
Beteiligungsmanagement.....	5
Amt Wirtschaftsförderung und Investitionsmanagement.....	6
Sachgebiet Wirtschaft und Investitionsmanagement.....	6
Sachgebiet Arbeitsmarktpolitik.....	8
Sachgebiet Tourismus	11
Sachgebiet Personal und Organisation.....	14
Aufgabenbereich Personal.....	14
Aufgabenbereich Organisation	17
Untere Kommunalaufsichtsbehörde	18
Rechnungsprüfungsamt	19
Behinderten- und Seniorenbeauftragte	21
Stellungnahmen.....	21
Beratungen	21
Höhepunkte	21
Gleichstellungs- und Integrationsbeauftragte.....	23
Zuwanderer.....	23
Projekte zum Thema Toleranz und Engagement	24
Gleichstellung von Mann und Frau	24
Beauftragter zur Korruptionsprävention und -bekämpfung (Antikorruptionsbeauftragter)	25
Behördlicher Datenschutzbeauftragter	25
Schulung.....	25
Beratung	25
Beschwerdebearbeitung, Kontrollen.....	25
LAG Brandenburg	25
Dezernat I.....	26
Hauptamt.....	26
Sachgebiet Zentralverwaltung und Beschaffung.....	26
Sachgebiet ADV	27
Wahlen und Abstimmungen.....	27
Kämmerei.....	29
Sachgebiet Kasse und Vollstreckung	29
Sachgebiet Geschäftsbuchhaltung	30
Straßenverkehrsamt.....	32
Sachgebiet Kfz-Zulassung	32
Sachgebiet Fahrerlaubniswesen und Fahrschulwesen.....	32

Sachgebiet Verkehrsordnungswidrigkeiten.....	32
Sachgebiet Verkehrssicherheit und -lenkung	33
Dezernat II.....	38
Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt.....	38
Sachgebiet Veterinärwesen	38
Sachgebiet Lebensmittelüberwachung	40
Sozialamt	43
Sachgebiet Sonstige soziale Leistungen	43
Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG), Brandenburgisches Ausbildungsförderungs-gesetz (Bbg AföG) und Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG)	44
Gesundheitsamt	50
Psychiatriekoordination.....	50
Gesundheitsförderung und Prävention	50
Gesundheitsberichterstattung.....	53
Sachgebiet Hygiene/Umweltmedizin	54
Sachgebiet Amtsärztlicher und sozialmedizinischer Dienst.....	55
Sachgebiet Kinder- und Jugendgesundheitsdienst (KJGD).....	56
Sachgebiet Zahnärztlicher Dienst	57
Sachgebiet Sozialpsychiatrischer Dienst.....	60
Dezernat III	61
Ordnungsamt	61
Sachgebiet Allgemeine Sicherheit und Ordnung	61
Sachgebiet Ausländer- und Personenstandswesen	64
Sachgebiet Brand- und Katastrophenschutz	66
Untere Bauaufsichtsbehörde.....	71
Umweltamt	74
Allgemein	74
Amtsleiterbereich	74
Sachgebiet Wasser, Boden, Abfall	77
Sachgebiet untere Naturschutzbehörde	79
Landwirtschaftsamt	82
Sachgebiet Agrarförderung.....	82
Sachgebiet Agrarstruktur	83
Dezernat IV.....	87
Kreisentwicklungsamt	87
Allgemeine Aufgabenschwerpunkte:.....	87
Kataster- und Vermessungsamt.....	95
Einführung des Amtlichen Liegenschaftskataster-Informationssystems (ALKIS).....	95
Bauamt.....	97
Sachgebiet Hochbau	97
Sachgebiet Liegenschaften.....	98
Sachgebiet Straßenwesen.....	99
Kreisstraßenmeisterei.....	100

Dezernat V.....	101
Jugendamt	101
Allgemeines	101
Stabsstelle	101
Sachgebiet Jugend- und Familienförderung	104
Sachgebiet Familienunterstützende Hilfen	105
Sozialpädagogischer Dienst	106
Sachgebiet Unterhalt	108
Amt für Bildung und Kultur	110
Sachgebiet Schulverwaltung und Kultur - Aufgaben.....	110
Kultur	110
Museum des Teltow.....	111
Volkshochschule Teltow-Fläming	111
Kreismusikschule Teltow-Fläming	113
Kreismedienzentrum.....	113
Förderung des Sports	115
Untere Denkmalschutzbehörde	116

Landratsbereich

Öffentlichkeitsarbeit

Der Bereich Öffentlichkeitsarbeit ist zuständig für die Außendarstellung der Kreisverwaltung und Ansprechpartner für Journalisten, Bürger, Behörden und Firmen.

Die Aufgaben des Bereiches Öffentlichkeitsarbeit umfassen vier Themenschwerpunkte:

- Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
- Web-Entwicklung/Online-Redaktion
- Organisation von Veranstaltungen/Protokoll/Ehrungen
- Partnerschaftliche Beziehungen

Der zuletzt genannte Aufgabenbereich lag hauptsächlich in der Verantwortung der Büroleiterin und Europabeauftragten, die hier eng mit dem Bereich Öffentlichkeitsarbeit zusammenarbeitet.

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Medienarbeit

Pro Arbeitstag erreichen die Kreisverwaltung ca. zwei bis drei telefonische Anfragen und Interviewwünsche von Journalisten. Es wird – gemäß Pressegesetz des Landes Brandenburg – umgehend reagiert.

Im Jahr wurden ca. 350 Presse-Informationen erstellt. Sie resultieren aus Zuarbeiten der Ämter oder wurden selbstständig erarbeitet. Für den Versand von Presse-Informationen wird ein themenspezifischer Medienverteiler ständig aktualisiert. Die Presse-Informationen sind außerdem in einem eigenen Presseservice und per Newsfeed auf den Internetseiten des Landkreises abrufbar.

In Zusammenarbeit mit den Ämtern und nachgeordneten Einrichtungen wie z. B. Musikschule, Volkshochschule oder Museum des Teltow wurden im Jahr 182 anlassbezogene Pressetermine und -gespräche zu unterschiedlichsten Themen angeboten. Die Termine werden in vielen Fällen organisatorisch betreut sowie redaktionell vor- und nachbereitet (Aufbereitung als Presse-Info, Berichterstattung auf der Homepage).

Der Bereich Öffentlichkeitsarbeit veröffentlicht im Amtsblatt für den Landkreis Teltow-Fläming ausschließlich amtliche und gesetzlich vorgeschriebene Bekanntmachungen. Es erscheint unregelmäßig in Abhängigkeit von den vorgeschriebenen Veröffentlichungsfristen. In diesem Jahr gab es 40 Ausgaben.

Anzeigen

Es wurden ca. 20 Anzeigen in Auftrag gegeben, die in der Märkischen Allgemeinen Zeitung, der Lausitzer Rundschau, auf den Internetseiten des Landkreises sowie in einigen Fällen in Fachzeitschriften veröffentlicht wurden.

Reden, Grußworte, weitere Schreiben

Im Berichtszeitraum wurden rund 100 Grußworte, Reden, Laudationes, Glückwunsch- und Kondolenzschreiben, Präsentationen u. ä. Dokumente für die unterschiedlichsten Zwecke erarbeitet. In dieser Zahl nicht einbegriffen sind zahlreiche Zuarbeiten für Verlagspublikationen (Texte, Fotos, Wappen, Logo) sowie weitere Text- und Fotoarbeiten für einzelne Ämter der Kreisverwaltung.

Druckerzeugnisse

Im Bereich Öffentlichkeitsarbeit wird die Einhaltung der Richtlinien des Corporate-Design-Handbuchs überwacht. Bei Bedarf werden Agenturen, die in Zusammenarbeit mit den Ämtern der Verwaltung Druckerzeugnisse erstellen, die entsprechenden Vorgaben zur Verfügung gestellt und erläutert.

Mehr als 30 Veröffentlichungen der Ämter wurden im Haus redaktionell und gestalterisch betreut. Dies umfasste Faltblätter, Broschüren, Kataloge und Ausstellungstafeln. Darüber hinaus wird hausintern umfangreiche Amtshilfe bei der Korrektur von Dokumenten, Briefen u. ä. geleistet.

Ein großes Projekt war 2013 die Erstellung einer Dokumentation „20 Jahre Landkreis Teltow-Fläming“ in Form einer Ausstellung, die erstmals zum Tag der offenen Tür am 5. Mai im Kreishaus gezeigt wurde. Konzeption, Texte (in Zusammenarbeit mit dem Museum des Teltow) und Fotos lieferte der Bereich Öffentlichkeitsarbeit, das Layout wurde in enger Zusammenarbeit mit einer Gestalterin erarbeitet.

Weitere Aufgaben

- Mitarbeit im Katastrophenschutz-Stab des Landkreises (pressetechnische Begleitung von Großübungen, Öffentlichkeitsarbeit in besonderen Situationen).
Im November fand eine Landestierseuchenübung über mehrere Tage statt. Die Mitarbeiter des Bereiches nahmen an den Sitzungen des Katastrophenschutzstabes teil, übernahmen die Medienarbeit, die Betreuung der Pressevertreter vor Ort und fertigten eine Fotodokumentation an.
- Führungen durch das Kreishaus und die Verwaltung, hauptsächlich für Schulklassen, Mitglieder von Vereinen und Organisationen und Seniorengruppen
- Betreuung der Postfächer buergeranfrage@teltow-flaeming.de und info@teltow-flaeming.de

Großen Raum nahm im Jahr die Landratswahl ein. Neben der ausführlichen Information für die Bürger standen das große Interesse der Medien und deren zahlreiche Auskunftersuchen im Vordergrund. Hinzu kamen umfangreiche Recherchen im Zusammenhang mit der Ausschreibung der Landratsstelle nach der erfolglosen Direktwahl.

Web-Entwicklung/Online-Redaktion

Im Bereich ist die Erstellung, Weiterentwicklung, technische und redaktionelle Betreuung der Internetseiten des Landkreises und seiner nachgeordneten Einrichtungen angesiedelt.

Des Weiteren unterstützen die Webentwickler die ADV bei der Serverbetreuung und einzelnen Projekten wie der Entwicklung von Scripten und der Auswertung von Logdateien.

Zurzeit werden 28 Sites und 15 Web-Applikationen betreut. Die Zahl der Besuche und Aktionen stieg allein auf www.teltow-flaeming.de von 233.407 bzw. 910.797 im Jahr 2012 auf 270.598 bzw. 1.142.840 im Jahr 2013.

Im ersten Halbjahr konzentrierte sich die Webentwicklung auf die technische und gestalterische Erstellung der Homepages folgender nachgeordneter Einrichtungen:

- www.vhs.teltow-flaeming.de
- www.museum.teltow-flaeming.de
- www.musikschule.teltow-flaeming.de
- www.schullandheim.teltow-flaeming.de
- www.medienzentrum.teltow-flaeming.de

Im Rahmen der Landestierseuchenübung wurde eine Homepage für besondere Situationen erstellt, die bei Bedarf vor die allgemeine Seite des Landkreises geschaltet werden kann und dem Bürger neben aktuellsten Informationen die Möglichkeit zur Interaktion gibt.

Die Entwicklung einer Homepage ist nie abgeschlossen. So müssen immer wieder neue technologisch begründete Anforderungen (neue Webstandards, neue Endgeräte, eine höhere Qualität der Bilddarstellung oder die Abhängigkeit von Technologien) berücksichtigt werden. Auch die Erwartungen und Anforderungen der Nutzer verändern sich und wachsen. Das hat ebenfalls Auswirkung auf die Arbeit der Webentwickler.

Die Online-Redaktion betreut die Internet-Redakteure und unterstützt die Ämter der Kreisverwaltung bei der Konzipierung eigener Unterportale unter www.teltow-flaeming.de bzw. bei der Darstellung spezieller Themen auf der Homepage des Landkreises.

Der Webauftritt www.teltow-flaeming.de bildet das Dienstleistungsangebot der Kreisverwaltung ab und informiert ausführlich über den Landkreis, bietet Kontaktmöglichkeiten, eine Dienstleistungsdatenbank und einen Formularservice. Hier wie auf den anderen Internetpräsenzen werden regelmäßig aktuelle Meldungen eingestellt (Mitteilungen der Verwaltung und wichtige Informationen über den Landkreis). Für die Homepage des Landkreises wurden 2013 mehr als 600 Meldungen recherchiert und publiziert. Damit enthielt der Internet-Auftritt per 31.12.2013 fast 8000 Meldungen, von denen ein Großteil im Archiv der Website nachzulesen ist.

Organisation von Veranstaltungen und Messen

Zu den Aufgaben des Bereiches Öffentlichkeitsarbeit gehören – in enger Zusammenarbeit mit dem Hauptamt und den jeweiligen Fachämtern –

➤ *das Erstellen von Konzepten und Organisieren von größeren Veranstaltungen im Landkreis*

- Neujahrsempfang zum Thema „Landkreis Teltow-Fläming“ – ein Ort mit Zukunft“ mit begleitender Ausstellung im Kreistags-Saal und Verleihung der Teltow-Fläming-Preise am 18. Januar
- 2. Tag der offenen Tür im Kreishaus mit den Themen „20 Jahre Landkreis Teltow-Fläming“ und „10 Jahre Partnerschaft mit dem polnischen Landkreis Gniezno“ am 25. Mai
- Behinderten- und Skaterfest in Kolzenburg am 8. September
- Feierstunde zum „Tag des Ehrenamtes“ am 10. Dezember
- Feierstunde zur Übergabe der Aktenpatenschafts-Urkunden am 12. Dezember

➤ *die Vorbereitung und Begleitung von Informations- und Arbeitsbesuchen*

- Arbeitsbesuch der Ministerin für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg, Dr. Martina Münch, am 22. August
- Arbeitsbesuch des Ministerpräsidenten Dr. Dietmar Woidke am 6. Dezember

➤ *die Unterstützung von Veranstaltungen sowie Messen*

- Internationale Grüne Woche (Dokumentation, Pressearbeit)
- Organisation und Betreuung der Wahlbüros am 24. März und 14. April zur Landratswahl
- AERO Friedrichshafen (Präsentation Flugplatz Schönhagen) vom 24. bis 27. April
- Tag der offenen Tür im Feuerwehrtechnischen Zentrum in Luckenwalde am 10. August

Die Medien wurden vorab über Präsentationen des Landkreises auf Messen und über stattfindende Veranstaltungen sowie im Anschluss über die Ergebnisse informiert. Bei allen Besuchen, Veranstaltungen und Präsentationen wurden Fotodokumentationen erstellt.

Partnerschaftliche Beziehungen

Im Rahmen der partnerschaftlichen Beziehungen zum polnischen Landkreis Gniezno fanden folgende Begegnungen statt:

- zu den Neujahrsempfängen beider Landkreise
- zu den Erntefesten beider Landkreise
- anlässlich des Tags der offenen Tür
- anlässlich der Landestierseuchenübung
- zur Wirtschaftswoche TF

Der 10. Jahrestag der Unterzeichnung des Partnerschaftsabkommens zwischen dem Kreis Gniezno und dem Landkreis Teltow-Fläming wurde im Rahmen des Tags der offenen Tür in Luckenwalde begangen. Neben einer Delegation von Vertretern aus Verwaltung und Politik waren auch zwei Musikgruppen aus Gniezno zu Gast, die auf der Bühne das Festprogramm mitgestalteten. Höhepunkt der Feierlichkeiten war ein festlicher Empfang am Abend im Kreishaus. Daran nahm auch Kreisdirektor Dr. Conradi aus dem Partnerkreis Paderborn teil.

Weiterhin unterstützte der Landkreis:

- Aktivitäten der Freiwilligen Feuerwehren (z. B. Kreisjugendfeuerwehrlager),
- Begegnungen von Mitgliedern der Behindertenverbände beider Landkreise.

Beteiligungsmanagement

Der Landkreis engagiert sich in verschiedenen Gesellschaften, von denen einige nicht unerheblich zur Schieflage der kreislichen Finanzen beitragen. Eine der wichtigsten Aufgaben stellt die Konsolidierung des Kreishaushaltes dar. Zu diesem Prozess haben auch die Gesellschaften entsprechende Beiträge zu leisten. Jedoch lassen sich die Missstände der Vergangenheit, wenn überhaupt, nur schrittweise aufarbeiten.

Mit Amtsantritt der Landrätin am 14.10.2013 hat das Beteiligungsmanagement eine deutliche Aufwertung erfahren. Vorher nur spärlich fließende arbeitsnotwendige Informationen treffen jetzt im erforderlichen Maße und kurzfristig ein. Dazu gehören auch eine intensivere Einbindung der Beteiligungsverwaltung und deren Ausgestaltung als Schnittstelle zwischen den Unternehmen, dem kreislichen Gesellschafter und der politischen Ebene.

Schwerpunktthema waren und sind noch immer die Gesellschaftsverträge der Beteiligungen, die an die Kommunalverfassung des Landes Brandenburg angepasst werden müssen. Sie bilden die Grundlage für die Zielvereinbarungen.

Der Beteiligungsbericht für 2011 ist weit bearbeitet, konnte jedoch wegen prioritärer anderer Aufgaben noch nicht fertiggestellt werden. Dieser Prozess soll bis zur Kreistagssitzung im April 2014 abgeschlossen sein.

Neben Stellungnahmen, Ausarbeitungen, Schreiben, Sitzungsvor- sowie -nachbereitungen und Zuarbeiten zu den unterschiedlichsten Sachverhalten und der Abmilderung der Haushaltsprobleme des Landkreises spielte die SWFG mbH im Jahr 2013 eine sehr große Rolle.

Im Rahmen der 2013 noch gültigen Zielvereinbarung (KT-Beschluss 4-0737/10-LR vom 01.11.2010) hat die Gesellschaft nach Abforderung und entsprechender Prüfung im Februar einen Zuschuss in Höhe von 105.526,87 €, im März in Höhe von 143.456,91 € und im April in Höhe von 133.767,11 € erhalten. Nach dem Beschluss des Kreistages vom 27.03.2013 (Vorlage Nr. 4 -1484/13-LR) konnte ein großes Immobiliengeschäft abgeschlossen werden. Im Hinblick auf die Haushaltssituation des Landkreises und in Erwartung der Erlöse aus dem Immobilienverkauf wurde mit Beschluss des Kreisausschusses vom 27. Mai zwischen dem Landkreis und der SWFG mbH ein Darlehensvertrag abgeschlossen. Die SWFG mbH konnte danach maximal 620.000-€ im Jahr 2013 als Darlehen beanspruchen. Die Zinsen des unterjährigen Darlehens sollten sich nach zu den zum jeweiligen Abrufzeitpunkt geltenden Zinssatz für den Kassenkredit richten. Die Gesellschaft rief drei Darlehensraten (1. Rate im Mai i.H.v. 139.851,88 €; 2. Rate im Juni i.H.v. 130.113,91 €; 3. Rate im Juli i.H.v. 130.907,17 €) ab.

Mit Wirkung zum 30. Juli wurde der bisherige Geschäftsführer der SWFG mbH, Herr Vogler, abberufen. Die Geschäftsführung der Gesellschaft wurde zum 1. August dem Amtsleiter des Wirtschaftsförderungsamtes zusätzlich zu seinen bisherigen Aufgaben übertragen. Zugleich wurde die Stelle Beteiligungsmanagement aus dem Amt herausgelöst und als Stabsstelle direkt dem Büro Landrat zugeordnet, um Interessenkonflikte zu vermeiden.

Anfang August wurde der Erlös aus dem Immobiliengeschäft an die SWFG mbH ausgekehrt. Die SWFG mbH zahlte den ausgereichten Darlehensbetrag von 400.872,96 € am 13.08.2013 an den Landkreis zurück. Seit dem Geldeingang aus dem Immobilienverkauf ist die SWFG mbH liquide und wird vorerst nicht auf Zuwendungen des Landkreises zurückgreifen müssen.

Amt Wirtschaftsförderung und Investitionsmanagement

Sachgebiet Wirtschaft und Investitionsmanagement

Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV)

Auf dem Gebiet des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) lag der Arbeitsschwerpunkt weiterhin auf der Umsetzung des Nahverkehrsplanes für die Jahre 2009 – 2013. Damit und mit den Ende 2009 nach der EU-Verordnung 1370/2007 überarbeiteten Verkehrsverträgen mit allen im Landkreis ÖPNV-Leistungen erbringenden Verkehrsunternehmen ist Planungssicherheit sowohl für die Verkehrsunternehmen als auch für den Landkreis als Aufgabenträger für den übrigen ÖPNV für die nächsten Jahre gegeben.

Die Beteiligung an der Rufbusfinanzierung wird seit 2012 durch eine Vereinbarung mit der Gemeinde Nuthe-Urstromtal geregelt. Hinzu kamen im Jahr 2013 die Vereinbarungen mit den Gemeinden Blankenfelde-Mahlow und Großbeeren zur anteiligen Mitfinanzierung der Buslinie 600. Somit konnte erreicht werden, dass den Gesamtaufwendungen für den ÖPNV in Höhe von 7.691,3 T€ Gesamterlöse von 5.002,7 T€ gegenüberstanden. Diese setzen sich aus 4.493,3 T€ Landeszuweisungen und

509,4 T€ Beteiligungen von anderen Landkreisen und Kommunen zusammen. Durch den Landkreis waren dementsprechend 2.688,6 T€ als Eigenmittel für den ÖPNV zu finanzieren.

Mit dem Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg gibt es eine enge Zusammenarbeit. Durch die Mitarbeit eines Beigeordneten im Aufsichtsrat und des Wirtschaftsförderungsbeauftragten im Beirat der Gesellschafter der VBB GmbH konnte durch den Landkreis erfolgreich auf die weitere positive Entwicklung des ÖPNV im Verbundgebiet Einfluss genommen werden.

So konnte sich die zum Fahrplanwechsel im Dezember 2012 neu in Betrieb genommene Buslinie 600 im Jahr 2013 profilieren. Dank der 50%igen Kostenbeteiligung der davon besonders profitierenden Kommunen Blankenfelde-Mahlow und Großbeeren, ähnlich wie bei den Kommunen mit Ortslinienverkehren, wird der finanzielle Aufwand des Landkreises reduziert.

Über die im Nahverkehrsplan enthaltene Investitionsrichtlinie konnten Investitionen in die ÖPNV-Infrastruktur in Höhe von 134,5 T€ durch die Bereitstellung von 67,2 T€ unterstützt werden. Es handelte sich dabei insbesondere um Investitionen für insgesamt 10 Bushaltestellen bzw. Aufstellflächen in Blankenfelde, Dabendorf, Horstfelde, Klein Schulzendorf, Mahlow und Märkisch Wilmersdorf sowie die Neuanlage des SPNV-Haltepunktes Zellendorf.

Der Nahverkehrsbeirat hat die Verwaltung bei Problemen des ÖPNV unterstützt. Im Beirat wirken der Wirtschaftsförderungsbeauftragte und die Sachbearbeiterin für ÖPNV mit. Im Laufe des Jahres wurde der neu zu erstellende Nahverkehrsplan für den Zeitraum 2014 - 2018 ausgeschrieben und in Auftrag gegeben. Der Beschlussentwurf wird in den ersten Kreistag des Jahres 2014 eingebracht. Mit der Beschlussfassung steht dann wieder ein Instrument zur Unterstützung der kontinuierlichen Arbeit des Landkreises auf dem Gebiet des übrigen ÖPNV für die kommenden 5 Jahre zur Verfügung, welches Planungssicherheit gewährleistet.

Netzwerk Arbeits- und Fachkräftesicherung Teltow-Fläming und Mittelstandsbetreuung

Das seit dem 01.03.2012 vom Europäischen Sozialfonds (ESF) finanzierte Teilprojekt „Netzwerk Arbeits- und Fachkräftesicherung TF“ als Bestandteil des Regionalbudgets V (RB V) konnte für den Landkreis weitergeführt werden.

Auch in diesem Jahr wurde im Rahmen der Mittelstandsbetreuung die Feststellung getroffen, dass die Arbeits- und Fachkräfteproblematik bei der mittelständischen Wirtschaft leider immer präsenter wird. Schwerpunkte bei den Gesprächen mit Geschäftsführern und Personalleitern waren die möglichen

Personen- und Funktionsbezeichnungen sind in männlicher Form verwandt worden.

Der Verzicht auf sprachliche Gleichbehandlung soll die Lesbarkeit des Berichtes erleichtern.

Arbeits- und Fachkräftebedarfe innerhalb des Unternehmens, die mögliche Unternehmensnachfolge und die Beratung zu aktuellen Fördermittelprogrammen aus dem Portfolio der LASA Brandenburg GmbH, der Zukunftsagentur Brandenburg GmbH und der Investitionsbank des Landes Brandenburg.

Durch zahlreiche Firmenbesuche und Beratungsgespräche konnten 85 offene Arbeits- bzw. Ausbildungsstellen akquiriert werden, die an die Träger der Arbeitsmarktförderung weitergeleitet wurden. Bei zahlreichen Unternehmen kam es im Anschluss zu einem Bewerbungsgespräch. In zwei Fällen ist eine Einstellung bekannt.

Folgende Handlungsschwerpunkte sind Bestandteil des Netzwerkes Arbeits- und Fachkräftesicherung:

- Akquise von unbesetzten Ausbildungsstellen bei kleinen und mittelständischen Unternehmen (KMU) im Landkreis
- Akquise von unbesetzten Arbeitsstellen bei KMU im Landkreis
- Verbesserung von Informationen zur Arbeits- und Fachkräftesicherung für KMU im Landkreis
- Integration weiterer Institutionen, die sich das Problem der Fachkräftesicherung als Arbeitsschwerpunkt gesetzt haben
- monatliche Netzwerksitzungen zu unterschiedlichen Themen der Arbeits- und Fachkräftesicherung, der Mittelstandsberatung und der Kooperation zwischen Schule und Wirtschaft
- Verbesserung des Informationsaustausches zwischen den Trägern des Regionalbudgets und der Netzwerkmitarbeiter

Dem Netzwerk Arbeits- und Fachkräftesicherung gehörten bis zum Jahresende mehr als 25 Einrichtungen und Institutionen an. Neben dem Landkreis, den Trägern des Regionalbudgets, der LASA Brandenburg GmbH, der Kreishandwerkerschaft, der Industrie- und Handelskammer, der Investitionsbank des Landes Brandenburg, der Zukunftsagentur Brandenburg, der Handwerkskammer, der Bundesagentur für Arbeit, dem Jobcenter TF gehören Institutionen wie der Unternehmerverband Brandenburg e. V, die Gleichstellungsbeauftragte des Landkreises, die ZAL GmbH und weitere Bildungseinrichtungen zum „harten Kern“ der Netzwerkmitglieder. Ziel soll eine optimale Vernetzung aller am Arbeitsmarkt tätigen Einrichtungen und Institutionen sein, um auch in Zukunft den Anforderungen der Unternehmerinnen und Unternehmer in Bezug auf die Fachkräftesicherung zu entsprechen.

Wirtschaftswoche 2013

Ein weiteres wichtiges Ereignis war die Wirtschaftswoche Teltow-Fläming vom 21. bis 24. Oktober, die erstmals unter Regie des Landkreises Teltow-Fläming, Amt für Wirtschaftsförderung und Investitionsmanagement, stand. In diesem Zusammenhang änderte sich auch die strategische Ausrichtung der Wirtschaftswoche elementar. Ziel war es, den kreislichen Städten und Gemeinden sowie dem Amt Dahme mehr Eigenverantwortung bei der Durchführung von Veranstaltungen innerhalb der Wirtschaftswoche zu geben.

Diese neue strategische Ausrichtung war sehr erfolgreich. So konnten zum Beispiel durch die gute Zusammenarbeit mit den kreislichen Kommunen finanzielle Mittel des Landkreises eingespart werden. Ein ganz besonderer Dank gilt dabei der Stadt Luckenwalde für die Übernahme der Marketingausgaben sowie unseren Partnern der IHK Potsdam, RegionalCenter Teltow-Fläming und der Kreishandwerkerschaft Teltow-Fläming.

Netzwerk Schule-Wirtschaft Teltow-Fläming

Ein weiterer Schwerpunkt war die Weiterführung des Netzwerkes Schule-Wirtschaft und die jährlich organisierte Berufsorientierungstournee (BOT). Elf Unternehmen aus dem Landkreis öffneten ihre Türen für mehr als insgesamt 100 Schüler aus den Oberschulen des Landkreises. Ziel war es, den

Personen- und Funktionsbezeichnungen sind in männlicher Form verwandt worden.

Der Verzicht auf sprachliche Gleichbehandlung soll die Lesbarkeit des Berichtes erleichtern.

Schülerinnen und Schülern Hilfe bei der Berufsorientierung zu geben und sie zu sensibilisieren, dass auch in der Region Teltow-Fläming attraktive Unternehmen mit Zukunftsperspektiven zu finden sind.

Gewerbegebiete

Die enge Zusammenarbeit mit der ZAB GmbH in Bezug auf die Aktualisierung von Gewerbegebietsdaten wurde weitergeführt. Vor allem die Zuarbeit der Gewerbeflächen aller kreislichen Kommunen für das Planungsinformationssystem des Landes Brandenburg stand im Fokus der Aktivitäten.

Breitbandinitiative TF

Der Landkreis ist mit der Breitbandinitiative gut vorangekommen. Bis zum Jahresende sind seit dem Start ca. 10 Mio. € in den Breitbandausbau investiert worden. Durch das gute Zusammenspiel der Kommunen und des Landkreises wurden ca. 4 Mio. € Fördermittel aus unterschiedlichen Fördertöpfen akquiriert. So konnten sich beispielsweise die Gemeinde Blankenfelde-Mahlow, die Stadt Jüterbog, der Mellenseer Ortsteil Gadsdorf und Teilbereiche von Trebbin über die Inbetriebnahme ihres Breitbandnetzes freuen.

Durch die in den Jahren 2008 bis 2013 realisierten Projekte konnte eine erhebliche Verbesserung der Breitbandversorgung für die Bürgerinnen und Bürger im Landkreis erreicht werden. Zum 31. Dezember hatten ca. 95% der Haushalte innerhalb des Landkreises eine entsprechende Breitbandanbindung.

Investitionsmanagement

Im zurückliegenden Berichtszeitraum konnte eine außerordentlich erfreuliche Investitionstätigkeit der Unternehmen im Landkreis festgestellt werden. Allein auf Grundlage der Großen Richtlinie zur Verbesserung der Regionalen Wirtschaftsstruktur (GRW) konnten 25 Investitionsvorhaben mit einem Gesamtinvestitionsvolumen von 128.095.919,14 € durch den Landkreis positiv begleitet werden.

Festgestellt werden kann, dass neben Großvorhaben wie bei Classen Industries in Baruth (50 Mio. €), Coolback in Jänickendorf (19 Mio. €) und TechniLog in Ludwigsfelde (20 Mio. €) vor allem eine Vielzahl von mittelständischen Unternehmen in eine Erweiterung ihrer Betriebsstätte investiert hat und damit zahlreiche Arbeitsplätze in der Region geschaffen wurden.

Zukunftsprojekte

In Zusammenarbeit mit dem Umweltamt wurden zahlreiche Veranstaltungen zum Thema Erneuerbare Energien initiiert. So führte die Verwaltung drei hochkarätige Bürgermeisterworkshops zu energiepolitischen Themen durch. Dabei spielten Fragen zur wirtschaftlichen Betätigung von Kommunen sowie planungsrechtliche Grundlagen für Windkraftanlagen eine wesentliche Rolle.

Sachgebiet Arbeitsmarktpolitik

ESF-Programm „Beschäftigungsperspektiven eröffnen - Regionalentwicklung stärken“

Ein Schwerpunkt der Arbeit lag in der weiteren erfolgreichen Umsetzung des Förderprogramms „Beschäftigungsperspektiven eröffnen - Regionalentwicklung stärken“. Am 01.03.2012 begann der 5. Förderabschnitt der gegenwärtigen Förderperiode des Europäischen Sozialfonds (ESF) im Land Brandenburg. Dadurch sollen für am Arbeitsmarkt benachteiligte Frauen und Männern neue Perspektiven in unserer Region eröffnet werden. Darüber hinaus wird ein wichtiger Beitrag zur Entwicklung in der Region geleistet. In diesem 5. Förderabschnitt wurden erstmals vom Ministerium für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie des Landes Brandenburg (MASF) den Landkreisen eine

Maximalanzahl von Projekten sowie ein eingegrenztes Finanzbudget vorgegeben. Unser Landkreis erhielt die Möglichkeit, gemeinsam mit den Partnern am Arbeitsmarkt, maximal 8 Projekte umzusetzen. Die Umsetzung erfolgt unter der Verantwortung des vom ESF geförderten Projektmanagements (Koordinierungsbüro mit zwei Projektkoordinatoren). Zielgruppen des kreislichen Konzeptes sind langzeitarbeitslose Frauen und Männer, benachteiligte Jugendliche ohne Schulabschluss bzw. ohne abgeschlossene Ausbildung, Frauen und Männer mit Schwerbehinderungen oder Migrationshintergrund sowie arbeitslose Nichtleistungsbezieher. Nach der erfolgreichen Durchführung eines Ideenwettbewerbs unter Federführung des Koordinierungsbüros und der aktiven Zusammenarbeit mit der kreislichen Steuerungsgruppe arbeiten in der zweijährigen Förderperiode sieben Träger in diesen 8 Projekten. Das sind die GAG Klausdorf, das Evangelische Jugendwerk, die Futura GmbH, die ZAL GmbH, die Kreishandwerkerschaft, der VAB e.V. sowie unser eigenes Netzwerk Arbeits- und Fachkräftesicherung.

In der durch den Landkreis mit dem MASF abgeschlossenen Vereinbarung sind folgende Zielindikatoren vereinbart:

605 Teilnehmende, 110 Übergänge in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung,
50 Übergänge in voll qualifizierende berufliche Ausbildung

Bis Ende Dezember wurden folgende Ergebnisse erreicht:

617 Teilnehmende, 127 Übergänge in sozialversicherungspflichtige Arbeit, 54 Übergänge in voll
qualifizierende Ausbildung

Hierzu wurden aus dem Europäischen Sozialfonds Mittel in Höhe von 1,6 Mio. € eingesetzt. Die Kofinanzierung (Bundesmittel, Landesmittel, Kommunale Mittel und Eigenmittel der Projektträger) für den gleichen Zeitraum beläuft sich auf ca. 860.000 €; das entspricht einem Anteil von ca. 34,5 % für den gesamten Förderzeitraum. Erstmals in dieser Förderperiode ist innerhalb des Koordinierungsbüros eine Anlaufstelle für alle Partner am Arbeitsmarkt integriert. Die Ausübung der Brückenfunktion zwischen den hilfesuchenden Bürgern und den Akteuren am Arbeitsmarkt ergänzt die Anlaufstelle mit Informationen zu weiteren arbeitsmarktrelevanten Fördermöglichkeiten für die Bürger und die Unternehmen. Persönliche oder telefonische Beratungen, Kontaktvermittlungen, Einbeziehung regionaler Träger von Arbeitsförder- oder Bildungsträgern waren die Tätigkeitsmerkmale dieser Anlaufstelle.

Landesprogramm „Arbeit für Brandenburg“ (AfB)

Im Landesprogramm „**Arbeit für Brandenburg**“ (AfB) stand die Schaffung von zusätzlichen sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen für Langzeitarbeitslose, vorrangig über 50 Jahre, im Fokus. Durch die erwerbsbezogene und soziale Integration soll eine Steigerung der Beschäftigungsfähigkeit der Teilnehmer erzielt werden. Das Programm begann bereits im Jahr 2010 und läuft jeweils für die Dauer von maximal 24 Monaten. Die in 2011 geschaffenen und besetzten (18) Stellen endeten zum 31.03.2013 und 30.04.2013 mit jeweils 9 Stellen. In diesem Jahr wurde das Programm im Landkreis mit 29 Stellen aus 2012 weiter fortgeführt. Von den in 2013 beantragten 18 Stellen sind derzeit 13 Stellen in 9 Projekten besetzt, für eine Stelle ist eine Nachbesetzung beabsichtigt. Trotz aller Bemühungen gelang es nicht, 4 Stellen mit geeigneten Teilnehmern zu besetzen. Insgesamt waren somit im Jahr 2013 61 langzeitarbeitslose Menschen im Rahmen des Landesprogramms „AfB“ beschäftigt. Es gelang bisher, 4 Teilnehmer auf dem 1. Arbeitsmarkt zu vermitteln. Diese Beschäftigungsverhältnisse werden in Höhe von 250 € monatlich pro Teilnehmer vom Land und auf der Grundlage des Beschlusses des Kreistages in Höhe der eingesparten Kosten der Unterkunft gefördert. Die Landes- und Kreismittel werden durch den WFB-Bereich bewilligt und an die Träger der Maßnahmen weitergeleitet.

Bundesprogramm „Bürgerarbeit“

Das aus Mitteln des ESF geförderte Bundesprogramm „**Bürgerarbeit**“ wurde fortgesetzt. Es dient der Schaffung gemeinnütziger Beschäftigungsverhältnisse mit dem Ziel der stufenweisen Integration der Teilnehmerinnen und Teilnehmer auf dem ersten Arbeitsmarkt. Seit Beginn dieses Programms wurden per 31.12.2013 insgesamt 165 zusätzliche gemeinnützige Beschäftigungsplätze für Langzeitarbeitslose geschaffen (2011 = 157, 2012 = 8), die nicht in eine reguläre Beschäftigung integriert werden konnten. Davon wurden in der Kreisverwaltung 8 Bürgerarbeitsplätze eingerichtet. Alle „Bürgerarbeitsplätze“ werden auf der Grundlage des Beschlusses des Kreistages in Höhe der eingesparten Kosten der Unterkunft gefördert. Durch das Verknüpfen des Programms „Bürgerarbeit“ mit einem Coaching im Rahmen des Landesprogramms „Arbeit für Brandenburg“ wurde für 75 Teilnehmer bis einschließlich 30.11.2013 eine Möglichkeit geschaffen, sozialpädagogische Betreuung und arbeitsplatzbezogene Qualifizierung anzubieten. Das zusätzliche Coaching wurde von drei Trägern durchgeführt.

Das Land gewährt hier eine Förderung in Höhe von 250 € monatlich pro Teilnehmer. Insgesamt gelang es, 11 Teilnehmer aus der Bürgerarbeit (2011 = 4, 2012 = 4, 2013 = 3) auf dem ersten Arbeitsmarkt zu vermitteln. Das Coaching wird durch die Sachbearbeiterin für Arbeitsförderungsprogramme „Arbeit für Brandenburg“ und „Bürgerarbeit“ koordiniert.

Integrationsbegleitung

Am 1. April 2013 startete ein zweites Projekt „**Förderung der Integrationsbegleitung von Langzeitarbeitslosen**“ (zu dem bereits seit Dezember 2012 im Landkreis bestehenden und durch das MASF und ESF geförderten Projekt). Der Landkreis erhält zur Durchführung dieses Projektes eine Zuwendung in Höhe von 348.469,69 €. Ziel der Integrationsbegleitung ist es, Langzeitarbeitslose durch individuelle Beratung, Betreuung und Begleitung in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zu integrieren. Zu den Aufgaben der Integrationsbegleiter gehören die persönliche Stabilisierung, Berufsorientierung, Hinführung zu arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen, Vermittlung in Praktika sowie die Unterstützung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Hierbei erfolgt die Zusammenarbeit mit Netzwerkpartnern aus den verschiedensten Bereichen im Landkreis. Spezifische Nachbetreuungsangebote unterstützen die Integration und tragen zu deren Nachhaltigkeit bei. Seit Start der Projekte wurden 93 Teilnehmer gewonnen (62 Frauen, 31 Männer). Das Durchschnittsalter der Teilnehmer liegt bei 39 Jahren. 13 Prozent der Teilnehmer konnten bisher in eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung integriert werden; weitere wurden in Mini-Jobs und in arbeitsmarktpolitische Maßnahmen vermittelt.

Lotsendienst TF

Der **Lotsendienst TF** bietet kostenlose Beratungsleistungen für Existenzgründer an, die Hilfe bei der Strukturierung, Planung und Umsetzung ihrer Gründungsideen benötigen. Zielgruppe sind vorrangig erwerbslose Leistungsempfänger, die keine finanziellen Rücklagen haben, um sich professionelle Gründungsberatung und -begleitung leisten zu können. Als wichtigste Ansprechpartner stehen dem Lotsendienst die Bundesagentur für Arbeit und das Jobcenter zur Seite. Weiterhin wird vermehrt die Zielgruppe der Nichtleistungsbezieher angesprochen. Auch diejenigen Gründungsinteressierten, die sich in Anstellung befinden, damit unzufrieden sind oder ganz einfach eine zündende, tragfähige Gründungsidee besitzen, werden zunehmend angesprochen, die kostenlosen Beratungsleistungen des Lotsendienstes in Anspruch zu nehmen. Um die Tätigkeit der Gründerlotsin zu vervollständigen wurde ein Berater-Pool aufgebaut, in dem Experten gelistet sind, die mit ihrer fachlichen und sozialen Kompetenz den Gründungspersonen bei der Umsetzung ihrer Vorhaben behilflich sind. Der Berater-Pool besteht aus insgesamt 26 verschiedenen Beratern (davon 15 Beraterinnen). Im Jahr haben sich ca. 100 Gründungsinteressierte zu einem informativen Erstgespräch an den Lotsendienst gewandt.

Zunächst durchlaufen die Gründungsinteressierten ein Assessment-Center (AC), welches der systematischen Ermittlung der Stärken und Schwächen sowie der Potenziale und Risiken des Gründungsvorhabens jedes einzelnen Teilnehmers dient. Insgesamt wurden 12 ACs durchgeführt, an denen 75 Gründungsinteressierte teilnahmen. 56 Personen wurden in das Projekt aufgenommen und werden derzeit bei ihren Gründungsvorhaben begleitet. Insgesamt standen 50 Beratungsplätze mit durchschnittlich 1.600 € je TN zur Verfügung.

Ein Schwerpunkt der Tätigkeit des Lotsendienstes besteht darin, durch engagierte und aktive Netzwerk- und Öffentlichkeitsarbeit im Landkreis ein gründungsfreundliches Klima zu erhalten. In diesem Kontext fand im Rahmen der diesjährigen Wirtschaftswoche am 24. Oktober zum ersten Mal ein „Informationstag für Gründungsinteressierte und junge Unternehmen“ in Luckenwalde statt. Gemeinsam mit Vertretern des RegionalCenters der IHK in Luckenwalde, der Kreishandwerkerschaft Teltow-Fläming, den Wirtschaftsunioren TF, der Bundesagentur für Arbeit, des Jobcenters und zahlreichen Beratern stand die Gründerlotsin einen Tag allen Gründungsinteressierten zu Fragen hinsichtlich einer Existenzgründung zur Seite.

Die Lotsin arbeitete intensiv und kooperativ mit den Lotsendiensten in Potsdam, Potsdam-Mittelmark, Brandenburg, Oberhavel und Elbe-Elster zusammenarbeiten. Es fanden regelmäßige Arbeitstreffen statt, bei denen aktuelle Problemstellungen, Arbeitsergebnisse oder innovative Ideen diskutiert wurden.

Insgesamt wurden im Jahr Landes-/ESF-Mittel in Höhe von 165.400 € bewilligt. Die Gesamtfinanzierung in 2013 betrug 176.959,34 €. Die Landesregierung hat sich entschlossen, das Lotsenprojekt auch 2014 nahtlos weiterzuführen. Insgesamt wird für die Förderperiode 2010-2014 eine Gesamtinvestition von 412.833,93 € veranschlagt, davon sind 387.881,23 € Landes-/ESF-Mittel.

Sachgebiet Tourismus

Marketing

Die Region Teltow-Fläming wurde insgesamt auf 7 Messen vertreten, unter anderem traditionell auf der ITB Berlin und den VITAL-Messen im Zusammenhang mit den Halb- und Marathonveranstaltungen in Berlin. Im Umfeld von sportlichen Events in Berlin wurde, wie in den Vorjahren, eine Präsenz der Flaeming-Skate-Region organisiert, die Gäste dazu animiert hat, wieder die Reiseregion Fläming zu besuchen. Hierzu zählten u.a. der X-Race und Kids Cup in Berlin „Rund um die Siegessäule“ sowie der 40. BMW Berlin-Marathon am Brandenburger Tor. Eine Vielzahl von Veröffentlichungen in Zeitungen, Zeitschriften, Rundfunk und Fernsehen per Inserat und/oder Text, per Interview oder Filmsequenzen haben zu einer höheren Popularität und einem höheren Bekanntheitsgrad in Deutschland und darüber hinaus geführt.

Beispiele von Veröffentlichungen:

- Der Fläming - Das Ferienmagazin, Auflage: unbekannt, Text und Bild
- Laufjahr 2013, Auflage: 60.000 Stück, Inserat
- SCC-Running Events GmbH
- 3 x Skate IN Magazin, Auflage: 30.000 Stück, Inserat
- Flyer Flaeming-Rollevent, Auflage: unbekannt, Text und Bild
- Wettkampffibel 2013, Auflage: 30.000 Stück Inserat und Text
- Flyer Skate-Point der BSJ im LSB, Auflage: 10.000 Stück, Inserat / Text und Bild
- Deutschland per Rad entdecken, Auflage: 500.000 Stück, Inserat / Text und Bild
- Ferien erleben - Sportjugendreisen Brandenburg, Auflage: 5000 Stück, Inserat / Text und Bild
- Gästejournal der Lutherstadt Wittenberg, Auflage : 150.000 Stück, Inserat/Text
- bb Panorama VBB Magazin, Auflage: 65.000 Stück, Text und Bild
- Motorcycle Jamboree, Auflage: 15.000 Stück, Text und Bild
- Berlin 24 – Das Magazin, Auflage: unbekannt, Text und Bild

Personen- und Funktionsbezeichnungen sind in männlicher Form verwandt worden.

Der Verzicht auf sprachliche Gleichbehandlung soll die Lesbarkeit des Berichtes erleichtern.

- Flyer Schülerferienticket VBB, Auflag : unbekannt, Inserat
- „Die 50 schönsten Bahntrassenwege in Deutschland“, Buch Auflage: unbekannt, Text und Bild
- Brandenburgs Fahrrad Führer, Auflage: unbekannt, Text und Bild
- Flyer Tag für die Fahrgäste VBB Auflage: unbekannt, Inserat
- „Aktivurlaub in Brandenburg“ Schweizer Magazin, Auflage: unbekannt, Text und Bild
- Katalog der Spezialfahrräder, Auflage: unbekannt, Text und Bild
- Flyer Intersport Hof, Auflage: unbekannt, Text und Bild
- Imagebroschüre Museumsdorf Baruther Glashütte, Auflage: unbekannt, Inserat
- Berliner Morgenpost – Einleger Leben, Auflage: 190.000 Stück, Text und Bild
- KeyMove Travel GmbH, Auflage: unbekannt, Text und Bild

Darüber hinaus ist die Flaeming-Skate auf den Internetseiten verschiedener Anbieter vertreten, wie:

- top10berlin.de
- spreeradio.de
- 104.6rtl.com
- rbb-online
- ultraskatechallenge2013.de
- berlin-marathon.com
- google maps mit Streckenkarten und GPS-Daten
- ausflugsziele-deutschlands.de
- verschiedene deutsche Reiseveranstalter (Familion, activatours.de); brandenburgische-sportjugendreisen.de – BSJ; sport-jugendreisen.de - Deutscher Sportbund
- tschechische Reiseveranstalter (z. B. ladronka.cz/flaeming_skate und svetkolecek.cz)
- Internetseiten der Sportvereine überregional
- SV Flaeming-Skate e. V.
- Facebook-Seiten
- Internetseiten der Gewerbetreibenden in der Region
- Berlin 24 – Das Magazin
- fahrrad-buecher-karten.de

Der bisher jährlich erscheinende Flyer „Flaeming-Skate“ wurde wesentlich inhaltlich durch das Sachgebiet erstellt und dessen Verteilung organisiert. Darüber hinaus waren für die verschiedenen Veranstaltungen, aber auch für die Eigenverwendung Einleger für Pressemappen, Event-Pressetexte Flaeming-Skate und Skate-Arena, Postkarten (Förderverein Flaeming-Skate) inhaltlich zu gestalten. Die Erstellung von Bildmaterial und Veranstaltungsfotos nahm ebenfalls einen breiten Raum ein. Die Internetseite flaeming-skate.de wurde inhaltlich gestaltet und gepflegt (Übernachtung 100%; Gastronomie 100%; Dienstleistungen 100%; Pressetexte ca. 50% Zuarbeit). Mit Partnern in der Flaeming-Skate-Region bestehen Kooperationsverträge, die im Laufe des Jahres inhaltlich ausgefüllt wurden (Brandenburgische Sportjugend im Landessportbund, SV Flaeming-Skate und Förderverein Flaeming-Skate).

Veranstaltungsorganisation:

Einen breiten Raum in der täglichen Arbeit nahm die Veranstaltungsorganisation in der Flaeming-Skate-Region ein. Hier seien beispielgebend die Saisoneroöffnung auf der Flaeming-Skate, das Behinderten- und Skaterfest in Kolzenburg und die 100-km-Tour genannt. In der Skate-Arena Jüterbog wurde die technische Sicherstellung von vielfältigen Veranstaltungen organisiert. So fanden an 44 Tagen im Jahr 19 Veranstaltungen verschiedenster Art mit über 3400 Personen statt (Vergleich 2011: 24/13/2520 und 2012: 49/22/3645). Davon waren neun eigene Events in Kooperation mit dem SV Flaeming-Skate e. V. und zehn in Zusammenarbeit mit externen Veranstaltern. Seit Jahren hat die Skate-Arena einen guten

Personen- und Funktionsbezeichnungen sind in männlicher Form verwandt worden.

Der Verzicht auf sprachliche Gleichbehandlung soll die Lesbarkeit des Berichtes erleichtern.

Ruf als Wettkampf- und Trainingsstätte in Deutschland und darüber hinaus. Daraus resultiert eine gute Auslastung der Anlage, vor allem an den Wochenenden. Zu erwähnen sind hier solche Wettkämpfe wie die Deutschen Meisterschaften im Marathon für Speedskater, der Europacup und die Europameisterschaften im Tretrollerfahren, die wiederum viele neue Sportlerinnen und Sportler mit ihren Angehörigen und Trainern in die Skate-Region gebracht haben. An ca. 160 Tagen haben über 1.100 Personen aus 23 Vereinen und Sportgruppen des gesamten Bundesgebietes und dem Ausland die Skate-Arena Jüterbog in erster Linie zu Trainingszwecken genutzt. Im Vergleich zu 2012 (160 Tage/900TN) erhöht sich bei fast gleichbleibender Nutzungsdauer in Tagen die Personenzahl vor Ort. Zudem nutzten Gäste der Region an jedem Tag, an dem das Tor der Skate-Arena offen stand, die Chance, sich zu informieren und "berollten" die Anlage zur Probe. Die spontanen Arena-Besucher sind hier zahlenmäßig nicht berücksichtigt.

Inhaltliche Arbeit auf touristischem Gebiet:

Im Mittelpunkt der Tätigkeit stand, neben der Vermarktung des „Spitzenproduktes“ Flaeming-Skate die weitere touristische Entwicklung des gesamten Landkreises. So wurden Arbeitskontakte zu den Kommunen aufgebaut, die inhaltliche Einflussnahme auf das Wirken des Vereins „Museumsdorf Baruther Glashütte“ nach außen verstärkt, aber auch Kontakte mit touristischen Leistungsträgern in den angrenzenden Landkreisen geknüpft. Die Wahrnehmung der Verantwortung in der Arbeit des Tourismusverbandes Fläming e. V. von Seiten des Landkreises gewann im zweiten Halbjahr immer mehr an Bedeutung und wird bei inhaltlicher Neuausrichtung des Tourismusverbandes im Jahr 2014 steigen. Hier gilt es, innerhalb der Kreisverwaltung die fachlichen Aufgaben besser zu bündeln und ein kreisliches Entwicklungskonzept mit dem Schwerpunkt der touristischen Entwicklung auf den Weg zu bringen.

Sachgebiet Personal und Organisation

Aufgabenbereich Personal

Personalbestand

Entwicklung des Personalbestands in der Kreisverwaltung Teltow-Fläming

	31.12.2009	31.12.2010	31.12.2011	31.12.2012	31.12.2013
Beamte	103	103	102	101	98
Beschäftigte	729	749	777	731	741
Auszubildende(AZUBI)	18	19	18	19	19
Bundesfreiwilligendienst	10	10	0	0	1

Im Gesamtpersonalbestand sind 7 Bürgerarbeiter, 4 Integrationsbegleiter sowie 1 Netzwerkkoordinator (geförderte Stellen) sowie 4 Beamte und 15 Beschäftigte, die im Jobcenter beschäftigt sind, enthalten.

➤ Beendigung von Beschäftigungsverhältnissen

Es schieden insgesamt 35 Beschäftigte aus dem Arbeitsverhältnis mit dem Landkreis Teltow-Fläming aus.

Die Gründe für das Ausscheiden stellen sich u. a. wie folgt dar:

durch Auflösungsvertrag	7 Beschäftigte
Ableben des Arbeitnehmers	1 Beschäftigter
Beendigung von Altersteilzeit	11 Beschäftigte
Ende der befristeten Tätigkeit	5 Beschäftigte
Kündigung des Arbeitnehmers	5 Beschäftigte
Kündigung des Arbeitgebers	3 Beschäftigte
Versetzung in den Ruhestand (Altersgrenze)	2 Beschäftigte
Versetzung in den Ruhestand (Dienstunfähigkeit)	1 Beschäftigter

➤ Einstellungen

2013 wurden insgesamt 20 Einstellungen vorgenommen.

unbefristete Einstellungen	9 Beschäftigte
befristete Einstellungen	11 Beschäftigte

➤ Schwerbehinderte Mitarbeiter

Die Kreisverwaltung beschäftigt zurzeit 65 Schwerbehinderte/Gleichgestellte. Dies entspricht einer Quote von 7,64 %. Die Pflichtquote beträgt 5 %. Damit entfällt die Zahlung einer Ausgleichsabgabe in Höhe von 115 € für jeden nicht besetzten Pflichtarbeitsplatz.

➤ *Teilzeitbeschäftigte*

Das Angebot zur freiwilligen Reduzierung der wöchentlichen Arbeitszeit wurde weiterhin in Anspruch genommen. Zum Stichtag 31.12.2013 befinden sich insgesamt 219 Beschäftigte in einer Teilzeitbeschäftigung (201 Beschäftigte und 18 Beamte).

➤ *Altersteilzeit*

Zum Stichtag 31.12.2013 befinden sich 53 Mitarbeiter in einem Altersteilzeit-Arbeitsverhältnis (47 Beschäftigte und 6 Beamte), wovon sich 50 in der Ruhephase befinden. Für 17 Beschäftigte erhält der Landkreis eine anteilige Erstattung der Personalkosten von der Bundesagentur für Arbeit, weil es sich in diesen Fällen um die Wiederbesetzung der ATZ-Stelle durch einen ausgelernten Auszubildenden bzw. einen Arbeitsuchenden handelt. 2013 wechselten 14 Beschäftigte in die Ruhephase der Altersteilzeit.

➤ *Elternzeit*

Insgesamt 19 Beschäftigte nahmen die Elternzeit in Anspruch.

Ausbildung

Am 1. August begannen sechs junge Menschen ihre Ausbildung zum Verwaltungsfachangestellten, ein Auszubildender lernt Vermessungstechniker. Mit Beginn des Ausbildungsjahres am 01.08.2013 lernten in der Kreisverwaltung 19 Auszubildende.

Im Juni endete für vier Verwaltungsfachangestellte und einen Vermessungstechniker die Ausbildung. Alle fünf wurden befristet eingestellt.

Die demografische Entwicklung zeigt ihre Auswirkungen auch in unserer Verwaltung. So ist die Anzahl der Bewerbungen rückläufig. Umso wichtiger ist die Nachwuchsgewinnung. So bieten zum Beispiel beim jährlich stattfindenden Zukunftstag die daran beteiligten Mitarbeiter und Auszubildenden den Schülern sehr interessante praktische Einblicke in das Berufsbild des Verwaltungsfachangestellten und des Vermessungstechnikers.

Zur Sicherung und Verbesserung der Ausbildungsqualität begannen bzw. absolvierten drei Mitarbeiter die Ausbildereignungsprüfung.

Praktikum

Das Engagement der Amtsleiter und Mitarbeiter in der Kreisverwaltung ermöglichte vielen Schülern und Studenten ein Praktikum in der Verwaltung.

Kalenderjahr	Schüler	Studenten
2011	30	19
2012	29	20
2013	29	30

Auch 2013 absolvierten wieder Schüler ein Praktikum in unserem Hause, nachdem sie sich auf der AusBildungsMesse Teltow-Fläming oder zum Zukunftstag zielgerichtet nach der Möglichkeit erkundigt hatten. Den Ämtern der Kreisverwaltung Teltow-Fläming standen aber auch Praktikanten, die im Rahmen ihrer Ausbildung ein solches benötigten (16), die sich aus eigener Initiative heraus (10) oder zu Umschulungsgründen (4) bewarben, hilfreich zur Seite.

Fortbildung

Im Jahr beendete ein Mitarbeiter die längerfristige Fortbildung zum kommunalen Bilanzbuchhalter und ein Mitarbeiter absolvierte erfolgreich den A-I-Lehrgang.

Im Jahr gab es für verschiedene Zielgruppen Inhouse-Seminare. Für Führungskräfte zum Thema „Mitarbeitergespräche sowie Kritik- und Konfliktgespräche“, für Mitarbeiter des Jugendamtes zu „Gerichtlichen Verfahren Unterhalt und Unterhaltsvorschuss“, für ausbildende Praxisanleiter zum Thema „Beurteilung und Beurteilungsgespräche“, für das Sozialamt „Zum Umgang mit schwierigen Bürgern“ sowie für alle Ämter zum Thema „Das neue Brandenburgische Verwaltungsvollstreckungsgesetz“.

Krankenstand

Der durchschnittliche Krankenstand lag bei 7,7% aller Beschäftigten bei einer 5-Tage-Arbeitswoche. Das entspricht im Jahresdurchschnitt 19,3 Krankentage pro Mitarbeiter.

64 Mitarbeiter (7,5 % aller Beschäftigten) waren über die Entgeltfortzahlung hinaus länger als 6 Wochen fortlaufend arbeitsunfähig.

Betriebliches Eingliederungsmanagement

Die Kreisverwaltung setzt seit 01.01.2011 die Dienstvereinbarung zum Betrieblichen Eingliederungsmanagement (BEM) nach § 84 II SGB IX um. Im Zuge dessen wurde ein Integrationsteam gebildet, welches mit der Anwendung des BEM betraut wurde.

Das BEM findet Anwendung auf alle Mitarbeiter des Landkreises, die innerhalb eines Jahreszeitraums länger als sechs Wochen arbeitsunfähig waren. Dabei spielt es keine Rolle, ob die Krankheit zusammenhängend auftritt bzw. –trat oder einzelne Fehlzeiten addiert diese Grenze überschritten bzw. überschreiten. Im Jahr wurden 157 Mitarbeiter der Verwaltung ermittelt, denen ein BEM-Verfahren angeboten wurde. Von den angeschriebenen Mitarbeitern nahmen 42 bereits die Möglichkeit des freiwilligen Gesprächs an. 89 Mitarbeiter sahen keine Notwendigkeit, ein solches Gespräch zu führen. Von 26 Mitarbeitern steht noch eine Antwort aus.

Unfallanzeigen

Im Jahr sind insgesamt 28 Arbeitsunfallanzeigen eingegangen, welche an die Unfallkasse Brandenburg mit Sitz in Frankfurt (Oder) zur Bearbeitung weitergeleitet wurden. Davon waren 15 Unfälle als Wegeunfälle zu bewerten.

Bildschirmarbeitsplatzbrillen

Im Berichtszeitraum haben 31 Mitarbeiter der Kreisverwaltung einen Antrag auf Bezuschussung bei der Anschaffung einer Bildschirmarbeitsplatzbrille gestellt. Allen Mitarbeitern konnte nach Prüfung der Anträge ein gewisser Zuschuss entsprechend der jeweiligen Beschaffenheit der Brille gewährt werden.

Stellenausschreibungsverfahren

Im Jahr wurden insgesamt 52 Ausschreibungen zur Besetzung offener Stellen durchgeführt. Davon wurden 30 Stellen intern, 16 Stellen intern und extern und 6 Stellen extern ausgeschrieben. Bei der vorläufigen Haushaltsführung sind Grundlage für die Haushaltswirtschaft die §§ 66 Abs. 3 i.V.m. 69 BbgKVerf. Nach § 69 Abs. 1 Nr. BbgKVerf darf die Kommune Aufwendungen und Auszahlungen nur leisten, wenn es sich um die Weiterführung notwendiger Aufgaben handelt und diese auch unaufschiebbar sind. Bei diesen extern ausgeschrieben Stellen waren die Voraussetzungen

gegeben. Auf die Ausschreibungen sind insgesamt 564 Bewerbungen, davon 51 interne Bewerbungen und 513 externe Bewerbungen, eingegangen.

Arbeitsgerichts- und Einigungsstellenverfahren

Im Jahr gab es bislang vier arbeitsgerichtliche Klagen, vorwiegend mit Schwerpunkten aus den Bereichen Kündigung Probezeit, Korrektur von Zwischenzeugnissen, korrigierende Rückgruppierung und Schadenersatz wegen überzahlter Bezüge.

Beim Landesarbeitsgericht Berlin-Brandenburg konnte im Juli ein Berufungsverfahren wegen Mobbing und am 04.02.2014 ein weiteres Berufungsverfahren wegen ordentlicher verhaltensbedingter Kündigung erfolgreich abgeschlossen werden.

Aufgabenbereich Organisation

Aufgrund der Haushaltslage des Landkreises stand die Thematik Haushaltskonsolidierung auch im Fokus der Arbeit des Bereiches Organisation. Insbesondere die Prüfung auf Notwendigkeit bei der Wiederbesetzung frei werdender Stellen wurde hier – wie aber auch in den zurückliegenden Jahren – thematisiert. Von den Fachämtern ist in Form einer Checkliste die notwendige Nachbesetzung zu begründen. Durch die Organisation erfolgt eine aufgabenkritische Überprüfung der Stellennachbesetzung. Das 2012 zur Durchführung einer Organisationsuntersuchung im Hinblick auf die Haushaltskonsolidierung beauftragte Unternehmen „PricewaterhouseCoopers AG“ (PWC) legte einen abschließenden Bericht vor. Die sich hieraus ergebenden möglichen Änderungen, z. B. Umstrukturierungen, Stellenausweisung, werden durch den Bereich Organisation in Zusammenarbeit mit den Fachämtern umgesetzt und begleitet.

In mehreren Fachbereichen gab es aufgrund von Überlastungsanzeigen oder Aufgabenänderungen Organisationsuntersuchungen. Gegenstand einer Organisationsuntersuchung sind insbesondere Aufgaben, Prozesse, Strukturen und der Personalbedarf.

Die Stellenbewertungskommission beriet in diesem Jahr nicht im Rahmen einer Sitzung. Die Überprüfung und Bewertung von Stellen erfolgte im Umlaufverfahren. Es wurden insgesamt 24 Stellen abschließend bewertet. Des Weiteren erfolgten diverse Überprüfungen von Stellenbewertungen auf Anfrage der Stelleninhaber und Prüfung von Stellenbeschreibungen auf ihre Aktualität.

Strukturelle Änderungen gab es in den Geschäftsbereichen der Dezernate I, IV und V. Das Sachgebiet Personal und Organisation und die Aufgabe des Beteiligungsmanagements wurden dem Bereich der Landrätin zugeordnet, die Struktur des Amtes für Bildung und Kultur wurde von 2 auf 3 Sachgebiete geändert und die Struktur des Kreisentwicklungsamtes wurde auf 1 Sachgebiet reduziert. Ein entsprechendes Personalentwicklungs- und Verwaltungsstrukturkonzept wird bis Ende des Jahres 2014 vorgelegt.

Die Teilnahme des Jugendamtes am Vergleichsring Unterhaltsvorschuss, Beistandschaften und Vormundschaften wurde fortgeführt. Der Bereich Organisation arbeitet in den durch die Landrätin mit den Bürgermeistern vereinbarten Arbeitskreisen Finanzierung in der Kindertagesbetreuung, Personal- und Strukturentwicklung und Haushaltssicherungskonzept 2014 mit.

Durch das Sachgebiet wurde für die Verwaltungsleitung und für den Kreistag der Personalbericht 2012 und die Altersstrukturanalyse der Kreisverwaltung Teltow-Fläming 2013 - 2021 erstellt. Der Bericht gab einen Überblick über die Stellenplanentwicklung, Personalstrukturdaten und Ausbildung in der Kreisverwaltung. Des Weiteren wurde eine Analyse der Altersstruktur der Beschäftigten vorgenommen. Es wird aufgezeigt, wie sich die demografische Situation in den Bereichen der Kreisverwaltung im Jahr 2013 darstellt und bis 2021 entwickeln wird.

Untere Kommunalaufsichtsbehörde

Aufgabe der Kommunalaufsicht ist es sicherzustellen, dass die Verwaltung der Gemeinden im Einklang mit den Gesetzen erfolgt. Um diese Aufgabe mit der notwendigen Fachkompetenz erfüllen zu können, erfolgte eine Spezialisierung im Sachgebiet in die Haushalts-, Personal- und Finanzaufsicht einerseits und die allgemeine Kommunalaufsicht andererseits.

Insgesamt ist feststellbar, dass der Bereich der präventiven Kommunalaufsicht schon seit längerer Zeit und insbesondere im zurückliegenden Haushaltsjahr einen immer größeren Umfang einnimmt. So besteht ein großer Teil der kommunalaufsichtlichen Tätigkeit in der Beratung der Gemeinden beim Erlass von Satzungen, der Vorbereitung von Beschlüssen der Gemeindevertretungen bzw. haushaltsrechtlichen Fragen wie Finanzierung von Investitionen durch Kommunalleasing bzw. Kredite, Zulässigkeiten in der vorläufigen Haushaltsführung usw.

Die allgemeine Kommunalaufsicht befasste sich im Jahr vermehrt mit Bürgeranfragen bzw. Beschwerden mit kommunalrechtlichem Bezug, deren Klärung im öffentlichen Interesse begründet ist. Des Weiteren mussten in einigen Fällen, in denen der Verdacht einer beamtenrechtlichen Pflichtverletzung bestand, Disziplinarmaßnahmen gegen Hauptverwaltungsbeamte vorbereitet werden. In einem Falle wurde im Rahmen der repressiven Aufsicht ein Beauftragter bestellt.

Einen erhöhten Prüfungsaufwand erforderten Entscheidungen der Gemeinden über die Veräußerung von Grundvermögen, die den Regelungen der Genehmigungsfreistellungsverordnung nicht entsprachen und demzufolge der Genehmigungspflicht der Kommunalaufsichtsbehörde unterlagen.

Auf der Grundlage des § 83 Abs. 3 S. 1 der Verordnung zur Durchführung der Grundbuchordnung übt die zuständige Kommunalaufsichtsbehörde die Aufsichtsfunktion über die Kommunen aus, die im Online- Abrufverfahren SolumWEB die Möglichkeit nutzen, über das Internet auf Grundbücher zuzugreifen. In den abrufberechtigten Kommunen begann die Kommunalaufsichtsbehörde, ab dem Jahr 2013 Stichprobenkontrollen durchzuführen.

Mit der Fortschreibung der Städtebauförderungsrichtlinie des Ministeriums für Infrastruktur und Landwirtschaft in 2012 sind Förderungs- bzw. Fortsetzungsanträge über die zuständige Kommunalaufsichtsbehörde an das Landesamt für Bauen und Verkehr zu richten. Da den Anträgen jeweils eine Bestätigung der Fachaufsichtsbehörde über die Vereinbarkeit des Antrags mit den Belangen des Denkmalschutzes und eine Einschätzung zur Haushalts- und Finanzlage beizufügen ist, ist es seit dem Jahr 2013 Aufgabe der Kommunalaufsicht, die Stellungnahmen zusammenzufassen und weiterzuleiten.

Mit der Einführung der Doppik und der rückläufigen Entwicklung der kommunalen Finanzausstattung fällt es besonders den kleineren und im südlichen Teil unseres Landkreises gelegenen Kommunen schwer, den Haushaltsausgleich zu erreichen, sodass die Aufstellung von Haushaltssicherungskonzepten erforderlich wird. Bei der Ausgestaltung der Haushaltssicherungskonzepte wird den Kommunen entsprechende Unterstützung gegeben.

Besonders umfangreiche Prüfungen der finanziellen Leistungsfähigkeit fanden auch bei Kommunen statt, die Mitglied eines Zweckverbandes sind, der in Folge seiner schwierigen wirtschaftlichen Situation durch den Schuldenmanagementfonds des Landes unterstützt wird.

Nach wie vor besteht immer noch großer Bedarf an der Klärung von Detailfragen, die im Zusammenhang mit der Einführung der Doppik stehen und für die es auf Grund ihrer Besonderheit für die einzelne Kommune keine bzw. keine abschließenden rechtlichen Regelungen gibt.

Rechnungsprüfungsamt

Das Rechnungsprüfungsamt nimmt durch seine nur dem Gesetz unterliegende prüfende, feststellende und berichtende Tätigkeit und unter Beachtung von Rechts- und Verwaltungsvorschriften konkret Einfluss auf die Verwaltung des Landkreises, die kreisangehörigen Städte und Gemeinden sowie das Amt Dahme/Mark und die Wasser- und Abwasserzweckverbände zur Durchsetzung der allgemeinen und konkreten Haushaltsgrundsätze. Besonderes Augenmerk wird darauf gelegt, dass die Führung der Haushaltswirtschaft streng nach den Grundsätzen der doppelten Buchführung erfolgt, mit den vorhandenen finanziellen und personellen Ressourcen wirtschaftlich und sparsam umgegangen wird, die Haushaltswahrheit und -klarheit gewahrt werden und das Verwaltungshandeln recht- und ordnungsmäßig entsprechend den gesetzlichen Vorgaben erfolgt.

Grundlegendes Ziel ist es, den Kreistag, insbesondere den Rechnungsprüfungsausschuss, die Stadtverordnetenversammlungen und Gemeindevertretungen bei der Ausübung ihrer Kontrollpflichten durch objektive und fundierte Prüfungsergebnisse zu unterstützen. Sie dienen als Bewertungs- und Entscheidungshilfen über die Durchführung der Haushaltswirtschaft und das allgemeine und konkrete Verwaltungshandeln zu unterstützen. Die Prüfungen, die im Rahmen repräsentativer Stichproben durchgeführt werden, erstrecken sich auf den gesamten Bereich des kommunalen Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesens einschließlich der wirtschaftlichen Betätigung.

Im Bereich der örtlichen Aufgabenkomplexe erstreckte sich die Tätigkeit vor allem auf

- die Weiterführung der Prüfung des Jahresabschlusses 2009 des Landkreises Teltow-Fläming
- die Prüfung des Jahresabschlusses 2010 der Gemeinde Niedergörsdorf und die Prüfung des Jahresabschlusses 2012 der Gemeinde Blankenfelde-Mahlow
- die laufenden Prüfungen der Kassenvorgänge und Belege als Vorprüfungen für die künftigen Jahresabschlussprüfungen im Landkreis und in den Gemeinden Niedergörsdorf und Blankenfelde-Mahlow
- die Durchführung von Kassenprüfungen im Landkreis und in den Gemeinden Niederer Fläming, Blankenfelde-Mahlow und Niedergörsdorf, den Städten Jüterbog und Trebbin sowie im Amt Dahme/Mark
- die Prüfung der Einhaltung und Durchsetzung der vergaberechtliche Grundlagen, insbesondere des Vergabegesetzes, der Honorarordnung und der jeweiligen Verdingungsordnungen bei Vergaben im Landkreis und in den Städten Trebbin, Jüterbog sowie in den Gemeinden Blankenfelde-Mahlow und Niedergörsdorf und im Amt Dahme/Mark
- die Prüfung der zweckentsprechenden Verwendung von kommunalen Zuwendungen bei übertragenen Aufgaben
- die Prüfung der Verwaltungen auf Ordnungs-, Zweck- und Rechtmäßigkeit sowie Wirtschaftlichkeit als Vorprüfung für die künftigen Jahresabschlüsse 2010, 2011 und 2012 im Landkreis und im Rahmen der Jahresabschlussprüfungen in den Gemeinden Blankenfelde-Mahlow und Niedergörsdorf
- die Prüfung der wirtschaftlichen Betätigung des Landkreises Teltow-Fläming als Gesellschafter in der Verkehrsgesellschaft Teltow-Fläming GmbH der Wirtschaftsjahre 2010 bis 2012
- die Prüfung des Jahresabschlusses 2011 des Vereins Tourismusverband Fläming e. V.
- die Prüfung der Wasser- und Abwasserzweckverbände Blankenfelde-Mahlow, Jüterbog-Fläming, Hohenseefeld, Region Ludwigsfelde und des Zweckverbandes Komplexsanierung mittlerer Süden Zossen sowie des Eigenbetriebes WABAU der Stadt Baruth
- die Prüfung von 27 Maßnahmen unter Beachtung der Voraussetzungen der vorläufigen Haushaltsführung

In die 35 Vorprüfungen der Kreisverwaltung wurden 13 Fachämter der Kreisverwaltung einbezogen.

Im Bereich des Vergaberechts wurden in der Kreisverwaltung 27 Auftragsvergaben für Lieferungen und Leistungen einschließlich Bauleistungen mit einem Gesamtwert in Höhe von 2.478,8 T€, davon 20 Vergaben für Lieferungen und Leistungen und 7 Vergaben für Bauleistungen, entsprechenden Prüfungen unterzogen.

Die in den verschiedensten Bereichen durchgeführten Prüfungen endeten nicht nur mit kritischen Bemerkungen, sondern es wurde auch Wert darauf gelegt, Hinweise über Ursachen für das Entstehen von Unregelmäßigkeiten sowie ihre Wirkung innerhalb des Verfahrensablaufes zu geben und gleichzeitig Vorschläge bzw. Empfehlungen für Veränderungen zu unterbreiten.

Behinderten- und Seniorenbeauftragte

Im Landkreis leben derzeit mehr als 35.000 Menschen, die 65 Jahre alt und älter sind. Der Anteil der Senioren an der Bevölkerung liegt damit bei 22 %. 2005 lag der Anteil der Bevölkerung des Landkreises mit 30.367 noch bei 19 %.

Mehr als 24.000 Menschen leben mit einer Behinderung. Hiervon sind 17.000 Menschen schwerbehindert mit dem Eintrag von mindestens 50 % im Schwerbehindertenausweis.

Stellungnahmen

Im Rahmen der behindertengerechten Gestaltung öffentlicher Verkehrsräume sowie der baulichen Ausstattung öffentlich zugängiger Gebäude wurden insgesamt 54 schriftliche Stellungnahmen abgegeben. Zudem nutzten Bauherren, Planer und einige Kommunen den fachlichen Austausch. Schwerpunktthemen waren: Wege- und Leitsysteme für Blinde- und Sehbehinderte, akustische Hilfen für Hörgeschädigte, rollstuhlgerechte Gestaltung von öffentlichen Einrichtungen und Wohnungen.

Beratungen

Eine der wichtigsten Aufgaben der Behinderten- und Seniorenbeauftragten ist es, zwischen dem Bürger und der Behörde zu vermitteln. Die häufigsten Anfragen hierzu gab es zu den Leistungen des Sozialamtes nach dem Sozialgesetzbuch (SGB) XII (Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, Eingliederungshilfe für behinderte Menschen). Die Anwendung der durch den Kreistag am 17. Juni beschlossenen 3. Handlungsempfehlung zu den angemessenen Kosten für Unterkunft und Heizung sorgte bei den Antragstellern für Unsicherheiten und Unverständnis. Dies spiegelte ebenfalls die 5. Herbstkonferenz am 6. November wider. Hier wurde u. a. auch die 3. Handlungsempfehlung von Teilnehmern der Herbstkonferenz thematisiert.

Weiterer Beratungsbedarf bestand zu folgenden Themen:

- Ermittlung und Feststellung des Grades der Schwerbehinderung
- Pflege- und stationäre Versorgungsmöglichkeiten im Landkreis und deren Finanzierung
- Suche nach angemessenem barrierefreien Wohnraum
- Umbau und Förderung von barrierefreien Wohnraum
- Angebot und Finanzierung der Hortbetreuung für Kinder mit Behinderung
- Probleme bei der Nutzung des öffentlichen Personennahverkehrs und des Behindertenfahrdienstes durch Menschen mit Behinderung (Bus, Bahn, Behindertenfahrdienst)
- Parkerleichterungen für Menschen mit Behinderung

Höhepunkte

Große Bedeutung für die Anerkennung der Seniorenarbeit im Landkreis hatte der am 17. Juni 2013 gefasste Beschluss des Kreistages zur Legitimation des Kreissenorenbeirats (Aufnahme in die Hauptsatzung). Am 24. Februar 2014 werden die Mitglieder des Kreissenorenbeirates vom Kreistag benannt.

Am 8. September wurde das 13. Behinderten- und Skaterfest mit mehr als 500 Besuchern traditionell in Kolzenburg begangen. Dieses Fest wurde im Zusammenwirken mit den Behindertenverbänden Teltow-Fläming, den Selbsthilfegruppen, den Wohlfahrtsverbänden und dem Behindertenbeirat Luckenwalde organisiert. Höhepunkt war die Rollstuhlstaffel, bei der Skater und Rollstuhlfahrer gemeinsam auf der Skaterbahn unterwegs waren und an vier Stationen verschiedene Aufgaben lösen mussten. Viele Politiker beteiligten sich aktiv an der Rollstuhlstaffel und kamen mit den Teilnehmern ins Gespräch.

Vom 9. Juni bis 16. Juni fand die 20. Brandenburgische Seniorenwoche statt. Das Motto war: „20 Jahre Seniorenarbeit – aktiv, selbstbestimmt, solidarisch“. Mit der Eröffnungsveranstaltung am 10. Juni in der Gemeinde Am Mellensee wurden 12 besonders engagierte ehrenamtliche Senioren aus den Städten und Gemeinden sowie die Mitglieder des Kreissenorenbeirats für ihre Arbeit gewürdigt. Gleichzeitig wurde der Startschuss für weitere Aktionen und Veranstaltungen in den Städten und Gemeinden gegeben.

Gleichstellungs- und Integrationsbeauftragte

Das gemeinsame Anliegen von Politik und Verwaltung, ein gleichberechtigtes und tolerantes Miteinander aller im Landkreis lebenden Menschen zu garantieren, ist für alle eine große Aufgabe. Keiner soll wegen seines Geschlechts, seines Alters, seiner Herkunft oder wegen einer Behinderung benachteiligt werden. Dafür gibt es nach wie vor viel zu tun. Das Jahr war geprägt durch unterschiedlichste Handlungsfelder wie Gleichstellungsfragen, Integration, Migration, Gemeinwesenentwicklung, Stärkung von Demokratie und Miteinander, aber auch von einer stark zugenommenen Flüchtlingszahl.

Zuwanderer

Die Verwaltungsaufgaben wie Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge in den Heimen wurden von den zuständigen Ämtern in der Kreisverwaltung gut bewältigt. Da im Gegensatz zu den vergangenen Jahren erstmals mehr Familien über einen Asylantrag in den Landkreis gekommen sind, gab und gibt es naturgemäß neue Situationen zu bedenken. Viele Flüchtlinge kamen mit großen gesundheitlichen Problemen. Kein Flüchtling beherrschte die deutsche Sprache. Die Verständigung zwischen den Akteuren (Arzt, Schule, Ämter etc.) gestaltete sich sehr schwierig und brachte die Schulen in Luckenwalde und die Ärzteschaft an den Rand ihrer Kapazitäten. Viele der mitgekommenen Kinder sind schulpflichtig. Die Unterrichtsdurchführung drohte wegen der sprachlichen Barrieren zusammenzubrechen. Die Organisation für den Unterrichtsablauf und die Verständigung zwischen Eltern und Schulen erforderte besonderes Engagement aller Beteiligten. In enger Zusammenarbeit mit dem Schulamt, dem Jugendmigrationsdienst, der RAA Brandenburg – Regionale Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie, Brandenburg und ehrenamtlichen Paten konnte die Beauftragte ein Netzwerk von „Kümmerern“ in Alltags- und Bildungsfragen aufbauen. Es wurde ein Modellprojekt zur Organisation und zum Ablauf von zusätzlichem Deutschunterricht entwickelt.

Besonders hilfreich für die Vermittlung zwischen Flüchtlingen, die überwiegend aus Tschetschenien kommen, und der Verwaltung, Ärzteschaft, Schulen, Kitas etc. war eine Kollegin mit russischem Migrationshintergrund. Sie ist im Rahmen des Bundesprojektes „Bürgerarbeit“ bei der Beauftragten tätig. Dank ihrer Hilfe konnten auf kurzem Wege Übersetzungen von amtlichen Mitteilungen, Begleitungen zum Arzt, Vermittlungen zwischen Eltern und Schule übernommen werden. Insgesamt hat diese konkrete Hilfe mehr als 20.000 € Dolmetscherkosten eingespart. Durch ihre Arbeit konnten schnell Hilfe vermittelt und lange Wartezeiten vermieden werden. Besonders im Aufbau des Schulbetriebes war es dadurch möglich, persönliche Kontakte zwischen Eltern und Schule herzustellen und damit oft deeskalierend zu wirken.

Insgesamt wohnen fast 4000 Ausländer in Teltow-Fläming. Davon lebten 2013 etwa 245 Personen in den Übergangswohnheimen. 50 % aller Zuwanderer kommen aus dem europäischen Raum. Erfahrungsgemäß ist der Informationsbedarf über örtliche Strukturen für Zugewanderte sehr hoch. Die vorhandenen Beratungsstellen - insbesondere mit ihrer Beratungszeit - sind unzureichend. Es gibt lediglich in Luckenwalde eine Beratungsstelle für Flüchtlinge. Die Bildungseinrichtung FUTURA übernimmt im Rahmen ihrer Integrationskurse auch Hilfestellungen in Alltagsfragen. Außer den ehrenamtlichen Angeboten gibt es keine professionellen Anlaufstellen für Zuwanderer in den Kommunen, deshalb beansprucht die Beratung von Migranten und Flüchtlingen einen großen Teil des Zeitbudgets der Beauftragten.

Eine Schlüsselfunktion für gelungene Integration hat Arbeit. In der Vermittlung in Arbeit für Zuwanderer hat der Landkreis noch Defizite, die es zu überwinden gilt. Wegen der aus förderrechtlichen Gründen erforderlichen Mindestanzahl von Teilnehmenden können im Laufe eines Jahres nur wenige Deutsch- bzw. Integrationskurse angeboten werden. Die Wartezeiten sind zu lang und daher ist die Vermittlung in Arbeit nur schleppend möglich. Viele Arbeitnehmer scheuen sich, auf Grund der fehlenden Deutschkenntnisse oder einer unbekannten Kultur Zuwanderer einzustellen. Auch hier gibt es

Personen- und Funktionsbezeichnungen sind in männlicher Form verwandt worden.

Der Verzicht auf sprachliche Gleichbehandlung soll die Lesbarkeit des Berichtes erleichtern.

Aufklärungsbedarf. Das von der Beauftragten initiierte Netzwerk Integration/Migration nimmt sich der Aufgaben zur Überwindung von Vorurteilen und Diskriminierungen an und entwickelt zunehmend für alle im Landkreis lebenden Menschen eine Willkommenskultur. Für seine bisherige Arbeit wurde das Netzwerk mit dem Landesintegrationspreis 2013 ausgezeichnet.

Projekte zum Thema Toleranz und Engagement

Der Kreistag beschloss im Dezember 2012 die Fortführung des Bundesprogramms Lokaler Aktionsplan (LAP) „TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN“. Entsprechend den aus der Bürgerschaft entwickelten Leitlinien (www.lap-teltow-flaeming.de) konnten 2013 mit einer Fördersumme von 92.000 € weitere 28 Projekte unterstützt werden.

Der Landkreis nahm am 16. April am bundesweit initiierten „Tag für Toleranz“ mit einer Tour über die Flaeming-Skate von Luckenwalde über Petkus nach Dahme und einem Fest für Toleranz auf dem Schlossplatz in Dahme teil. Die Resonanz darauf war beachtlich.

Ein ebenfalls herausragendes Projekt ist die Verstetigung des interkulturellen Treffs im Luckenwalder Kieztreff.

Besonderer Höhepunkt war das Projektnetzwerktreffen anlässlich des Tages der Demokratie am 25. Mai beim Tag der offenen Tür im Kreishaus. Dieser Tag war vor allem eine Gelegenheit, bürgerschaftliches Engagement, Politik und Verwaltung zusammenzubringen.

Der begonnene Dialog zwischen den Beteiligten konnte stetig weitergeführt werden und fand auch in der 5. Herbstkonferenz unter dem Motto „Politik, Verwaltung, Wirtschaft und bürgerschaftliches Engagement – gemeinsam gestalten wir unseren Landkreis“ seine Fortführung. Die Herbstkonferenz hat sich zu einem Forum des Gedankenaustausches und der Gestaltung des bürgerschaftlichen Engagements entwickelt.

Gleichstellung von Mann und Frau

Die Gleichstellung von Mann und Frau ist nach wie vor in fast allen gesellschaftlichen Bereichen keine Selbstverständlichkeit wenn es darum geht, für gleiche Arbeit den gleichen Lohn zu bekommen, bei gleicher Qualifizierung einen gleichgestellten Arbeitsplatz einzunehmen, Frauen in Führungspositionen zu berufen und vor allem die soziale Teilhabe am gesamtgesellschaftlichen Leben zu gewährleisten. Dies sind nur einige wenige Punkte, die das Tätigkeitsfeld der Gleichstellung darstellen. In Zukunft wird es darum gehen müssen, vorhandene Netzwerke weiter auszubauen und die Menschen dazu zu befähigen, motiviert und selbstbestimmt ihren Alltag zu meistern.

Im Landkreis ist es bereits zur Tradition geworden, durch eine Vielzahl von Veranstaltungen in der Frauenwoche, die sich inzwischen zum Frauenmärz ausgeweitet haben, auf aktuelle Themen hinzuweisen. Frauen engagieren sich in den Kommunen meist ehrenamtlich, aber sehr viel weniger politisch. Gerade hier wäre die weibliche Komponente erforderlich, um die sozialen Themen in die Kommunalpolitik besser einbringen zu können.

Ein weiteres Aufgabenfeld ist die Bekämpfung von Gewalt an Frauen. Dazu fanden in diesem Jahr gemeinsam mit der Opferschutzbeauftragten des Schutzbereiches, den Leiterinnen der Frauenhäuser und den Organisationen, die sich um die Opferhilfe bemühen, Informationsveranstaltungen zum Thema häusliche Gewalt statt. Höhepunkt war wieder der Aktionstag „Gegen Gewalt an Frauen“ am 25. November. Gemeinsam mit einer selbst betroffenen Schriftstellerin wurde das Thema „Warum schweigen die Opfer“ im Vereinshaus Mahlow diskutiert.

Die Gleichstellungsbeauftragte ist Mitglied im Regionalbudget. Sie ist Ansprechpartnerin bei der Auswahl von Initiativen und Projekten. Unter ihrer Mitwirkung werden lokale Initiativen für eine neue Beschäftigung gefördert.

Personen- und Funktionsbezeichnungen sind in männlicher Form verwandt worden.

Der Verzicht auf sprachliche Gleichbehandlung soll die Lesbarkeit des Berichtes erleichtern.

Beauftragter zur Korruptionsprävention und -bekämpfung (Antikorruptionsbeauftragter)

Kreisrechtsrat Uwe Göbel ist seit dem 1. November 2011 Beauftragter zur Korruptionsprävention und -bekämpfung (Antikorruptionsbeauftragter) für die Kreisverwaltung. Er ist Ansprechpartner für die Beschäftigten der Kreisverwaltung, die Kreistagsabgeordneten und die Bürger sowie für die Strafverfolgungsbehörden.

Auf der Webseite des Landkreises werden die Aufgaben des Antikorruptionsbeauftragten der Öffentlichkeit unter der Rubrik „Keine Chance der Korruption“ vorgestellt. Es sind dort auch Hinweise und Links zu weiterführenden Publikationen zu finden.

Im Jahr sind beim Antikorruptionsbeauftragten 15 verwaltungsinterne Vorgänge zur Bearbeitung eingegangen.

Behördlicher Datenschutzbeauftragter

Schulung

Neben der Vermittlung von Wissen bei Beratungen und Kontrollen nutzte der Datenschutzbeauftragte Kreisrechtsrat Franco Capalbo das behördeneigene Intranet, um die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kreisverwaltung in Datenschutzangelegenheiten fortzubilden. Im Berichtszeitraum ging es neben der Definition von „Datenverarbeitung“ um den Zutrittsschutz zu den Diensträumen, wenn externe Dienstleister im Hause sind.

Beratung

Schwerpunkt waren die Einzelberatungen für die verschiedenen Fachbereiche. Die Anfragen stammten überwiegend aus den Dezernaten I, II und V. Auch in diesem Jahr war eine steigende Tendenz bei den Auskunftsverfahren nach dem Akteneinsichts- und Informationszugangsgesetz (AIG) zu verzeichnen, bei denen der Datenschutzbeauftragte hinzugezogen wird, wenn sich der Auskunftsanspruch auf personenbezogene Daten bezieht.

Beschwerdebearbeitung, Kontrollen

Die Mehrzahl der durchgeführten Kontrollen stand im Zusammenhang mit Beschwerden und Petitionen, die direkt an den Datenschutzbeauftragten gerichtet wurden (Sozial- und Personaldatenschutz). Über die Landesbeauftragte für den Datenschutz und das Recht auf Akteneinsicht (LDA) kamen im Berichtszeitraum keine Beschwerden in den Bereich des Datenschutzbeauftragten.

LAG Brandenburg

Arbeitsschwerpunkte bei der Landesarbeitsgemeinschaft Datenschutz Brandenburg (LAG Brandenburg) waren die Themen Dokumentenmanagementsystem und allgemeine Dienstanweisungen zum Umgang mit personenbezogenen Daten. Darüber hinaus beschäftigte sich die LAG mit den Voraussetzungen des Livestreamings, mit der Leistungskontrolle in der Jugendhilfe, mit Zeiterfassungssystemen und behördenübergreifenden Datenbanken.

Dezernat I

Hauptamt

Sachgebiet Zentralverwaltung und Beschaffung

Die Absicherung des reibungslosen Dienstbetriebes unter den Bedingungen der vorläufigen Haushaltsführung stand im Mittelpunkt aller Aktivitäten in der Zentralverwaltung.

Der Dienstleistungsgedanke wurde auch „gelebt“. In einigen Schulen wurden Malerleistungen realisiert, Hausmeister und Kraftfahrer sind eingesprungen, wenn die Notwendigkeit bestand, Umzüge wurden realisiert, um nur Beispiele zu nennen. Die landesweite Katastrophenschutzübung des Veterinäramtes wurde nach allen Kräften und erfolgreich unterstützt.

Ein nicht alltäglicher Arbeitsschwerpunkt war - neben der Neuvergabe der Reinigungsleistungen für das Kreishaus - die Beschaffung der Ausstattung für die neuen Übergangswohnheime für Asylbewerber in Luckenwalde und Ludwigsfelde.

Im Kreis- und Verwaltungsarchiv wurde eine Software, durch die die Erfassung und Verwaltung der Archivbestände erleichtert wird, eingesetzt.

Über das Projekt „Aktenpaten gesucht“ wurden ca. 6.000 € zur Bestandserhaltung wertvoller Akten eingeworben.

Versicherungsangelegenheiten

Im Bereich Versicherungsangelegenheiten werden alle Sach- und Haftpflichtversicherungen sowie die außergerichtliche Durchsetzung haftungsrechtlicher Ansprüche des Landkreises gegen Dritte bearbeitet. Für die dem Anwaltszwang unterliegenden Schadenersatzklagen vor dem Landgericht Potsdam erfolgen die Sachverhaltsermittlung und die Erarbeitung von Stellungnahmen als Arbeitsbasis für die den Landkreis in diesen Fällen vertretenden Rechtsanwälte.

Bei der jährlich stattfindenden Mitgliederversammlung des Kommunalen Schadenausgleich (KSA) werden die Interessen des Landkreises wahrgenommen. Darüber hinaus ist der Bereich für Versicherungsangelegenheiten Anlaufstelle für hausinterne versicherungsrechtliche Auskünfte und Stellungnahmen zu allen den Landkreis betreffenden Versicherungsbereichen.

Im Berichtszeitraum hat es bei der Anzahl neu gemeldeter Schadenfälle in der Sparte Allgemeine Haftpflicht ebenso wie bei den durch Dritten dem Landkreis zugefügten Schäden einen deutlichen Rückgang gegeben. Bei der Rechtsschutzversicherung hat sich das Schadenvolumen der neu gemeldeten Fälle deutlich verringert, wodurch eine erneute Prämienerrhöhung unterblieb.

Die Zahl der Kaskoschäden an den kreiseigenen Kraftfahrzeugen blieb im Vergleich zum Vorjahr auf gleicher Höhe, jedoch mit einem mehr als verdoppelten Schadenvolumen. In den übrigen Sparten hat es weder in der Anzahl noch in der Schadenhöhe Auffälligkeiten im Vergleich zum Vorjahr gegeben. Die sich bereits in den vergangenen Jahren abzeichnende Tendenz im Hinblick auf die zunehmende Komplexität einzelner Schadenfälle und daraus resultierend die kontinuierlich steigende Anzahl der aus Vorjahren fortzuführenden Schadenakten fand ihre Fortsetzung.

Neu gemeldete Schäden entstanden in den verschiedensten Bereichen der Verwaltung ohne schwerpunktmäßige Konzentration auf bestimmte Ämter.

Im Jahr sind keine neuen Schadenersatzklagen erhoben worden. Die bereits im letztjährigen Tätigkeitsbericht erwähnte Klage mit einem Streitwert von ca. 192.000 € im Berichtszeitraum konnte noch nicht zum Abschluss gebracht werden.

Personen- und Funktionsbezeichnungen sind in männlicher Form verwandt worden.

Der Verzicht auf sprachliche Gleichbehandlung soll die Lesbarkeit des Berichtes erleichtern.

Neben der Bearbeitung von Schadenfällen wurden versicherungsrechtliche Stellungnahmen für die verschiedensten Bereiche der Verwaltung erarbeitet.

Sachgebiet ADV

Die WAN-Infrastruktur des Landkreises wurde weiter ausgebaut. So erfolgte im Juni die netzwerktechnische Anbindung der Standorte Kreisstraßenmeisterei sowie des Feuerwehrtechnischen Zentrums Luckenwalde in der Berkenbrücker Chaussee.

Neben der Verbesserung der IT-relevanten Arbeitsbedingungen vor Ort (zentrale File-Ablage und Datensicherung, verbesserte Servicemöglichkeiten durch Fernwartung etc.) wurden Bedingungen geschaffen, die im Brand- und Katastrophenfall die interne Kommunikation und den Zugriff auf zentrale Ressourcen wie File-Ablage, Fachverfahren sowie zum Landesverwaltungsnetz ermöglichen.

Im November konnte dies bei der Katastrophenschutzübung des Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamtes unter Beweis gestellt werden.

Nach Durchführung einer Analyse zur Auslastung der Praktikanten- und Auszubildenden-IT-Arbeitsplätze wurde begonnen, die Auszubildenden bei Einstellung mit Laptops auszustatten. Dies wird über einen Zeitraum von 3 Jahren zur Halbierung des dafür vorgesehenen Arbeitsplatzbestandes für diese Nutzergruppen führen.

Als Beitrag zur Haushaltsmitteleinsparung wurde eine Ausschreibung zur Drucker- und Kopierer-Konsolidierung für die Standorte der Kernverwaltung des Landkreises gestartet, deren Umsetzung im Jahr 2014 erfolgen wird. Für die Schulen wurden ca. 200 PCs und Laptops sowie einzelne Serversysteme angeschafft, was unabweislich war.

Die zyklische Erneuerung von PC- und Laptotechnik der Mitarbeiter der Kreisverwaltung sowie der zentralen Servertechnik wurde weiter fortgesetzt.

Wahlen und Abstimmungen

Infolge der Abwahl des Landrates am 10. Dezember 2012 durch den Kreistag wurde die erste Direktwahl eines Landrates im Landkreis Teltow-Fläming notwendig. Kurzfristig hatte die Verwaltung räumliche und personelle Fragen zu klären, um die umfangreichen und zum Teil neuen Aufgaben abzuwickeln. Dabei wurde erstmalig die Briefwahl im Kreishaus organisiert und ausgezählt, erstmalig fand auch auf Kreisebene eine Stichwahl innerhalb von drei Wochen statt. Die Landratswahl war auch die erste einzelne – ausschließlich für den Landkreis – stattfindende Wahl, sodass die Gesamtverantwortung hierfür im Kreiswahlbüro getragen wurde.

Die Hauptwahl fand am 24. März und die Stichwahl am 14. April statt. Wenn auch die Direktwahl am Quorum der Wähleranzahl trotz der vorherigen Senkung des Wahlmindestalters auf 16 Jahre scheiterte, ist es dank der guten Zusammenarbeit mit den kommunalen Wahlbüros gelungen, diese Wahl rechtlich und organisatorisch fehlerfrei abzuwickeln.

Parallel zur Landratswahl wurde im Kreiswahlbüro das nunmehr neunte Volksbegehren unter dem Titel „Hochschulen erhalten“ durch die Auslage von Eintragungslisten in den Kommunen vorbereitet und durchgeführt. Der Eintragungszeitraum begann am 10. April und endete am 9. Oktober. Der Kreisabstimmungsausschuss stellte am 14. Oktober das Ergebnis für die Stimmkreise 23, 24 und 25 fest. Landesweit hat das Volksbegehren mit 18.105 gültigen Eintragungen nicht die erforderliche Zahl von 80.000 erreichen können. Zuvor hat der Gesetzgeber das Mindestalter für die Eintragungsberechtigung auf 16 Jahre herabgesetzt, die Dauer der Eintragsfrist auf 6 Monate erweitert, die briefliche Eintragung eingeführt und zusätzliche Eintragungsräume ermöglicht.

Ohne große Unterbrechung wurde im Kreiswahlbüro ab Herbst mit der Vorbereitung der am 25.05.2014 stattfindenden Europa- und Kommunalwahlen begonnen. Erste Aufgaben waren die Ablaufplanung, die

Personen- und Funktionsbezeichnungen sind in männlicher Form verwandt worden.

Der Verzicht auf sprachliche Gleichbehandlung soll die Lesbarkeit des Berichtes erleichtern.

Formularanpassung, die Beratung von Wahlvorschlagträgern, die Planung der Briefwahl, die Beantwortung verschiedener wahlorganisatorische Abfragen vom Landeswahlleiter.

Der Aufwand im Kreiswahlbüro ist unabhängig von der Anzahl der letztendlichen Wähler oder der Zahl der Eintragungen stets geprägt von zahlreichen Einzelfragen. Diese müssen mit den Kommunen, den Bewerbern, interessierten Bürgern, den Medien, den Kreiswahlausschüssen, den ehrenamtlichen Helfern sowie dem Landeswahlbüro geklärt werden. Außer zur Kreistagswahl endet die Arbeit regelmäßig mit der kostentechnischen Abrechnung zwischen Land, Kreis und Kommune oft Monate nach dem Wahltag.

Kämmerei

Sachgebiet Kasse und Vollstreckung

Bereich Kasse

Neben den Veränderungen seit der Einführung der Doppik im Jahr 2009 wirkten sich erschwerend in diesem Jahr auf die tägliche Arbeit der Kasse der Wechsel von Mitarbeitern und die unbesetzten Stellen aus. Zum Jahresanfang wurde vorrangig die Bereinigung der Feststellungen zur Jahresrechnung 2009 abgearbeitet.

Am 3. und 4. Januar 2014 wurde der kassenmäßige Abschluss 2013 erfolgreich vollzogen. Somit wurde gewährleistet, dass die Kontoauszüge tagfertig gebucht und die Auszahlungsdateien termingerecht erstellt und abgearbeitet wurden.

In Vorbereitung der Haushaltssatzung 2013 wurde der § 4 zur Festsetzung des Höchstbetrages der Kredite, die zur Liquiditätssicherung in Anspruch genommen werden, aus der Satzung gestrichen.

Ab dem Haushaltsjahr 2013 wird zur Sicherstellung der Zahlungsfähigkeit des Landkreises gemäß § 76 BbgKVerf die Höhe des Kassenkredites durch gesonderten Beschluss des Kreistages festgelegt. Der Höchstbetrag der Kassenkredite von 43.000.000 € wurde am 25. Februar 2013 durch den Kreistag beschlossen.

Bei der Haushaltsdurchführung wurde der Kassenkredit ganzjährig in Anspruch genommen. Für das Geschäftskonto des Landkreises lag die Zinsbindung ganzjährig bei 2,01 %. Durch die Inanspruchnahme von Kassenfestkrediten zu zinsgünstigeren Bedingungen konnte der ursprüngliche Ansatz der Zinsaufwendungen für den Kassenkredit in Höhe von 450.000 € nach der Festlegung einer geforderten Einsparung von 2,0 % auf 418.000 € verringert werden. Eine weitere Kürzung erfolgte nach der Rücknahme des Haushaltsplanentwurfes im Oktober 2013 in Höhe von 30.000 €.

Der verringerte Ansatz der Aufwendungen für die Zinsen Kassenkredit 2013 in Höhe von 388.000 € wurde mit einem Anordnungssoll von 257.471 € abgeschlossen. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt kann kein positiver Kontostand abgerechnet werden und eine Entlastung der Inanspruchnahme des Kassenkredites zur Erfüllung aller Verwaltungsaufgaben wird auch im Jahr 2014 nicht erreicht.

Bereich Vollstreckung

Die seit 1. Juli geltenden Pfändungsfreigrenzen ermöglichen der Vollstreckung weiterhin nur sehr eingeschränkte Pfändungsmöglichkeiten. Der Grundfreibetrag wurde von 1.029,99 € auf 1.049,99 € erhöht. Pfändbare Beträge sind oft nicht vorhanden, sodass meist nur eine fruchtlose Pfändung durchgeführt werden kann. Auch werden immer öfter sogenannte P-Konten eingerichtet. Ein Großteil der Schuldner nahm die Möglichkeit der Ratenzahlung in Anspruch. Die Anzahl der Androhung des Ventilwächters war rückläufig, da die Mehrheit der Schuldner keine Fahrzeuge mehr auf sich zugelassen hat. Der Einsatz des Ventilwächters wurde zweimal angedroht. Angelegt wurde er nicht, da die Forderungen gezahlt wurden.

Im Rahmen des Verbraucherinsolvenzverfahrens wurden 39 außergerichtliche Einigungsversuche durchgeführt. Nach Vorlage der Schuldenbereinigungspläne erfolgten 17 Zustimmungen und 9 Ablehnungen. Zu Insolvenzanmeldungen kam es letztlich in 51 Fällen. Diese Verfahren laufen über mehrere Jahre und es ist mit Zahlungen unter einem Prozent zu rechnen.

Anmeldungen zu Zwangsversteigerungsverfahren erfolgten 3 Mal. Im Berichtszeitraum wurden die Eintragung einer Sicherungshypothek angedroht und eine Eintragung vollzogen. Im Berichtszeitraum gab es keinen Forderungserlass, einmal wurde die Ersatzzwangshaft beantragt.

Statistische Angaben zur Fallbearbeitung:

Personen- und Funktionsbezeichnungen sind in männlicher Form verwandt worden.

Der Verzicht auf sprachliche Gleichbehandlung soll die Lesbarkeit des Berichtes erleichtern.

Privatrechtliche Forderungen

	2013 (Stand 31.12.2013)		2012
	Anzahl	Betrag in €	Anzahl
Neuzugänge	46	16.158,22	20
beigetriebene Forderungen	28	6.461,03	10
Niederschlagungen	11	6.193,14	15

Öffentlich-rechtliche Forderungen

	2013 (Stand 31.12.2013)		2012		2011	
	Anzahl	Betrag in €	Anzahl	Betrag in €	Anzahl	Betrag in €
Neuzugänge und Wertumfang der eigenen Forderungen	2.563	572.814,41	3.346	659.325,89	3.155	563.603,68
Beigetriebene Forderungen	2.032	239.976,63	1.564	234.539,32	1.958	231.350,88
Niederschlagungen	549	242.410,04	2.584	520.754,86	370	267.371,42
Amtshilfeersuchen	904		986		951	
Anzahl der aufgesuchten Schuldner im Jahr	2.914		2.942		3.141	
Anzahl der Fälle aller aufgesuchten Schuldner	4.869		4.491		5.084	

Sachgebiet Geschäftsbuchhaltung

Am 28. Januar wurden der Haushaltsplanentwurf 2013 und das Haushaltssicherungskonzept in den Kreistag eingebracht. Vorgesehen war eine Erhöhung der Kreisumlage um 1 % von 47 % auf 48 %.

Nach umfangreicher Überarbeitung konnte ein strukturell ausgeglichener Haushalt 2013 vorgelegt werden. Die Haushaltssatzung 2013 und das Haushaltssicherungskonzept sollten in der Kreistagssitzung am 17. Juni beschlossen werden. Die amtierende Landrätin zog in der Kreistagssitzung beide Vorlagen zurück. Es wurde mit Vorlagennummer 4-1581/13-KT der Beschluss gefasst, einen Doppelhaushalt 2013/2014 einzubringen. Der Entwurf des Doppelhaushaltes und des Haushaltssicherungskonzeptes sollten am 22. Oktober in den Kreistag eingebracht werden. Der Doppelhaushalt 2013/2014 wurde mit einer Kreisumlage von 47 % und ohne strukturelles Defizit geplant. Der Haushaltsplanentwurf sowie das Haushaltssicherungskonzept wurden in der Sitzung des Kreistages am 22. Oktober von der Landrätin zurückgezogen. Für das Haushaltsjahr 2013 wurde somit kein Haushalt beschlossen und genehmigt. Der Landkreis Teltow-Fläming befand sich damit bis Ende des Jahres 2013 in der vorläufigen Haushaltsführung – der sogenannten haushaltslosen Zeit.

Der Gesamtergebnisplan 2013, Stand 22.10.2013, belief sich bei den Erträgen auf 205.167.760 € und bei den Aufwendungen auf 204.863.560 €. Die Einzahlungen im Gesamtfinanzplan wurden mit 204.569.250 € und die Auszahlungen mit 205.926.720 € festgesetzt.

Im investiven Bereich wurde mit Einzahlungen i.H.v. 5.611.820 € und Auszahlungen i.H.v. 6.231.820 € geplant.

Die Auszahlungen aus Investitionstätigkeit enthielten eine Ausleihe an die SWFG mbH in Höhe von 620.000 €. Diese diente der Liquiditätssicherung der Gesellschaft. Am 12. August erfolgte die Rückzahlung dieser Ausleihe nebst Zinsen für den Zeitraum der Ausleihe.

Die restlichen zur Verfügung stehenden Mittel in Höhe von 5.611.820 € wurden neben Hoch- und Tiefbaumaßnahmen für den Erwerb von Grundstücken, Erwerb von Sachanlagevermögen und immateriellen Vermögensgegenständen sowie für den Erwerb von geringwertigen Wirtschaftsgütern eingeplant.

Eine Durchführung von investiven Maßnahmen fand nur in vorab geprüften Einzelfällen und unter Berücksichtigung und Beachtung des § 69 KomHKV und des Runderlasses 01/2013 des Ministeriums des Innern statt. Die nicht verwendete investive Schlüsselzuweisung im Haushaltsjahr 2013 wird der Sonderrücklage zugeführt.

Am 9. Dezember wurden der Haushaltsplanentwurf 2014 und das Haushaltssicherungskonzept in den Kreistag eingebracht.

Im ersten Halbjahr 2013 erfolgte die Umsetzung des Prüfberichtes des Rechnungsprüfungsamtes zum Jahresabschluss 2009. Zur Entlastung des Landrates hinsichtlich des Jahresabschlusses 2009 kam es durch Beschluss im Kreistag am 9. September.

Straßenverkehrsamt

Sachgebiet Kfz-Zulassung

Auch im vergangenen Jahr kam es zu einer Steigerung des Fahrzeugbestandes. Die Anzahl der im Landkreis zugelassenen Fahrzeuge stieg seit 1. Januar um 1.732 auf 133.365.

Am Ende des vergangenen Jahres musste die Außenstelle der Zulassungsbehörde in Luckenwalde aus personellen Gründen vorübergehend schließen. Diese Entscheidung ist nicht leicht gefallen, da sie auch zu Kritik der Gewerbetreibenden und Privatpersonen geführt hat.

Sachgebiet Fahrerlaubniswesen und Fahrschulwesen

Die Umsetzung der 3. EU-Führerscheinrichtlinie in nationales Recht erfolgte zum 19.01.2013. Seit diesem Tag ausgestellte Führerscheine sind – unabhängig von der zugrundeliegenden Fahrerlaubnis – auf 15 Jahre befristet. Nach Ablauf dieser Gültigkeit muss ein neuer Führerschein ausgestellt werden. Diese Regelung dient insbesondere der Aktualität von Namen und Lichtbild und ist mit keiner zusätzlichen regelmäßigen ärztlichen Untersuchung verbunden. Ausgenommen hiervon sind lediglich die Fahrerlaubnisklassen für Lkw und Bus. Gleichzeitig ergaben sich Änderungen in den fahrerlaubnisrechtlichen Bestimmungen. Schwerpunkt hierbei war die Umstrukturierung der Fahrerlaubnisklassen. Die technische Umsetzung des neuen Fahrerlaubnisrechtes stellte große Probleme dar, sodass manuelle Änderungen bei der Erfassung sämtlicher Anträge über mehrere Monate erforderlich waren und dadurch längere Bearbeitungszeiten entstanden.

Sachgebiet Verkehrsordnungswidrigkeiten

Auch 2013 hat das Sachgebiet zur Sicherheit auf den Straßen des Landkreises beigetragen, um das Hauptziel der Tempokontrolle, eine Reduzierung der Häufigkeit und Schwere der Verkehrsunfälle, zu erreichen. Der erfreuliche Trend, die Anzahl der Geschwindigkeitsüberschreitungen bei annähernd gleichbleibendem Technikeinsatz zu reduzieren, hat sich auch im Berichtsjahr fortgesetzt. Für den Rückgang gesorgt hat aber auch, dass bis zum Anfang des II. Quartals witterungsbedingt weniger Fahrzeugführer zu schnell gefahren sind. Weiterhin führten mehrmonatige Baumaßnahmen an einigen Schnittstellen der Geschwindigkeitskontrollen zur Reduzierung der Fallzahlen.

Kreisweit kontrollierten die Mitarbeiter 95 Gefahrenpunkte, darunter 7 Messstellen, an denen die Geschwindigkeit mit einem Kameraeinschub gemessen werden kann. Im Vorjahr überprüfte der Landkreis an 94 Stellen die Einhaltung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit.

Den Fokus auf die Sicherheit der Schul- und Spielwege zu richten ist auch 2013 gelungen. Demnach unterstützte das Sachgebiet mit 74 % der Messstellen diesen präventiven Schutz. 20 % der Kontrollpunkte wurden an Stellen mit besonderer Gefährdung (z. B. Skaterquerungen über Bundesstraßen), 4 % an schützenswerten Bereichen (Seniorenheim, Krankenhaus) und 2 % an Unfallhäufungsstellen eingerichtet.

Den Mitgliedern der kreislichen Verkehrsunfallkommission wurden 22 Anträge zur Entscheidung, ob weitere Geschwindigkeitsstandorte eingerichtet oder gegebenenfalls geschlossen werden sollen, vorgelegt. Davon haben die Kommissionsmitglieder 15 Anträge wegen fehlender Gefährdungspunkte abgelehnt. An 4 Standorten wurde die Einrichtung eines Messpunktes (z. B. in Zülchendorf, Rangsdorf, Glasow) befürwortet. Drei Kontrollstellen konnten u.a. wegen starker Rückläufigkeit der Geschwindigkeitsüberschreitungen oder Schließung einer Kindertageseinrichtung aufgegeben werden.

Die häufigsten Verwarnungsgeld- und Bußgeldfälle wurden an den stationären Anlagen auf der B 96 in Zossen (Straße der Jugend) festgestellt. Am schnellsten war ein Fahrzeugführer auf der B 96 in Zossen

(in Richtung Groß Machnow) unterwegs. Statt der dort zugelassenen 50 km/h fuhr er eine Geschwindigkeit von 126 km/h. Abzüglich der Toleranz verbleiben immerhin noch 73 km/h zuviel.

Im Berichtsjahr wurde für 127 Fahrzeugführer der Führerschein wegen eines Fahrverbotes behördlich verwahrt. 2012 gaben 148 Fahrer ihren Führerschein ab.

Die Anschnallpflicht verletzen 133 Fahrzeugführer. Das sind 73 weniger als im Vorjahr.

Wegen Wartungs- und Reparaturarbeiten sowie aus witterungsbedingten Gründen konnten die Messfahrzeuge an 42 Tagen (2012 an 39 Tagen) nicht eingesetzt werden.

Aufgrund des Beschlusses der Innenministerkonferenz vom 24. Mai 2013 wurden alle Bundesländer für den 10./11. Oktober zum „24-Stunden-Blitz-Marathon“ aufgerufen. Innerhalb eines eingegrenzten Zeitrahmens beteiligten sich daran auch die Mitarbeiter der Kreisverwaltung. Dabei wurde mit der mobilen Messtechnik das Tempo von insgesamt 1.119 Fahrzeugen erfasst. Im Ergebnis dessen hielten 62 Fahrzeugführer im Verwarnungsgeldbereich und 8 Fahrer im Bußgeldbereich das vorgeschriebene Geschwindigkeitslimit nicht ein. Das sind 6 % der insgesamt kontrollierten Fahrzeuge.

Die höchste Geschwindigkeitsüberschreitung wurde an einer Kindertageseinrichtung in Dabendorf gemessen. Statt der dort erlaubten 30 km/h fuhr ein Autofahrer 64 km/h und beging, abzüglich der Toleranz, eine Geschwindigkeitsüberschreitung von 31 km/h. Insgesamt haben sich die Fahrzeugführer überwiegend an die Regeln gehalten und sind langsamer gefahren. Auf die Aktion wurde bundes- und landesweit in den Medien aufmerksam gemacht.

Sachgebiet Verkehrssicherheit und -lenkung

Am 01.04.2013 trat nach der Nichtigkeitserklärung des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung im Jahr 2010 die neue StVO in Kraft. Damit hat das verwaltungsrechtliche Handeln auf der Grundlage der StVO wieder eine verbindliche Grundlage.

Die Anordnungen von Geschwindigkeitsbeschränkungen aufgrund des Gemeinsamen Runderlasses des Ministeriums für Infrastruktur und Landwirtschaft und des Ministeriums des Innern zur Erhöhung der Verkehrssicherheit auf Straßen mit angrenzendem dichten Baumbestand ohne vorgelagerte Fahrzeugrückhaltesysteme außerhalb geschlossener Ortschaften im Land Brandenburg wurden fortgeführt.

Die Anzahl der verkehrsrechtlichen Anordnungen zur Baustellensicherung sind gegenüber dem Vorjahr annähernd gleich geblieben (siehe Übersicht).

Für eine Vielzahl kleinerer und mittlerer Veranstaltungen im öffentlichen Verkehrsraum wurden 137 Erlaubnisse erteilt. Darunter für viele Weihnachtsmärkte, Straßenfeste von gemeinnützigen Vereinen und Filmaufnahmen. Ein besonderes sportliches Ereignis stellte wieder das Garmin-Velothon-Radrennen dar, das über eine Strecke von rund 34 km durch den Landkreis führte.

Im Jahr wurden 135 Schwerbehinderten Bewilligungen von Parkerleichterungen erteilt bzw. verlängert.

Statistik

1. Kfz-Zulassung

	Stand 31.12.2012	Stand 31.12.2013
Fahrzeugbestand gesamt	131.633	133.365
davon		
Kräder	8.394	8.633
Pkw	91.417	92.159
Lkw	8.740	8.907
Zugmaschinen	3.087	3.091
sonstige Kfz	1.106	1.124
Kfz-Anhänger	18.735	19.295
KOM	154	156

2. Fahrerlaubniswesen

	Stand 31.12.2012	Stand 31.12.2013
Ersterteilung/Erweiterung/Umschreibung von Fahrerlaubnissen (FE)	1.827	1.811
Umstellung auf EU-Führerschein	1.018	712
Anträge auf Neuerteilung nach Entzug der FE	150	633
Versagung/Verzicht der FE gesamt	379	349
Internationaler Führerschein	417	427
FE zur Fahrgastbeförderung	190	211
FE-Entziehungen gesamt	290	285
• durch Gericht	233	213
• durch Fahrerlaubnisbehörde	57	72
Maßnahmen nach dem Punktesystem (§ 4 Abs. 3 StVG)		
• Verwarnungen	510	455
• Anordnung Aufbauseminar (ASP)	59	64
• Entzüge	18	19
Maßnahmen gegen Fahranfänger (§ 2a StVG)		
• Anordnung Aufbauseminar (ASF)	128	109
• Verwarnungen	33	24
• Entzüge	5	3
Verlängerung Fahrerlaubnis (C, CE, D, DE, D1E)	739	770
Ersatz nach Verlust/Diebstahl Führerschein	2.007	2.404
Anordnung von ärztlichen oder medizinisch- psychologischen Gutachten (MPU)	566	472
Nachweis der Berufskraftfahrerqualifikation	141	224
Erteilung Prüfungsbescheinigungen	514	548
Begleitetes Fahren mit 17 Jahren		

3. Kontrollgerätearten zur Überwachung der Ruhe- und Lenkzeiten nach der Fahrpersonal-Verordnung (FPersV)

Personen- und Funktionsbezeichnungen sind in männlicher Form verwandt worden.

Der Verzicht auf sprachliche Gleichbehandlung soll die Lesbarkeit des Berichtes erleichtern.

	Stand 31.12.2012	Stand 31.12.2013
Fahrerkarten	1.129	781
Unternehmerkarten	66	37
Werkstattkarten	46	30

4. Fahrschulwesen/Fahrlehrerwesen

	Stand 31.12.2012	Stand 31.12.2013
Anzahl der Fahrschulen und Zweigstellen	41	40
Anzahl der Fahrlehrer		
• registrierte Fahrlehrer	136	131
• tätige Fahrlehrer	83	99
Anzahl der Seminarleiter ASF/ASP	34	31
Anzahl der überprüften Fahrschulen/und -lehrer/Seminarleiter	10	23
• Formalüberwachung	5	6
• Qualitätskontrolle des Unterrichts	4	15
• Aufbauseminare (ASP/ASF)	1	2

5. gewerblicher Personenverkehr

	Stand 31.12.2012	Stand 31.12.2013
Unternehmen im Taxen- und Mietwagenverkehr gesamt	69	64
Anzahl der eingesetzten Fahrzeuge	174	171
Anzahl der Überprüfungen	67	36
• davon Fahrzeugabnahmen	40	33
Ortskundeprüfungen	32	14

6. Fahrtenbuchauflagen

	Stand 31.12.2012	Stand 31.12.2013
Anträge auf Anordnung der Führung eines Fahrtenbuches	150	142
Anordnung zum Führen eines Fahrtenbuches	102	84

7. Ausnahmegenehmigungen

	Stand 31.12.2012	Stand 31.12.2013
Anträge nach § 43 BOKraft	16	55
• erteilte Ausnahmen	15	49
Anträge nach § 74 FeV	18	12
• erteilte Ausnahmen	5	4

8. Verkehrsordnungswidrigkeiten

	Stand 31.12.2012	Stand 31.12.2013
eingeleitete Bußgeldverfahren	1.990	1.789
davon		
- stationär	1.163	1.076
- mobil	602	489
- allgemeine Verkehrsordnungswidrigkeiten	225	224
eingeleitete Verwarnungsgeldverfahren	18.050	15.912
davon		
- stationär	12.259	10.692
- mobil	5.474	4.938
- allgemeine Verkehrsordnungswidrigkeiten	317	282
Bußgeldverfahren aus Verwarnungsgeldverfügungen	652	562
davon		
- stationär	492	448
- mobil	160	114
Gesamtanzahl Verfahren	20.692	20.692

9. Mobile Kontrollen in Städten und Gemeinden sowie im Amt Dahme/Mark

Stadt/Gemeinde/ Amt	Anzahl der Standorte		Zahl der Einsätze		festgestellte Geschwindigkeits- überschreitungen	
	2012	2013	2012	2013	2012	2013
Gemeinde Am Mellensee	4	4	28	45	206	594
Stadt Baruth/Mark	4	4	54	29*	237	89
Gem. Blankenfelde-Mahlow	16	17	131	104*	1.368	1.342
Gemeinde Großbeeren	3	3	33	25	253	240
Stadt Jüterbog	8	8	66	43*	436	333
Stadt Luckenwalde	5	5	36	34	94	59
Gemeinde Niederer Fläming	6	6	19	11	38	28
Gemeinde Niedergörsdorf	4	4	16	12	46	15
Gemeinde Nuthe-Urstromtal	4	5	85	78	908	799
Gemeinde Rangsdorf	4	5	59	39	1.081	442
Stadt Trebbin	7	7	94	83*	317	250
Stadt Zossen	16	15	143	132	1.128	1.325
Amt Dahme/Mark	5	5	30	13	124	25

* reduzierter Einsatz wegen Straßenbaumaßnahme

10. Verkehrssicherheit und -lenkung

	Stand 31.12.2012	Stand 31.12.2013
Stellungnahmen		
- allgemeine Planvorhaben	153	131
- Straßenbauvorbereitung Landesbetrieb	126	121
Erlaubnisse, Veranstaltungen		
- § 29 StVO	135	137
- Beteiligung an kreisübergreifenden Veranstaltungen	16	13
Ausnahmegenehmigungen und Erlaubnisse § 46 StVO	854	788
Anordnungen von verkehrslenkenden Maßnahmen und Baustellen gem. § 45 StVO + Verlängerungen zu Anordnungen + Ergänzungen zu Anordnungen	2.329	2.205
Anträge auf Verkehrsregelung, davon erteilte Anordnungen für generelle Verkehrsregelungen gem. § 45 StVO	250 213	303 238
bearbeitete Anträge zu Lichtzeichenanlagen (LZA) und Fußgängerüberwegen	7	6
Bestand an		
- Kreisverkehrsplätzen	32	33
- Fußgänger-LZA	44	44
- Knotenpunkt-LZA	50	51
- Fußgängerüberwegen	20	20
Verkehrsschauen	17	15

Dezernat II

Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt

Im Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt waren insgesamt 22 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, davon 6 im Sachgebiet Veterinärwesen und 14 im Sachgebiet Lebensmittelüberwachung, beschäftigt. Im Dezember begann für eine neue junge Kollegin die zweijährige Ausbildung zur Lebensmittelkontrolleurin als Ersatz für eine 2015 altersbedingt ausscheidende Mitarbeiterin.

Finanziell ist das Amt sowohl bei den Erträgen als auch bei den Aufwendungen im geplanten Rahmen geblieben. Dabei war 2013 insbesondere durch zahlreiche Sparmaßnahmen im Rahmen der vorläufigen Haushaltsführung geprägt.

Sachgebiet Veterinärwesen

Tierseuchen – Landestierseuchenübung

In der Woche vom 18. bis 22. November fand im Landkreis eine großangelegte Tierseuchenübung unter Beteiligung von Tierärzten aus allen Veterinärämtern Brandenburgs und der Bundeswehr, der Task Force Brandenburg und mit Unterstützung der Feuerwehr, der DLRG und mehrerer Landwirtschaftsbetriebe statt. Anhand eines fiktiven Szenarios wurden verschiedene Maßnahmen der Tierseuchenbekämpfung praktisch geübt. Begleitet wurde ein Tag durch zahlreiche Gäste aus Politik und Presse. Aus dem Partnerlandkreis Gniezno waren dies die Kreistierärztin Magdalena Calka-Zobel und der Amtsleiter für Bürgerangelegenheiten und Katastrophenschutz Marek Kosmala. Ebenso konnten sich Brandenburgs Staatssekretärin für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz, Almuth Hartwig-Tiedt, sowie Landestierarzt Dr. Klaus Reimer vom gelungenen Zusammenspiel der einzelnen Bereiche überzeugen. Weitere Gäste aus Brandenburg, Polen und Lettland begleiteten die Übung und äußerten sich lobend über deren professionelle Vorbereitung und Durchführung.

Fazit: Der Landkreis Teltow-Fläming ist auf eine mögliche Tierseuche bestens vorbereitet, hofft aber, dass es beim Üben bleibt. Einmal mehr wurde unter Beweis gestellt, dass eine reibungslose Organisation und Zusammenarbeit der verschiedenen behördlichen Stellen sowie ununterbrochene Rückmeldungen der einzelnen Teams an den Katastrophenschutzstab unablässig sind.

Tierseuchen – Fledermaustollwut

Im August wurde in einer Tierarztpraxis in Ludwigsfelde eine kranke Fledermaus abgegeben. Diese ging durch mehrere Hände an vielen Orten bis sie in Berlin verstarb. Im Landeslabor Berlin-Brandenburg wurde Tollwut diagnostiziert. Die in Europa durch Lyssaviren verursachte Fledermaus-Tollwut stellt eine eigene Erkrankung dar, welche von der Fuchstollwut abzugrenzen ist. Vor Fledermaus-Tollwut Angst zu erzeugen wäre unbegründet, trotzdem sollte jedem bewusst sein, dass auch die Infektion mit den speziellen Fledermaus-Tollwutviren beim Menschen eine tödlich verlaufende Erkrankung des Zentralnervensystems hervorruft. Aus diesem Grund wurde gemeinsam mit dem Gesundheitsamt und der Pressestelle versucht, alle Personen mit Kontakt zu dieser Fledermaus zu ermitteln, da eine rechtzeitige Behandlung lebensrettend sein kann. Fast zeitgleich wurde durch eine Schulklasse aus Dahme eine Fledermaus in einer Tierarztpraxis in Werbig vorgestellt. Hier ergab die Tollwut-Untersuchung ein negatives Ergebnis.

Pflichtkontrollen Tierseuchen/tierische Nebenprodukte

- 85 Kontrollen in Nutztierhaltungen im Bereich Tierseuchen
- 1 Kontrolle in Betrieben, die tierische Nebenprodukte transportieren, lagern, behandeln o. ä.

Die illegale Ablagerung von tierischen Nebenprodukten (v. a. Schlachtabfällen) in der Natur nahm auch in diesem Jahr weiter zu. Dem Veterinäramt wurden 5 solcher illegalen Ablagerungen gemeldet. Durch das Amt wurde die Entsorgung selbst durchgeführt bzw. veranlasst.

Internationaler Tierhandel – Transportkontrollen

Rinderverladungen	in EU-Länder	in Drittländer	2013	2012
Anzahl Tage	12	25	37	26
Atteste	14	104	118	64
Schweineverladungen				
Anzahl Tage	85	8	93	46
Atteste	103	8	111	51
Schafverladungen				
Anzahl Tage		5	5	3
Atteste		7	7	7
Kälberverladungen bei der U.E.G.	in die Niederlande / nach Belgien			2012
Anzahl Tage	54			50
Atteste	165			162
Kontrolle der 24-h-Pause bei Transporten	Rinder	Schweine	2013	2012
Anzahl Tage	0	7	7	10
Anzahl der LKW	0	13	13	23
Hähnchenausstellungen	zum Schlachthof			2012
Anzahl Tage	24			25
Atteste	81			77

Tierschutz

Tierschutzanzeigen	Zunahme um 21% zum Vorjahr	229
davon:	Hunde/Katzenhaltungen	152
	Nutztierhaltungen	60
	Sonstige	20
eingeleitete Ordnungswidrigkeitenverfahren		18
	Bußgelder zw. 80 – 1000 €	5
Verfügungen		17
Verfahren bei Gericht (4 Staatsanwaltschaft bzw. AG, 1 VG)		5
Tierhalteverbote		6
ausgesetzte bzw. vor Tierheim angebundene Tiere		13
	Hunde	5
	Katzen	8
fortgenommene, beschlagnahmte Tiere		
	Katzen	5
	Hunde	5
	Schlangen	4
	Pferde	6
	Sonstige: Zierfische, Meerschweinchen	10
Kontrollen Nutztierhaltung		165
	planmäßige Tierschutzkontrollen nach Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung	120
	Tierschutzkontrollen in nach §11 Tierschutzgesetz erlaubnispflichtigen Tierhaltungen	25
	Überprüfung von Tierheimen und Tierpensionen	12

Die Aufgaben im Tierschutz nehmen weiter zu. Die Anzahl ausgesetzter Tiere ist auch 2013 gestiegen. Neben den örtlichen Ordnungsämtern stellt das Amt eine Verstärkung der Probleme durch streunende, wildelebende Katzen fest. Die Tierheime im Landkreis sind an ihre Kapazitätsgrenzen gelangt.

Tierarzneimittelüberwachung

Von 42 tierärztlichen Hausapotheken im Landkreis wurden 21 kontrolliert. Die arzneimittelrechtliche Überwachung von Beständen, die lebensmittelliefernde Tiere halten, fand bei 34 Beständen statt. Eine Kontrolle von Einzelhandelsbetrieben mit freiverkäuflichen Arzneimitteln fand in 4 Betrieben statt.

Besonderheiten

2013 trat der neue Wolfmanagementplan für das Land Brandenburg in Kraft. In diesem Jahr gab es vier gemeldete Wolfsübergriffe auf Nutztiere, wobei zur Rissbegutachtung durch den Beauftragten des LUGV ein amtlicher Tierarzt hinzugezogen wurde.

Sachgebiet Lebensmittelüberwachung

Risikoorientierte Betriebskontrollen und Probenahme

Im Jahr wurden in den 2456 im Landkreis erfassten Lebensmittel-Betrieben insgesamt 2662 Kontrollen durchgeführt. Es wurden 829 Proben von Lebensmitteln, Kosmetika und Bedarfsgegenständen gezogen, darunter 54 Verdachts-, Beschwerde- oder Verfolgsproben. Die Beanstandungsquote lag im Mittel bei etwa 9 %. Beanstandungsgründe waren in erster Linie Mängel der Kennzeichnung und Aufmachung (43) und mikrobiologische Verunreinigungen (25).

Im Rahmen des Nationalen Rückstandskontrollplans wurden durch amtliche Tierärzte in den Schlachtbetrieben 321 Proben zur Untersuchung auf Rückstände von Tierarzneimitteln und Umweltkontaminanten entnommen. In einer Probe (Niere vom Schaf) wurden erhöhte Cadmiumgehalte gefunden, Das Tier stammte nicht aus dem Landkreis.

Verbraucherbeschwerden

Im Jahr erreichten insgesamt 63 Verbraucherbeschwerden, darunter Klassiker wie „Haare im Döner“, „Fliege im Brötchen“ oder „Hund in der Küche“, aber auch Exoten wie „Blut in der Luft, aus Fleischerei setzt sich im Kleingarten ab“ (MAZ vom 20.11.2013 „Das rote Rätsel“). Die roten Ablagerungen stellten sich dann als Rotalgen heraus (MAZ vom 30.11.2013).

In fast allen Fällen konnte dem Sachverhalt durch eine Betriebskontrolle nachgegangen werden. Ausnahmen bildeten Beschwerden (z. T. anonym), die den betroffenen Betrieb nicht nannten, bei denen die Herkunft des angeschuldigten Produkts nicht nachvollziehbar war oder die sich außerhalb der Zuständigkeit befanden. Als berechtigt stellten sich 13 (21 %) Beschwerden heraus. 18 (29 %) Beschwerden waren zumindest teilweise berechtigt, bzw. es waren bei der Betriebskontrolle ähnliche größere Mängel zu verzeichnen.

Tabelle: Auswertung der insgesamt 63 Verbraucherbeschwerden (absolute Zahlen, z. T. Mehrfachangaben möglich)

Beschwerde über		Betroffene Betriebsart				
Be- trieb	Pro- dukt	Gast- stätte, Imbiss	Kantine, Küche Essenausgabestelle (z. B. Kita)	Produktionsbetrieb (z. B. Bäcker, Fleischer)	Verkaufsstelle (z. B. Supermarkt, Bäckereifiliale)	sonstige
51	12	30	3	6	13	9

Beschwerdegrund				Bearbeitung durch Lebensmittelüberwachung (A39)			
Betriebs- hygiene allgemein	Qualität, Kennzeich- nung, „Betrug“	Belästi- gung durch Betrieb	Unwohl- sein nach Verzehr	Kon- trolle	Probe- nahme	Weiterlei- tung an andere Institution	Beratung des Beschwerde- führers
43	13	4	5	57	7	2	4

Beschwerde war				Maßnahmen der Lebensmittelüberwachung (A39)		
berechtigt	nicht berechtigt	zum Teil berechtigt, bzw. andere Mängel	keine Aussage möglich	Belehrung, Auflagen	Nachkontrolle	keine
13	28	18	4	35	8	28

Schnellwarnungen

Im Rahmen des Europäischen Schnellwarnsystems waren Schnellwarnungen zu insgesamt 63 Sachverhalten zu bearbeiten, die z. T. aus mehreren Folgemeldungen bestanden.

Spitzenreiter waren in diesem Zusammenhang Anfang 2013 die Meldungen zum Pferdefleisch in Lasagne und anderen Fleischerzeugnissen (26 Meldungen). Hier wurden vier „Routine“-Stichproben und drei Verdachtsproben entnommen, eine weitere Probe aufgrund einer Verbraucherbeschwerde im August. In keiner der Proben gab es Hinweise auf die Verwendung von Pferdefleisch. In zwei im Landkreis gelegenen Betrieben waren umfangreiche Ermittlungen erforderlich, da diese auf den Lieferlisten von Betrieben, die Pferdefleisch gehandelt hatten, standen.

Import/Export

Über mehrere Speditionen im Norden des Landkreises werden in großem Umfang Haselnüsse, Pistazien, Mandeln und Feigen aus Drittländern (v. a. Türkei) nach Deutschland importiert; im Jahr 2013 insgesamt 59 Sendungen mit einem Gesamtgewicht von ca. 100.000 kg. Wegen der Gefahr der gesundheitsschädlichen Belastung durch Schimmelpilzgifte (Aflatoxine) sind Importkontrollen der Begleitpapiere (u. a. Genusstauglichkeitsbescheinigungen), der Kennzeichnung und stichprobenweise Laboruntersuchungen vorgesehen. Von den 58 Sendungen wurden 24 beprobt. 2 Sendungen mussten wegen fehlender Begleitpapiere oder Grenzwertüberschreitungen zurückgewiesen werden.

Ein EU-zugelassener Betrieb exportiert seit Anfang Dezember tiefgefrorenes Fleisch nach Südafrika. Hier wurden Exportkontrollen von 19 Sendungen mit je 25.000 kg (gesamt 475 t) durchgeführt.

Schlachtier- und Fleischuntersuchung – Akkreditierung des Trichinenlabors

 Deutsche Akkreditierungsstelle	
Deutsche Akkreditierungsstelle GmbH	
Anlage zur Akkreditierungsurkunde D-PL-18920-01-00 nach DIN EN ISO/IEC 17025:2005	
Gültigkeitsdauer: 27.11.2013 bis 27.11.2018 Ausstellungsdatum: 27.11.2013	
Urkundeninhaber: Landkreis Teltow-Fläming Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt Am Nuthefließ 2, 14943 Luckenwalde	
Prüfungen in den Bereichen: Untersuchungen von Fleisch auf Trichinen nach VO (EG) Nr. 2075/2005	
VO (EG) Nr. 2075/2005, Anhang I, Kapitel I zuletzt geändert 2011-11-04	Spezifische Vorschriften für die amtlichen Fleischuntersuchungen auf Trichinen, amtliche Untersuchung nach der Referenznachweismethode (Magnetrührverfahren)
Diese Prüftätigkeit wird auch an den folgenden externen Trichinenuntersuchungsstellen durchgeführt:	
Herr DVM Thiele, Heideweg 13/14, 15837 Baruth/Mark	
Frau DVM Fanghänel, Kiesweg 20, 14943 Luckenwalde	
Herr DVM Redlich, Schellstraße 4, 15936 Dahme/Mark	
verwendete Abkürzungen:	
DIN	Deutsches Institut für Normung
EN	Europäische Norm
EG	Europäische Gemeinschaft
IEC	International Electrotechnical Commission
ISO	International Organization for Standardization
VO	Verordnung
Seite 1 von 1	

Mit großem personellen Aufwand wurde für das Trichinen-Untersuchungslabor im Amt und die drei angeschlossenen externen Untersuchungsstellen mit Datum vom 27.11. 2013 die Akkreditierung als Prüflabor durch die DAkKS (Deutsche Akkreditierungsstelle) erlangt.

Nachdem im April die erforderlichen Qualitätsmanagement-Dokumente eingereicht worden waren, prüften am 14., 17. und 18. Juni zwei Gutachter der DAkKS vor Ort die Verfahrensabläufe im Labor und die Handhabung der Dokumente.

In diesem Verfahren konnte für das Labor und die Untersuchungsstellen der Nachweis erbracht, dass die Anforderungen an die Kompetenz von Prüflaboratorien gemäß DIN EN ISO/IEC 17025:2005, die den Qualitätsstandard der DIN EN ISO 9001:2008 einschließt und darüber hinausgehende Anforderungen enthält, erfüllt werden.

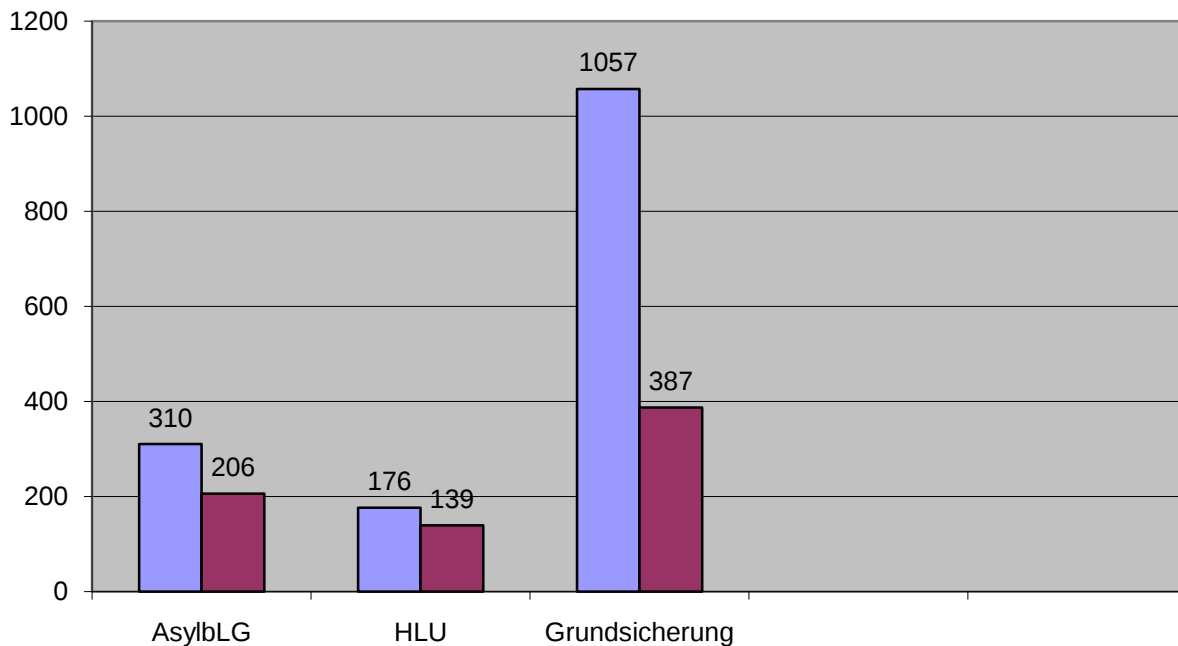
<http://www.dakks.de/as/ast/d/D-PL-18920-01-00.pdf>

Sozialamt

Sachgebiet Sonstige soziale Leistungen

Hilfe zum Lebensunterhalt, Grundsicherung für über 65-jährige und dauerhaft erwerbsgeminderte Menschen und Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz

Anzahl der Bedarfsgemeinschaften im Bereich Hilfe zum Lebensunterhalt für befristet erwerbsgeminderte Menschen (HLU), Grundsicherung für über 65-jährige und dauerhaft erwerbsgeminderte Menschen sowie Fallzahlen der Leistungsempfänger nach dem AsylbLG (Ist-Zahlen im Jahr 2013)

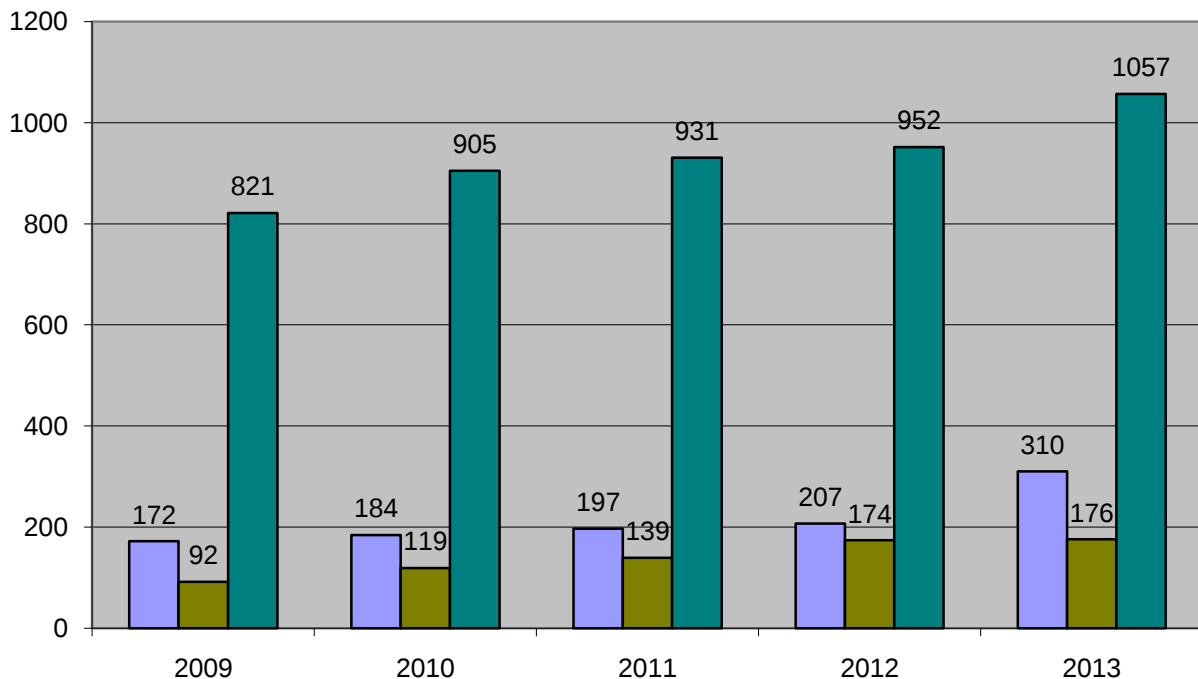


Mit der Eröffnung von zwei zusätzlichen Übergangwohnheimen (ÜWH) für Asylbewerber und ausländische Flüchtlinge gelang es, insgesamt 167 zusätzliche Wohnheimplätze in Luckenwalde (Forststraße 14 und Grabenstraße 23) zu schaffen. Da auch im Jahre 2014 ein starker Zustrom von Flüchtlingen erwartet wird, wurde im Landkreis bereits in diesem Jahr damit begonnen, weitere Übergangwohnheime in Ludwigsfelde (120 Plätze) und in Jüterbog (137 Plätze) zu reaktivieren.

Anzumerken ist, dass in diesem Jahr im Landkreis im Bereich der Leistungen nach dem AsylbLG bedingt durch die Erhöhung der Aufnahmequote ein deutlicher Anstieg der Fallzahlen auf nunmehr insgesamt 310 zu verzeichnen war. Darunter befinden sich 206 Flüchtlinge, die neu zugewiesen wurden. Diese Fallzahlen logistisch zu bewältigen, stellte einen besonderen Arbeitsschwerpunkt dar. In enger Zusammenarbeit mit dem Ordnungsamt, Bauamt, Hauptamt konnten geeignete Immobilien ausfindig gemacht und entsprechend den geltenden gesetzlichen Rahmenbedingungen baulich und ausstattungsstechnisch hergerichtet werden. Mit Unterstützung des Personalamtes wurde das notwendige Personal für den Betrieb eingestellt und eingearbeitet.

Zudem lag der besondere Fokus neben der Unterbringung der Flüchtlinge auf der Sicherstellung einer hinreichenden Beratung, Betreuung und Beschulung der Kinder. Hierbei brachten sich die Ausländerbeauftragte sowie Verantwortliche des Staatlichen Schulamtes besonders ein.

Entwicklung der Bedarfsgemeinschaften im Bereich Leistungen Hilfe zum Lebensunterhalt für befristet erwerbsgeminderte Menschen (HLU), Grundsicherung für über 65-jährige und dauerhaft erwerbsgeminderte Menschen sowie Fallzahlen der Leistungsempfänger nach dem AsylbLG (Zeitraum 2009 bis 2013)



Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG), Brandenburgisches Ausbildungsförderungsgesetz (Bbg AföG) und Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG)

Fallzahlen und Neuanträge im Jahr

BAföG:	1.639
Neuanträge:	177
Bbg AföG	243
Neuanträge:	178
AfbG:	606
Neuanträge:	56

Insgesamt waren 20 Widersprüche in diesem Bereich zu bearbeiten.

Wohngeld

Im Jahr wurden insgesamt 2.276 Anträge auf Miet- oder Lastenzuschuss bearbeitet, davon konnten 1.532 bewilligt werden. Damit ist ein Rückgang um 315 Anträge im Vergleich zum Jahr 2012 zu verzeichnen. Dieser Rückgang liegt im Anstieg der Empfänger von Leistungen nach dem SGB II und SGB XII, die nicht wohngeldberechtigt sind, begründet.

Das durchschnittlich bewilligte Wohngeld betrug monatlich 103,16 €. 38 Haushalte erhielten das so genannte Kinderwohngeld. Zusätzlich erfolgten noch 137 unverbindliche Probeberechnungen während der Sprechstunden und 82 über das datentechnische Verfahren (die Angaben sind in der Gesamtzahl

der eingegangenen Anträge enthalten). Die Zahl der eingelegten Widersprüche ist im Vergleich zum Vorjahr gesunken:

2011:	71 Widersprüche
2012:	65 Widersprüche
2013:	38 Widersprüche

Häufigster Grund für einen Widerspruch war in diesem Jahr die Ablehnung bzw. die Rückforderung von Wohngeld.

Durch die Einführung des automatischen Datenabgleichverfahrens erfolgte bisher in 99 Fällen die Neuberechnung des Wohngeldanspruches. Daraus resultierend waren bisher 56.370 € Leistungen zurückzufordern. In 13 Fällen wurde ein Ordnungswidrigkeits- bzw. Bußgeldverfahren eingeleitet.

Grundsatzsachbearbeitung SGB II

Die enge Zusammenarbeit der beiden Träger der Grundsicherung zur Umsetzung des Zweiten Buches (SGB II) konnte erfolgreich fortgesetzt werden. Im Vordergrund stand dabei die Nachhaltung der gemeinsamen Ziele, die durch die Trägerversammlung vorgegeben wurden. In diesem Zusammenhang ist besonders zu erwähnen, dass es durch die eingeräumten Zugriffsmöglichkeiten für Kreisbedienstete auf das Buchungsprogramm der Agentur für Arbeit - ERP – gelang, deutlich mehr ausgereichte Darlehen als in den Vorjahren an den Landkreis zurückzuführen.

In Anlehnung an die in 2013 in Kraft getretene 3. Handlungsempfehlung zu den angemessenen Kosten für Unterkunft und Heizung (KdU) wurden in Verantwortung des Sozialamtes vier praxisorientierte Schulungen zur bürgerorientierten Auslegung derselben mit allen Mitarbeitern der Leistungssachbearbeitung und Eingangszonen des Jobcenters durchgeführt. Darüber hinaus konnte der Fach- und Erfahrungsaustausch mit den Angestellten im Jobcenter auf Augenhöhe weitergeführt und ausgebaut werden. So war es unter Beachtung der vorläufigen Haushaltsführung des Landkreises möglich, nicht geplante Maßnahmen des Jobcenters verstärkt auf ihre Notwendigkeit und Effizienz zu prüfen.

Im Rahmen der Grundsatzsachbearbeitung wurden u. a. auch die von einzelnen Bürgern vorgetragenen Probleme mit der SGB II-Leistungsgewährung nachgehalten. Im Ergebnis dessen gelang es, 96 Beschwerdefälle einer positiven Klärung zuzuführen.

Festzustellen bleibt in diesem Zusammenhang, dass das Beschwerdemanagement und die Wohnraumberatung im Sozialamt von ratsuchenden und hilfebedürftigen Bürgern des Landkreises immer stärker nachgesucht werden und in der Zwischenzeit ein nicht mehr wegzudenkendes Leistungsangebot der Daseinsvorsorge darstellen.

Seniorenpolitische Leitlinien

Mit der fortschreitenden Alterung der Bevölkerung und dem Wandel familiärer Strukturen sind die örtlichen Parlamente und kommunalen Verwaltungen, die Wohlfahrtsverbände und Kirchen, die Seniorenorganisationen und die gesellschaftlichen Kräfte mehr und mehr gefordert, die bestehenden guten Lebensräume für ältere Menschen in unserem Landkreis weiter zu entwickeln.

Alle Kommunen und die örtlichen Seniorenbeiräte wurden zur Wirksamkeit der bestehenden seniorenpolitischen Leitlinien befragt. Im Jahr 2013 erfolgte die entsprechende Auswertung der Ergebnisse im Ausschuss für Gesundheit und Soziales und im Kreissenorenbeirat. Zugleich wurden der Nutzen, die Akzeptanz und die Aktualität der Leitlinien ermittelt. Es wurde festgestellt, dass die bestehenden seniorenpolitischen Leitlinien mehrheitlich bekannt sind und den Akteuren vor Ort Anregungen für die eigene Arbeit geben. Als Fazit werden die Aktualisierung der Fakten und die konkretere Ausrichtung der Handlungsfelder auf die Gegebenheiten des Landkreises gesehen.

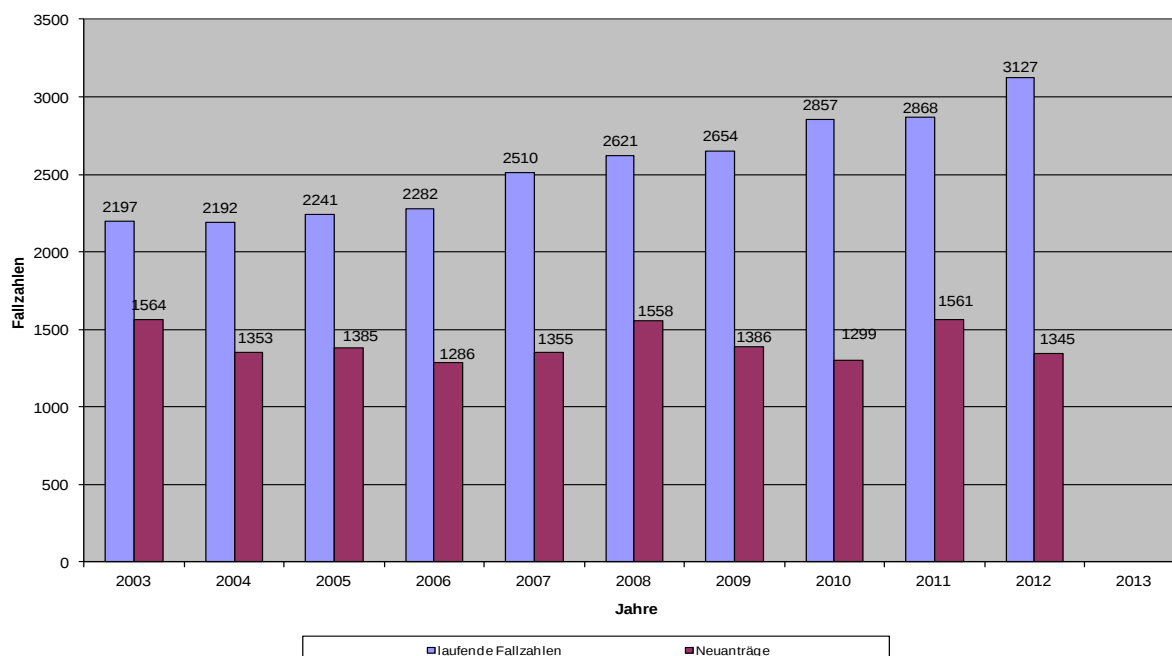
Sozialticket

Seit 2008 besteht im Landkreis für einen bestimmten Personenkreis die Möglichkeit, ein Sozialticket mit 50 Prozent Ermäßigung auf den Regeltarif des Verkehrsverbundes Berlin-Brandenburg zu nutzen. Die Laufzeit des Sozialtickets beträgt nunmehr 5 Jahre. Es gilt für ausgewählte Buslinien der Verkehrsgesellschaft Teltow-Fläming mbH (VTF), nicht für Züge der Deutschen Bahn AG und der S-Bahn. Empfänger von Leistungen nach dem SGB II, SGB XII oder Asylbewerberleistungsgesetz können das Sozialticket nutzen. Die Anspruchsberechtigten erhalten Kundenkarten, die zum Erwerb von Einzelfahrausweisen, Tages- und Wochenkarten berechtigen.

Im Jahr wurden 354 Kundenkarten an verschiedene Leistungsbezieher ausgestellt.

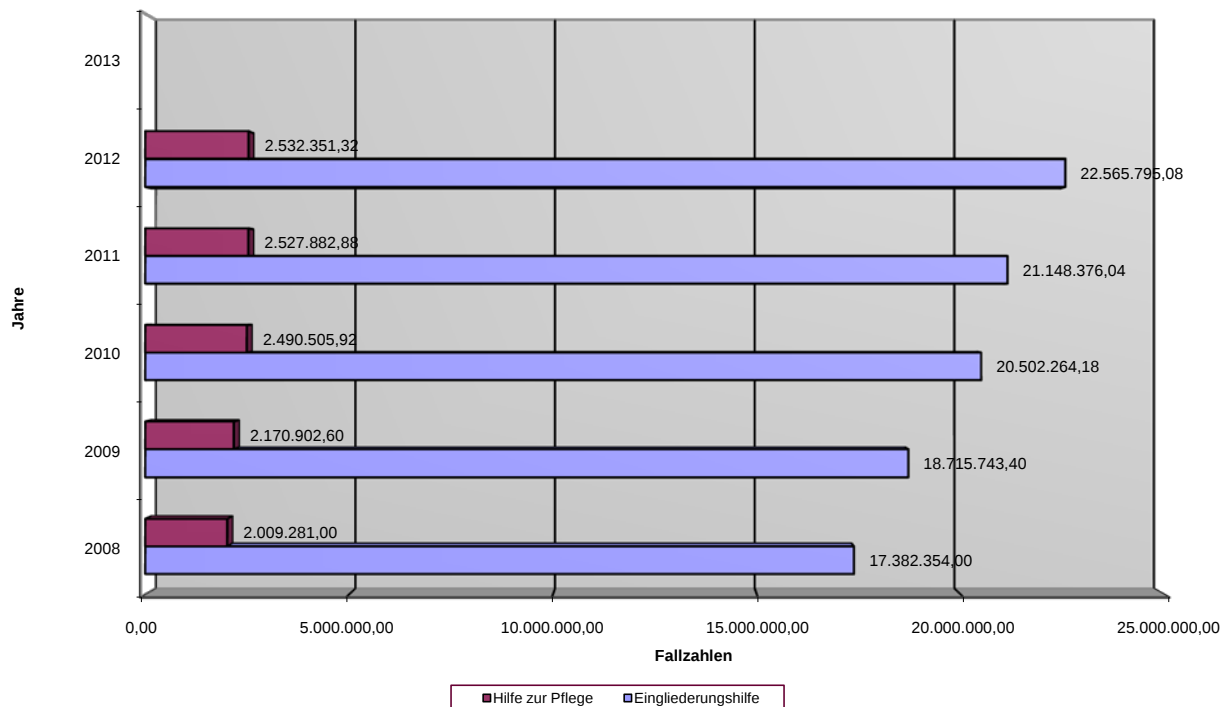
Entwicklung der Fallzahlen bei den Leistungen der Hilfen zur Gesundheit, Hilfen zur Pflege und Eingliederungshilfen

In den Jahren von 2003 bis 2013 unter Berücksichtigung der Zu- und Abgänge:



Im Ergebnis wird festgestellt, dass die Anzahl der Hilfeempfänger, die Leistungen der Hilfe zur Pflege und Eingliederungshilfe für behinderte Menschen erhalten, um 465 gestiegen ist. Die Zahl der Neuanträge ist im Vergleich zum Vorjahr um 469 angestiegen.

Darstellung des Gesamtausgabevolumens im Bereich Eingliederungshilfe und Hilfe zur Pflege (ambulant, teilstationär und stationär) von 2008 bis 2013



Hier wird ersichtlich, dass auch bei den Aufwendungen ein stetiger Anstieg zu verzeichnen ist. Gründe dafür sind die ansteigenden Fallzahlen sowie regelmäßige Fortschreibungen der Vergütungssätze in den o. g. Bereichen.

Neben der Bearbeitung der laufenden Hilfen im Sachgebiet ergaben sich zusätzlich folgende Schwerpunkte:

Zusammenarbeit mit der Serviceeinheit Entgeltwesen

Die Serviceeinheit ist seit 2007 als Dienstleister für 18 Landkreise und kreisfreie Städte des Landes Brandenburg im Bereich Hilfe zur Pflege und Eingliederungshilfe in Kooperation mit den Kommunen zuständig für:

- den Abschluss von Leistungs-, Vergütungs- und Prüfvereinbarungen nach § 75 Abs. 3 und Abs. 5 SGB XII
- die Durchführung von Qualitäts- und Wirtschaftlichkeitsprüfungen nach § 75 Abs. 3 Satz 1 Nr. 3 SGB XII für teilstationäre und stationäre Einrichtungen
- den Abschluss von Vereinbarungen zur Übernahme gesondert berechneter Investitionskosten nach § 75 Abs. 5 Satz 3 SGB XII,
- die Mitwirkung bei Abschluss und Kündigung von Versorgungsverträgen nach § 72 Abs. 2 Satz 1 SGB XI
- den Abschluss von Pflegesatzvereinbarungen nach § 85 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 SGB XI

Weitere Aufgaben sind:

- Erfassung der Ausgaben und Einnahmen in den Bereichen des § 97 Abs. 3 SGB XII sowie der Daten nach § 17 AG-SGB XII
- Erarbeitung eines gemeinsamen Controllings und Berichtswesens
- Vorhalten von Kenn- und Zielzahlen für die Steuerung
- Führen eines Einrichtungsverzeichnisses.

Bearbeitung der Eingliederungshilfen nach § 35a SGB VIII

Im Jahr erhielten insgesamt 112 seelisch behinderte Kinder und Jugendliche laufende Leistungen der Eingliederungshilfe. Zusätzlich wurden 125 Neuansprüche auf Leistungen der Eingliederungshilfe für seelisch behinderte oder von seelischer Behinderung bedrohte Kinder und Jugendliche gestellt.

Auf Grund von Drogenmissbrauch und Verhaltensauffälligkeiten von Kindern und Jugendlichen haben im vergangenen Jahr vermehrt Krisengespräche stattgefunden.

Fahrcoupons für Menschen mit einer erheblichen Gehbehinderung als freiwillige Leistung des Landkreises

Auch in diesem Jahr wurden Fahrcoupons an 332 Menschen mit einer erheblichen Gehbehinderung als freiwillige Leistung des Landkreises mit einem Kostenumfang von 47.807,00 € ausgereicht.

Aufgrund der gegenwärtigen Haushaltssituation wird diese Leistung derzeit auf eine rechtliche Grundlage gestellt. Danach können Berechtigte die entsprechende Leistung in Zukunft als persönliches Budget gem. SGB XII beantragen und ausschließlich unter Anrechnung von Einkommen und Vermögen erhalten. Alle bisherigen Fahrcouponinhaber sind im letzten Quartal über die Änderung informiert worden.

Betreuungsangelegenheiten

Die Mitarbeiter der Betreuungsbehörde bewältigten im Jahr mehr als 605 Erstverfahren und 849 Wiederholungsverfahren auf Anregung einer gesetzlichen Betreuung. Insgesamt standen 2.546 Menschen im Landkreis unter Betreuung. In mehr als 398 Fällen wurde die Betreuungsbehörde als Verfahrenspfleger hinzugezogen und in 86 Fällen erfolgte gemäß § 1906 BGB eine Unterbringung mit Freiheitsentziehung /unterbringungsähnlichen Maßnahmen durch den Betreuer und mit Genehmigung des Betreuungsgerichts.

Das Angebot zur Beratung über Vorsorgevollmachten und Patientenverfügungen wird durch die Bürgerinnen und Bürger des Landkreises gut angenommen. Durch die Öffentlichkeitsarbeit und Artikel in der örtlichen Presse hat sich dies noch verstärkt.

Wohnraumberatung

Im Landkreis war auch in diesem Jahr am Standort Luckenwalde eine Kollegin der Wohnraumberatung tätig. Diese unterstützte Leistungsbezieher z. B. bei erforderlichem Wohnungswechsel, bei Zwangsräumung und Trennung oder sozialen Notfällen in den Bereichen des Jobcenters, des Sozialamtes und des Jugendamtes. Die Anzahl der bei Gericht beantragten Zwangsräumungen belief sich im Jahr auf hier registrierte 95 Fälle. Insofern bleibt festzustellen, dass sich die beantragten Zwangsräumungen im Berichtsjahr um 22 Fälle erhöht haben.

Ein weiterer Schwerpunkt bestand in der Erhebung von aktuellen Daten zum Angebot an angemessenem und freiem Wohnraum im Kreisgebiet. Weiterhin wurden regelmäßig die aktuellen Preise für alle Brennstoffe ermittelt. Die Beratung erfolgte in persönlichen Gesprächen oder durch telefonische Auskünfte, insbesondere bei Personengruppen, die die Absicht haben, in den Landkreis zu ziehen oder wenn Hilfebedürftige allgemeinen Informationsbedarf haben. Im Jahr wurden insgesamt 426 Beratungsgespräche durchgeführt.

Zusammenarbeit mit anderen Ämtern

Insbesondere die über mehrere Jahre aufgebaute Zusammenarbeit mit dem Staatlichen Schulamt Wünsdorf wurde weitergeführt. Es fanden regelmäßige Arbeitsgespräche und Beratungen statt. Die Fortsetzung der guten Zusammenarbeit zwischen den Ämtern ist auch auf dem Wege zur Inklusion zukünftig von besonderer Bedeutung.

Widerspruchs- und Klageverfahren

Im Sozialamt sind 362 Widersprüche und 50 Klagen im Jahr eingegangen. Von den Klagen sind 32 dem Sachgebiet sonstige soziale Leistungen und 18 dem Sachgebiet Sozialhilfe und Betreuungsangelegenheiten zuzuordnen.

Gesundheitsamt

Psychiatriekoordination

Hauptthemen waren die „Neuregelung des § 1906 BGB – Unterbringung und Zwangsbehandlung“ und die ambulante medizinische Versorgung im Landkreis Teltow-Fläming und Land Brandenburg.

Eine Neuregelung des § 1906 BGB i. V. m. dem Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit (FamFG) war aufgrund eines Urteils des Bundesgerichtshofes (BGH) notwendig geworden. In einem Urteil des BGH wurde 2012 festgestellt, dass für Behandlungen gegen den Willen des Betroffenen verfassungsrechtliche Voraussetzungen fehlen. Zuständige Amtsgerichte konnten damit nicht über die Notwendigkeit einer Zwangsbehandlung, sondern nur über Notwendigkeit einer Unterbringung entscheiden. War der einzige Zweck der Unterbringung die Durchführung einer Heilbehandlung, so konnten die Gerichte einer richterlich angeordneten Unterbringung nicht mehr zustimmen.

Zum diesem Thema wurden verschiedene Möglichkeiten des Austausches und der Diskussion genutzt:

- 6. März: PSAG Arbeitskreis Erwachsenenpsychiatrie „Hilfe in Krisen“
- 12. März: Expertenworkshop Paritätischer Wohlfahrtsverband zum Thema „zivilrechtliche Unterbringung“
- 29. Mai: „Zwangsmaßnahmen im Betreuungsrecht“ aus Sicht der Klinik Johanniter Krankenhaus im Fläming
- 7. August: PSAG Arbeitskreis Sucht und Erwachsenenpsychiatrie „§ 1906 BGB aus Sicht eines Amtsrichters“
- 11. September: Treffen der Psychiatriekoordinatoren des Landes Brandenburg „Novellierung des § 1906 BGB“ und in diesem Zusammenhang „Planung und Novellierung des Brandenburgischen Psychisch-Kranken-Gesetzes (BbgPsychKG)“
- 24./25. September: Tagung der Aktion psychisch Kranke e.V. „Hilfe bei psychischen Krisen“

Die medizinische Versorgung in ländlichen Regionen war ein weiterer Arbeitsschwerpunkt.

Aufgrund des demografischen Wandels und damit verbundenen Herausforderungen (wie Bevölkerungsabnahme in den ländlichen Gebieten, Probleme bei der Nachbesetzung von bestimmten Arztgruppen, abnehmende Mobilität der älteren Bevölkerung, etc.) ist die Gesellschaft zunehmend unter Druck, neue Lösungsmöglichkeiten und Handlungsstrategien in allen Bereichen zu finden. Um die Landkreissicht zur ambulanten medizinischen Versorgung kennenzulernen, lud die Kassenärztliche Vereinigung Brandenburg im November zum Regionalforum Havelland-Fläming ein. Hier wurden die Bedarfsplanung 2013 und die Möglichkeiten der Einflussnahme der Landkreise vorgestellt.

Zum Thema demografischer Wandel und zunehmende Alterung der Bevölkerung gehört auch das Thema Demenz. In der vom Netzwerk Demenz TF in Zusammenarbeit mit dem Landkreis Teltow-Fläming organisierten Demenzwoche konnten in sechs verschiedenen Veranstaltungen interessierte Bürger, professionell Tätige und Laien über die Auswirkungen des demografischen Wandels und insbesondere über die Rolle des Angehörigen von Demenzerkrankten diskutieren.

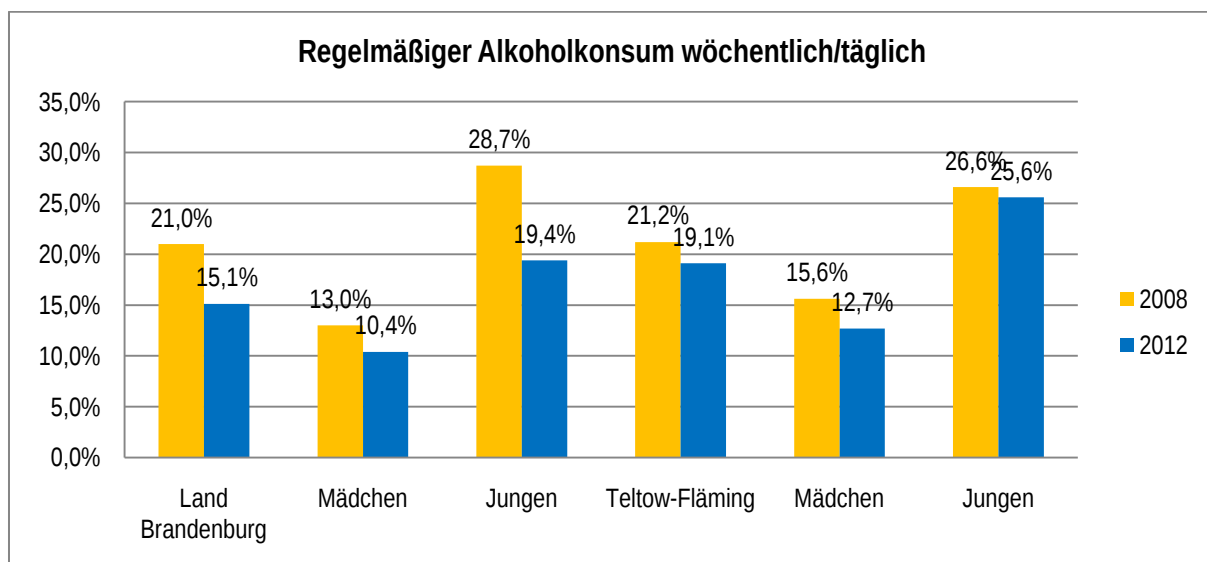
Gesundheitsförderung und Prävention

Suchtprävention im Landkreis Teltow-Fläming

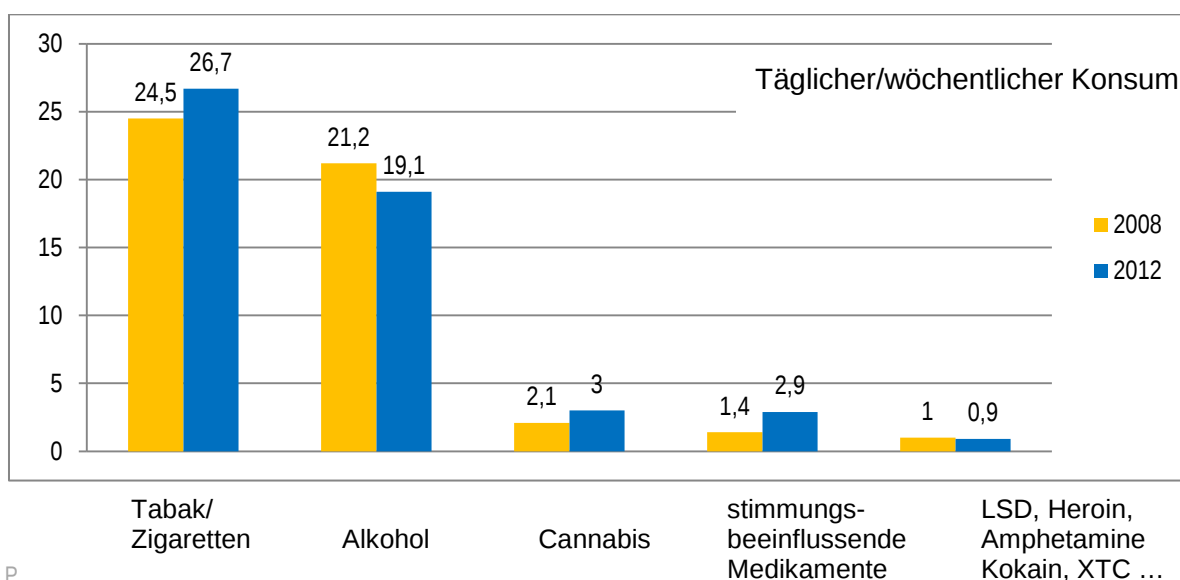
2012 mussten im Landkreis 93 Kinder und Jugendliche wegen einer Alkoholintoxikation und bewusstseinsveränderndem Substanzkonsum notfallmedizinisch versorgt werden. Diese Ergebnisse

ergaben sich aus einer Erhebung der beiden Kliniken im Landkreis. Jugendliche konsumieren nicht mehr ausschließlich Alkohol, sondern haben sich einem Mischkonsum aus Alkohol, Cannabis, Amphetaminen und anderen psychoaktiven Substanzen zugewandt. Dieser bedenkliche Trend, der europaweit zu beobachten ist, bestätigt die Intensivierung unserer Anstrengungen in der Suchtprävention, die unterschiedlichsten Substanzen zu thematisieren.

Als Teil der aktuellen Suchtberichterstattung werden alle vier Jahre im Auftrag der Landessuchtkonferenz, Brandenburger Schüler der 10. Klassen zu ihrem Substanzkonsum befragt. Die jüngsten Ergebnisse beziehen sich auf die Befragung von 2012. An der Befragung nahmen 860 Schüler aus Teltow-Fläming teil. Nach Auswertung der Befragung wurde für Teltow-Fläming deutlich, dass sich der Alkoholkonsum der 15- bis 18-jährigen Schüler gegenüber 2008/2009 leicht verringert hat. Er liegt jedoch mit 4% klar über dem landesweiten Schnitt. Nach geschlechtergetrennter Auswertung trinken knapp 25,6% der männlichen und 12,7% der weiblichen Zehntklässler regelmäßig Alkohol. 15% von ihnen haben den Wunsch, den Konsum aufzugeben. Nach Auswertung der Befragung zum regelmäßigen Alkoholkonsum konsumieren die Jugendlichen, die eine Gesamtschule besuchen, am meisten Alkohol. 2008/2009 waren lt. Befragung noch Schüler der Förderschule meist konsumierend. Welche veränderten Bedingungen zu diesem Wechsel führten, ist noch nicht geklärt.



Der Tabakkonsum der Zehntklässler hat sich gegenüber 2008 mit 1,8% leicht erhöht.



Knapp 27,1% der befragten Mädchen und 26,4% der befragten Jungen rauchen regelmäßig. 52% gaben an, keinen Wunsch zu verspüren, das Rauchen aufzugeben oder zu verringern.

Mehr als 75% der befragten Jugendlichen erklärten, noch nie Cannabis konsumiert zu haben. Knapp 3% konsumieren diese Substanz regelmäßig, wobei Mädchen weniger Konsum erklärten. 3,5% der männlichen und 2,1% der weiblichen Jugendlichen gaben an, regelmäßig stimmungsbeeinflussende Medikamente einzunehmen. 93% der befragten Zehntklässler gaben an, noch nie Designerdrogen probiert zu haben. 0,9% der Jugendlichen konsumieren hingegen regelmäßig. Jugendliche würden sich lt. Befragung bei Problemen mit Drogen in erster Linie an Freunde, Freundin oder Partner, Partnerin, dann an Geschwister und Eltern wenden. Dieses Vertrauen in das soziale Hilfesystem wird im Rahmen der Suchtprävention genutzt, um an das Verantwortungsgefühl als Freund/in, Geschwisterteil oder als Partner zu appellieren und die Stärkung der sozialen Kompetenz zu fördern.

Suchtprävention im Landkreis erfolgt zum einen in der Arbeitsgemeinschaft Gesundheitsförderung in TF, dem Arbeitskreis Suchtprävention. Im Arbeitskreis werden fachliche Kompetenzen gebündelt, die in Teltow-Fläming durch die unterschiedlichen Institutionen angeboten werden. Ziel ist es, durch Vielfalt die Suchtprävention im Landkreis zu stärken. Mitglieder des Arbeitskreises sind Vertreter vom DRK, ASB, Staatlichen Schulamt, der überregionalen Suchtpräventionsfachstelle, von Krankenkassen, Kommunen und Gemeinden, der Polizei, vom Jugendamt, Volkshochschule und Gesundheitsamt. Zum anderen werden konkrete Programme zur Suchtprävention durch das Gesundheitsamt organisiert und durchgeführt. Zielgruppen sind Jugendliche ab dem 14. Lebensjahr im Setting Schule oder Jugendeinrichtung. Angewandtes Instrument ist die AktionsKiste Sucht der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA).

Medizinalaufsicht

Wer selbstständig einen Beruf des Gesundheitswesens ausübt, hat dies entsprechend § 12 Abs. 2 des Brandenburgischen Gesundheitsdienstgesetzes (BbgGDG) vom 23. April 2008 (GVBl. II Nr. 5) unverzüglich dem Gesundheitsamt anzuzeigen. Zu den Berufen des Gesundheitswesens gehören u. a.

- Heilpraktiker ohne Bestallung
- Heilpraktiker, beschränkt auf das Gebiet der Psychotherapie und
- Heilpraktiker, beschränkt auf das Gebiet der Physiotherapie

Wer die Heilkunde, ohne als Arzt bestellt zu sein, ausüben will, bedarf gemäß § 1 Abs. 1 des Gesetzes über die berufsmäßige Ausübung der Heilkunde ohne Bestallung (Heilpraktikergesetz) dazu der Erlaubnis. Mit der Novellierung des Gesetzes zur Verhütung und Bekämpfung von Infektionskrankheiten beim Menschen (Infektionsschutzgesetz – IfSG) vom 28.07.2011 ist im § 23 Abs. 5 IfSG die infektionshygienische Überwachung von Heilpraktikerpraxen, die invasive Maßnahmen in Diagnostik und Therapie einsetzen, durch das Gesundheitsamt gesetzlich vorgeschrieben. Da einzuhaltende „Hygienestandards“ im Einzelfall vom angebotenen Leistungsspektrum abhängig sind, wurde durch das Gesundheitsamt im Vorfeld bzw. zur Abwägung einer möglicherweise durchzuführenden Praxisbegehung, den im Landkreis tätigen Heilpraktikern ohne Bestallung ein Fragebogen, die sog. Selbstauskunft, übersandt. Aufgrund der eingeholten Auskünfte konnte u. a. eine Aktualisierung der Anzahl der im Landkreis niedergelassenen Heilpraktiker ohne Bestallung vorgenommen werden.

Während es zunächst noch zum 31.12.2012 im Landkreis 55 statistisch erfasste Heilpraktiker ohne Bestallung waren, so reduzierte sich die Anzahl der Heilpraktikerpraxen aufgrund der aktuell durchgeführten Umfrage im Jahr 2013 für den Stichtag 31.12.2012 auf 42 niedergelassene Heilpraktiker ohne Bestallung. Die Gründe für die Praxisabmeldungen sind vielfältig. Während einige Heilpraktiker ohne Bestallung ihrer ordnungsgemäßen Abmeldepflicht gegenüber dem Gesundheitsamt nicht nachgekommen sind, mussten andere aus gesundheitlichen Gründen, wegen fehlender Rentabilität oder Eintritt in das Rentenalter ihre Praxis aufgeben.

Personen- und Funktionsbezeichnungen sind in männlicher Form verwandt worden.

Der Verzicht auf sprachliche Gleichbehandlung soll die Lesbarkeit des Berichtes erleichtern.

Ebenfalls einer Erlaubnis nach dem Heilpraktikergesetz bedürfen seit 2012 Personen mit abgeschlossener Ausbildung zur Physiotherapeutin/zum Physiotherapeuten, in eigener Verantwortung und ohne ärztliche Verordnung heilkundlich-physiotherapeutische Tätigkeiten ausüben.

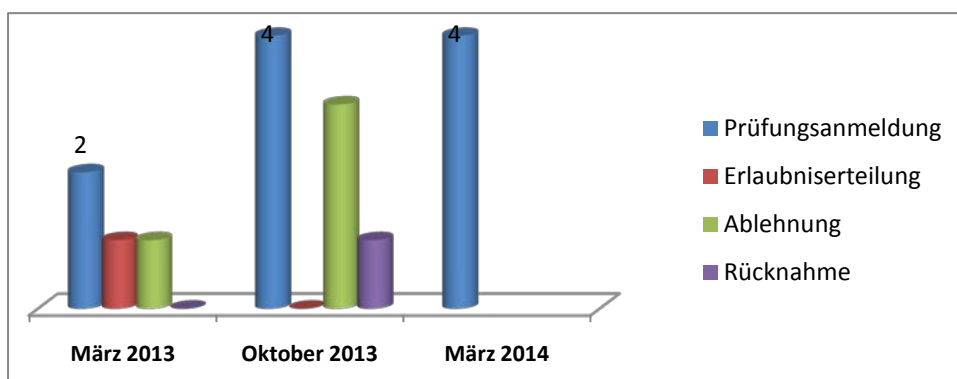
Im Jahr erbrachten zwei, von den im Landkreis selbstständig tätig gemeldeten 96 Physiotherapeuten, die Erlaubnis zur Ausübung der Heilkunde auf dem Gebiet der Physiotherapie.

Personen, die ausschließlich auf dem Gebiet der Psychotherapie heilkundlich tätig sein wollen, bedürfen ebenfalls einer Erlaubnis nach dem Heilpraktikergesetz.

Während im Vergleich von 2010 zu 2012 eine leicht steigende Tendenz der angezeigten Niederlassungen von Heilpraktikern, die beschränkt auf dem Gebiet der Psychotherapie tätig sind, zu verzeichnen war, gab es für 2013 keine Neuanmeldungen.



Allerdings ist ein Anstieg zur Teilnahme an der sektoralen Prüfung Psychotherapie, wie der nachfolgenden Grafik zu entnehmen ist, zu verzeichnen.



Für die Erteilung einer Erlaubnis nach dem Heilpraktikergesetz sind die Gesundheitsämter der Landkreise und kreisfreien Städte zuständig. Die Überprüfung der Kenntnisse und Fähigkeiten der antragstellenden Person erfolgt im Gesundheitsamt der Stadt Potsdam.

Gesundheitsberichterstattung

Um über die aktuelle gesundheitliche Situation der Einwohner des Landkreises zu informieren, wurde nach umfangreichem Sammeln und Auswerten von Daten und Fakten, die zum größten Teil durch das Gesundheitsamt erhoben wurden, wieder ein „Gesundheitsbericht“ erstellt. Der Berichtszeitraum umfasst das Jahr 2012. Der Bericht besteht aus einem Teil I mit Analysen und teilweise Bewertungen und einem Teil II, der eine Dokumentation der statistischen Gesundheitsdaten enthält. Anschauliche Diagramme und viele Tabellen erlauben Kommunalpolitikern, Ärzten, Fachleuten,

Personen- und Funktionsbezeichnungen sind in männlicher Form verwandt worden.

Der Verzicht auf sprachliche Gleichbehandlung soll die Lesbarkeit des Berichtes erleichtern.

Verwaltungsmitarbeitern und interessierten Bürgern einen raschen und informativen Überblick, unter anderem zu demografischen und epidemiologischen Daten und Fakten sowie zur ambulanten und stationären medizinischen Versorgung im Landkreis. Der Gesundheitsbericht ist auf der Internetseite des Landkreises zu finden.

Sachgebiet Hygiene/Umweltmedizin

Eichenprozessionsspinner-Raupenplage

Von Juni bis August gingen im Gesundheitsamt 24 telefonische und/oder schriftliche Meldungen bzw. Beschwerden in Zusammenhang mit Raupen des Eichenprozessionsspinners ein, vorwiegend aus dem Raum Luckenwalde und dem Raum Jüterbog. In nur 7 (ca. 29%) dieser 24 Fälle gaben die Beschwerdeführer an, nach einem EPS-Kontakt sei ein juckender Hautausschlag aufgetreten. Schwere EPS-assoziierte klinische Beschwerden (wie z. B. schwere Asthmaanfälle, Schock oder Todesfälle) wurden jedoch nicht gemeldet. In ca. 17 der 24 Fälle wurden EPS-Raupen lediglich gesichtet, ohne dass klinische Symptome (juckender Hautausschlag) aufgetreten waren.

Zum Vergleich: Im Jahr 2012 waren im gleichen Zeitraum ca. 55 Meldungen bzw. Beschwerden eingegangen, wobei in ca. 50% dieser Fälle klinische Symptome (juckende Hautausschläge) aufgetreten waren; in den anderen ca. 50% wurden die EPS-Raupen lediglich gesichtet.

Bei der Bewertung dieser Zahlen ist von einer großen Dunkelziffer auszugehen, da es nach wie vor keine offizielle Meldepflicht gegenüber dem Gesundheitsamt gibt. Dennoch könnten diese Zahlen darauf hinweisen, dass die im Landkreis durchgeführten EPS-Bekämpfungsmaßnahmen wirksamer waren als in den Vorjahren. So war es im Jahr dank einer Ausnahmegenehmigung erstmals möglich, das biologische Insektizid Dipel ES aus der Luft (via Helikopter) großflächig auszubringen - zusätzlich zu den üblichen „punktuellen“ Bekämpfungsmaßnahmen (Absaugen von Raupennestern, Ausbringung von Insektizid vom Boden aus). Es wurden keine Beschwerden von Bürgern über vermutete gesundheitliche Nebenwirkungen von Dipel ES registriert.

Badesaison – Qualität der Badegewässer im Landkreis Teltow-Fläming

Im Jahr überprüfte das Gesundheitsamt wie in den Vorjahren 15 Badegewässer mit insgesamt 19 amtlich ausgewiesenen Badestellen. Die Badesaison beginnt jedes Jahr am 15. Mai und endet am 15. September. Im Rahmen der Regelüberwachung der Badegewässer entnimmt das Gesundheitsamt in dieser Zeit mindestens fünf Badewasserproben (eine Probenahme pro Monat) und sendet diese in ein Labor zur mikrobiologischen Untersuchung. Die Ergebnisse dieser Laboruntersuchungen ergaben keine mikrobiologischen Beanstandungen, d. h., während der Badesaison wurden die mikrobiologischen Grenzwerte für gesundheitsgefährdende Bakterien (*Escherichia coli*, intestinale Enterokokken) nicht überschritten. Ferner führte das Gesundheitsamt vor Ort Messungen von pH-Wert, Wassertemperatur und Sichttiefe des Badewassers durch. Die höchsten Badewassertemperaturen wurden Ende Juli im Vordersee (Strand Dobbrikow) gemessen (26,9°C).

Die Sichttiefen der Badegewässer lagen zwischen 2,50 und 0,20 Meter. Die höchsten Sichttiefen (2 Meter oder mehr) zeigten der Glieniksee, der Große Zeschsee und der Motzener See (Badestellen in Kallinchen); die geringsten Sichttiefen wurden - jeweils während der „Algenblüte“ - am Rangsdorfer See (0,20 Meter), am Mellensee (0,40 Meter) und am Kliestower See (0,40 Meter) festgestellt. Zu geringe Sichttiefen können Rettungsmaßnahmen bei Badeunfällen erschweren.

Eine Ursache für eine geringe Sichttiefe ist ein starkes Algenwachstum. Für das Seebad Rangsdorf veröffentlichte das Gesundheitsamt bereits zu Beginn der Badesaison eine Algenwarnung. Ende August wurden auch für die Badestelle Kliestow (Kliestower See) sowie für die Strandbäder Klausdorf und Mellensee (Mellensee) Algenwarnungen veröffentlicht. Diese Warnhinweise galten an allen betroffenen

Badestellen bis zum Ende der Badesaison. Während der Badesaison informierte das Gesundheitsamt die Bevölkerung an den überwachten Badegewässern mit Informationstafeln. Darüber hinaus konnten sich Bürgerinnen und Bürger im Foyer der Kreisverwaltung in Luckenwalde im Rahmen einer Ausstellung ausführlich über die aufgeführten Badestellen informieren. Auch über Pressemitteilungen und im Internet wurde über die Badewasserqualität berichtet.

Sachgebiet Amtsärztlicher und sozialmedizinischer Dienst

Projekt Zusammenarbeit zwischen den Übergangwohnheimen und dem Gesundheitsamt

Der Zugang von Migranten zu Gesundheitsangeboten ist aufgrund sprachlicher und kultureller Barrieren sowie Informationsdefiziten deutlich erschwert. Ziel des Öffentlichen Gesundheitsdienstes ist es, durch fachliche Beratung und Aufklärung auf gesunde und gesundheitsfördernde Lebensverhältnisse und gleiche Gesundheitschancen für alle Bevölkerungsgruppen hinzuwirken. Die im Jahr 2009 begonnene Kooperation zwischen dem ASB-Übergangwohnheim in Luckenwalde und dem Gesundheitsamt wurde fortgesetzt. Diese Kooperation umfasst neben der Impfberatung und dem Angebot zur Durchführung von öffentlich empfohlenen Impfungen auch eine sozialpsychiatrische Sprechstunde im Asylbewerberheim. Impfungen zählen zu den wichtigsten und effektivsten präventiven Maßnahmen. Insbesondere die Gruppe der Flüchtlinge gehört zu den Personen, die entweder bisher keine Impfungen in ihrem Leben erhalten haben oder nur über einen unzureichenden Impfschutz verfügen. Gerade in Kriegs- oder Krisenzeiten wird der Impfschutz vernachlässigt oder werden Impfungen nicht mehr durchgeführt.

Im Landkreis wurden in diesem Jahr 206 Flüchtlinge aufgenommen. Vorwiegend kamen die Flüchtlinge aus osteuropäischen Ländern (Russische Föderation) aber auch aus arabischen Ländern (Syrien, Afghanistan, Iran, Irak und andere). Den Flüchtlingen wurden Impfberatungen und Schutzimpfungen angeboten. Im Jahr wurden sechs Impfsprechstunden in den beiden Übergangwohnheimen für Flüchtlinge (Anhaltstraße und Forststraße) in Luckenwalde durchgeführt. Zum geringeren Anteil suchten die Flüchtlinge auch die Impfsprechstunde im Kreishaus auf. Insgesamt ließen sich 85 Erwachsene (ca. 50 Prozent der Bewohner) impfen. Dabei wurden insgesamt 97 Schutzimpfungen verabreicht und 13 Impfausweise ausgestellt. Am häufigsten wurde gegen die Infektionskrankheiten Tetanus, Diphtherie, Kinderlähmung und Grippe geimpft. Zudem wurden 20 Impfberatungen ohne Impfung durchgeführt.

Durch den Kinder- und Jugendgesundheitsdienst wurden bei den Flüchtlingskindern der Impfschutz überprüft und bei Zustimmung der Eltern Impfungen nachgeholt. Bei Kindern und Jugendlichen im Alter vom 4. bis zum 18. Lebensjahr wurde gegen die Krankheiten Tetanus, Diphtherie, Kinderlähmung, Keuchhusten, Hepatitis B, Masern, Mumps, Röteln, Windpocken, Meningokokken und Grippe geimpft. Es wurden 55 Impfberatungen von Eltern mit ihren Kindern und 150 Schutzimpfungen durchgeführt.

Das Angebot zur Impfberatung und Schutzimpfung wurde wieder gut von den Migranten angenommen.

Sozialmedizinische Beratung

In der sozialmedizinischen Beratungsstelle wurde die Beratungstätigkeit kontinuierlich fortgesetzt. 224 Beratungen und 87 Hausbesuche erfolgten bei Menschen mit Behinderung oder mit chronischen Krankheiten. Themen in der sozialmedizinischen Beratung sind u. a. die Unterstützung bei der Antragstellung von Schwerbehindertenausweisen oder bei Änderungsanträgen, bei der Formulierung von Widersprüchen, bei Anträgen auf Rehabilitation und Erwerbsminderung, Beratung zu Angelegenheiten des Behindertenrechts, soziale Transferleistungen (Rente, Arbeitslosengeld I und II, Krankengeld, Grundsicherung) oder die Vermittlung an andere spezialisierte Beratungsstellen oder Behörden.

Im Pflegestützpunkt Luckenwalde, in welchem Pflege- und Sozialberatung für alle Bürger des Landkreises angeboten wird, erfolgten 381 Beratungen (2012: 529 Beratungen). Im Berichtszeitraum wurden 22 Hausbesuche durchgeführt. Insgesamt wurden in der Pflege- und Sozialberatung 1.569 Kontakte gezählt.

Sachgebiet Kinder- und Jugendgesundheitsdienst (KJGD)

Dem Landkreis wurden im Jahr 2012 1.235 Geburten gemeldet.

Im Schuljahr 2012/2013 untersuchten die Mitarbeiter des Kinder- und Jugendgesundheitsdienstes gemäß dem Brandenburgischen Gesundheitsdienstgesetz 1.037 Kinder im Alter vom 30. bis 42. Lebensmonat in Kindertagesstätten, in Tagespflegestellen und so genannte „Hauskinder“.

Im Berichtszeitraum wurden im Landkreis 1.478 angehende Schulanfänger untersucht (2011: 1.483 Schulanfänger). Eine Zurückstellung von der Einschulung empfahl der Kinder- und Jugendgesundheitsdienst bei 129 Kindern (8,7%). Damit lag der Landkreis unter dem Landesdurchschnitt von 9,4%. Des Weiteren wurden 696 Schulabgänger und 710 Schüler der 6. Klassen untersucht. Im Schuljahr 2012/2013 erfolgten insgesamt 534 Impfungen von Kindern und Jugendlichen. Damit konnten Impflücken geschlossen werden.

Zentrales Einladungs- und Rückmeldewesen

Seit 2009 bearbeitet der KJGD das Zentrale Einladungs- und Rückmeldewesen (ZER), welches 2008 mit der Novellierung des Brandenburgischen Gesundheitsdienstgesetzes (BbgGDG) eingeführt wurde.

So werden täglich vom Landesamt für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz (LUGV) Kinder an die Gesundheitsämter gemeldet, bei denen im festgelegten Toleranzzeitraum noch keine Meldung des Kinderarztes über die durchgeführte Vorsorgeuntersuchung eingegangen ist. Ziel ist die Erhöhung der Inanspruchnahme der Früherkennungsuntersuchungen (sogenannte U-Untersuchungen). Somit können Defizite oder Auffälligkeiten in der kindlichen Entwicklung eher erkannt und frühzeitig geeignete Maßnahmen angeboten werden. Die Auswertung zeigt, dass die Teilnahme an den Vorsorgeuntersuchungen in engem Zusammenhang mit dem Sozialstatus der Familien steht.

So wurde beispielsweise 2012 im Land Brandenburg die Früherkennungsuntersuchung U7 bei Kindern aus Familien mit hohem Sozialstatus zu 96,2% in Anspruch genommen. Dagegen haben Kinder aus Familien mit niedrigem Sozialstatus diese nur zu 88,5% wahrgenommen.

Im Schuljahr 2012/2013 erreichten den KJGD insgesamt 900 Meldungen vom zuständigen Landesamt über nicht eingegangene Rückmeldungen der Kinderärzte. Alle Meldungen aus diesem Zeitraum wurden inzwischen vollständig geklärt.

Für die Vorsorgeuntersuchungen U6 bis U9 kann im Landkreis seit 2008 eine deutliche Steigerung der Teilnahme verzeichnet werden. Das wird besonders am Beispiel der Vorsorgeuntersuchung U8 ersichtlich. Haben im Jahr 2008 im Landkreis nur 88,1% der Kinder die Früherkennungsuntersuchung U8 wahrgenommen, so waren es im Jahr 2012 bereits 94% der Kinder.

Insgesamt zeigt sich, dass es dem KJGD mit hohem zeitlichem und personellem Aufwand gelang, das Ziel der Teilnahmeerhöhung an den Vorsorgeuntersuchungen im Landkreis zu erreichen.

Betreuung von Flüchtlingskindern in den Übergangwohnheimen durch den KJGD in Luckenwalde

Durch den KJGD Luckenwalde wurden die beiden Übergangwohnheime für Flüchtlinge in Luckenwalde betreut. Ein besonderes Augenmerk legt der KJGD auf die medizinische Betreuung von Kindern und deren Eltern in den Übergangwohnheimen. Hier ist häufig erst einmal eine behutsame

Kontaktaufnahme nötig, denn Kinder und Eltern sind nicht selten traumatisiert. Die medizinische Versorgung reicht von der Beratung über Impfungen bis zum Ausstellen von ärztlichen Zeugnissen und Bescheinigungen. Im Schuljahr 2012/2013 wurden 52 ärztliche Bescheinigungen und Zeugnisse zur Aufnahme in die Kita oder die Schule ausgestellt. 77 Kinder wurden geimpft und 9-mal wurde eine Entwicklungskontrolle durchgeführt.

Sachgebiet Zahnärztlicher Dienst

Situationsanalyse

Hauptaufgabe des Zahnärztlichen Dienstes ist die Förderung der Zahn- und Mundgesundheit aller Kinder und Jugendlichen. Eine Schlüsselstellung dabei haben die Früherkennungsuntersuchungen und präventiven Maßnahmen. Durch das aktive Herantragen präventiver Leistungen wird es möglich, typische sozialspezifische Unterschiede in der Inanspruchnahme auszugleichen.

Die zahnärztlichen Reihenuntersuchungen und ersten Fluoridierungen in ausgewählten Einrichtungen werden von zwei zahnärztlichen Teams durchgeführt.

Projektarbeit und erste und zweite Prophylaxe-Impulse, einschließlich der zweiten Fluoridierung, werden parallel von zwei Prophylaxe-Helferinnen wahrgenommen.

Zahnärztliche Reihenuntersuchungen

Im Rahmen der gesetzlich vorgeschriebenen zahnärztlichen Vorsorgeuntersuchungen wurden im Schuljahr 2012/13 im Landkreis 13.652 Kinder und Jugendliche im Alter von 0 bis 6 Jahren und 56 ältere geistig und körperlich behinderte Menschen untersucht.

In vielen westlichen Ländern erfolgte in den letzten Jahrzehnten eine erhebliche Verbesserung der Mundgesundheit, insbesondere bei den bleibenden Zähnen. Eine Studie der Deutschen Arbeitsgesellschaft für Jugendzahnpflege (DAJ) aus 2009 ergab allerdings, dass bei den Schulanfängern immer noch zu viele Kinder Karieserfahrung an den Milchzähnen aufweisen und der Sanierungsgrad zu gering ist. Durch die Polarisierung des Kariesbefalls ist bei wenigen Kindern der Zerstörungsgrad der Zähne erhöht.

Die neuen Zielstellungen bei den Mundgesundheitszielen im Land Brandenburg bis zum Jahr 2020 zeigen, dass der eingeschlagene Weg richtig ist, aber weitere Schritte noch notwendig sind. Das globale Ziel lautet weiterhin: Unabhängig von ihrer sozialen Herkunft haben Kinder und Jugendliche gesunde Zähne in einem gesunden Mund und gleiche Zugangschancen zu präventiven und kurativen Maßnahmen.

➤ 3-jährige Kinder

Teil-Ziel 1 im Gesundheitszieleprozess lautet:

„90% der 3-jährigen und 80% der 5-jährigen Kita-Kinder haben kariesfreie Milchzähne. Das Auftreten frühkindlicher Karies wird vermieden. Milchzahnkaries wird rechtzeitig erkannt und behandelt“.

Die Altersgruppe der 3-jährigen Kinder wurde erst im Schuljahr 2009/2010 in den Gesundheitszieleprozess im Land Brandenburg aufgenommen.

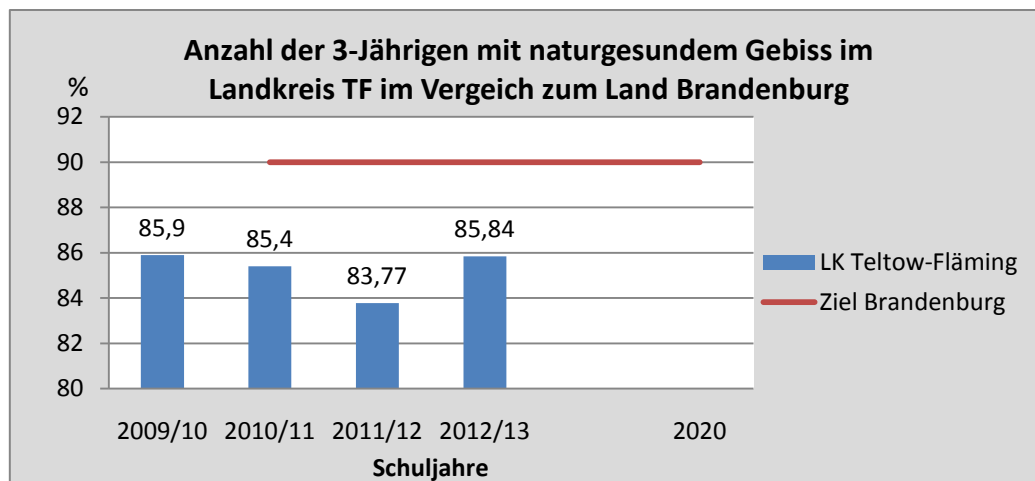


Abb. 1

Die Ergebnisse zahnärztlicher Untersuchungen in den letzten Schuljahren zeigen, dass der Kariesrückgang in dieser Altersgruppe seit ca. 2006 stagniert. Auch im Landkreis kann diese Tendenz festgestellt werden. Wie das obenstehende Diagramm zeigt, hat die Anzahl der 3-jährigen Kinder mit kariesfreiem Gebiss seit dem Schuljahr 2009/2010 um 2,13% abgenommen. In diesem Schuljahr lässt sich erfreulicherweise wieder eine Steigerung auf 85,8% gesunde Zähne bei den 3-jährigen Kindern feststellen.

➤ 5-jährige Kinder

Auch bei den 5-jährigen Kindern wurde das Teilziel neu bewertet. Kariesfreiheit von 60% wurde im Land Brandenburg im Schuljahr 2008/2009 erreicht. So strebt das neue Ziel bis 2020 eine 80%-ige Kariesfreiheit an.

Im Landkreis war leider seit dem Schuljahr 2009/2010 ein negativer Trend festzustellen. Nachdem im Schuljahr 2008/2009 eine deutliche Steigerung von 62% auf 65,3% sichtbar war, sanken die Werte im Schuljahr 2010/2011 auf 61,8%. Nach dem Schuljahr 2012/2013 konnte erfreulicherweise wieder eine Steigerung auf 64,8% festgestellt werden. Dieser positive Trend soll durch ausdauernde und vermehrte Projektarbeit fortgesetzt werden.

Ein weiteres Kriterium für die Zahngesundheit ist die Behandlungsbedürftigkeit. Auch in diesem Schuljahr zeigt sich wieder, dass 11,2% der Patienten sanierte aber 23,9% behandlungsbedürftige Gebisse haben. Milchgebisse sind noch ungenügend oder gar nicht saniert. Erfreulich ist trotzdem, dass ca. 4% weniger behandlungsbedürftige Zähne diagnostiziert werden konnten.

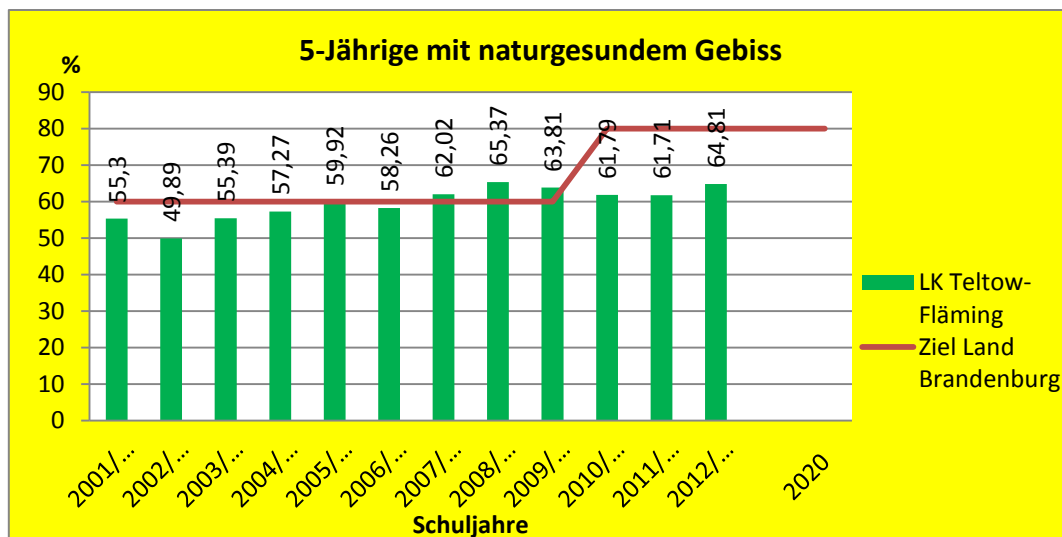


Abb. 2

Festzustellen ist, dass es bis zum neuen Teilziel von 90% Kariesfreiheit der 3-Jährigen und 80 % Kariesfreiheit der 5-Jährigen noch ein weiter Weg ist.

Öffentlichkeitsarbeit

Anlässlich des internationalen Tages der Zahngesundheit am 25. September fanden an der Ottfried-Preußler-Grundschule in Großbeeren zwei Aufführungen der Veranstaltungskünstler „Kinderliedbühne“ rund um das Thema Zahn- und Mundgesundheit statt. Insgesamt konnten mit weiteren 32 Veranstaltungen im Schuljahr 2011/2012 (Elternnachmittage, Elternabende, Schulungen für das Netzwerk Gesunde Kinder Teltow-Fläming, Zahnputzaktionen und Projekte in den Räumen des Zahnärztlichen Dienstes usw.) 426 Kinder und 240 Erwachsene erreicht werden.

Zahnputzprojekte bei Asylbewerbern

Auch in den beiden Übergangwohnheimen für Asylbewerber in Luckenwalde fanden in diesem Schuljahr erfreulicherweise drei Aktionen (2 x in der Forststraße und 1x in der Anhaltstraße) mit Zahnputzübungen und Beratungen statt. Dabei konnten sich die Familien altersgerechte Tipps zur Mundhygiene/Zahnputztechnik, Fluoriden, Ernährung und vielem mehr, auch in Form von Mundhygieneartikeln, holen. Hier wurden 38 Kinder und 45 Erwachsene betreut.

Sachgebiet Sozialpsychiatrischer Dienst

Sozialpsychiatrische Beratungsangebote für Asylbewerber

Der Sozialpsychiatrische Dienst erbringt regelmäßig und fortlaufend Beratungs- und Betreuungsleistungen für erwachsene Asylbewerber, die an einer psychischen Störung oder einer Suchterkrankung leiden oder bei denen Anzeichen auf eine solche Erkrankung vorliegen.

Dieses Tätigkeitsfeld ist eine besondere Herausforderung. Das abweichende Erleben und Verhalten vor dem kulturellen und biographischen Kontext des Klienten muss aufwändig erschlossen werden. Mögliche traumatisierende Faktoren sind einzubeziehen, und in der Kommunikation sind häufig Sprachmittler notwendig.

Da zum aktuellen Zeitpunkt noch eine Zentralisierung der Übergangwohnheime für Asylbewerber am Standort Luckenwalde besteht, fokussiert sich die sozialpsychiatrische Betreuung derzeit an diesem Ort. Eine Ausweitung ergibt sich aktuell durch den Umzug einzelner Familien in Wohnungen, z. B. in den Bereich Jüterbog (Altes Lager, Niedergörsdorf). Mit der nahenden Eröffnung des Asylbewerberheimes in Ludwigsfelde und perspektivisch in Jüterbog wird die sozialpsychiatrische Betreuung in nahezu allen Außenstellen des Sozialpsychiatrischen Dienstes geleistet werden.

Seit dem 10.03.2009 bietet der Sozialpsychiatrische Dienst im Übergangwohnheim Anhaltstraße in Luckenwalde einmal monatlich eine offene sozialpsychiatrische Sprechstunde an. Im Jahr wurden elf Sprechstunden realisiert.

Seit der Eröffnung des Übergangwohnheimes für Asylbewerber in der Forststraße in Luckenwalde werden auch für die dortigen Bewohner sozialpsychiatrische Beratungsangebote und Beratungen angeboten, die jedoch überwiegend im Gesundheitsamt durchgeführt wurden. In Krisensituationen fanden auch Hausbesuche statt. Insgesamt wurden im Jahr 25 telefonische Beratungen (2012: 56), 14 Beratungen im Rahmen der Sprechstunde (gegenüber 51 im Jahre 2012) und 20 Hausbesuche (gegenüber 21 im Jahre 2012) in den Übergangwohnheimen oder in der Häuslichkeit realisiert.

In fünf Fällen wurde eine Beratung und Begleitung von Angehörigen psychisch erkrankter oder suchtkranker Asylbewerber durchgeführt. In vier Fällen wurde der Sozialpsychiatrische Dienst wegen Kriseninterventionen in Anspruch genommen. In den Übergangwohnheimen wurden zehn Fallbesprechungen (gegenüber 6 im Jahre 2012) mit den Sozialarbeitern der Einrichtungen durchgeführt.

Eine Hürde bei der sozialpsychiatrischen Betreuung der Asylbewerber stellt nach wie vor die zeitnahe und flexible Verfügbarkeit von kompetenten und verlässlichen Sprachmittlern dar, die auch im Krisenfall eine wertvolle Unterstützung bei der differenzierten Beurteilung des Vorliegens einer psychischen Erkrankung leisten.

Psychosoziale Beratung im Krisenfall

Am 20. November präsentierte der Sozialpsychiatrische Dienst im Rahmen der Landestierseuchenübung sein Konzept zu psychosozialen Beratungs- und Betreuungsangeboten für Beteiligte und Betroffene der Massenkeulung eines Tierbestandes. Hier wurde ein Handlungs- und Beratungskonzept umrissen, das unter Nutzung der bestehenden Strukturen (Beratungsstellennetz des Sozialpsychiatrischen Dienstes, Struktur zur Krisenintervention und aufsuchender Arbeit) und der Vernetzung mit dem ehrenamtlichen Notfallseelsorgesystem ein breites Beratungsangebot zur Milderung der psychosozialen Folgen und Verminderung von posttraumatischen Belastungssymptomen anbietet.

Dezernat III

Ordnungsamt

Sachgebiet Allgemeine Sicherheit und Ordnung

Aufgaben im Rahmen der Fachaufsicht über die örtlichen Ordnungsbehörden und als Kreisordnungsbehörde

Schwerpunkt der Arbeit als Fachaufsichtsbehörde über die örtlichen Ordnungsbehörden des Landkreises bildete die Anleitung und Unterstützung dieser Behörden unter Einbeziehung der Fachämter des Hauses.

17 Fach- und Dienstaufsichtsbeschwerden über die Arbeitsweise einiger örtlicher Ordnungsbehörden, die durch Bürger herangetragen wurden, waren teilweise auch vor Ort zu prüfen und wurden mit den Ordnungsamtsleitern ausgewertet.

7 Widerspruchsverfahren gegen Verfügungen der Städte und Gemeinden wurden abschließend bearbeitet, davon ein Verfahren nach dem Bestattungsgesetz.

Das Staatliche Schulamt Wünsdorf beantragte in diesem Jahr die Durchführung von 9 Ordnungswidrigkeitenverfahren wegen Schulpflichtverletzungen. Davon wurden unter Einbeziehung des Jugendamtes 6 Verfahren mit Bußgeldbescheid abgeschlossen, zwei Verfahren wurden eingestellt und ein Verfahren wurde wegen Unzuständigkeit an das Staatliche Schulamt zurückgewiesen.

385 Bußgeldverfahren nach dem SGB XI im Bereich der Pflegepflichtverletzung wurden durchgeführt.

Wegen Verstoßes gegen das Brandenburgische Vermessungsgesetz (BbgVermG) wurden zwei Verfahren geführt sowie ein Verfahren wegen Verstoßes gegen die ordnungsbehördliche Verordnung zum Schutz von Kriegsgräberstätten.

➤ *Weitere Arbeitsaufgaben:*

195 Stellungnahmen wurden insgesamt bearbeitet, davon bspw.:

- 130 Stellungnahmen nach Baugesetzbuch (BauGB)
- 43 Stellungnahmen nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG)
- 6 Stellungnahmen nach dem Flurbereinigungsgesetz (FlurbG)
- 5 Stellungnahmen nach dem Allgemeinen Eisenbahngesetz (AEG)
- 4 Stellungnahmen nach dem Bundesberggesetz (BBergG)
- 5 Stellungnahmen nach dem Telekommunikationsgesetz (TKG)
- 2 Stellungnahmen nach dem Brandenburgischen Ausführungsgesetz zum Bundesnaturschutzgesetz (BbgNatSchAG)

Gräberangelegenheiten

Der Bund stellte Pauschalgeber in Höhe von 142.700 € für die Pflege und Instandsetzung der Kriegsgräber, die sich im Landkreis befinden, zur Verfügung. Diese wurden anteilig an die Kommunen unseres Landkreises ausgereicht.

Untere Jagdbehörde

Im Landkreis sind aktuell 811 aktive Jagdscheininhaber, davon 7 Ausländer mit Ausländerjahresjagdscheinen, registriert. Insgesamt gibt es derzeit im Kreisgebiet 269 Jagdbezirke, davon 173 gemeinschaftliche Jagdbezirke, 76 Eigenjagdbezirke, 20 Verwaltungsjagdbezirke.

Es bestehen drei Hegegemeinschaften für Rotwild, zwei Hegegemeinschaften für Damwild und eine Hegegemeinschaft für Muffelwild und Damwild.

Es wurden 269 Abschusspläne bearbeitet und bestätigt bzw. festgesetzt. In den Hegegemeinschaften erhielt die Schalenwildbewirtschaftung mit Gruppenabschussplänen Förderung und Unterstützung. Alle Hegeschauen der Hegegemeinschaften wurden als Pflichttrophäenschauen anerkannt.

Die Zusammenarbeit mit dem Jagdberater, dem Jagdbeirat und dem Kreisjagdverband konnte erfolgreich weitergeführt werden. Dabei stand insbesondere die Auswertung der Wildbewirtschaftung, die Höhe der Wildbestände, der Jagdstrecken und der Wildschäden im Vordergrund stand. Die Ergebnisse des vergangenen Jagdjahres im Landkreis wurden am 28. November den Mitgliedern des Ausschusses für Landwirtschaft und Umwelt vorgestellt.

➤ *Weitere Arbeitsaufgaben:*

- Erteilung von 5 Ausnahmegenehmigungen für die Bejagung in befriedeten Bezirken
- Durchführung von Ordnungswidrigkeitenverfahren wegen Verstößen gegen jagdrechtliche Bestimmungen
- Zulassung von 2 Eigenjagdbezirken durch Minderung der Mindestfläche für einen Eigenjagdbezirk und Teilung eines gemeinschaftlichen Jagdbezirkes in 2 Jagdbögen
- Prüfung und Genehmigung von 4 Satzungsänderungen
- Prüfung und Bescheidung von 5 Angliederungen, durch die auf einer Gesamtfläche von rd. 141 ha die Bejagung geregelt wurde
- Prüfung und Bestätigung von 19 Jagdpachtvertragsänderungen

Untere Fischereibehörde

An Fischer und Angler wurden 347 Fischereischeine als unbefristete Genehmigungen zur Ausübung des Fischfangs mit Angelgeräten ausgestellt. Aktuell gibt es damit im Landkreis 5551 Fischereischeininhaber. Es fanden insgesamt zwei durch die Untere Fischereibehörde durchgeführte Anglerprüfungen mit insgesamt 61 Prüflingen statt, wovon drei Anwärter die Prüfung nicht bestanden haben.

24 Anglerprüfungen fanden im Landkreis durch benannte Personen des Landesanglerverbandes Brandenburg e. V. mit insgesamt 307 Prüflingen statt, wovon alle Anwärter die Prüfung bestanden haben. Damit haben insgesamt 365 Bürger im Landkreis die Voraussetzung für die Erteilung eines Fischereischeins erworben.

Im Landkreis gibt es 55 ehrenamtliche Fischereiaufseher, von denen im Jahr 9 Fischereiaufseher neu berufen wurden. An der jährlichen Schulung nahmen 35 Fischereiaufseher teil.

Die Zusammenarbeit mit den Kreisanglerverbänden Zossen e. V. und Luckenwalde e. V. wurde gepflegt. Besonders hervorzuheben sind die durch die Kreisanglerverbände organisierten und mit einigen Fischereiaufsehern an den Vereinsgewässern des Landesanglerverbandes Brandenburg e. V. im Landkreis erfolgreich durchgeführten Komplexkontrollen. Die Zusammenarbeit mit dem Fischereiberater und dem Fischereibeirat wurde erfolgreich fortgesetzt.

➤ *Weitere Arbeitsaufgaben:*

- Ausstellung von Fischereiabgabemarken mit Nachweiskarten, Ausstellung von 20 Jugendfischereischeinen
- Bearbeitung von 26 Bußgeldverfahren wegen Verstößen gegen das Fischereigesetz
- Aussprechen von 16 Verwarnungen vor Ort durch Fischereiaufseher
- Genehmigung von 53 Veranstaltungen zum Gemeinschaftsfischen
- Teilnahme an 3 Gewässerschauen des Landkreises sowie Erarbeitung von Stellungnahmen, u. a. zu Gewässerunterhaltungsplänen der Boden- und Wasserverbände, zu FFH- und Naturschutzgebieten und zu Veränderungen von wasserbaulichen Anlagen

Gewerbeangelegenheiten

Im Rahmen der Fachaufsicht fanden 7 Vor-Ort-Kontrollen zur Einhaltung gewerberechtlicher Vorschriften bei den örtlichen Ordnungsbehörden statt. Zudem erfolgten zwei Vor-Ort-Beratungen bei den örtlichen Ordnungsbehörden zu speziellen Problematiken des Gewerberechts, wie z. B. Spielhallen und zur Aufstellung von Spielgeräten.

Zur Umsetzung einer Richtlinie der Europäischen Union über die Verwalter alternativer Investmentfonds wurde in der Gewerbeordnung der § 34 f - Finanzanlagenvermittler neu geschaffen. Der Vollzug des neu geschaffenen § 34 f GewO sowie der dazugehörigen Finanzanlagenvermittlerverordnung stellte die örtlichen Gewerbebehörden vor eine Reihe neuer Aufgaben, die vorwiegend im 1. Halbjahr bewältigt werden mussten.

Im April trat das Brandenburgische Spielhallengesetz in Kraft, welches es umzusetzen galt. Ab September galt der geänderte § 33 c GewO - Spielgeräte mit Gewinnmöglichkeit, wonach die Erlaubniserteilung an einen Unterrichtsnachweis für Spielgeräteaufsteller und deren Personal gebunden ist. Das alles führte zu erhöhten Anfragen bei der Fachaufsicht. Im November fand eine Arbeitsberatung mit den Gewerbebehörden statt, zu der auch Vertreter des Hauptzollamtes Potsdam und der IHK Ostbrandenburg geladen waren. Es wurden zwei gewerbliche Ausstellungen gemäß § 69 i.V.m. § 65 GewO festgesetzt. Ein Antrag für die Durchführung einer Segelregatta wurde nach der Landesschiffahrtsverordnung genehmigt. Drei Widersprüche zu Gewerbeuntersagungsverfahren wurden bearbeitet.

➤ *Bekämpfung der Schwarzarbeit*

Am 29. Oktober tagte unter Leitung der Kreisordnungsbehörde die jährlich stattfindende Koordinierungsgruppe zur Bekämpfung von Schwarzarbeit und illegaler Gewerbe- und Handwerksausübung im Kreishaus. Im Rahmen dieser Koordinierungsgruppe arbeitet das Ordnungsamt eng mit weiteren Behörden und Körperschaften des öffentlichen Rechts wie dem Hauptzollamt Potsdam, der Bauberufsgenossenschaft Hannover, dem Finanzamt Luckenwalde, dem Landesamt für Arbeitsschutz, den Kreishandwerkerschaften Teltow-Fläming und Potsdam, der Handwerkskammer Potsdam und nicht zuletzt mit den Ordnungsämtern des Landkreises Potsdam-Mittelmark sowie der Städte Brandenburg und Potsdam zusammen. Im Rahmen dieser Tagung wurden u. a. Themen wie die wirtschaftliche Lage im Handwerk, die Bemühungen um die Gewinnung von Auszubildenden, die Verbesserung und Koordination der Zusammenarbeit, der Austausch von Informationen, Gesetzesänderungen, strukturelle Veränderungen sowie die Tendenz von Schwarzarbeit und unerlaubter Handwerksausübung besprochen.

Die Verfolgung und Ahndung von Schwarzarbeit und illegaler Gewerbe- und Handwerksausübung wurde konsequent fortgeführt. So gab es insgesamt 100 Kontrollen auf Baustellen sowie in Firmen im Kreisgebiet. In 30 Fällen wurden Ermittlungsverfahren eingeleitet, 3 Verfahren konnten rechtskräftig abgeschlossen werden.

➤ *Schornsteinfegerangelegenheiten*

Mit dem 01.01.2013 trat das Gesetz über das Berufsrecht und die Versorgung im Schornsteinfegerhandwerk (SchfHwG) voll umfänglich in Kraft, das zu einer neuen Qualität in der Bearbeitung und Durchsetzung der Kehr- und Überprüfungsarbeiten der Schornsteinfeger geführt hat. Der in diesem Verfahren zu erstellende Feuerstättenbescheid bildet die Grundlage für das weitere Verwaltungshandeln in Form des Zweitbescheides und der Ersatzvornahme. Im Jahr war ein deutlicher Anstieg der Anzahl der Verfahren festzustellen.

Die Aufsicht über die bevollmächtigten Bezirksschornsteinfeger (BBSF) wurde kompetent ausgeübt. So erfolgte in Anlehnung an die Kehrbuchrichtlinie vom 08.07.2011 die Überprüfung von vier ausgewählten Kehrbüchern der BBSF und eine entsprechende Auswertung wurde dazu in persönlichen Gesprächen vorgenommen.

Versicherungsbehörde

Die Versicherungsbehörde wurde von 655 Bürgern und Bürgerinnen aufgesucht. Insgesamt wurden 394 Anträge auf Altersrenten, Hinterbliebenenrenten, Erwerbsminderungsrenten, Halbwaisenrenten, Anträge auf Überführung der Zusatzversorgungsanwartschaften, Prüfung von Rentenbescheiden bearbeitet und entgegengenommen. Des Weiteren wurden Anträge des Versorgungsausgleiches sowie Anträge zur Teilhabe am Arbeitsleben aufgenommen.

Die Mitarbeiterin beriet die Antragsteller umfassend. Sie nahm als Referentin an zwei Informationsveranstaltungen von Selbsthilfegruppen im Gesundheitsamt teil. Thema waren Fragen zum Rentenrecht, zur Beantragung von Erwerbsminderungsrenten, zum Verfahrensweg bei Ablehnung dieser Rente und zur Besteuerung der Renten.

Sachgebiet Ausländer- und Personenstandswesen

Ausländerbehörde – allgemeine Ausländerangelegenheiten

Zum 31.12.2013 waren 3.956 Ausländer mit 103 verschiedenen Staatsangehörigkeiten im Landkreis registriert. Der Ausländeranteil im Landkreis liegt mit ca. 2,5 % leicht unter dem Landesdurchschnitt von 2,8 %.

Mit der Einführung des elektronischen Aufenthaltstitels (eAT) 2011 haben sich nicht nur die Gebühren für die Antragsteller, sondern auch die Aufwendungen des Landkreises kontinuierlich deutlich erhöht. 2013 konnten 29.500 € an Gebühren vereinnahmt werden (2010 ca. 12.300 €). Gleichzeitig erhöhte sich der Aufwand für Bürobedarf und Vordrucke von rund 6.800 € in 2010 auf 17.000 € in 2013.

Im Sommer erfolgte die Inbetriebnahme der Berliner JVA Heidering in Großbeeren. Innerdienstlich kommt in der JVA das Berliner Recht zur Anwendung, ausländerrechtlich erfolgte dadurch ein Aufgabenzuwachs für die Ausländerbehörde des Landkreises. Dabei handelt es sich hauptsächlich um aufenthaltsbeendende Maßnahmen.

237 Verpflichtungserklärungen zu Kostenübernahmeerklärungen, die Voraussetzung für die Erteilung von Besuchsvisa sind, wurden entgegengenommen. (Im Jahr 2012 waren es 211.) Im letzten Jahr war es nicht erforderlich, Verfahren für Regressansprüche einzuleiten.

Ausländerbehörde – Asylangelegenheiten

Von den per 31.12.2013 gemeldeten Ausländern waren 288 (2012: 219; 2011: 193) Asylbewerber bzw. abgelehnte Asylbewerber. 2013 erfolgte die Aufnahme von 178 (2012: 73) neuen Asylbewerber/innen, von denen 86 (2012: 25) unter 18 Jahre alt waren. Das Land erhöhte mehrfach die Anzahl der Zuweisung von Asylbewerbern von 130 Anfang des Jahres bis letztendlich auf 220 Personen zum Jahresende.

Bedingt durch die Zunahme der vom Landkreis aufzunehmenden Flüchtlinge und den Rückstand aus der nicht erfolgten Aufnahme von 2012 war es erforderlich, zusätzliche Unterbringungsmöglichkeiten zu schaffen. In der dezernatsübergreifenden Zusammenarbeit wurden kreiseigene und nicht kreiseigene Objekte überprüft. Darüber hinaus wurden die kreisangehörigen Kommunen bei der Objektsuche mit einbezogen. Anfang des Jahres konnte das ehemalige Wohnheim in der Forststraße Luckenwalde kurzfristig wieder mit ca. 90 Plätzen aktiviert und die Aufnahmequote von 2012 nachträglich erfüllt werden. Die Inbetriebnahme der ehemaligen Wohnheime in Jüterbog und Ludwigsfelde gestaltet sich aufwendiger, sodass diese erst 2014 genutzt werden können. Um den kurzfristigen Bedarf abdecken zu können, wurden im Herbst ehemalige Verwaltungsgebäude in Luckenwalde für die Unterbringung von Flüchtlingen hergerichtet. Darüber hinaus wurde ein sogenanntes „Auszugsmanagement“ umgesetzt. Den Bewohnern des Übergangswohnheims, die nicht mehr verpflichtet sind, in der Gemeinschaftsunterkunft zu wohnen, wird mit Unterstützung der Verwaltung zeitnah die Möglichkeit gegeben, eine Wohnung zu beziehen.

Die Anzahl der freiwilligen Ausreisen (außerhalb EU) erhöhte sich von 4 in 2011 bzw. 5 in 2012 auf 11 in 2013. Darüber hinaus kehrten 5 Personen freiwillig in den Erstaufnahmestaat (hier Polen) zurück. Zwei aufenthaltsbeendende Maßnahmen wurden im Rahmen des Verwaltungszwangs durchgeführt (keine in 2012). Die Zunahme der Ausreisen ist eine direkte Auswirkung aus der Zunahme der Flüchtlinge.

Namensänderungen

Im Jahr wurden 15 (201: 18) Anträge auf Änderungen des Familiennamens bzw. des Vornamens nach dem Namensänderungsgesetz gestellt. 3 Anträge wurden im Laufe des Verfahrens zurückgenommen und 2 Antragsteller sind inzwischen verzogen. Über 4 Anträge wurde entschieden. Die restlichen Anträge wurden erst im Herbst gestellt und befinden sich noch in der Bearbeitung.

Staatsangehörigkeiten

47 Personen stellten Anträge auf Einbürgerung. Dies bedeutet einen kontinuierlichen Anstieg in den letzten Jahren (2011: 29; 2012: 40). 35 Personen erhielten 2013 die deutsche Staatsbürgerschaft (2011: 24; 2012: 19).

Durch Gesetzesänderung geht ab dem 01.01.2014 die Zuständigkeit für die Entscheidung über die Einbürgerungsanträge vom Innenministerium auf die Kreise über. Im vergangenen Jahr erfolgten die Vorbereitungen für die Aufgabenübertragung. Alle bis zum 31.12.2013 gestellten Anträge werden noch durch das Innenministerium bearbeitet.

Personenstandswesen/Standesamtsaufsicht

Neben der Teilnahme an den Schulungen des Fachverbandes der Standesbeamten erfolgte auch eine Teilnahme am Lehrgang für die Aufsichtsbehörden in Bad Salzschlirf.

Im Jahr wurden u. a. 12 Anträge auf Nachbeurkundung der Eheschließung, 3 Anträge auf Nachbeurkundung der Geburt und 1 Antrag auf Vaterschaftsanerkennung entsprechend der Vorlagepflicht vorgelegt. Im Rahmen der Fachaufsicht erfolgte die Prüfung der Geschäftsführung eines Standesamtes.

Sachgebiet Brand- und Katastrophenschutz

Brand- und Katastrophenschutz

Die Feuerwehren des Landkreises wurden im Berichtszeitraum zu 322 Bränden und 1123 technischen Hilfeleistungen gerufen. Zusätzlich unterstützten die Feuerwehren den Rettungsdienst bei 181 Einsätzen durch Tragehilfe. Schwerpunkte bei der Brandbekämpfung waren Wohnungsbrände sowie Brände im Bereich der Land- und Forstwirtschaft. Technische Hilfe wurde insbesondere bei Verkehrsunfällen und bei der Beseitigung von Gefahrenstellen durch Unwetter am 6. August und am 5./6. Dezember geleistet. Weiterhin kam es zu 220 Einsätzen, weil Brandmeldeanlagen auslösten. Außerdem wurden 171 Fehlalarmierungen verzeichnet.

Die Feuerwehren mussten bei 3 Einsätzen mit gefährlichen Stoffen und Gütern tätig werden. Besonders markant waren die Einsätze am 26. August auf dem Gelände der Mahlower Container Service GmbH, auf dem ein Bürocontainergebäude, eine Lagerhalle mit Baumischabfällen und die gesamte Sortieranlage für Baumischabfälle brannte. Bemerkenswert war auch der Brand vom 20. bis 24. Juli auf munitionsbelasteten Flächen im Bereich Radeland mit dem Einsatz eines Löschpanzers.

Ein Schwerpunkt im Jahr war die Überarbeitung der Waldbrandeinsatzplanung auf munitionsbelastenden Flächen. Dabei ging es nicht nur um eine effektivere Waldbrandbekämpfung, sondern auch um die Erhöhung der Sicherheit der Einsatzkräfte. Die neue Einsatzplanung wurde im April im Rahmen einer Übung der Brandschutzeinheit im Feuerwehrtechnischen Zentrum überprüft. An dieser Übung nahmen 220 Einsatzkräfte der Feuerwehren des Landkreises teil. Am gleichen Tage wurde die Jahresübung der Gefahrstoffeinheit mit 130 Kameradinnen und Kameraden durchgeführt. Diese Maßnahmen wurden durch Helfer des Deutschen Roten Kreuzes und der Johanniter-Unfallhilfe gemeinsam mit Kameraden der Feuerwehren unterstützt.

Im Juni wurde auf Anforderung des Koordinierungszentrums Krisenmanagement des Landes die Brandschutzeinheit des Landkreises zweimal zur Unterstützung bei der Bekämpfung der Flutkatastrophe an der Elbe und Havel mit je 150 Kameradinnen und Kameraden in Mühlberg und Rathenow angefordert und eingesetzt.

Im September konnte mit dem Deutschen Roten Kreuz eine Schnelleinsatzgruppe Wassergefahren als eine neue organisationseigene Katastrophenschutzereinheit in Dienst gestellt werden. Diese Einheit kann bei Einsätzen am, im und auf dem Wasser gerufen werden, auch wenn der Landkreis nicht ein typisch von Hochwasserereignissen betroffener Kreis ist.

Kontinuierlich wurde die Ausbildung von Führungskräften des Brand- und Katastrophenschutzes im Rahmen von drei Tagesausbildungen fortgesetzt. Neben Kameraden der Feuerwehren nahmen auch wieder Mitglieder des THW (Technisches Hilfswerk), des Kreisverbindungskommandos der Bundeswehr, der Polizei und des Rettungsdienstes teil. Hauptthematik der diesjährigen Führungskräfte-schulung war der Einsatz bei einem möglichen Massenansturm von Verletzten bei Volksfesten.

Im Auftrage des Landes führte der Landkreis im November eine Landestierseuchenübung durch. An dieser Übung nahmen neben dem Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt der Katastrophenschutzstab des Landkreises, das Feuerwehrtechnische Zentrum sowie die Dekontaminationsgruppe der Feuerwehr Großbeeren und die Sanitätsgruppe des DLRG-Stadtverbandes Ludwigsfelde-Zossen teil. Im Verlauf der Übung konnten wichtige Erkenntnisse des Zusammenwirkens der verschiedensten Stellen im Fall einer Tierseuche gewonnen werden.

Zur Verbesserung der Alarmierungsgeschwindigkeit und Ausfallsicherheit des digitalen Alarmierungsnetzes des Landkreises wurden zwei weitere digitale Alarmumsetzer am Standort Zossen, Ortsteil Wündorf, und Niederer Fläming aufgebaut. Das Netz muss auch in den nächsten Jahren weiter vervollkommen werden.

➤ *Unterstützung Feuerwehrverband*

Mit der Bereitstellung von Ausrüstung und Technik unterstützte der Landkreis den Verband der Feuerwehren des Landkreises bei der Vorbereitung und Durchführung folgender Höhepunkte:

- kreisoffener Kindertag der Feuerwehr Nuthe-Urstromtal in Dobbrikow
- Kreismeisterschaften im Hakenleitersteigen der Männer und im 100-Meter-Hindernislauf am 18. Mai im Feuerwehrtechnischen Zentrum sowie beim „Löschangriff nass“ am 15. Juni in Dahme/Mark
- Jugendlager für Kinder und Jugendliche vom 25. - 30. Juni in Dahme/Mark
- zweiter Pokallauf der Löschkrümel der Kinderfeuerwehren des Landkreises am 31. August in Trebbin
- „Löschangriff nass Ü-40“ am 7. September in Rangsdorf mit Teilnahme einer polnischen Mannschaft aus dem Partnerkreis Gniezno

➤ *Brandschutzerziehung*

Im Rahmen der Brandschutzerziehung wurden durch das Team Brandschutzerziehung im Landkreis in 20 Kitas und in 11 Grundschulen insgesamt 1768 Kinder, Schüler und Erzieher über die Gefahren von Feuer und Rauch aufgeklärt sowie das richtige Verhalten in Notfällen geschult und trainiert.

Weiterhin war das Team auf zahlreichen öffentlichen Veranstaltungen wie z. B. dem Kreiserntefest und dem großen Kinderfest in Glashütte mit dem Infomobil vertreten und unterstützte die Feuerwehren bei öffentlichen Veranstaltungen vor Ort.

Mittlerweile ist die Brandschutzerziehung in vielen Einrichtungen im Landkreis selbstverständlich geworden. Auch über die Kreisgrenzen hinaus genießt das Team großes Ansehen. Die Brandschutzerziehung ist ein wichtiger Bestandteil der langfristigen Nachwuchsgewinnung für die freiwilligen Feuerwehren des Landkreises, was mit dem steigenden Zulauf in Kinderfeuerwehren unter Beweis gestellt wird.

➤ *Vorbeugender und baulicher Brandschutz*

Aufgabe der Brandschutzdienststelle ist die Durchführung von Brandverhütungsschauen in baulichen Anlagen mit erhöhter Brand- oder Explosionsgefährdung und in Anlagen, bei denen bei Ausbruch eines Brandes eine große Anzahl von Menschen oder erhebliche Sachwerte gefährdet werden. Die Brandschutzdienststelle hat im Landkreis derzeit 669 derartiger Objekte erfasst.

Aufgabe ist es weiterhin, die Belange des vorbeugenden und abwehrenden Brandschutzes im Rahmen bauaufsichtlicher Verfahren durchzusetzen. Die Brandschutzdienststelle führte im Landkreis 80 Brandverhütungsschauen durch und erarbeitete insgesamt 139 Stellungnahmen im Rahmen baugenehmigungspflichtiger Vorhaben und 188 Stellungnahmen als Träger öffentlicher Belange.

Personen- und Funktionsbezeichnungen sind in männlicher Form verwandt worden.

Der Verzicht auf sprachliche Gleichbehandlung soll die Lesbarkeit des Berichtes erleichtern.

➤ *Feuerwehrtechnisches Zentrum*

Der Ausbau des Feuerwehrtechnischen Zentrums zum Kompetenzzentrum für Brand- und Katastrophenschutz wurde durch Eigeninitiative der Mitarbeiter des Sachgebietes und durch die ehrenamtlichen Kreisausbilder mit folgenden baulichen Maßnahmen fortgeführt:

- Planierungs- und Befestigungsarbeiten an den Ausbildungsplätzen THW, Gefahrgut und Nachrichtenplatz
- Montage einer PKW-Karosse zur Simulation von Kfz-Bränden
- Erweiterung des Taktik- und Wärmegewöhnungscontainers
- Aufstellung und Installation eines Sanitärcontainers im Bereich Brandbekämpfung
- weitere Gestaltung des Ausbildungsplatzes für Rettungshunde durch Fertigstellung des Trümmerfeldes

Im Rahmen der kreislichen Ausbildung wurden in 37 Lehrgängen 471 Kameradinnen und Kameraden der Feuerwehren in 14 Fachrichtungen im feuerwehrtechnischen Dienst und in Spezialausbildungen im Brand- und Katastrophenschutz geschult. Im Ergebnis betrug die Lehrgangsbeteiligung 81,4 %.

In Vorbereitung der Einführung des Digitalfunks im Bereich der nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr im Jahr 2014 war ein weiterer Schwerpunkt die Überarbeitung und Anpassung der Ausbildungsunterlagen sowie die Schaffung von materiellen Voraussetzungen für die Ausbildung und die Vorrüstung der Führungstechnik im Landkreis.

Die Atemschutzübungsstrecke nutzten 652 Kameradinnen und Kameraden an 24 Wochenenden. An den vorhandenen Übungsobjekten und Fachkabinetten im Feuerwehrtechnischen Zentrum trainierten im Rahmen der Ausbildung auf Kreisebene die örtlichen Feuerwehren und die Hilfsorganisationen an 42 Wochenenden im Jahr.

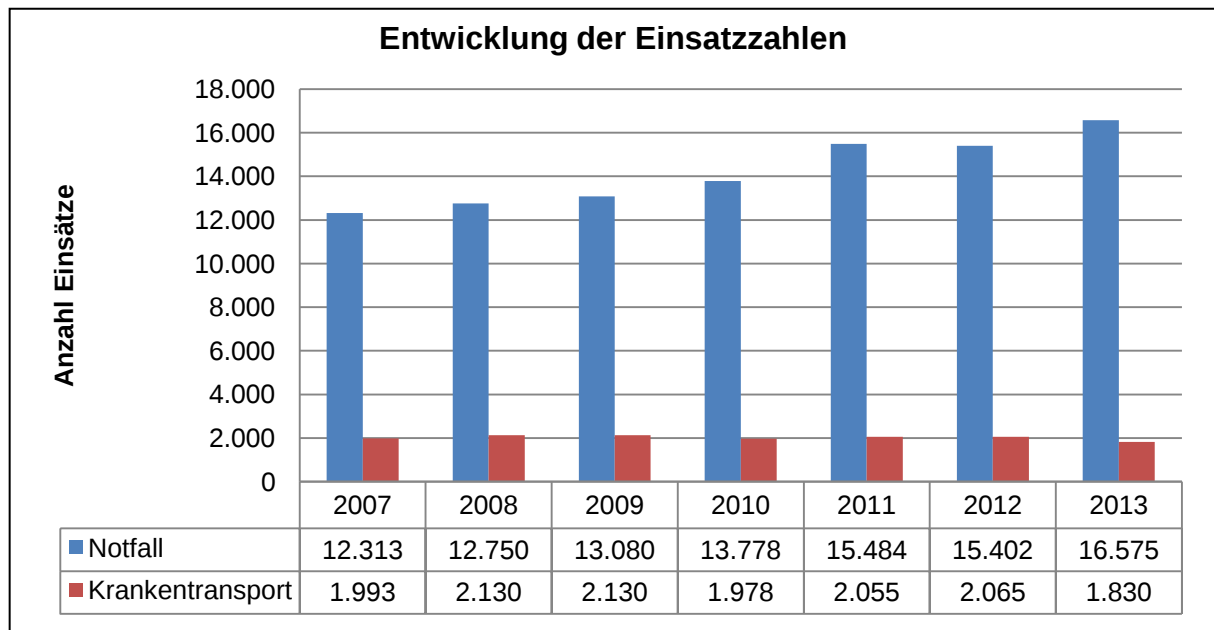
Für die Träger des Brandschutzes wurden nachfolgende Prüf-, Wartungs- und Pflegearbeiten an der feuerwehrtechnischen Ausrüstung der Wehren erbracht:

Anzahl	Geräte/Ausrüstung
2.330	Pressluftatmer gereinigt und geprüft
3.277	Atemschutzmasken gereinigt und geprüft
73	Chemikalienschutzanzüge geprüft
2.299	Druckluftflaschen gefüllt
3.220	Druckschläuche gewaschen, geprüft, repariert
3	Tragkraftspritzen instandgesetzt

➤ *Rettungsdienst*

Im Jahr wurde der Rettungsdienst zu 16.575 Einsätzen gerufen. Im Vergleich zum Vorjahr war somit eine deutliche Zunahme um 1.173 Einsätze oder 7,62 % zu verzeichnen. Im qualifizierten Krankentransport kam es im selben Zeitraum zu einem Rückgang um 235 Einsätze oder 11,38 %.

Die Gesamteinsatzzahlen des Rettungsdienstes sind im Vergleich zum Vorjahr um 5,37 % auf 18.405 Einsätze gestiegen und liegen somit nochmals deutlich über den Gesamtleistungen der einzelnen Vorjahre.



Quelle: Tätigkeitsbericht der Regionalleitstelle

Zur Erhaltung der Leistungsfähigkeit des Rettungsdienstes erfolgten Ersatzinvestitionen im Umfang von 408.200 € für Fahrzeuge, 96.000 € für Medizintechnik und 38.000 € für sonstige Betriebs- und Geschäftsausstattung (BGA) der Rettungswachen.

Für die Ersatzbeschaffung eines Notarzteinsetzfahrzeuges (NEF) für den Standort Ludwigsfelde erfolgte die Auftragsvergabe mit einem Volumen von 66.800 €. Des Weiteren wurden ein Rettungswagen (RTW) für die Rettungswache Ludwigsfelde sowie zwei RTW für die Rettungswache Zossen mit einem Volumen von 317.400 € in Auftrag gegeben. Für das Dienstfahrzeug im Rettungsdienst Eigenbetrieb erfolgte die Auftragsvergabe mit einem Volumen von 24.000 €. Die Inbetriebnahmen sind jeweils in 2014 geplant.

Bei der Medizintechnik wurden Fahrtragen (26.000 €), Defibrillatoren, Beatmungsgeräte und mobile Absauggeräte (70.000 €) beschafft. Weiterhin erfolgte die Beschaffung digitaler Meldeempfänger (11.000 €), Handsprechfunkgeräte (13.000 €) und Rettungswachenausstattung (14.000 €).

Im Zuge der Umsetzung des Gutachtens zur Organisation des Rettungsdienstes im Rettungsdienstbereich des Landkreises Teltow-Fläming aus dem Jahr 2011 wurde am 15. Mai eine Neubegutachtung der Vorhaltung für den qualifizierten Krankentransport abgeschlossen. Im Ergebnis erfolgte eine Ausweitung der bestehenden KTW-Vorhaltung an den Standorten Luckenwalde und Trebbin um insgesamt 4 Stunden. Parallel wurde die RTW-Vorhaltung der Rettungswagen an den Standorten Luckenwalde und Jüterbog den veränderten Bedingungen angepasst.

Am Standort der 2012 neu errichteten Rettungswache Baruth/Mark nahm zusätzlich zur Regelvorhaltung ein Schwerlast-RTW seinen Betrieb auf. Der Schwerlast-RTW wird bei Einsätzen mit besonders schwergewichtigen Patienten zur Unterstützung der Einsatzkräfte vor Ort bzw. für den Transport in das nächstgelegene geeignete Krankenhaus alarmiert. Der Schwerlast-RTW kam bei 18 Patiententransporten zum Einsatz.

Die Rettungsdienst Teltow-Fläming GmbH hat als kreiseigene Gesellschaft die Vollzugsaufgaben des bodengebundenen Rettungsdienstes im Landkreis übernommen. Mit 140 Mitarbeitern übernahm der Landkreis Teltow-Fläming mit seiner kreiseigenen Gesellschaft nunmehr auch die Vollzugsaufgaben des Rettungsdienstes im gesamten Landkreis.

➤ *Schwerpunkte 2014*

Im Jahr 2014 ist geplant, mit der Umstellung der Rettungswagen vom Kasten- auf das Koffersystem zu beginnen. Damit einher geht eine deutliche Verbesserung der Arbeitsbedingungen des Rettungsdienstpersonals bei der Versorgung von Notfallpatienten. Nach ca. 5 Jahren wird die Umstellung abgeschlossen sein.

Neben der Umstellung der Rettungswagenflotte werden die Beschaffung neuer Datenerfassungssysteme auf den Fahrzeugen und die Einführung des BOS-Digitalfunknetzes im Land Brandenburg die Arbeitsbedingungen weiter verbessern.

Untere Bauaufsichtsbehörde

Das abgelaufene Geschäftsjahr war in der Bauaufsicht geprägt durch weitere organisatorische Veränderungen und den Abschluss des bereits 2012 begonnenen Prozesses der Umstrukturierung im Sachgebiet technische Bauaufsicht. Sie ging insgesamt mit einer deutlichen Personalreduzierung einher. Während bis zum Frühjahr 2012 die Arbeit in vier Prüfgruppen mit regionaler Zuständigkeit erledigt wurde, gibt es jetzt nur noch zwei Prüfgruppen, die für das westliche und östliche Kreisgebiet zuständig sind. Dabei umfasst die Zuständigkeit für das westliche Kreisgebiet die wesentlich größere Fläche. Sie erstreckt sich von Großbeeren, Ludwigsfelde, Trebbin über Luckenwalde bis nach Dahme. Der kleinere Zuständigkeitsbereich der anderen Prüfgruppe erklärt sich durch die dichtere Besiedelung und die größere Bautätigkeit in den Gemeinden Blankenfelde-Mahlow, Rangsdorf, Zossen, Am Mellensee und Baruth/Mark.

Maßgeblich für diese Aufteilung war die Notwendigkeit, die vorhandene Arbeit möglichst sinnvoll und gerecht aufzuteilen. Aus diesem Grunde wurde auch zur Kompensation von in der Vergangenheit aufgetretener ungleicher Arbeitsbelastung ein Aufgabenschwerpunkt („technische Sonderaufgaben – Brandschutz/Immissionsschutz“) aus den Prüfgruppen ausgegliedert. Dafür wurde eine vorhandene Stelle umgewandelt und intern nachbesetzt, sodass auf eine externe Ausschreibung verzichtet werden konnte. Die Bauaufsicht verfügt jetzt über zwei derartige Stellen, denen ebenso die regionale Zuständigkeit zugeordnet worden ist. Es hat sich gezeigt, dass vor dem Hintergrund größerer Spezialisierung und klarer Zuständigkeit die Arbeitsaufgaben deutlich besser als früher erledigt werden können.

Tabelle: Entwicklung der Antragsaufkommen bei den immissionsschutzrechtlichen Verfahren

Jahr	2009	2010	2011	2012	2013
Anzahl Stellungnahmen	25	14	37	48	43

Obwohl anhand der vorstehenden Tabelle nach deutlichem Anstieg in den Vorjahren ein nur leichter Rückgang der zu erarbeitenden Stellungnahmen im immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren zu verzeichnen ist, war damit im Geschäftsjahr nicht weniger Arbeitsaufwand verbunden. Die Entwicklung in der Rechtsprechung zu den Anforderungen an die Ausweisung von Konzentrationsflächen zur Windnutzung führte in der Bauaufsichtsbehörde zum erhöhten Prüfumfang und auch zu einigem Konfliktstoff. Bei allen beantragten Windkraftanlagen im Landkreis galt es, sich jeweils ausgiebig mit den Flächennutzungsplänen der Gemeinden auseinanderzusetzen. Dabei war zu prüfen, ob diese jeweils bei der Ausweisung von Konzentrationsflächen zur Nutzung von Windenergie den Anforderungen genügen. Im Ergebnis war im Rahmen der Beurteilung eine belastbare Aussage über die bauplanungsrechtliche Zulässigkeit der beantragten Windkraftanlage(n) zu treffen. Dabei ging es vor allem darum, ob die Darstellungen des jeweiligen Flächennutzungsplans als öffentlicher Belang den beantragten Windkraftanlagen außerhalb der festgesetzten Windeignungsgebiete entgegen gehalten werden kann.

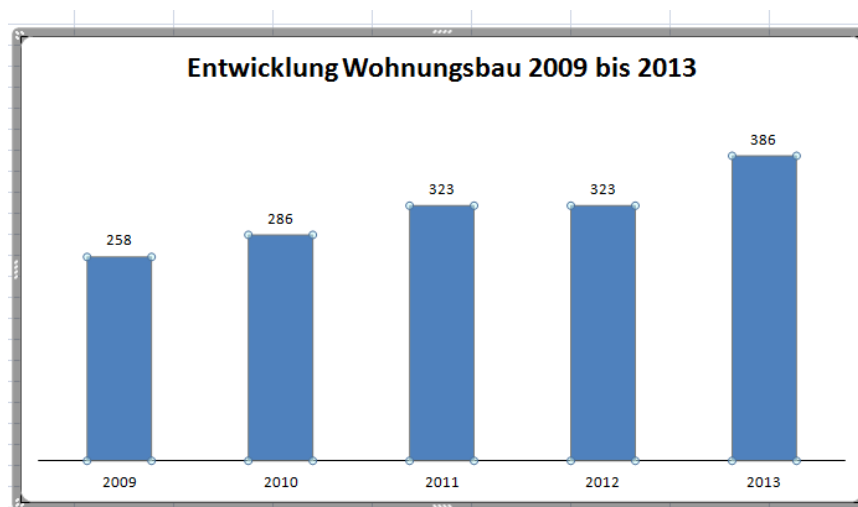
Einen wesentlichen problembehafteten Themenschwerpunkt stellten erneut die Genehmigungsverfahren im Bereich des Verkehrsflughafens Berlin Brandenburg (BER) dar. Da es für die betroffenen Landkreise Dahme-Spreewald und Teltow-Fläming von der Obersten Bauaufsichtsbehörde keinen entsprechenden Leitfaden zur Lärmschutzproblematik durch den BER gibt, oblag und obliegt es jeder Bauaufsichtsbehörde selbst, sich mit jeder neu in Kraft tretenden Verordnung inhaltlich auseinanderzusetzen und Fragen auf die Antworten zu finden, die sich aus den Verordnungen für die jeweiligen Genehmigungsverfahren ergeben.

Die im August des Jahres in Kraft getretene Verordnung zum Fluglärmschutzgesetz und damit festgesetzte Lärmschutzzonen (FlugLärmSBBbgV) verursachte einigen Klärungsbedarf, weshalb es zunächst einen regen Informationswechsel zwischen Oberster Bauaufsicht und unserer Behörde gab.

Zu klären war insbesondere, ob und wie die sich aus den nun geltenden Rechtsgrundlagen ergebenden Anforderungen an den Schallschutz bei baulichen Anlagen im Genehmigungsverfahren nachzuweisen bzw. zu prüfen sind. Derzeit entwickelt die Bauaufsicht eigenverantwortlich eine Art eigenen Leitfaden zur Beurteilung von Vorhaben im Bereich des BER.

Erschwerend für die Bearbeitung der Bauanträge im Bereich des BER war zudem die Tatsache, dass die Prüfung, in welcher Lärmschutzzone sich ein Vorhaben befindet und welche Anforderungen gelten, bis zum Vorliegen der digitalen Daten nur mittels selbst gefertigter Kartenübersichten erfolgen konnte. Dieser Zustand dauerte etwa ein Vierteljahr. Ohne diese behelfsmäßige Übergangsvariante wäre eine weiterhin zeitnahe, die Bauherren zufriedenstellende Bearbeitungszeit nicht möglich gewesen.

Das Antragsaufkommen – und damit die Arbeitsbelastung – bewegte sich im vergangenen Jahr etwa auf dem Niveau des Vorjahres, wobei speziell im Wohnungsbau eine deutliche Steigerung festzustellen ist. Die Anzahl der genehmigten Ein- und Mehrfamilienhäuser lag in diesem Zeitraum um 19,5 % höher als im Vorjahr (vgl. Schaubild).



In den letzten fünf Jahren sind in den Gemeinden des Landkreises insgesamt 1576 Genehmigungen für Ein- und Mehrfamilienhäuser erteilt worden. Allerdings verläuft diese Entwicklung nicht gleichmäßig. Während in manchen Gemeinden die Entwicklung ausgesprochen positiv ist, ist in anderen der Wohnungsbau rückläufig. Diese Statistik zeigt allerdings lediglich den Neubau. Sie bildet nicht die gesamte, in den Gemeinden wegen deren völlig ungleicher Voraussetzungen auch sehr unterschiedlich, Entwicklung des Wohnungsangebots ab. In der Stadt Luckenwalde etwa gab es in der Vergangenheit einen hohen Wohnungsleerstand im Altbaubestand. In der jüngeren Vergangenheit sind zahlreiche Gebäude verkauft worden. Die jetzt anstehenden Renovierungen, Umbauten etc. haben natürlich Auswirkungen auf das Wohnungsangebot, schlagen sich aber hier statistisch nicht nieder. Renovierungsmaßnahmen sind häufig nicht mit genehmigungspflichtigen Umbauten verbunden und erscheinen deswegen in keiner bauaufsichtlichen Statistik.

Anders verhält es sich in den sich stark entwickelnden Gemeinden des Berliner Umlands. Altbaubestand im nennenswerten Umfang ist dort überhaupt nicht vorhanden, sodass sich die Entwicklung des Wohnungs- und Gebäudebestands zwangsläufig auf den Neubau fokussiert.

Die Entwicklung im Einzelnen:

Gemeinde/Amt	2009	2010	2011	2012	2013	2009 zu 2010	2010 zu 2011	2011 zu 2012	2012 zu 2013
Blankenfelde-Mahlow	63	66	62	80	70	4,8	-6,1	29,0	-12,5
Großbeeren	32	25	44	28	51	-21,9	76,0	-36,4	82,1
Rangsdorf	57	51	54	51	66	-10,5	5,9	-5,6	29,4
Trebbin	19	21	23	20	22	10,5	9,5	-13,0	10,0
Zossen	24	30	29	24	42	25,0	-3,3	-17,2	75,0
Ludwigsfelde	23	30	53	59	61	30,4	76,7	11,3	3,4
Baruth	3	1	3	5	4	-66,7	200,0	66,7	-20,0
Dahme	1	3	6	4	4	200,0	100,0	-33,3	0,0
Am Mellensee	15	14	14	16	22	-6,7	0,0	14,3	37,5
Niederer Fläming	1	3	4	4	3	200,0	33,3	0,0	-25,0
Niedergörsdorf	2	5	2	3	4	150,0	-60,0	50,0	33,3
Nuthe-Urstromtal	5	7	7	5	13	40,0	0,0	-28,6	160,0
Jüterbog	2	8	7	7	12	300,0	-12,5	0,0	71,4
Luckenwalde	11	22	15	17	12	100,0	-31,8	13,3	-29,4
gesamt:	258	286	323	323	386	10,9	12,9	0,0	19,5

Die Neubauentwicklung der letzten fünf Jahre zeigt, dass in den Gemeinden Großbeeren, Rangsdorf, Zossen, Ludwigsfelde, Am Mellensee, Nuthe-Urstromtal und Jüterbog im Jahr 2013 jeweils ein Höchststand erreicht worden ist.

Deutlich wird aber auch wieder einmal, wie sehr sich das Baugeschehen entsprechend der Bevölkerungsentwicklung in den berlinnahen, nördlichen Gemeinden des Landkreises (sog. „enger Verflechtungsraum“) von den südlichen Gemeinden des Landkreises (sog. „äußerer Entwicklungsraum“) unterscheidet. Auf (ungefähr) einem Drittel des Landkreises im Norden wohnen ungefähr zwei Drittel der Kreisbevölkerung. Dieser Verteilung entspricht auch die Entwicklung der Anzahl der Baugenehmigungsverfahren.

Neu eingeleitete Genehmigungsverfahren 2013 (Neubau; Umbau, Bauanzeige, Vorbescheid) 2013:

	Gemeinde/Amt	Anzahl der Bauanträge	Anteil in %	Einwohner	Anträge pro 100 Einwohner	Fläche km²	Anteil pro km²
engerer Verflechtungsraum	Blankenfelde-Mahlow	297	27,6	25.841	1,1	55	5,4
	Großbeeren	154	14,3	7.676	2,0	52	3,0
	Rangsdorf	169	15,7	10.593	1,6	34	5,0
	Trebbin	74	6,9	9.338	0,8	126	0,6
	Zossen	207	19,3	17.770	1,2	180	1,2
	Ludwigsfelde	174	16,2	24.190	0,7	109	1,6
		1.075		95.408	1,1	556	1,9
äußerer Entwicklungsraum	Baruth	66	13,9	4.166	1,6	232	0,3
	Dahme	39	8,2	6.495	0,6	251	0,2
	Am Mellensee	85	17,9	6.402	1,3	104	0,8
	Niederer Fläming	29	6,1	3.235	0,9	185	0,2
	Niedergörsdorf	28	5,9	6.161	0,5	205	0,1
	Nuthe-Urstromtal	67	14,1	6.758	1,0	338	0,2
	Jüterbog	74	15,6	12.599	0,6	176	0,4
	Luckenwalde	87	18,3	20.383	0,4	46	1,9
		475		66.199	0,7	1.537	0,3
	Landkreis gesamt	1.550		161.607	1,0	2.093	0,7

Den traditionell höchsten Anteil an der Gesamtzahl der Genehmigungsverfahren hat im Berichtsjahr die Gemeinde Blankenfelde-Mahlow, gefolgt von Zossen. Statistisch gesehen sind deutlich die Gemeinden Niedergörsdorf und Niederer Fläming.

Die höchste Zuwachsrate, wenn auch auf niedrigem Niveau, hat die Gemeinde Nuthe-Urstromtal, gefolgt von Großbeeren, Zossen und Jüterbog. Den größten Rückgang hingegen hat die Kreisstadt Luckenwalde zu verzeichnen.

Umweltamt

Allgemein

Seit Beginn des Jahres sind 2 Stellen im Amt wegen Altersteilzeit nicht besetzt. Der Querschnittsbericht des Kommunalen Prüfungsamtes für die unteren Wasser- (UWB) und die unteren Naturschutzbehörden (UNB) in Brandenburg wurde ausgewertet. Anschließend erfolgte eine Erörterung im Ausschuss für Landwirtschaft und Umwelt. Dem Kreistag wurde eine entsprechende Informationsvorlage zugeleitet. Gemäß dem Haushaltssicherungskonzept werden beide Altersteilzeitstellen nicht wieder besetzt. Zum Jahresende zeichnete sich ab, dass zusätzlich eine Mitarbeiterin der unteren Naturschutzbehörde die Kreisverwaltung verlässt. Zwei Langzeitausfälle belasten das Sachgebiet Wasser Boden Abfall. Derzeit wird in beiden Sachgebieten an einer Aufgabenumverteilung und Reduzierung der Bearbeitungsstandards gearbeitet.

Im Rahmen der Arbeitsgemeinschaft der Umweltamtsleiter beim Landkreistag Brandenburg beteiligt sich Teltow-Fläming an der Erarbeitung eines Berichtswesens der Umweltämter. Die Erfassungen des Kommunalen Prüfungsamtes sollen auch auf die untere Abfallwirtschafts- (UAB) und die untere Bodenschutzbehörden (UBB) angewendet werden. Die amtsinternen Statistiken dieses Tätigkeitsberichtes für die UWB und die UNB wurden bereits gemäß den ersten Erkenntnissen aus dieser Arbeit umgestellt.

Angefangene Projekte in den Sachgebieten werden zu Ende geführt, jedoch keine neuen mehr begonnen. Zivildienstleistende bzw. Stellen des Bundesfreiwilligendienstes werden nicht mehr betreut.

Für das Jahr 2014 wird es ein wesentlicher Schwerpunkt sein, die Aufgabenverteilung und Personalstruktur aller unteren Behörden des Amtes gemäß der Haushaltskonsolidierung für die nächsten Jahre abschließend zu erarbeiten.

Im Amt wurden insgesamt 3 Kreistagsvorlagen erarbeitet und 6 Beantwortungen von Anfragen der Kreistagsabgeordneten erstellt. Im Jahresverlauf absolvierten 2 Auszubildende ihre praktische Ausbildungszeit sowie 4 Praktikanten eine mehrwöchige Tätigkeit im Amt.

Die Vortragsveranstaltung zum Tag der Umwelt stand unter dem Motto „Gewässergüte und Badequalität“. Mitarbeiter des Gesundheitsamtes und der unteren Wasserbehörde erläuterten der Öffentlichkeit die Erfassungsmethoden und die derzeitige Situation in den Gewässern des Landkreises.

Im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit war das Amt in 19 Fällen tätig. Es wurden gegenüber den Medien und Bürgern Anfragen beantwortet und mehrere Artikel für das Intranet und Internet bereitgestellt.

Amtsleiterbereich

Bestandteile sind sachgebietsübergreifend die Bearbeitung von Widersprüchen und Einsprüchen, die Verfahrenskoordination und die Haushaltssachbearbeitung sowie das geographische Informationssystem und die Klimakoordinierungsstelle.

Aufgabenthematik	2011 Anzahl	2012 Anzahl	2013 Anzahl
Widersprüche (einschließlich Einsprüche)	21	25	34
Bündelung Verfahren Bundesimmissionsschutzrecht	173	151	158
Auskunftersuchen nach Umweltinformationsgesetz	12	12	9

Klimaschutz (Jahresbericht Koordinierungsstelle gemäß Beschluss 4-0574/10-III):

Das Jahr war geprägt durch die weitere Vernetzung und Koordinierung verwaltungsinterner, regionaler/kreisweiter und bundesweiter Maßnahmen. Hierzu zählten u. a. die Durchführung von turnusmäßigen Tagungen der AG-Klimaschutz im Hause sowie die Planung und Realisierung von vier Bürgermeister-Workshops mit klimaschutzrelevanten Inhalten. Die Klimaschutzstelle sorgte dafür, dass die Themen Abfallrecycling und Stromsparen auch in der Kreisverwaltung Beachtung fanden.

Die enge Zusammenarbeit mit der Regionalen Planungsgemeinschaft, die aktive Teilnahme an Tagungen des Klima-Bündnis e. V., des 100 % Erneuerbare Energie-Netzwerkes, des Clusters Energietechnik und des Deutschen Instituts für Urbanistik (DIfU) als Referent sowie die Darstellung der erfolgreichen Aktivitäten des Landkreises auf der internationalen „Repowermap.org“-Seite führen dazu, dass die energie- und klimapolitischen Ziele des Landkreises und die mittlerweile erzielten Erfolge nicht im Verborgenen bleiben.

So berichtet die Zeitschrift „stadt+werk“ in der Januarausgabe auf insgesamt drei ganzen Seiten über den Landkreis unter dem Thema „Koordiniertes Vorgehen“. Beleuchtet werden kreisinterne Strukturen mit Vorbildwirkung, erste Folgen des Klimawandels in unserer Region, klimapolitische Ziele und Mitgliedschaften in Netzwerken sowie Ergebnisse von eigenen Projekten. Auch Akzeptanzprobleme von EE-Anlagen werden thematisiert. Bilanziell werden bezüglich elektrischer Energie im Gebiet des Landkreises ca. 106 % des kreisweit benötigten Stroms aus erneuerbaren Energieträgern produziert.

Der Landkreis verfügt seit 2013 erstmals über eine Kohlendioxidbilanz (CO₂-Bilanz), die auf Basis einer umfassenden Ist-Analyse des Energiebedarfs für die Erzeugung von Energie für Strom, Wärme und Mobilität im Rahmen des Regionalen Energie- und Klimaschutzkonzepts (REK) ermittelt wurde. Mit dem so genannten „Umsetzer“ sollen einige aufgezeigte Potenziale des REK bis 2015 genutzt werden.

Je nach Betrachtungsweise (landes-/bundesweiter Energiemix) beträgt die Pro-Kopf-CO₂-Emission im Landkreis derzeit 10,4 bzw. 8,6 t/a. Das Ziel einer „klimaverträglichen“ CO₂-Emission pro Kopf liegt bei ca. 1 t CO₂/a (energiebedingt). Um dieses Ziel zu erreichen, sind neben der Energieerzeugung aus regenerativen Energieträgern auch das Energiesparen und die Steigerung der Energieeffizienz notwendig.

Im Ergebnis des von der Klimaschutzkoordinierungsstelle in zunächst sechs kreiseigenen Schulen gestarteten Projektes „Einführung von Energiesparprojekten in Schulen“ konnte durch mehr als 50 begonnene Einzelmaßnahmen innerhalb einer halben Heizperiode bereits ein Einsparpotenzial von 50.000 € für Strom, Gas- und Wasserbedarf realisiert werden. Seit August nehmen nun auch die restlichen fünf Schulen in Trägerschaft des Landkreises an dem Bildungs-Projekt teil. Es erhält als erstes und bislang einziges „50/50-Projekt“ in Ostdeutschland Fördermittel des Bundes. Auch hier werden die Vorbildwirkung und das Alleinstellungsmerkmal unseres Landkreises deutlich.

Die medienwirksame Pflanzaktion von 95 Bäumen an elf Schulen des Landkreises führt nicht nur zur Verbesserung der Klimabilanz des Landkreises, sondern auch zur Sensibilisierung der Jugend für das Thema Klimaschutz.

Neben den Schülern werden auch Bürger, Unternehmer und Politiker von der Klimaschutzkoordinierungsstelle regelmäßig über Energiesparmöglichkeiten informiert. Erinnert sei an zahlreiche Intranet-/Intranetbeiträge, Broschüren, Vorträge und diverse Ausstellungen sowie Meinungsumfragen und Diskussionen am Tag der offenen Tür im Mai des Jahres.

Alle kommunalen Bibliotheken im Landkreis wurden im Herbst mit so genannten Energiesparpaketen (Strommessgeräten zum Verleih) ausgestattet, sodass die Bevölkerung die Geräte nutzen kann, ohne sie erwerben zu müssen. Der Einsatz der Geräte in vielen Haushalten ist zudem ein Beitrag zur Ressourcenschonung. Im Jahr wurden allein im Kreishaushaus mehr als 30 mal Energie-Messgeräte aus der KlimaKiste von den Beschäftigten ausgeliehen und am Arbeitsplatz sowie daheim benutzt, um

Energiefressern auf die Spur zu kommen. Auch Schulungen und Sensibilisierungen in der o. g. Weise trugen erstmals zu einer Reduzierung des Strom- und Wasserverbrauchs im Kreishaus um jeweils mehr als 13 % bei. Im Ergebnis wurden ca. 133.000 Kilogramm CO₂ vermieden und knapp 40.000 € eingespart.

Die bisherigen und zukünftigen Aktivitäten des Landkreises führten im Jahr schließlich zu der vom Kreistag im Herbst 2011 angestrebten Anerkennung des Landkreises Teltow-Fläming als 100 % Erneuerbare Energieregion. Die Urkundenverleihung erfolgte auf dem bundesweiten Kongress der 100ee-Regionen in Kassel.

Die folgende Tabelle zeigt bedeutende klimawirksame Maßnahmen der AG Klimaschutz.

Bedeutendste Maßnahmen	Stand
Gas/Benzin-Hybrid-KFZ	Betrieb von 14 der insgesamt 94 KFZ mit innovativer Hybridtechnik
Erfassung von Kennwerten (Fuhrpark, Medienverbrauch kreiseigener Gebäuden)	Daten werden kontinuierlich fortgeschrieben
Ermittlung des Stromverbrauches	kontinuierlich für den gesamten Landkreis und kreiseigene Gebäude Senkung -13% in 2013
Ermittlung des gemäß EEG erzeugten Stroms	kontinuierlich für den gesamten LK (106 % in 2013)
Mitgliedschaften in bundesweiten Foren	Anerkennung „100ee-Region“ in 2013 „Klimabündnis e. V.“ Cluster Energietechnik
Fotovoltaik auf kreiseigenen Dächern	Wiederaufnahme einer Beschlussvorlage
CO ₂ -Bindung im Kreiswald	64.409 fm in 2013 (= 53.630 t CO ₂ -Bindung – konservativ betrachtet)
Workshops, Wanderausstellungen, Informationsveranstaltungen, Internet-, Presse-, Intranetbeiträge, Auslage von Informationsmaterialien	2 Mitarbeiterseminare (100 % Förderung durch Bund und EU) 1 Fortbildungsveranstaltung (100 % Förderung EU) 6 Vorträge, kontinuierliche Internetpräsenz Presseveröffentlichungen, 9 Intranetbeiträge Energieberatungs-Gutscheine, kontinuierliche Auslage von Energiespar- und Klimaschutzinformationen im Foyer, 4 Ausstellungen
kostenloser Messgeräte-Verleih „Klimakiste“	kontinuierlicher Verleih von Messgeräten an Mitarbeiter und Bildungsträger (36 Mal)
„Firmenticket“	kurz vor Abschluss mit VTF
Mitarbeit in externen Gremien	Reg. Planungsgemeinschaft HVL FL, EUDYSE, Cluster-Energietechnik, Initiative Energieeffizienz der Deutschen Energie Agentur GmbH (dena), DIfU
Erstellung eines Energie- und Klimaschutzkonzeptes	unter Federführung der RPG HVL FL, Abschluss in 2013, Workshops für Kommunen, UMSETZER
Einführung von Energiesparmodellen in kreiseigenen Schulen	Projekt ist in 12 Schulen angelaufen, erste Optimierungen sind umgesetzt
Eichenprozessionsspinner	Sprühmitteleinsatz vom Boden und aus der Luft (Helikopter), Entsorgung
bislang unbekannte Krankheiten	Erfassung und Monitoring
Bürgermeister-Workshops	vier BM-Workshops (teilweise in Kooperation mit A 80)
Baumpflanzaktion an Schulen	95 Bäume an 11 Schulen
Energiepakete in Bibliotheken	Ausstattung aller Bibliotheken mit Messgeräten zur Ausleihe
CO ₂ -Bilanz LK TF	8,4 t/a/Kopf (10,6 t/a/Kopf Bbg-Strommix)

Personen- und Funktionsbezeichnungen sind in männlicher Form verwandt worden.

Der Verzicht auf sprachliche Gleichbehandlung soll die Lesbarkeit des Berichtes erleichtern.

Sachgebiet Wasser, Boden, Abfall

Dieses Sachgebiet umfasst die Produkte Gewässerschutz, Bodenschutz und Abfallwirtschaft mit Umweltstreife.

Gewässerschutz (Untere Wasserbehörde)

Der Staubeirat tagte turnusmäßig im Frühjahr und im Herbst und legte dabei die Staulamellen für die wichtigsten Gewässer, die rechtlich nicht geregelt sind, fest.

Im November tagte die Trinkwasserschutzzonenkommission Teltow-Fläming zum Thema Überarbeitung des Trinkwasserschutzgebietes Groß Schulzendorf. Dabei erörterten die Kommissionsmitglieder die neuen Grenzen sowie den Verordnungsentwurf der Landesregierung. Im Ergebnis wurde der Verordnungsentwurf angepasst. Weitere formale Sitzungen der Trinkwasserschutzzonenkommission (TWSZK) waren nicht erforderlich. Vorliegende Anträge auf Befreiungen von Verboten in Trinkwasserschutzzonen wurden mit den jeweiligen Mitgliedern aus Gründen der Verwaltungsvereinfachung auf dem „kleinen Dienstweg“ erörtert und dann entschieden.

Erstmalig fanden in insgesamt 18 Schaubezirken eigenständige Gewässerschauen nach § 111 BbgWG statt. Es wurde der Unterhaltungszustand der Gewässer beurteilt und überwiegend einvernehmlich über besondere Maßnahmen der Gewässerunterhaltung bestimmt.

Weitere Anstrengungen gab es zur Weiterentwicklung des eigenen GIS-Systems. Mit Unterstützung des Amtsleiterbereiches des Umweltamtes sind die im Landkreis vorhandenen Gewässerentwicklungskonzepte nun GIS-technisch auch im Geoportal Teltow-Fläming/Kartendienst Wasserwirtschaft im Internet abrufbar.

Aufgabenfeld UWB	Fälle 2011	Fälle 2012	Fälle 2013
Erteilung/Aufhebung von Erlaubnissen/ Anzeigen für Gewässerbenutzung (z. B. Abwassereinleitungen, Kleinkläranlagen etc.)	399	347	599
Genehmigung/Ablehnung von Anlagen in und an Gewässern (z. B. Brücken, Stege, Kabelverlegung)	31	21	28
Zulassung zum Befahren nicht schiffbarer Gewässer	0	0	2
Genehmigung/Ablehnung von Abwasseranlagen und Indirekteinleitungen	41	25	30
Überprüfung von Abwassereinleitungen (ggf. zzgl. Anzahl der Wartungsprotokolle KKA, hier: amtliche Überwachung)	126	113	92

Bearbeitung von Anzeigen zum Umgang von wassergefährdenden Stoffen (z. B. Tankstellen, Ölheizungen sowie ständige Überprüfungen etc.)	169	233	297
Meldungen über Austritt wassergefährdender Stoffe und Gewässerunreinigungen	0	4	3
Überwachung der Gewässerunterhaltung	178	294	358
Durchführung von Gewässer- und Deichschau	25	22	24
Anordnung von Schutzarbeiten bei Hochwasser (alternativ Angabe in Tagen)	5	1	15
Feststellung alter Rechte und Befugnisse	170	80	443
Ordnungsbehördliche Verfahren/Maßnahmen	128	84	65
Bußgeld- und Entschädigungsverfahren	6	19	8
Bearbeitung von Widersprüchen und Klagen	22	4	7
Stellungnahmen/Einvernehmen (z. B. BImSch-Genehm., Baugenehmigungen etc.)	700	769	431
Anzeigen/Außerbetriebsetzen von Anlagen/Benutzungsanlagen	0	1	2
Ausnahmegenehmigungen zu Verboten an Hochwasserschutzanlagen und in Hochwasserschutzgebieten	0	0	0
Leitungs- und Anlagenrechtsbescheinigungen (LAR) und Grundwassermessstellen	67	9	1
Befreiung von der Abwasserbeseitigungspflicht (z. B. Kleinkläranlagen)	34	28	18
Bauabnahmen	28	55	48
Abwasserbeseitigungskonzepte	13	0	0
Anordnung zum Gemeingebrauch	0	0	0
Anordnung/Anzeige bei Erdaufschlüssen (z. B. Wärmepumpen)	156	232	323
Festsetzung von Wasserschutzgebieten, Verfahren in Trinkwasserschutzzonen	50	83	12
Umweltinspektionen, CC-Kontrollen	41	40	41
Summe	2.389	2.464	2.847
Fälle je Vollzeitäquivalent	275	284	328

Bodenschutz (Untere Bodenschutzbehörde)

Die Sanierungsanlage in Neues Lager „Chemische Reinigung“ (größte militärische Altlast des Landkreises) wurde weiter optimiert. Nun wird gereinigtes Grundwasser wieder in den 1. Grundwasserleiter infiltriert, um die Reinigungsleistung für die chlorierten Kohlenwasserstoffe (CKW) noch weiter zu erhöhen. Bisher wurden bereits mehr als 20 t CKW aus dem Grundwasser entfernt. Die Anstrengungen zu und die Ergebnisse dieser Maßnahme wurden auf dem Bodenschutztag der IHK-Potsdam im Oktober, auch durch das Umweltamt, einer breiten Öffentlichkeit vorgestellt.

Das Altlasten-Haftungsfreistellungsprojekt „Wäscherei Blankenfelde“ (größte zivile Altlast des Landkreises) wurde ebenfalls fortgeführt. Die Sanierungsanlage musste weiter optimiert werden. Ein zusätzlicher Sanierungsbrunnen wurde installiert und an die Anlage angeschlossen. So soll eine höhere Entnahmeleistung erzielt werden. Bisher wurden insgesamt aus der Bodenluft 5,4 t CKW (chlorierte Kohlenwasserstoffe) und aus dem Grundwasser 5,7 t CKW entfernt.

Die Arbeiten am Altlastenprojekt „Industriepark Ludwigsfelde“ gestalteten sich kontinuierlich. Zur Sicherung der Trinkwasserversorgung wird nun eine weitere Bodensanierung im sogenannten „Zentralteil“ erforderlich. Die vorbereitenden Arbeiten dafür wurden bereits 2012 begonnen. Die Bauarbeiten wurden in diesem Jahr abgeschlossen. Auf einem weiteren Gelände des Industrieparks werden derzeit baubegleitende Bodensanierungsarbeiten vorbereitet. Die Planungen hierzu sind jedoch noch nicht abgeschlossen.

Die Untere Bodenschutzbehörde arbeitet weiterhin in der Projektgruppe „Dokumentations- und Forschungszentrum Kummersdorf-Gut (DFK)“ mit. Hierbei liegt der Fokus auf der Beachtung der Altlastensituation sowie den Kenntnissen zur Nutzung nach dem 2. Weltkrieg.

Abfallwirtschaft (Untere Abfallwirtschaftsbehörde)

2007 konnten die Müllskandale in Malterhausen und Markendorf aufgedeckt werden. Für Malterhausen wurde 2010 vor dem Landgericht Potsdam Anklage erhoben. Obwohl bereits für Oktober terminiert, ließ der Prozess auch in diesem Jahr weiter auf sich warten. Die Baustelle der eigentlichen Deponierekultivierung in Malterhausen läuft nunmehr seit 2010 ohne weitere größere Zwischenfälle. Der Baufortschritt ist akzeptabel.

Die Arbeiten an der sehr lange ruhenden Deponiebaustelle in Glienick wurden durch die Stadt Zossen wieder aufgenommen und konnten, aufgrund einer großen Baustelle im Stadtgebiet, auch bereits baulich abgeschlossen werden. Die förmliche Abnahme ist für das Frühjahr 2014 vorgesehen. Damit wird die Deponie dann in die so genannte Nachsorgephase entlassen.

Das Projekt „Teufelssee“ ging in seine 2. Phase. Damit soll das Gesamtprojekt der Revitalisierung abgeschlossen werden. Die vorbereitenden ingenieurtechnischen Arbeiten sind abgeschlossen. Die noch für 2013 vorgesehene Beräumung der weiteren Deponierestmassen musste jedoch organisatorisch bedingt in das Jahr 2014 verschoben werden.

Die Umweltstreife hat folgende Abfallmengen eingesammelt und einer sachgerechten Entsorgung zugeleitet:

Abfallart	2011	2012	2013
Hausmüllähnliche Abfälle in kg	89.420	94.020	83.520
Kühlgeräte in Stück	33	24	14
Reifen in Stück	712	672	377
Batterien in Stück	18	10	0
Elektronische Geräte in Stück	182	85	84
Sonderabfälle in kg	5.140	3.590	3.360

Sachgebiet untere Naturschutzbehörde

Dieser Fachbereich umfasst die Aufgabenbereiche Landschaftsplanung, Eingriffsregelung, Schutzgebiete, -objekte, Artenschutz und Landschaftspflege sowie Verwaltungsverfahren.

Im Berichtsjahr wurden u. a. von den Ersatzzahlungsgeldern des Flughafen BER über den Naturschutzfonds die 8 begonnenen Projekte fortgeführt und die Antragsunterlagen für das neue Projekt „Revitalisierung Schloßteich“ in Jüterbog erarbeitet. Es besteht diesbezüglich eine enge Zusammenarbeit mit dem Naturschutzfonds Brandenburg, der Flächenagentur Brandenburg und der Berlin-Brandenburg Area Development Company GmbH (BADC).

Das Projekt „Erprobung und Entwicklung von Methoden zur Heidepflege durch kontrolliertes Brennen auf munitionsbelasteten Flächen im NSG „Heidehof-Golmberg“ konnte mit einem erneuten Brenneinsatz am 18. April in seinem praktischen Teil abgeschlossen werden. Die in diesem Projekt eingesetzte Technik (Löschpanzer) musste sich dann beim Großbrand im Raum Radeland (Juli) im ersten praktischen Test beweisen. Sie soll die Feuerwehren in besonders gefährdeten Gebieten ersetzen bzw. unterstützen. Die Möglichkeit des Einsatzes der Technik wird ein wesentliches Ergebnis des Projektes der UNB sein. Vorgeschlagen wird auch eine kombinierte Brandschutzstreifenkonzeption auf Truppenübungsplätzen. Der Abschlussbericht wird derzeit erarbeitet.

Auf den ehemaligen WGT-Liegenschaften in den Ortsteilen der Gemeinde Niedergörsdorf Altes Lager und Neues Lager wurden die Abrissarbeiten von Gebäuden und Zuwegungen durch die BBG intensiv

fortgeführt. Die UNB begleitet diese Maßnahmen aus artenschutzrechtlichen Gründen und im Rahmen der Eingriffsregelung. Diese Maßnahmen stehen als Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen für Eingriffe in Natur und Landschaft, z. B. für die Errichtung von Windkraftanlagen (WKA), zur Verfügung. Das Material aus dem Rückbau wurde für die Erschließung der WKA und für die Abdeckung der Deponie „Grüne Hölle“ in Altes Lager verwendet.

Das Verfahren für die Unterschutzstellung von Bäumen (Baumschutzverordnung) wurde fortgeführt. Es kam auf Grund mehrerer zeitlich verzögerter Einwendungen von Bürgern zu erheblichen Verzögerungen. Die Verordnung wurde am 9. Dezember im Kreistag beschlossen.

Im Jahr bildete der Fledermausschutz einen Arbeitsschwerpunkt – dies galt einerseits in Bezug auf die Problematik des Fledermausschlages an Windkraftanlagen. Hier wurde in einer Landesarbeitsgruppe an Lösungen des Problems mitgearbeitet. Andererseits wurden im Rahmen von Ausgleichsmaßnahmen für Eingriffe Siedlungsmöglichkeiten für Fledermäuse geschaffen (Wilddurchlass B 101) und aus aktuellem Anlass die Thematik Fledermaustollwut aus der Sicht des Artenschutzes im Rahmen von Vorträgen an einer Schule in Dahme beleuchtet.

Im Bereich der Schutzgebiete wurde das Unterschutzstellungsverfahren für das Landschaftsschutzgebiet (LSG) „Baruther Urstromtal–Luckenwalder Heide“ fortgeführt.

Das Schutzwürdigkeitsgutachten für das geplante LSG „Wierachteiche–Zossener Heide“ wurde im Dezember vom Planungsbüro übergeben. Auf einem Vor-Ort-Termin des Ausschusses für Landwirtschaft und Umwelt im Mai konnten sich Befürworter und Gegner des LSG gemeinsam mit den Ausschussmitgliedern und der Verwaltung ein Bild von der naturräumlichen Situation machen. Es wird sich im Jahr 2014 das eigentliche Unterschutzstellungsverfahren anschließen.

Die Naturdenkmalverordnungen wurden überarbeitet und aktualisiert. Sie befinden sich derzeit im Unterschutzstellungsverfahren. Der Abschluss wird im Jahr 2014 erwartet.

Als Alternative zu den Unterschutzstellungsverfahren bei FFH-Gebieten (FFH = Flora, Fauna, Habitate = Richtlinie der EU) werden im Land Brandenburg Bewirtschaftungserlasse erarbeitet. Diese setzen jedoch eine entsprechende Kooperationsbereitschaft zwischen Eigentümern und Nutzern voraus, um die Maßnahmen zur Sicherung der FFH-Gebiete auf der Grundlage von Vereinbarungen umzusetzen. Bislang gibt es im Landkreis 4 Erlasse. Für die Betreuung, Koordination und Kontrolle der Umsetzung ist die untere Naturschutzbehörde verantwortlich.

Die Arbeit des Naturschutzbeirates konnte mit 5 Sitzungen erfolgreich fortgesetzt werden. Es wurden 12 Beschlüsse gefasst. Bei besonders dringlichen und kurzfristigen Entscheidungen wurde der Beirat auf elektronischem Wege beteiligt. In diesen Fällen blieb jedoch der Erfahrungsaustausch zur Meinungsbildung auf der Strecke.

Aufgabenfeld UNB	Fälle 2011	Fälle 2012	Fälle 2013
Stellungnahmen zu Fachplanungen/Planungen	375	333	386
Zustimmungen / Genehmigungen / Ablehnungen bei Einzelvorhaben in geschützten Gebieten	126	87	108
Genehmigungen / Ablehnungen gemäß Baumschutzverordnung	250	287	305
Stellungnahmen bei Verfahren mit Konzentrationswirkung sonstige Stellungnahmen	462	1.021	1.064
naturschutzrechtliche Genehmigungen gemäß § 17 Abs. 3 BNatSchG	329	307	355
sonstige naturschutzrechtliche Genehmigungen	626	648	722
Anordnung zur Wiederherstellung des früheren Zustandes	11	0	4
Erstellung/Fortschreibung/Beteiligung bei der Aufstellung von Landschaftsrahmenplänen	19	5	8
Kontrollen im Rahmen des Vertragsnaturschutzes/ sonstige Kontrollen und Prüfungen	339	326	286
Ordnungsbehördliche Verfahren/Maßnahmen	79	86	69
Bußgeld- und Entschädigungsverfahren	83	192	192
Widersprüche/Klagen	24	17	29
Unterschutzstellungsverfahren/Pflegepläne für Schutzgebiete	38	27	9
Beteiligung an Förderprogrammen	73	103	149
Ausschreibungen/Vergabe an Dritte	2	3	0
Summe	2.836	3.442	3.686
Fälle je Vollzeitäquivalent	238	288	311

Landwirtschaftsamt

Sachgebiet Agrarförderung

Insgesamt 274 landwirtschaftliche Betriebe haben einen Antrag auf Agrarförderung gestellt, darunter 152 Unternehmen papierlos über das Internet. Damit hat sich die Internetbeantragung gegenüber den Vorjahren weiter erhöht. 102 Antragsteller reichten ihren Antrag mit Datenträger ein und 20 Antragsteller stellten einen Papierantrag.

angemeldete Flächen 2013

landwirtschaftlich genutzte Fläche (LN)	90.191,8926 ha
- davon Ackerland	74.069,9515 ha
- davon Dauergrünland	15.713,7764 ha
- davon Beweidung außerhalb LN	408,1647 ha

Direktzahlungen und benachteiligte Gebiete

Im Rahmen der Agrarförderung wurden 268 Anträge auf Betriebsprämie gestellt, bewilligt wurden hierfür 23,4 Mio € aus dem Haushalt der Europäischen Union. Erstmals gab es hier einen zusätzlichen Abzug von 2,45 % für alle Beträge über 2000 € aufgrund der Haushaltsdisziplin.

Fast 50 % der landwirtschaftlichen Fläche des Landkreises fallen unter die Rubrik benachteiligte Gebiete. 139 landwirtschaftliche Unternehmen haben einen Antrag auf Zuschuss gestellt, der mit

1,3 Mio € gefördert wurde. Im Rahmen der durchgeführten Vor-Ort-Kontrollen Cross Compliance (CC) wurden in 6 Fällen Sanktionen zwischen 1 bis 5 % erhoben. In 3 Fällen mussten Sanktionen von 15 % ausgesprochen werden, da hier ein Wiederholungsverstoß vorlag.

Im Rahmen des Kulturlandschaftsprogramms (KULAP) wurden 148 Anträge gestellt. Auf einer Fläche von 17.863 ha werden die verschiedenen Maßnahmen innerhalb des KULAP durchgeführt. Das sind 19,57 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche des Landkreises. Die Antragsteller erhalten für die Ertragsausfälle durch extensive und ökologische Bewirtschaftung insgesamt einen Ausgleich von 2,02 Mio. €.

Feldblockpflege

Im Jahr wurden 1955 Feldblöcke im Landwirtschaftsamt bearbeitet. Diese Feldblöcke (zusammenhängende landwirtschaftlich nutzbare Fläche mit relativ dauerhaften Grenzen) sind Grundlage für die Antragstellung auf Agrarförderung und werden in Brandenburg in einem digitalen Feldblockkataster geführt. Zusätzlich fand in diesem Jahr eine Fernerkundung in den Bereichen Trebbin und Dahme statt, woraus sich zusätzliche Feldblockkorrekturen ergaben. Darüber hinaus erfolgten im Rahmen der Feldblockpflege 74 Vor-Ort-Kontrollen landwirtschaftlicher Unternehmen, bei denen Feldblöcke vermessen und auf ihre landwirtschaftliche Nutzung überprüft wurden.

Zwei Auszubildende haben das Amt mit guten Ergebnissen durchlaufen. Sie wurden in fast allen Bereichen eingesetzt und konnten somit einen Beitrag zur Aufgabenerfüllung leisten.

Abtretungen/Pfändungen

Im Landwirtschaftsamt wurden insgesamt 63 Abtretungen und 10 Pfändungen angezeigt, die eine Forderung von 8 Mio. € ausmachen. Die 63 Abtretungen gehen an Händler und Banken. Die 10 Pfändungen belaufen sich auf 16.325,00 €.

Sachgebiet Agrarstruktur

Grundstücksverkehr und Landpacht

Im Jahr wurden insgesamt 323 Grundstücksverträge bearbeitet. Von den 215 vorliegenden Kaufverträgen haben in 87 Verträgen landwirtschaftliche Unternehmen 825,51 ha für 4,2 Mio. € erworben. Im gleichen Zeitraum des vergangenen Jahres wurden 109 ha für 4,61 Mio. € erworben.

Per 31.12.2013 wurden außerhalb des Entschädigungs- und Ausgleichleistungsgesetzes insgesamt 8593,04 ha veräußert, davon im Jahr 2013 27,91 ha.

Nach dem begünstigten Flächenverkauf durch die BVVG wurden im Jahr 267,10 ha (64,00 ha Holzung, 187,59 ha landwirtschaftliche Fläche, Gebäude und Freifläche 0,29 ha und 15,22 ha sonstige Flächen) veräußert. Per 31.12.2013 wurden insgesamt 7965,51 ha nach dem Entschädigungs- und Ausgleichleistungsgesetz veräußert.

Die landwirtschaftlichen Unternehmen haben im Landwirtschaftsamt zum gegenwärtigen Zeitpunkt 11866 Pachtverträge mit einer Fläche von ca. 81000 ha angezeigt. Der an die Pächter zu zahlende Pachtpreis beträgt ca. 7,0 Mio. €.

Durch Infrastrukturmaßnahmen wurden der Landwirtschaft ca. 2818 ha landwirtschaftliche Nutzfläche im Zeitraum von 1990 bis 31.12.2013 entzogen.

Kommunalwald

Der Landkreis besitzt ca. 385 ha Kommunalwald im berlinnahen Raum. Dieser dient im Wesentlichen dem Erhalt und Schutz der Erholung. Im Kreiswald sind zurzeit 3 "Bürgerarbeiter" (bis Ende 2014) und zeitweise bis zu 5 AGH-Kräfte (Arbeitsgelegenheit mit Mehraufwandsentschädigung) in Trägerschaft der Gemeinnützigen Arbeitsförderungsgesellschaft mbH Klausdorf (GAG) beschäftigt. Im Jahr wurden durch den Verkauf von Holz ca. 30.500 € für den Kreishaushalt eingenommen.

landwirtschaftliche Flächen:

Der Landkreis besitzt ca. 270 ha landwirtschaftliche Flächen, von denen ca. 223 ha an landwirtschaftliche Unternehmen verpachtet sind. Die jährlichen Pachteinahmen hieraus betragen 17.800 €. Des Weiteren werden Einnahmen in Höhe von 2.550 € aus der Vermietung eines Schornsteins (Nutzung von Vodafone als Funkturm) erzielt.

ehemalige Bodenreformflächen:

Der Landkreis wurde gemäß Art. 233 § 2 Abs. 3 Einführungsgesetzbuch zum Bürgerlichen Gesetzbuch (EGBGB) als gesetzlicher Vertreter der Eigentümer ehemaliger Bodenreform Eigentümer bestellt. Als gesetzlicher Vertreter hat er die Rechts- und Vermögensinteressen des Eigentümers bzw. dessen Rechtsnachfolgers wahrzunehmen. In dieser Eigenschaft verpachtet der Landkreis die Flächen von ca. 80 Eigentümern, deren Aufenthalt bzw. deren Erben unbekannt sind, an 27 landwirtschaftliche Unternehmen und verwaltet die jährlichen Pachteinahmen.

Flurneuordnung

Mit der Schlussfeststellung im November 2010 wurde das Verfahren „Baruth“ (angeordnet 1993) mit einer Gebietsgröße von ca. 1.614 ha abgeschlossen. Die getätigten Investitionen im Verfahrensgebiet haben ein Gesamtvolumen von ca. 382 T€. In den Verfahren „Klein Schulzendorf/Wiesenhagen I“ mit einer Gebietsgröße von ca. 588 ha und „Klein Schulzendorf/Wiesenhagen II“ mit einer Gebietsgröße von ca. 825 ha (beide angeordnet 1993) beträgt der Gesamtinvestitionsumfang ca. 258 T€. Beide Verfahren stehen kurz vor der Schlussfeststellung. Für das Verfahren „Riebener See–Nieplitz-Niederung“ (angeordnet 2000) mit einer Gesamtgröße von 2.200 ha und einem Flächenanteil im Landkreis von ca. 707 ha belaufen sich die Investitionen auf ca. 1.411 T€. Das größte Verfahrensgebiet mit ca. 6.196 ha hat das Verfahren „Oehna“ (angeordnet 2004). Der Gesamtinvestitionsumfang beträgt hier ca. 4.270 T€. Die Verfahren „Kloster Zinna“ mit einer Gebietsgröße von 2.933 ha und „Dahme“ mit einer Gebietsgröße von ca. 1.589 ha wurden 2007 angeordnet. Für das Verfahren Kloster Zinna werden in die Herstellung gemeinschaftlicher Anlagen (Wegebau, AE-Maßnahmen) ca. 2.603 T€ investiert. Der geplante Investitionsumfang im FBV „Dahme“ beträgt bei Umsetzung aller Maßnahmen ca. 1.378 T€. Im Jahr 2008 ist das Verfahren „Mückendorf“ mit einer Gebietsgröße von ca. 699 ha nördlich angrenzend zum Verfahren „Baruth“ angeordnet worden. Der vorläufige Investitionsumfang wird hier ca. 949 T€ betragen. Neu eingeleitet wurde im November 2012 das FBV „Christinendorf mit 2.292 ha und im August 2013 das FBV „Pfefferfließ“ mit 1.015 ha.

Weitere Flurneuordnungsverfahren sind beantragt. Vorbereitet wird die Verfahrensordnung 2014 für das FBV „Niederer Fläming“ mit einer Verfahrensgebietsfläche von ca. 2.582 ha. Für ein weiteres Verfahren in der Gemeinde Niederer Fläming im Raum Welsickendorf laufen bereits Arbeiten zur Voruntersuchung eines potenziellen Verfahrensgebietes.

Investive Förderung

Die landwirtschaftlichen Unternehmen des Landkreises nutzten die Möglichkeit zur Förderung geplanter Investitionsmaßnahmen. Insgesamt stellten 18 Unternehmen 21 Anträge in Höhe von rund 11,3 Mio. € Gesamt-Investitionsvolumen. Die geplanten Gesamtzusendungen belaufen sich auf rund 2,3 Mio. €. Die Erstellung der Bewilligungsbescheide ist für das aktuelle Jahr im Dezember 2013 noch nicht abgeschlossen. Die finanziellen Mittel sind unter anderem für Investitionen in 9 Rinderanlagen (Neubau, Umbau, Melkzentrum), Baumaßnahmen in der Schweinehaltung, Schafhaltung (jeweils 1 Antrag), Pferdehaltung (4 Anträge), Beregnung (2 Anträge) und Kauf mobiler Technik (4 Anträge) eingesetzt worden.

Kreiserntefest

Das 13. Kreiserntefest fand in der Gemeinde Niederer Fläming, Ortsteil Hohenseefeld, am 21. September statt. Unter dem Motto „Hab mein Wagen vollgeladen“ präsentierte der Ort einen historischen Festumzug, ein interessantes Bühnenprogramm, eine Technikschaue für Land und Garten und einen Bauern- und Handwerkermarkt für alle Besucher. In guter Tradition nahmen auch die Vertreter des polnischen Partnerkreises Gniezno teil.

Internationale Grüne Woche

Der Landkreis und seine Partner haben sich zum 5. Male sehr erfolgreich in der Brandenburg-Halle 21a zur Internationalen Grünen Woche in Berlin präsentiert. Die Städte Luckenwalde, Baruth/Mark, Jüterbog, Trebbin, die Gemeinden Nuth-Orstromtal und Am Mellensee sowie Direktvermarkter aus der Gemeinde Niederer Fläming und weitere Partner haben sich mit regionalen Produkten und interessanten Angeboten aus den jeweiligen Regionen beteiligt. Darüber hinaus hat sich der Landkreis am 27. Januar am Stand des Deutschen Landkreistages mit einer Präsentation rund um das Thema: „Lust aufs Land“ vorgestellt.

Lokale Aktionsgruppe „Rund um die Flaeming-Skate“

Die enge Zusammenarbeit des Landkreises mit der Lokalen Aktionsgruppe „Rund um die Flaeming-Skate“ e. V. wurde weiter vertieft. Die Stellungnahmen für kommunale Anträge sind qualitativ verbessert worden. 2013 sind zum Abschluss der Förderperiode noch für 10 Maßnahmen mit einem Investitionsvolumen von 2,4 Mio. € insgesamt 1,1 Mio. € Fördermittel bewilligt worden.

Statistik

Von 30 Betrieben wurde die Ernte- und Berichtserstattung Feldfrüchte und Grünland (April bis Dezember) abgefordert. An der besonderen Ernte- und Qualitätsermittlung nahmen insgesamt 39 Betriebe teil. Diese Betriebe reichten 48 Proben (7 Rapsproben und 41 Getreideproben) sowie 29 zusätzliche Proben, die zur Schadstoffanalyse nach Detmold geschickt wurden, ein. 21 Betriebe reichten die Ergebnisse der Kartoffelernte ein.

Der Gesamtertrag bei Getreide stieg im Vergleich zum Vorjahr, um 14,6 dt/ha, auf 60,8 dt/ha. Beim Winterraps stieg der Ertrag von 22,4 dt/ha (2011) auf 37,7 dt/ha.

Betriebsregister

Zurzeit sind 369 landwirtschaftliche Betriebe beim Landwirtschaftsamt des Landkreises angemeldet.

Landwirtschaftsschule

Die Landwirtschaftsschule Teltow-Fläming – Regionalstelle für Bildung im Agrarbereich – sieht sich als zuverlässiger Partner für den Berufsstand in Fragen kontinuierlicher und bedarfsgerechter Aus- und Weiterbildung der im Agrarbereich Beschäftigten. Die vom MIL aufgestellte Forderung nach Sicherung des beruflichen Nachwuchses und der fachlichen Qualität in den „Grünen Berufen“ ist für die Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft, den Erfolg der Betriebe und Unternehmen sowie die Erhaltung der Funktionsfähigkeit der ländlichen Räume entscheidend. Gut ausgebildete Meister/innen und Facharbeiter/innen als Fach- und Führungskräfte in den oberen und mittleren Leistungsebenen sind das Rückgrat der Betriebe und können den steigenden Herausforderungen mit fundiertem Wissen begegnen.

An der Landwirtschaftsschule wurden 25 Bildungsmaßnahmen mit 454 Teilnehmern durchgeführt.

Aufgabenthematik	2011	2012	2013
Bearbeitung Anträge Agrarförderung	279	274	275
davon Antragsteller über das Internet	121	147	152
Abtretungen	61	39	63
Pfändungen	17	40	10
Antragsteller Kulturlandschaftsprogramm (KULAP)	139	130	122
Anträge Kulturlandschaftsprogramm (KULAP)	196	164	148
Pachtverträge	11.993	11.884	11.866
Grundstücksverkehr	347	375	323
Bearbeitung Klärschlammanträge	24	52	38
Kontrolle Düngeverordnung und CC-Kontrollen	16	16	10
Futtermittelanalysen auf schädliche Stoffe	220	499	225
Kontrolle Futtermittelunternehmen einschließlich CC-Kontrollen	182	195	180
Teilnehmer an Kursen der Landwirtschaftsschule	452	515	454
Anträge investive Förderung Landwirtschaft	18	16	21
Vor-Ort-Kontrollen	82	68	74

Dezernat IV

Kreisentwicklungsamt

Allgemeine Aufgabenschwerpunkte:

- Mitwirkung an übergeordneten Planungen und Projekten sowie Durchführung eigener Vorhaben im Hinblick auf eine positive Kreisentwicklung und Verbesserung der Infrastrukturausstattung des Landkreises
- weitere Qualifizierung insbesondere der touristischen Infrastruktur und damit verbundener Angebote
- Begleitung und Unterstützung der Gemeinden und Planungsträger im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung sowie bei städtebaulichen Maßnahmen
- Regional-/verkehrsplanerische sowie bauplanungsrechtliche Beurteilung von Vorhaben und Maßnahmen sonstiger Planungsträger und anderer Ämter
- Prüfung und Bescheidung von Genehmigungsanträgen zu Flächennutzungs- und Bebauungsplänen in Wahrnehmung der Funktion der höheren Verwaltungsbehörde nach Baugesetzbuch

Aus dem Aufgabenbereich des Kreisentwicklungsamtes waren im Einzelnen folgende Vorhaben und Entwicklungen von besonderer Bedeutung.

Infrastruktur/Tourismus

Hinsichtlich der weiteren Qualifizierung der Infrastrukturausstattung des Landkreises wird auf folgende Maßnahmen verwiesen:

➤ *Vierstreifiger Ausbau der B101*

Zum vierstreifigen **Ausbau der B 101n** bis Luckenwalde wurden die Abstimmungen zur Weiterführung der ausstehenden Bauabschnitte unter Einbeziehung der Interessen aller Beteiligten fortgesetzt. Die Bauarbeiten am Abschnitt Woltersdorf–Wiesenhagen wurden abgeschlossen. Die Verkehrsfreigabe erfolgte am 19. März.

Die Ortsumgehung Luckenwalde Süd wurde ebenfalls fertiggestellt. Nachdem im Vorjahr bereits die Teilfreigabe des Abschnittes zwischen „Zapfholzweg“ und „An den Ziegeleien“ erfolgte, ist seit dem 13. Dezember die gesamte Ortsumgehung Luckenwalde befahrbar.

Für den Bau der B 101n – Ortsumgehung Thyrow – ist nach Beilegung des anhängigen Rechtsstreits zum Planfeststellungsbeschluss vom 20.05.2011 nunmehr Baurecht erlangt worden. Im Ergebnis der mündlichen Verhandlung zur Klage eines Eigentümers war auf Vorschlag des Oberverwaltungsgerichtes Berlin-Brandenburg ein Vergleich geschlossen worden. Dieser sieht eine Planänderung vor, der das Bundesverkehrsministerium zugestimmt hat. Der Beginn der Maßnahme ist für 2014 vorgesehen.

Für den durch den Landkreis initiierten Radwegbau entlang der L 795 von Thyrow nach Siethen im Rahmen einer Sonderbaulast wurde mit der DEGES zum Zwecke der Planung und Baudurchführung eine Vereinbarung geschlossen. Im Zuge der o. g. Planänderung zur OU Thyrow wurde diese um den straßenbegleitenden Radweg entlang der L 795 ergänzt. Dieses Bauvorhaben wird durch die Städte Ludwigsfelde und Trebbin zu je 25 % der Baukosten mitfinanziert. Des Weiteren sind beim Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft Fördermittel zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden des Landes Brandenburg beantragt worden.

➤ *Einstufung der Kreisstraßen*

Die Überprüfung der korrekten Einstufung aller Kreisstraßen entsprechend den Bestimmungen des Brandenburgischen Straßengesetzes wurde fortgesetzt.

Um die anstehenden Umstufungsverfahren einvernehmlich mit den betroffenen Städten und Gemeinden zu regeln, wurden Gespräche mit den Bürgermeistern geführt sowie Ortsbegehungen vom Bauamt vorgenommen. Gemäß Kreistagsbeschluss 4-0853/11-IV erfolgten mit Wirkung zum 01.01.2014 die **Umstufungen** der Kreisstraßen K 7201, K 7224, K 7230 Abschnitte 010 und 020 sowie K 7234 zur Gemeindestraße. Des Weiteren wird zum 01.01.2014 die sonstige öffentliche Straße von Kladow, einschließlich der Ortslage Glashütte, nach Dornswalde durch die Stadt Baruth/Mark als Gemeindestraße übernommen werden. Der Umstufungsprozess, der sich vor allem wegen der Folgekosten insgesamt äußerst schwierig gestaltet, wird im Jahr 2014 fortgesetzt.

➤ *Planverfahren zu sonstigen Infrastrukturmaßnahmen*

Unter Beteiligung der einzelnen Fachämter wurden Stellungnahmen des Landkreises zu weiteren Planverfahren zu **sonstigen Infrastrukturmaßnahmen** des Bundes, des Landes und anderer Träger erarbeitet. Hierbei bildeten Vorhaben im Rahmen des weiteren Ausbaus der Dresdner Bahn einen besonderen Schwerpunkt, u. a.

- Planfeststellungsverfahren (PFV) zum Umbau des Bahnhofs Rangsdorf mit Bahnübergangs(BÜ)-Beseitigung (2. Planänderung)
- PFV BÜ-Beseitigung Dahlewitz im Zuge der L 40 (Planänderung)
- PFV BÜ-Beseitigung Mückendorf
- Entwurfsplanung BÜ-Ersatzmaßnahme Neuhof
- PFV Planungsabschnitte Baruth/Mark – Golßen und Golßen – Luckau
Im Rahmen der Planung der Maßnahmen an der Dresdner Bahn ergaben sich verstärkt Arbeitsgespräche zur Abstimmung von anstehenden Einzelfragen.

➤ *Fläming-Skate*

Für den im Vorjahr fertiggestellten Abschnitt Wahlsdorf–Prensdorf des 1998 gestarteten Projektes **Fläming-Skate** wurden die Schlussvermessungen durchgeführt. Die Pflegeleistungen der Ersatz- und Ausgleichsmaßnahmen sind weiterhin bis zum Jahr 2016 erforderlich. Mit der Fertigstellung dieses Projektes beträgt die Gesamtlänge des Rad- und Skateweges rund 230 km.

Die Realisierung der Genehmigungsplanung für den barrierefreien Radweg am Wasserwerk Luckenwalde ist aufgrund der bislang fehlenden Finanzierungsmöglichkeit frühestens ab 2014 geplant.

➤ Radwegekonzept

Bei der Umsetzung des **Radwegekonzeptes des Landkreises Teltow-Fläming**, das u. a. auf die Herstellung durchgängiger Radwegeverbindungen von Berlin zur Fläming-Skate zielt, ist für die einzelnen Maßnahmen folgender Verfahrensstand festzustellen:

- Weiterführung der Planung für den Bau eines Radweges an der Kreisstraße 7241 vom Ortsausgang Genshagen bis Ortseingang Großbeeren; die Fortführung der Planung von der Wietstocker Kreuzung bis Genshagen bleibt dagegen auf Grund fehlender Haushaltsmittel vorerst zurückgestellt.
- Die Bauarbeiten für den aus Bundesmitteln finanzierten Radweg an der B 246 von Löwendorf nach Schönhagen wurden fortgeführt und zum Ende des Jahres abgeschlossen. Die Verkehrsfreigabe erfolgte am 10. Dezember.
- Weiterführung der Planung, insbesondere Grunderwerbsverhandlungen für den Bau eines straßenbegleitenden Radweges entlang der B 246 für den Teilabschnitt von Schönhagen nach Stangenhagen.
- Die Fortführung der Planung des Radweges zwischen Mückendorf und Zesch am See wurde aufgrund fehlender Haushaltsmittel vorerst zurückgestellt und ist nunmehr für das Jahr 2014 vorgesehen.

➤ Regionalparkroute „Rund um Berlin“

Im Rahmen der vom „Dachverband der Regionalparks in Brandenburg und Berlin e. V.“ initiierten Arbeitsgruppe zur Entwicklung der **Regionalparkroute „Rund um Berlin“** erfolgte die Erstellung des GPS-Tracks der abgestimmten veränderten Routenführung sowie eine Erfassung der maximal möglichen Beschilderungsstandorte durch GPS-Fotos. Diese Erfassung wurde im Rahmen einer Abstimmungsrunde mit den Gemeinden bezüglich einer Erstmarkierung mit Aufklebern genutzt.

➤ Radwanderweges „Luther-Tetzl-Weg“

Die Aktivitäten zur Schaffung des kultur- und kirchenhistorischen **Radwanderweges „Luther-Tetzl-Weg“** von Jüterbog nach Wittenberg wurden fortgesetzt. Die Evangelische Kirche als Initiator des Weges wurde bei den Vorbereitungen zur endgültigen Beschilderung des Weges unterstützt, u. a. durch Absprachen mit den Beteiligten zur Standortwahl und Beschilderungsart.

➤ Wanderwege

Für alle **38 auf gesetzlicher Grundlage markierten Wanderwege** erfolgte die Zusammenfassung der relevanten Daten wie Antragsteller, Pflegevertragspartner und Stand der Pflegeverträge zur Unterhaltung dieser Wege. Die zuständigen Initiatoren, für die die Unterhaltung nicht abgesichert ist, wurden angeschrieben. Zudem ist die Fotodokumentation überarbeitet worden.

➤ Weitere Maßnahmen

Auch **weitere Maßnahmen** und Tätigkeiten sind auf die Unterhaltung und Verbesserung der touristischen Infrastruktur gerichtet:

- jährlich notwendige Kontrollen der sechs Radrouten durch die Regionalparks sowie der überregionalen Radwanderwege „Berlin-Leipzig“ und „Tour Brandenburg“
- Teilnahme an Beratungen, z. B. der AG Radrouten Historische Stadtkerne, Berlin-Leipzig, Gründung der AG Fahrradfreundliche Kommunen
- Durchführung von Informationsgesprächen mit Initiatoren und Gemeinden bezüglich der Wege im Genehmigungsverfahren (drei Wander- und ein Radwanderweg)
- Erfassung der vorhandenen Reiterhöfe sowie des Standes der vorhandenen Reitwegekonzeptionen im Landkreis

Personen- und Funktionsbezeichnungen sind in männlicher Form verwandt worden.

Der Verzicht auf sprachliche Gleichbehandlung soll die Lesbarkeit des Berichtes erleichtern.

Bauleitplanung/Städtebaumaßnahmen

Das Kreisentwicklungsamt begleitete planungsrechtlich insgesamt 51 **Bauleitplanungen** in unterschiedlichen Beteiligungsstufen. Zudem fungierte es im Rahmen der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange als Bündelungsbehörde für die Stellungnahmen der Fachbehörden im Hause.

Auch in diesem Jahr setzte sich der Trend zur Nutzung regenerativer Energien fort. Verstärkt waren die Aufstellung bzw. Fortführung von Bauleitplänen zur Nutzung von Wind- und Solarenergie bzw. Biomasse zu verzeichnen. Die Kommunen streben zunehmend eine Steuerung der Windkraftnutzung im Rahmen der Überarbeitung ihrer Flächennutzungsplanung an.

Diese Entwicklung wird verdeutlicht durch die folgende Aufstellung einzelner Bauleitpläne:

➤ *vorbereitende Bauleitplanung:*

- Sachlicher Teil-Flächennutzungsplan (Teil-FNP) „Windenergieanlagen“ der Gemeinde Am Mellensee
- FNP der Stadt Zossen (u. a. Darstellung von Sonderbauflächen mit den Zweckbestimmungen Biogas- bzw. Solaranlage und Konzentrationszonen Wind),
- Sachlicher und räumlicher Teil-FNP der Stadt Baruth (zur Steuerung von Windenergie)
- FNP der Stadt Dahme/Mark (u. a. Darstellung eines Sondergebietes mit der Zweckbestimmung Photovoltaik und von Konzentrationsflächen für die Windenergienutzung)
- 3. Änderung des FNP der Gemeinde Niederer Fläming

➤ *verbindliche Bauleitplanung:*

- Vorhabenbezogener Bebauungsplan (vBP) Nr. 01 „Photovoltaikanlage Schönefeld“ der Gemeinde Nuthe-Urstromtal
- Bebauungsplan (BP) Schöneweide Nr. 02 „Windpark Birkhorst“ der Gemeinde Nuthe-Urstromtal
- BP Nr. 23/12 „Windpark Petkus“ der Stadt Baruth
- vBP Nr. 19/11 „Biogasanlage Petkus“ der Stadt Baruth
- vBP „Photovoltaik Breite Wiesenweg“ der Stadt Dahme/Mark
- fünf BP zur Windenergienutzung im Amtsbereich Dahme/Mark (Buckow, Görsdorf, Rosenthal/Zagelsdorf, Wahlsdorf, Illmersdorf/Rietdorf)
- BP „Windpark Christinendorf/Lüdersdorf“ der Stadt Trebbin
- BP Nr. 06 „Windfarm Hohenseefeld“ der Gemeinde Niederer Fläming
- BP Nr. 08 „Windfarm Waltersdorf“ der Gemeinde Niederer Fläming
- BP Nr. 12 „Windpark Malterhausen“ der Gemeinde Niedergörsdorf

Dem wachsenden Beratungsbedarf der Städte, Gemeinden und des Amtes im Landkreis sowie der Planungsbüros und Bürger wurde mit entsprechenden Abstimmungen Rechnung getragen. Dabei wurden die aktuelle Rechtsprechung sowie die Verfahrensstände der übergeordneten Planungen berücksichtigt.

Weitere Bauleitplanungen der Gemeinden wurden in den Bereichen Wohnungsbau, der gewerblichen, industriellen sowie der Sondergebietsnutzung begleitet. Bei Anfragen von Bürgern, Ämtern und Gemeinden sowie Planungs- und Gutachterbüros zu sonstigen planungsrechtlichen Problemstellungen konnten regelmäßig Handlungsmöglichkeiten aufgezeigt werden.

Die Entwicklung der Nutzung regenerativer Energien lässt sich auch im Rahmen der Beteiligung an Verfahren nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) erkennen. Hier wurden u. a. Verfahren zur Errichtung von Anlagen zur energetischen Nutzung von Biomasse sowie zur Errichtung von Anlagen zur Windenergienutzung planungsrechtlich begleitet. Um möglichen Konflikten im Rahmen der Beteiligungen frühzeitig zu begegnen, wurden die Abstimmung und die Beratung mit einzelnen Fachämtern weiter vertieft.

Personen- und Funktionsbezeichnungen sind in männlicher Form verwandt worden.

Der Verzicht auf sprachliche Gleichbehandlung soll die Lesbarkeit des Berichtes erleichtern.

Im Zuge der ILE/LEADER-Förderung sind gleichermaßen Stellungnahmen zu Maßnahmen und Projekten der ländlichen Entwicklung erarbeitet worden.

Übergeordnete Raumentwicklungsplanung

Im Rahmen der **übergeordneten Raumentwicklungsplanung** wurde der Abstimmungsprozess zu dem in Aufstellung befindlichen Regionalplan Havelland-Fläming 2020 fortgesetzt. Unter Einbeziehung einzelner Fachämter waren Zuarbeiten im Abwägungsverfahren zum ersten Entwurf des Regionalplans sowie zur Überarbeitung der Planung zu erstellen.

Im Dezember ist das Beteiligungsverfahren für den 2. Regionalplanentwurf vom 24.10.2013 eröffnet worden. Dazu ist für die Dauer von zwei Monaten die öffentliche Auslegung und im Bedarfsfall die Erläuterung der Planunterlagen in den Diensträumen der Kreisverwaltung abzusichern. Im Ausschuss für Regionalentwicklung und Bauplanung wurde der erneute Planentwurf vorgestellt und erläutert. Mit der Erarbeitung der kreislichen Stellungnahme wurde begonnen.

Die Festlegungen des in Aufstellung befindlichen Regionalplans waren wie auch sonstige übergeordnete Raumplanungen entsprechend dem jeweiligen Planungsstand in die übrigen Beteiligungsverfahren bereits einzubringen und in kreislichen Planungen zu berücksichtigen.

Sitzungsdienst

Das Kreisentwicklungsamt war für den **Sitzungsdienst** des Ausschusses für Regionalentwicklung und Bauplanung zuständig. Es wurden 7 ordentliche Sitzungen fachlich wie organisatorisch abgesichert. Darüber hinaus erfolgte die Mitarbeit in der Koordinierungsgruppe des Landkreises und bis Mitte des Jahres die Protokollierung der Sitzungen.

GIS

Alle Planungen und Vorhaben wurden darüber hinaus durch das geografische Informationssystem (**GIS**) unterstützt. Schwerpunkte hierbei waren die Arbeit an GIS-Datenbanken der Bauleitplanung (im neuen Format XPlanGML), der Schulentwicklung, der Rad-/Wanderwege, der Straßen, der Windenergienutzung, der Regionalplanung und des Flughafens Berlin Brandenburg sowie deren Aufbereitung und Bereitstellung für das Intranet und das Internet.

Darüber hinaus wurde bei der Erstellung kreislicher Flyer, der Veröffentlichung von Kartenmaterial und der inhaltlichen Gestaltung der Web-Seite zur Flaeming-Skate (Bereitstellung von GPS-Daten) mitgewirkt. Folgende ämterübergreifenden Tätigkeiten wurden zudem abgesichert:

- Erstellen von GIS-Themen für Ämter ohne GIS-Kompetenz (z. B. Entwicklung eines Verkehrszeichen-Katasters für das Straßenverkehrsamt)
- Aufbereiten/Austauschen von GIS-Daten innerhalb und außerhalb der Kreisverwaltung mittels unterschiedlichster Datenformate
- Unterstützung der Gemeinden unseres Landkreises bei der Aufarbeitung und der Veröffentlichung ihrer Bauleitplanung (XPlanGML) im Internet
- Aufarbeitung und Bereitstellung der Schallschutzzonen des Flughafens Berlin Brandenburg für Entschädigungsansprüche in 1dB(A)-Schritten
- Aktualisierung der für Veröffentlichungen bereitgestellten kostenfreien digitalen Kartengrundlage (OpenStreetmap)
- Anwendung kostengünstiger Techniken (GPS) zur digitalen Übernahme von Wegeverläufen, Beschilderungen, Fotoaufnahmen und Sonstigem in das GIS
- Mitwirken an der Weiterentwicklung des Geoportals des Landkreises (WEB-GIS)
- Einführung und Optimierung neuer GIS-Software für effektivere Arbeitsabläufe

Höhere Verwaltungsbehörde

Gemäß Baugesetzbuchzuständigkeitsverordnung obliegt dem Landkreis die Aufgabe der höheren Verwaltungsbehörde nach dem Baugesetzbuch. Damit einher geht eine umfängliche Prüf- und Beratungstätigkeit zu allen Fragen des Planungsrechts sowie in diesem Zusammenhang stehender Nachbardisziplinen, die die Planung berühren. Gegenstand der Beurteilung sind regelmäßig Bauleitpläne, sonstige Satzungen sowie planungsrechtliche Einzelfragen. Dabei wird eine enge Zusammenarbeit mit den Verwaltungen, Planern, Investoren sowie mit weiteren Behörden und Dritten gepflegt.

Einen besonderen Schwerpunkt bildeten wiederum Planungen zur Erzeugung erneuerbarer Energien und deren Steuerung. Fragen zur Errichtung von Windkraftanlagen waren nach wie vor von sehr hoher Priorität. Auf Grund weiter entwickelter Rechtsprechung traten hierbei verstärkt Probleme zu differenzierten Einzelsachverhalten auf, insbesondere die ggf. erforderliche Berücksichtigung von der gemeindlichen Planung entgegen stehenden Interessen von Investoren, die bereits Vorarbeiten und Investitionen getätigt haben, oder auch abweichende Planungsvorstellungen der Kommunen im Hinblick auf die übergeordnete, sich im Aufstellungsverfahren befindliche Regionalplanung.

Darüber hinaus bestand abermals Erörterungsbedarf zu anderen, grundsätzlichen Fragestellungen, auch außerhalb der Prüfverfahren. Schließlich wurde der konstruktive Austausch mit der zuständigen Sonderaufsichtsbehörde, dem Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft, fortgeführt. Dieses nicht nur im Rahmen der regelmäßigen Arbeitsberatungen.

Widersprüche und Klageverfahren sind insgesamt nicht anhängig. Wegen des Wegfalls einer für wesentliche Teilaufgaben der höheren Verwaltungsbehörde zuständigen Stelle konnte ein Antragsrückstau einschließlich der Gefahr von Verfristungen erneut nicht vermieden werden.

Der Zuarbeit des Kreisentwicklungsamtes angefügt werden nachfolgend die von der Stabstelle Flughafen beim Dezernat IV übermittelten Tätigkeitsschwerpunkte für das Jahr 2013.

Flughafenbelange

Tätigkeitsschwerpunkte im Zusammenhang mit dem neuen Flughafen Berlin Brandenburg (BER) bildeten die Beratung von Bürgern, Unternehmen und anderen Akteuren, die Mitarbeit in den Gremien zur Flughafenumfeldentwicklung sowie die Unterstützung von Aktivitäten zum Thema Fluglärm. So wurde die Mitarbeit des Landkreises in der Fluglärmkommission sowie im Dialogforum und in dessen verschiedenen Arbeitsgruppen zur Entwicklung des Flughafenumfeldes auf allen Ebenen fortgeführt. Aktiv wurde z. B. im Rahmen der Tätigkeit in der AG 2 an der Erstellung eines Leitfadens zur einheitlichen Immobilienbewertung für Grundstücke im Flughafenumfeld mitgewirkt.

In einer Unterarbeitsgruppe der AG 3 wurde die Schaffung eines gemeinsamen einheitlichen unabhängigen Zentrums für das Flughafenumfeld untersucht und eine entsprechende Expertise in Auftrag gegeben. Mit der beabsichtigten Konzentration der Einrichtungen des Flughafen-Beratungszentrums (FBZ), des Fluglärmschutzbeauftragten, der Geschäftsstelle des Dialogforums, des Ombudsmannes des Nachbarlandkreises Dahme-Spreewald und evtl. der BADC soll sich aus der örtlichen Bündelung der Zusammenarbeit die Effektivität der Beratungstätigkeit erhöhen. Als vorläufiges Objekt wurde in der Gemeinde Schönefeld, Mittelstraße 11, ein entsprechendes Gebäude angemietet. Am 11. November wurde das gemeinsame Bürgerberatungszentrum „DIALOG-FORUM Flughafenregion“ eröffnet. Die Geschäftsstelle des Dialogforums und der Ombudsmann des Nachbarlandkreises Dahme-Spreewald nahmen bereits ihre Tätigkeit in dem Gebäude auf. Auch das FBZ wird Anfang 2014 umziehen und seine Leistungen in dem neuen Zentrum anbieten.

An der Umsetzung der durch den Kreistag im Zusammenhang mit dem Flughafen gefassten Beschlüsse wurde aktiv gearbeitet.

- Die Beratungstätigkeit für die von den Auswirkungen des Flughafens betroffenen Bürger wurde fortgesetzt. Insgesamt wurde für 591 Gebäude die Anspruchsberechtigung zum Schallschutzprogramm geprüft und die Bürger wurden über das weitere Vorgehen beraten.
- Von etwa 800 betroffenen Bürgern wurde das Flughafen-Beratungszentrum (FBZ) in Mahlow im Verlauf des Jahres in Anspruch genommen.
- Hauptsächlich wandten sich die Bürger im vergangenen Jahr mit Fragen zum Prozedere des Schallschutzprogramms des Flughafens und dessen Umsetzung ans FBZ. Den Betroffenen wurde bei der Antragstellung geholfen. Fragen zu den jeweiligen Grundstücken und den Schallschutzansprüchen wurden erläutert und die Durchsetzung der Ansprüche durch Kommunikation mit dem Schallschutzteam des Flughafens oder den eingesetzten Ingenieurbüros unterstützt. Es wurden die vom Flughafen ausgegebenen Unterlagen erklärt und unterschiedlichste Problemlagen erörtert (z. B. vorzeitige Umbauabsichten, Lärmsituation auf dem Grundstück etc.). Betroffene erhielten grundstückskonkret die Daten zu den Lärmschutzzonen und Informationen zu ihren Ansprüchen aus dem Planfeststellungsbeschluss aus dem Jahr 2004 sowie dem Planergänzungsbeschluss aus dem Jahr 2010 mitgeteilt. Es suchten auch Bürger des Nachbarlandkreises und des Landes Berlin das Zentrum auf und baten um Auskunft.
- Darüber hinaus wurde die Website www.flughafen-beratungszentrum.de ständig aktualisiert. Sie hält Informationen rund um den Flughafen Berlin Brandenburg (BER), das Schallschutzprogramm und sonstige Inhalte für den Bürger bereit.

Auf Initiative des FBZ widmete sich das Ministerium für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie (MASF) der Thematik, dass die finanzielle Entschädigungsleistung des Flughafens für nicht umsetzbaren Schallschutz innerhalb der Grenze des 30%-igen Verkehrswertes für Leistungsberechtigte im SGB II nicht auf ihr Einkommen angerechnet wird. Entsprechende Informationsveranstaltungen mit den zuständigen Jobcentern, die die Einkommensberechnungen vornehmen, wurden durch das MASF und die Flughafenkoordinatorin geführt.

Im letzten Quartal konnten auch weitere Daten zu den Lärmschutzbereichen und den zu erwartenden Lärmpegeln in den Schutzzonen nach Brandenburgischer Verordnung über die Festsetzung des Lärmschutzbereiches für den Flughafen Berlin Brandenburg (FlugLärmSBBbgV) vom August 2013 in das Geoinformationssystem des Landkreises eingespielt werden. Dem waren monatelange Verhandlungen u. a. mit der Flughafen Berlin Brandenburg GmbH (FBB) vorausgegangen. Damit steht dem FBZ als erster Einrichtung ein umfangreiches detailliertes Kartenmaterial zur Verfügung, das künftig eine noch ausführlichere Beratung ermöglicht.

Am Tag der offenen Tür stellten sich das FBZ und der Fluglärmschutzbeauftragte mit ihrem Angebot im Kreishaus Luckenwalde vor.

Fluglärmenschutzbeauftragter

Aus den Aufgaben des Fluglärmenschutzbeauftragten ergaben sich darüber hinaus folgende Tätigkeiten:

- Es wurden 965 Beschwerden mit ca. 2.700 Beschwerdepunkten eingereicht, ausgewertet und beantwortet. In 9 Fällen ergaben sich Anhaltspunkte für eine Ordnungswidrigkeit und es erfolgte eine Abgabe der Daten an das Bundesaufsichtsamt für Flugsicherung zur weiteren Ermittlung bzw. Einleitung eines Ordnungswidrigkeitsverfahrens.
- Es suchten ca. 170 Bürgerinnen und Bürger das Büro des Fluglärmenschutzbeauftragten auf und erbaten Auskünfte zu den zukünftigen Lärmemissionen durch den BER. Diese Bürger möchten sich vor dem Erwerb oder Bau einer Immobilie umfassend informieren, sind aber ob der unzähligen und teils widersprüchlichen Informationen im Internet verunsichert. Die objektive Beratung und Erklärung der unterschiedlichen Sachverhalte nahmen die Bürger dankbar an.
- Eine Zusammenfassung unterschiedlichster Informationen rund um das Thema Fluglärm und Luftverkehr wurde den Bürgern zusätzlich auf der Webseite des Fluglärmenschutzbeauftragten (www.fluglaermenschutzbeauftragter-ber.de) zur Verfügung gestellt. Die Mitwirkung in der Fluglärmkommission und im Rahmen des Dialogforums (AG 2 – Lärm) wurde fortgesetzt.
- Es wurden ausführliche Gespräche mit unterschiedlichsten am Flugverkehr beteiligten Institutionen, aber auch mit Bürgerinitiativen und Betroffenen geführt. Darin wurden die Belange der Fluglärm betroffenen vorgetragen, nach Lösungsmöglichkeiten zur Verbesserung gesucht und um Verständnis für die Anwohner geworben.

Kataster- und Vermessungsamt

Einführung des Amtlichen Liegenschaftskataster-Informationssystems (ALKIS)

Die Migration der Datenbanken Automatisiertes Liegenschaftsbuch (ALB) und Automatisierte Liegenschaftskarte (ALK) in das System Amtliche Liegenschaftskataster-Informationssystem (ALKIS) beeinflusste im Jahr alle Bereiche des Katasters. Bevor ab 1. März die ALKIS-Produktionsumgebung freigegeben wurde, ging eine intensive Qualifikation der ALK- und ALB-Daten voraus. Die Fortschritte zeigten die Ergebnisse von 9 Probemigrationen. Die erzielten Übereinstimmungen von Lagebezeichnungen, Nutzungsarten, Flächenangaben, Hausnummern wurde insgesamt als sehr wirksam und nachhaltig für die Qualität des Katasters bewertet. Bis Mitte Januar wurden im Kataster- und Vermessungsamt Fortführungen mit ALB und ALK übernommen und so alle Anstrengungen unternommen, mit möglichst minimalem Auftragsrückstau den Bearbeitungsstopp ab Januar/Februar zu überbrücken.

Die Bereitstellung der ALKIS-Übungsumgebung in Frankfurt (Oder) und Aufbereitung von kreisbezogenen Übungs-Bestandsdaten gab erste reale Erfahrungen und eine gute Sicherheit. Die Übungsumgebung wurde intensiv genutzt, großer Dank geht an das ALKIS-Team und die Organisatoren der Landesbetriebe Landesvermessung und Geobasisinformation. Mit der Freigabe der ALKIS-Produktionsumgebung und der ALKIS-Auskunftssysteme begann für die Mitarbeiter des Katasteramtes eine intensive Einarbeitungsphase, in der Arbeitsprozesse von der Antragstellung bis zum Erzeugen der Fortführungsunterlagen oder weiterer Produkte neu organisiert wurden.

Mit 10-monatiger Erfahrung in der Nutzung der ALKIS-Produktionsumgebung und der ALKIS-Auskunftssysteme ist noch längst keine Routine eingeleitet. Dennoch wurde seit März kontinuierlich und mit zunehmender Stabilität der Punktdatenaustausch mit den Vermessungsbüros perfektioniert, Fortführungen abgearbeitet, Flurkartenauszüge und Eigentumsnachweise erzeugt, digitale Daten im neuen Austauschformat NAS versendet usw. Die noch im Dezember bereitgestellte neue Softwareversion muss nunmehr genutzt werden, ohne Systemabstürze und Performanceeinbußen, die Übernahmeprozesse zu optimieren.

Arbeitsschwerpunkt im Tagesgeschäft war die Unterlagenvorbereitung für 1.232 und die Übernahme der 674 eigenen und eingereichten Messungsschriften. Nach einer intensiven Testphase, in die die Öffentlich bestellten Vermessungsingenieure (ÖbVI) einbezogen wurden, gelang es, die NAS-Erhebungsdaten sehr zeitnah an die ÖbVI zu übermitteln. Die Übernahme von Messungsschriften verzögerte sich aufgrund der Einarbeitungsphase und der bekannten technischen Probleme auf derzeit bis zu 18 Wochen.

Gutachterausschuss für Grundstückswerte

Die Auswertung von 2.480 Kauffällen mit der neuen Version der Automatisierten Kaufpreissammlung (AKS) erforderte auch in diesem Jahr die volle Konzentration der Mitglieder der Geschäftsstelle des Gutachterausschusses. Hervorzuheben ist, dass der Gutachterausschuss und die Geschäftsstelle in diesem Jahr intensiv in die Diskussion über die Auswirkungen von Fluglärm auf die Immobilienwerte im Umfeld des zukünftigen Flughafens Berlin Brandenburg einbezogen wurden.

Ausbildung

Im Jahr wurden zwei Vermessungstechniker-Auszubildende eingestellt. Die Möglichkeit, den Ausbildungsberuf „Vermessungstechniker“ im Kataster- und Vermessungsamt der Kreisverwaltung zu erlernen, wurde, u. a. beim „Zukunftstag“, bei der „Ausbildungsmesse“ und beim „Tag der offenen Tür“ unter Einbeziehung der Auszubildenden präsentiert. Jugendliche nutzten daraufhin bereits mehrfach die Möglichkeit eines Schülerpraktikums bzw. bewarben sich um einen Ausbildungsplatz.

Antragsstatistik

- Es wurden ca. 2.000 analoge Flurkartenauszüge und Eigentümernachweise erarbeitet und verkauft.
- An die Betreiber von Graphischen Informationssystemen wurden rd. 20.000 km² Katasterinformationen als Geobasisdaten herausgegeben.
- Voreigentümerrecherchen wurden für ca. 1.620 Antragsteller erarbeitet.
- Im Bereich Messungsvorbereitung wurden 1.230 Anträge auf Unterlagenerteilung erarbeitet. Die wiederum um ca. 100 Anträge gestiegene Antragszahl gegenüber dem Vorjahr weist erneut auf eine rege Messtätigkeit und gute Auftragslage der Vermessungsbüros im Landkreis hin.
- Die örtliche Messtätigkeit des Amtes wird durch drei Messtrupps erledigt, sie bildet die Grundlage für die weitere Geometrieverbesserung der Liegenschaftskarte und ist auch künftig eine der Hauptaufgaben der Katasterverwaltung.
- 674 Vermessungsschriften wurden durch Öffentlich bestellte Vermessungsingenieure oder durch das Amt selbst zur Übernahme in das Liegenschaftskataster eingereicht und in die Katasternachweise übernommen.

Bauamt

Sachgebiet Hochbau

Das Sachgebiet Hochbau ist für den Erhalt, die Instandsetzung bzw. Wiedernutzbarmachung sowie für die Erweiterung und Modernisierung des Gebäudebestandes einschl. der dazugehörigen Außenanlagen kreiseigener Liegenschaften zuständig. Dazu zählen ca. 150 Einzelgebäude an 58 Standorten für die Nutzung in den Bereichen Verwaltung, Bildung und Kultur, Rettungswesen, Sozialwesen, Wohnen.

Leistungsschwerpunkte waren neben den allgemeinen Bauunterhaltungs- und Instandsetzungsarbeiten:

- Erweiterung der Rettungswache in Blankenfelde-Mahlow durch Anbau von Büro- und Garagencontainern mit Anpassung der Außenanlagen sowie Umbau im Gebäudebestand.
Baukosten 145.000 €
- Neubau eines Doppel-Carports für Rettungswagen der Rettungswache in Ludwigsfelde mit Anpassung der Außenanlagen.
Baukosten 75.000 €
- Wiedernutzbarmachung des Übergangwohnheims für 120 Asylbewerber/Flüchtlinge in Ludwigsfelde durch umfangreiche Erneuerungsarbeiten an den haustechnischen Anlagen, Neubau einer Brandmeldeanlage und notwendige Renovierungsarbeiten. Diese Arbeiten wurden noch nicht abgeschlossen und dauern bis Februar 2014 an.
Baukosten 120.000 €
- Wiedernutzbarmachung des Übergangwohnheims für 90 Asylbewerber/Flüchtlinge in Luckenwalde, Forststraße, durch umfangreiche Reparaturarbeiten an haustechnischen Anlagen, Fenstern, Türen, Außentreppe, Neuausstattung mit Rauchmeldern und einer zusätzlichen Rettungstreppe, notwendige Renovierungsarbeiten.
Baukosten 150.000 €
- Nutzungsanpassung von zwei Verwaltungsgebäuden der ehemaligen Kreisverwaltung am Standort Luckenwalde, Grabenstraße, als Übergangwohnheim für 80 Asylbewerber/Flüchtlinge durch Reaktivierung und Anpassung haustechnischer Anlagen, Neuaufstellung von Sanitär-Containern, Neubau eines Verbinder-Baus, notwendige Renovierung.
Baukosten 70.000 €
- Komplettsanierung der Damen-Sanitärräume in der Sporthalle des OSZ am Standort Luckenwalde durch vollständige Entkernung der Räume bis auf den Rohbau und Neubau aller haustechnischen Anlagen, Fußböden und Wandbeläge, Neuausstattung mit Sanitärobjekten.
Baukosten 50.000 €
- Brandschutztechnische Baumaßnahmen im Schullandheim Dobbrikow durch Trennung des Treppenaufgangs von den Stichfluren, Einbau einer RWA-Anlage und Ausstattung mit Rauchmeldern.
Baukosten 50.000 €
- Teil-Erneuerung der Holz-Steganlage im Museumsdorf Baruther Glashütte als Zuwegung zu einigen Gebäuden durch Ersatz mit verwitterungsfestem Material. Diese Arbeiten werden in den folgenden Jahren weiterverfolgt, um den Steg zu komplettieren.
Baukosten 45.000 €
- Erneuerung der Dacheindeckung am Sanitärgebäude des Ärztehauses in Zossen, Weinberge, als Folgemaßnahme des vorangegangenen Innenausbaus.
Baukosten 8.000 €

Neben amtsinternen Ingenieurleistungen wurden Ingenieurleistungen für Gebäude-, Tragwerks-, Haustechnikplanung, Bauleitung und Gutachten in Höhe von 92.000 € extern vergeben.

Es erfolgten 62 Ausschreibungen über ein Finanzvolumen von 786.000 € und 336 Auftragsvergaben über ein Finanzvolumen von 1,04 Mio. €. Dabei wurden 87,4% des Auftragsvolumens an Unternehmen im Landkreis vergeben.

Für kreisangehörige Verwaltungen und Gesellschaften wurden 12 baufachliche Stellungnahmen erarbeitet.

Sachgebiet Liegenschaften

Im Haushaltsjahr wurden insgesamt 4 Grundstücksverkäufe vorgenommen. Einnahmen waren nicht eingeplant. Kassenwirksam konnten dabei Einnahmen in Höhe von insgesamt 16.162 € realisiert werden.

Für den Ankauf von Flächen der Flaeming-Skate wurden im vergangenen Jahr insgesamt 16 Kaufverträge für zusammen 53 Flurstücke beurkundet. Darüber hinaus wurden drei weitere Flächen im Rahmen von Bodenordnungsverfahren in das Eigentum des Landkreises übertragen. Außerdem wurden vier weitere Verträge für den Erwerb von Straßen und Radwegen sowie vier Erbbaupachtverträge zum Abschluss gebracht.

Von den geplanten Ausgaben für den Grunderwerb in Höhe von 230.000 € wurden nur 183.635€ in Anspruch genommen. Davon entfielen allein für Altanschließergebühren insgesamt 155.000 € an. Die Ausgaben für Mieten und Pachten beliefen sich im Haushaltsjahr auf rund 90.656 € und liegen damit deutlich unterhalb der geplanten Ausgaben in Höhe von 100.000 €.

Die geplanten Mieteinnahmen in Höhe von 134.000 € wurden um rund 5.852 € überboten. Beim Museumsdorf Glashütte wurden die geplanten Mieteinnahmen in Höhe von geplanten 60.000 € um rund 6.915 € übertroffen. Die geplanten Einnahmen aus der Verwaltung der Berliner Grundstücke durch die Teltower Kreiswerke konnten auch in diesem Jahr wieder sichergestellt werden. Dabei konnten die geplanten Einnahmen in Höhe von 316.000 € nochmals um rund 4.375 € gesteigert werden.

Sachgebiet Straßenwesen

Das Sachgebiet Straßenwesen ist als Straßenbaubehörde für den verkehrssicheren Zustand der Straßen und Wege in der Baulast des Landkreises verantwortlich. Das Straßen- und Wegenetz umfasst 200 km Kreisstraßen, 67 km straßenbegleitende Radwege sowie 216 km Rad- und Skatewege (Fläming-Skate).

Zu den Aufgaben des Sachgebietes gehören:

- betriebliche und bauliche Unterhaltung der Straßen, Radwege, Brücken sowie Straßendurchlässe, die Pflege des Straßenbegleitgrüns wie Bankette, Mulden, Straßenbäume, Hecken und die Organisation des Winterdienstes
- Vorbereitung und Durchführung von Instandsetzungsarbeiten und Erneuerungsmaßnahmen an Kreisstraßen, Radwegen sowie an der Fläming-Skate
- Verwaltung der Kreisstraßen und Radwege (Führung der Straßenverzeichnisse) sowie die Verwaltung der Fläming-Skate
- straßenrechtliche Bearbeitung von Benutzungen der Kreisstraßen und Radwege und der Fläming-Skate (Genehmigungen bezüglich Leitungsverlegungen, Sondernutzungen, Zufahrten, Anbauten und Zustimmungen zu verkehrsrechtlichen Erlaubnissen)
- Erarbeitung von Stellungnahmen im Rahmen der Beteiligung als Träger öffentlicher Belange
- Mitwirkung bei Widmungen und Umstufungen von Straßen
- Ausführung der Straßenaufsicht gegenüber den Gemeinden des Landkreises als Straßenaufsichtsbehörde
- Im Jahr erfolgte die Erarbeitung einer Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Sondernutzung an Kreisstraßen außerhalb der Ortsdurchfahrten.

Die betriebliche Unterhaltung der Fläming-Skate einschließlich deren Reinigung und die Reinigung der Radwege wird durch die Kreisstraßenmeisterei übernommen. Dagegen werden die Leistungen der betrieblichen und baulichen Unterhaltung der Kreisstraßen, Brücken und Radwege (Pflege des Begleitgrüns und der Bankette, Verkehrsbeschilderung, Erneuerung von Leitpfosten, Leiteinrichtungen und Fahrbahnmarkierungen, Reparatur von Fahrbahndecken) sowie der baulichen Unterhaltung der Fläming-Skate überwiegend an entsprechende Fachfirmen vergeben. Hierbei wurden 2013 Aufträge mit einem Wertumfang von ca. 1.200.000 € vergeben. Der Winterdienst auf den Kreisstraßen erfolgt durch Beauftragung regionaler Firmen nach Ausschreibung, die den Winterdienst eigenverantwortlich durchführen. Dem Sachgebiet obliegen die Kontrolle der durchgeführten Leistungen und die Festlegung von Einsatzgrundsätzen.

Da der Landkreis im Jahr keinen genehmigten Haushalt hatte, konnten unter Beachtung des § 69 „Vorläufige Haushaltsführung“ der BbgKVerf nur die unabwendbaren bzw. unaufschiebbaren Aufgaben durchgeführt werden. Es muss festgestellt werden, dass die durchzuführenden Pflichtaufgaben nicht vollumfänglich realisiert werden konnten. Die Unterhaltung der Fläming-Skate wurde begonnen, jedoch ist der Unterhaltungsrückstau weiterhin massiv, sodass auch im Jahr 2014 und in den Folgejahren beträchtliche finanzielle Mittel einzustellen sind. Gleiches gilt für die Instandsetzung bzw. Erneuerung der straßenbegleitenden Radwege sowie der Kreisstraßen, insbesondere im südlichen Bereich.

Im Rahmen der Durchführung von Instandsetzungen, Erneuerungen und des Neubaus von Straßen, Brücken und Radwegen wurden folgende Bauvorhaben durchgeführt bzw. begonnen:

- Instandsetzung der Entwässerungsanlagen an den Kreisstraßen K 7218, K 7220, K 7223 und K 7238
- Vorbereitung der Instandsetzung der Kreisstraße K 7236, Ortsdurchfahrt Groß Machnow
- Partielle Fahrbahnsanierung auf Kreisstraßen zur Herstellung der Verkehrssicherheit
- Partielle Fahrbahndeckenerneuerung mittels Gussasphalt auf Kreisstraßen
- Neubau Radweg an der B 246, OV Löwendorf-Schönhagen
- Instandsetzung Flaeming-Skate, Umbau Stegrampe in Wiepersdorf
- Instandsetzung Flaeming-Skate, RK 1, RK 2, RK 3, RK 4, S2; S4, S5, S 6, S 11

Folgende Landschaftsbaumaßnahmen bzw. landschaftspflegerische Begleitmaßnahmen sowie Prüfungen und Analysen wurden durch- bzw. weitergeführt:

- Bekämpfung des Eichenprozessionsspinner an Bäumen entlang der Kreisstraßen und der Flaeming-Skate sowie auf Schulhöfen
- Pflege- und Ersatzmaßnahmen, Alleeaufbau, verkehrssichernde Maßnahmen (z. B. Mahd, Baumschnitt, Fällungen) sowie Fertigstellungs- und Entwicklungspflege
- Reinigung von Regenentwässerungsanlagen und Abscheideranlagen im Zuge von Kreisstraßen
- Zustandsanalyse des Regenentwässerungssystems in der Kreisstraße K 7241, Ortslage Genshagen
- Bauwerksprüfungen von Brücken und Durchlässen im Zuge von Kreisstraßen

Kreisstraßenmeisterei

Zur Erfüllung der Pflichtaufgaben und zur Gewährleistung der Sicherheit auf den Kreisstraßen, begleitenden Radwegen sowie der Flaeming-Skate und auf den Liegenschaften hat die Kreisstraßenmeisterei folgende Tätigkeiten ausgeführt:

- Kontrolle der Kreisstraßen, Radwege und der Flaeming-Skate
- Unterhaltung und Erneuerung von Verkehrszeichen und Leiteinrichtungen, sowie die Umsetzung verkehrsrechtlicher Anordnungen
- Reinigungsarbeiten an Leitpfosten (Waschen usw.)
- Bankettpflege
- Wild- und Baumwuchsbeseitigung/Baumpflege
- Beseitigung von Unfallschäden am Fahrbahnrand
- Randstreifen- und Herbstmahd auf der Flaeming-Skate
- Unterhaltung der Rastplätze und Schutzhütten
- Winterdienst auf den Radwegen entlang der Kreisstraßen
- Winterdienst auf der Skaterbahn
- Loipe für den Wintersport auf der Flaeming-Skate vorbereitet/ hergestellt
- Absicherung und Unterstützung von Veranstaltungen auf Kreisstraßen bzw. Rad- und Skatewegen, Filmaufnahmen, Skateveranstaltungen (Behindertenfest usw.)

Die Absicherung der Flaeming-Skate gewann auch in diesem Jahr zunehmend an Bedeutung für die tägliche Arbeit. Durch die Pflege und Unterhaltung der kreiseigenen Liegenschaften mit dem Schwerpunkt des Museumsdorfs Glashütte ist der gesamte Aufgabenbereich gewachsen.

Dezernat V

Jugendamt

Allgemeines

Das Aufgabenspektrum des Jugendamtes reicht von der Organisation einer qualitätvollen Kinderbetreuung über die Erziehungsberatung, den Schutz des Kindeswohls und die Förderung von Jugendlichen bis hin zur Schaffung einer kinder- und familienfreundlichen Umwelt. Dabei setzt das Jugendamt auf vorbeugende, familienunterstützende Angebote, die dazu beitragen, positive Lebensbedingungen für Familien zu schaffen.

Stabsstelle

Controlling und Berichtswesen

Im Rahmen des Projektes "Gemeinsame Datenerfassung für Leistungen nach dem SGB VIII" beteiligt sich der Landkreis – neben allen anderen Landkreisen und kreisfreien Städten Brandenburgs – am Aufbau einer Datenbank für Leistungen nach dem SGB VIII. Neben der Erfassung und Auswertung von Strukturdaten der Teilnehmer sollen im Projekt insbesondere Daten erfasst und ausgewertet werden, die auf der Ebene der örtlichen Jugendhilfeträger einen Vergleich von leistungs- und einrichtungsbezogenen Jugendhilfeaufwendungen und somit eine einheitliche Vertragsverhandlung mit den Leistungsanbietern ermöglichen. Die erste Probeerhebung fand im Dezember 2013 statt.

Das Jahr war schwerpunktmäßig darauf ausgerichtet, das Controlling und Berichtswesen im Jugendamt weiter auszubauen. Nachdem im Rahmen einer Vorstudie zu Beginn des Jahres die Bedarfe der Amts- und Sachgebietsleitungen erhoben wurden, erfolgte im nächsten Schritt die Erarbeitung eines Ziel- und Kennzahlenkatalogs. Die Erarbeitung stellt sich auf Grund der Komplexität und der Vielseitigkeit der Aufgaben im Jugendamt als sehr arbeitsintensiv dar. Es ist avisiert, den Ziel- und Kennzahlenkatalog bis spätestens Mitte 2014 fertigzustellen.

Mit dem Jugendhilfebericht in Zahlen, der erarbeitet und Ende des Jahres im Entwurf den Mitgliedern des Jugendhilfeausschusses vorgestellt wurde, hat das Jugendamt nunmehr wieder an die bis 2010 jährlich erschiene Berichtsreihe des Jugendamtes angeknüpft. Ziel ist es, diesen Bericht zukünftig wieder jährlich, jeweils im 4. Quartal, zu veröffentlichen, um somit die interessierte Fachöffentlichkeit regelmäßig über Entwicklung der Jugendhilfe im Landkreis zu informieren.

ADV-Administration

Im Jugendamt wurde die bisherige Fachamtsoftware LogoData auf die neue Web-Version umgestellt. Von dieser Umstellung sind insgesamt 65 Arbeitsplätze im Jugendamt betroffen. Begonnen wurde in der ersten Phase mit den Arbeitsplätzen der Wirtschaftlichen Jugendhilfe und des Sozialpädagogischen Dienstes, in der 2. Phase mit der Umstellung der Arbeitsplätze des Unterhaltsvorschuss-, Beistandschafts- und Vormundschaftsbereiches.

Kinderschutzkoordination

Die Arbeit der Kinderschutzkoordinatorin ist vielfältig und umfasst neben der Weiterentwicklung des Netzwerkes Kinderschutz die operative Beratung des Sozialpädagogischen Dienstes in besonderen Einzelfällen wie auch die Planung, Umsetzung und Kontrolle von Maßnahmen zur Qualitätssicherung im Bereich Kinderschutz.

Im Rahmen der Netzwerk­tätigkeit wurden durch die Kinderschutzkoordinatorin zahlreiche Aktivitäten unternommen, um die Arbeit im und die Zusammenarbeit zum Kinderschutz weiter zu verbessern. Dabei sind besonders hervorzuheben:

➤ *Fortbildungen*

Die wiederkehrenden und teilweise aufeinander aufbauenden Fortbildungsangebote zu den Themen Kommunikation, Kindeswohlgefährdung, sexuelle Misshandlungen von Kindern und Jugendlichen wurden auch in diesem Jahr sehr gut angenommen. Alle Fortbildungsangebote waren voll belegt, es gab positive Rückmeldungen zur Organisation und zu Inhalten. Sie wurden über das Budget Kinderschutz des Landkreises finanziert und waren somit für die Teilnehmenden kostenfrei.

➤ *„insoweit erfahrene Fachkräfte“*

Es erfolgte eine Neuregelung zur Tätigkeit der „insoweit erfahrenden Fachkräfte“ (ieFk) nach § 8a SGB VIII, da die bisherige Regelung Ende 2012 regulär endete. Seit 2013 gehen die Anfragen zur Einschaltung einer externen ieFk zunächst zentral ein. Je nach Kapazität führt sie die Beratung selbst durch oder leitet die Anfrage an eine weitere qualifizierte Mitarbeiterin im Jugendamt weiter, die dafür ein Stundenkontingent hat. Darüber hinaus gibt es einen Pool von ieFk von freien Trägern, die ebenfalls eingesetzt werden können.

Für Anfragen von Berufsgeheimnisträgern und Personen, die mit Kindern und Jugendlichen arbeiten, die also nach der gesetzlichen Grundlage des § 8b SGB VIII oder § 4 Abs. 2 KKG tätig sind, stehen die beiden Erziehungs- und Familienberatungsstellen des Landkreises zur Verfügung. Die Kosten der Beratung trägt ebenfalls das örtliche Jugendamt.

➤ *Projektarbeit*

In diesem Jahr entstand im Netzwerk Kinderschutz die Idee, ein kunstpädagogisches Projekt zum Thema Kinderrechte in der stationären Jugendhilfe durchzuführen. Kinder der Einrichtungen des GfB Siethen und des MKD Ludwigsfelde arbeiteten mit finanzieller Unterstützung des Landkreises von August bis Oktober mit einer externen Kunstpädagogin zum Thema. Die Ergebnisse des Projektes wurden in einer Ausstellung im Kreishaus in der Zeit vom 22. November bis 9. Dezember präsentiert. Ausstellungseröffnung war am 22. November im Rahmen des 5. Fachtages Kinderschutz.

➤ *5. Fachtag Kinderschutz*

Am 22. November fand der 5. Fachtag Kinderschutz in der Kreisverwaltung in Luckenwalde statt. Thematischer Schwerpunkt waren die Kinderrechte. Mit ca. 130 Teilnehmern, überwiegend Fachkräfte der Jugendhilfe und Schulen, aber auch Vertretern von Polizei, Gesundheitswesen und Jobcenter fand der Fachtag guten Zuspruch. Das bunte Programm, bestehend aus Vorträgen, Fachkräfteaustausch, Schülerband und Ausstellungseröffnung, wurde wiederholt positiv bewertet.

Jugendhilfeplanung

➤ *Kita-Bedarfsplanung*

Die „Fortschreibung der Bedarfsplanung des Landkreises Teltow-Fläming zur Kindertagesbetreuung für den Zeitraum 2014 bis 2017“ basiert auf der Grundlage des § 79 des Achten Buches des Sozialgesetzbuches – Kinder- und Jugendhilfe – (SGB VIII) und des § 12 des Zweiten Gesetzes zur Ausführung des SGB VIII – Kindertagesstättengesetz (KitaG) des Landes Brandenburg.

Ziel dieser Planung ist es, die mittelfristige Entwicklung des Platzbedarfes festzustellen. Sie soll Aussagen darüber treffen, ob der Bestand an Angeboten der Kindertagesbetreuung zur Gewährleistung des Rechtsanspruchs für Kinder der entsprechenden Altersgruppen (von Vollendung des ersten

Lebensjahres bis unter 3 Jahre, 3 bis unter 6 Jahre, 6 bis unter 12 Jahre) ausreichend ist bzw. welche anderen bedarfsgerechten Angebote entwickelt werden müssen.

Die Prüfung für rechtsanspruchserfüllende Angebote der Kindertagesbetreuung erfolgte nach folgenden Kriterien:

- der Vereinbarkeit von Familie und Beruf
- dem Wunsch- und Wahlrecht der Eltern,
- der Erreichbarkeit/dem Wohnortprinzip
- der wohnortnahen Versorgung für Kinder mit Behinderungen
- der Realisierung des Förderauftrages
- den qualitativen Anforderungen
- der Angebotsvielfalt (Krippe, Kindergarten, Hort, alternative und ergänzende Angebote) und
- einer Trägervielfalt.

Die zentrale Kennziffer für die Ermittlung des künftigen Platzbedarfes ist die Versorgungsquote. Der Landkreis geht dabei von einheitlichen Versorgungsquoten für die unterschiedlichen Altersgruppen aus:

- im Jahre 2014 von 60 % und ab 2015 von 70 % für Kinder bis zum vollendeten
- 3. Lebensjahr
- 110% für Kinder bis zur Vollendung des sechsten Lebensjahres (bis zum Schuleintritt)
- 70% für Kinder im Grundschulalter.

In der Gesamteinschätzung für den Landkreis auf der Grundlage der festgelegten Versorgungsquoten ist davon auszugehen, dass der Bedarf an Plätzen für Kinder vom vollendeten ersten bis zum vollendeten sechsten Lebensjahr gedeckt werden kann. Im Hortbereich kommt es vor allem 2014 zu einem Fehlbedarf, der durch die Schaffung von neuen Plätzen und durch alternative Angebote (andere Angebote für Grundschulkinder) in den betreffenden Kommunen behoben werden soll. Es kann allerdings sein, dass der prognostizierte Bedarf im Planungszeitraum zu Änderungen in der Bedarfsdeckung führt, da diese von der tatsächlichen Entwicklung der Geburten, von der Nachfrage an Betreuungsplätzen insbesondere für Kinder bis zur Vollendung des dritten Lebensjahres und von der Inanspruchnahme des Betreuungsgeldes abhängig ist.

Die Fortschreibung der Bedarfsplanung zur Kindertagesbetreuung im Landkreis Teltow-Fläming für den Zeitraum 2014 bis 2017 soll in der Sitzung am 24.02.2014 vom Kreistag beschlossen werden.

➤ *Kinderbetreuungsfinanzierung 2013 bis 2014: Votierung von zusätzlichen Investitionsmitteln im Rahmen des Fiskalpakts*

Dem Landkreis wurden aus dem Zusatzkontingent Mittel in Höhe von 1.100.000 € zur Verfügung gestellt. Die zusätzlichen Bundesmittel waren nur für die Schaffung neuer Plätze einzusetzen, wobei als neue, zusätzliche Plätze auch solche galten, die ohne Erhaltungsmaßnahmen sonst wegfallen wären.

Für den Landkreis sind aus dem Fiskalpakt Mittel in Höhe von insgesamt 654.955,57 € für Einrichtungen in der Stadt Luckenwalde, der Stadt Jüterbog sowie in der Gemeinde Nuthe-Urstromtal positiv votiert.

➤ *Qualitätsentwicklung und Qualitätsdialog*

Um die Qualität der Arbeit im Jugendamt zu gewährleisten, wurde der 2011 begonnene Qualitätsdialog mit den freien Trägern der Jugendhilfe fortgesetzt.

Neben der Umsetzung der bereits 2012 überprüften und veränderten Standards und Verfahrensregeln wurden schwerpunktmäßig die Standards der ambulanten sozialpädagogisch-therapeutischen Hilfen (§§ 27.3 SGB VIII), wie auch der teilstationären (§ 32 SGB VIII) und stationären Hilfen (§ 34/ § 41 SGB VIII) auf den Prüfstand gestellt. Gemeinsam mit den freien

Trägern der Jugendhilfe wurden in diesen Hilfen ebenfalls Mindeststandards erarbeitet. Diese werden nach Beschlussfassung durch den Jugendhilfeausschuss 2014 Anwendung finden.

Neben dem Qualitätsdialog mit den freien Trägern bedarf es aber auch einer internen Qualitätsdebatte, um Kernprozesse wie z. B. die Hilfeplanung auch im Blickwinkel von Prozessoptimierung zu überprüfen und weiterzuentwickeln. Es wurde daher auch konsequent an der Optimierung des Hilfeplanungsprozesses gearbeitet.

Die Ergebnisse der externen wie auch internen Qualitätsdebatte fließen in das „*Qualitätshandbuch für die sozialpädagogische Arbeit in der Jugendhilfe*“ ein.

Sachgebiet Jugend- und Familienförderung

Familienförderung und Frühe Hilfen

Die Allgemeine Förderung der Erziehung in der Familie legt den Schwerpunkt auf Familienförderung und Frühe Hilfen. Dies hat als Ziel, die Familie zu stärken und bereits werdende Eltern bzw. Eltern und andere Erziehungsberechtigte in ihrer Erziehungskompetenz zu fördern.

Zur Umsetzung dieser Aufgabe ist im Jugendamt des Landkreises nach mehrjähriger Vakanz im 1. Halbjahr 2013 eine Stelle Familienbildung eingerichtet worden. Zudem wurde über das Bundesprogramm Frühe Hilfen eine halbe Personalstelle Frühe Hilfen eingerichtet.

Hier wurden insbesondere Angebote, die es innerhalb des Landkreises zur präventiven Unterstützung von (werdenden) Eltern gibt, entsprechend der Bedarfe von Familien abgestimmt und auch neue Angebote initiiert. Dazu wurde die Richtlinie zur Allgemeinen Förderung der Erziehung in der Familie neu formuliert und strukturiert mit nunmehr zwei Fördersträngen - Auf- und Ausbau von Familienzentren und die Förderung von einzelnen Angeboten.

Im Oktober begann die Förderung des ersten Familienzentrums im Landkreis. Der Standort liegt in Dahme/Mark, Träger ist der ASB Luckau/Dahme e.V. Mit weiteren sechs interessierten Trägern der Jugendhilfe wurden Sondierungsgespräche zum Auf- und Ausbau von Familienzentren durchgeführt. Außerdem fanden Vor-Ort-Termine in der Gemeinde Niederer Fläming und in Jüterbog statt.

Im Bereich der präventiven Arbeit der Erziehungs- und Familienberatungsstellen sind Quartalsgespräche gemeinsam mit der Jugendamtsleitung, der Volkshochschule und dem Netzwerk Gesunde Kinder geführt worden. Die Veranstaltungen dieser Anbieter von Familienbildung sind im November bezüglich ihrer Frequenz und Anzahl bzw. ihres Veranstaltungsortes ausgewertet worden. Daraus ist die Ausrichtung der Angebote im Jahr 2014 erarbeitet worden.

Der Landkreis beteiligt sich seit 2012 u. a. in Kooperation mit freien Trägern der Jugendhilfe und dem Netzwerk Gesunde Kinder Teltow-Fläming an dieser Initiative. Die Bundesinitiative ist vorerst von 2012 bis 2015 gemäß § 3 Abs. 4 KKG (Bundeskinderschutzgesetz) initiiert. Sie legt Schwerpunkte im Bereich Vernetzung, Einsatz von Familienhebammen und Einsatz von Ehrenamtlichen. Die Grundlage im Landkreis Teltow-Fläming ist ein Rahmenkonzept.

Im Rahmenkonzept des Landkreises sind folgende Schwerpunkte gesetzt worden:

1. Erstellung einer Angebots- und Leistungsdatenbank zu Frühen Hilfen im Landkreis
2. Entwicklung eines Familienbegleitbuches – Informationen für junge Eltern
3. Aufbau eines Arbeitskreises Frühe Hilfen innerhalb des Netzwerkes Kinderschutz
4. Hausbesuche durch einen Baby-Begrüßungsdienst
5. Einsatz von Familienhebammen

Kindertagesbetreuung

Das Jugendamt als örtlicher Träger der öffentlichen Jugendhilfe hat sich das Ziel gesetzt, neben der Gewährleistung eines bedarfsgerechten Angebotes an Betreuungsplätzen, die Qualität in der Kindertagesbetreuung durch Mindestanforderungen zu sichern und auszubauen.

Am 09.04.2008 wurden unter dieser Zielsetzung die „Grundsätze des Landkreises Teltow-Fläming für Kindertagesstätten und Kindertagespflege“ beschlossen. Diese stellen für den Planungszeitraum bis 2012 die Grundlage zur Qualitätsentwicklung in der Kindertagesbetreuung dar.

Im Zusammenhang mit der Fortschreibung des Bedarfsplanes 2013 bis 2017 sind die fachlichen Kriterien zur geforderten Qualität auf ihre Akzeptanz, Umsetzung und fachpolitische Aktualität hin überprüft und überarbeitet worden. Daraus sind Mindestanforderungen an die Qualität für die Kindertagesbetreuung und Kindertagespflege im Landkreis für „alternative Angebote“ nach § 1 (4) KitaG Brandenburg und „ergänzende Angebote“ nach § 1 (4) S. 2 KitaG Brandenburg entwickelt worden. Auf diese Weise trägt der Landkreis dem Anspruch der Vereinbarkeit von Familie und Beruf Rechnung.

Das Thema „Sprachförderung in der Kindertagesbetreuung“ war auch in diesem Jahr ein Schwerpunkt. Weitere 10 Kitas aus dem Landkreis konnten an der Qualifizierung „Sprachförderung und Kommunikation in Kitas – Sprachförderung von Anfang an!“ teilnehmen. Um eine Nachhaltigkeit zu erreichen, fand bzw. findet fortlaufend zweimal jährlich ein moderierter Fachaustausch mit allen Kitas mit dem Schwerpunkt Sprache statt. Zusätzlich fanden für alle anderen interessierten Einrichtungen Fortbildungstage zum Thema Sprache statt.

Elterngeld

Eine wichtige Unterstützung für Familien nach der Geburt eines Kindes sind die Leistungen nach dem Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz (BEEG).

Im Jahr wurden insgesamt 1.711 Anträge auf Elterngeld gestellt, das sind im Vergleich zu 2011 284 und zu 2012 125 mehr Anträge. Der Anteil der Alleinerziehenden liegt im Vergleich zu den verheirateten Eltern jeweils über 50 %. Weiterhin ist tendenziell festzustellen, dass die Anzahl der antragstellenden Väter stetig zunimmt.

Eine weitere Leistung des BEEG ist das Betreuungsgeld ab 01.08.2013. So erhalten Eltern, die für ihr Kind im zweiten und dritten Lebensjahr keine öffentlich geförderte Betreuung in Anspruch nehmen, monatlich 100 € Betreuungsgeld. Dieses erhöht sich ab 01.08.2014 auf 150 €. Im Jahr wurden insgesamt 115 Anträge gestellt.

Sachgebiet Familienunterstützende Hilfen

Das Sachgebiet setzt sich aus dem Sozialpädagogischen Dienst (SpD) einschließlich der Spezialdienste Jugendgerichtshilfe und Pflegekinderdienst zusammen.

Das Jahr stand für das Sachgebiet im Zeichen von organisatorischen und personellen Veränderungen. Überlegungen führten zu Veränderungen der Arbeitsabläufe im SpD. Zur Bewältigung der laufenden Arbeitsaufgaben der Sozialarbeiter des SpD wurde ein neues Sprechstundenmodell entwickelt, das der besonderen Arbeitssituation des SpD am Standort Luckenwalde und den Außenstellen Rechnung trägt. Es verbessert zugleich die Erreichbarkeit und Bürgerfreundlichkeit des SpD im Landkreis. Dieses Modell hat sich bewährt.

Sozialpädagogischer Dienst

Allgemeine Beratungsaufgaben

Der Sozialpädagogische Dienst berät Kinder, Jugendliche, Eltern und Familien zu vielfältigen Fragen, Anliegen und Problemstellungen.

Väter und Mütter haben im Rahmen der Jugendhilfe (§§ 17/18 SGB VIII) Anspruch auf Trennungs-, Scheidungs- und Umgangsberatung. Wie bereits im Bericht vom Jahr 2012 angekündigt, wurden dafür die Erziehungs- und Familienberatungsstellen der AWO und des DRK sowie des ASB Dahme/Luckau akquiriert. Dies erfolgte aufgrund der massiven Nachfragen und dient der weiteren Qualitätssteigerung für diese Leistung.

Seit Juli wurden an betroffene Eltern, die sich außergerichtlich einigen möchten, 179 Beratungsgutscheine für jeweils bis zu 5 Sitzungen ausgestellt. Die Beratungen haben zum Ziel, die Eltern bei der Entwicklung einer einvernehmlichen Lösung in der Wahrnehmung der elterlichen Sorge zu unterstützen. Die Beratungen im Bereich Trennung, Scheidung und Umgang außerhalb eines familiengerichtlichen Verfahrens (§ 50 SGB VIII) lassen sich statistisch zurzeit nicht darstellen. Sie werden nach wie vor vom SpD geleistet, wenn die Betroffenen die Beratung durch das Jugendamt wünschen.

Mitwirkung in Verfahren vor den Familiengerichten

Nicht selten handelt es sich jedoch um bereits gerichtsanhängige hochstrittige Verfahren im Rahmen der Scheidung, des Umgangs, um Sorgerechts- und Teilsorgerechtsanträge mit entsprechend zeitintensiven Beratungsprozessen. Diese erfordern hohe beraterische Kompetenzen. Ergänzend zu den bereits genannten Verfahren ist die Mitwirkung des Jugendamtes gemäß § 50 SGB VIII in weiteren notwendigen Familiengerichtsverfahren im Rahmen von Kindeswohlgefährdungen (§§ 1666 BGB und § 8a SGB VIII) erforderlich. So war das Jugendamt, hier der SpD, in 656 familiengerichtsanhängige Verfahren involviert.

Erzieherische Hilfen und Hilfeplanung gemäß §§ 27 - 41 SGB VIII

Der Leistungskatalog der Hilfen zur Erziehung gemäß 27 ff SGB VIII umfasst ein Spektrum ambulanter, teilstationärer und stationärer Hilfen für Kinder und Jugendliche sowie Hilfen für junge Volljährige. Die Hilfen ergänzen oder ersetzen die Erziehung in der Familie und müssen von den Sorgeberechtigten beim Jugendamt beantragt werden. Die Anspruchsvoraussetzungen liegen vor, wenn eine dem Wohl des Kindes oder Jugendlichen entsprechende Erziehung nicht oder nicht ausreichend gewährleistet ist und wenn die einzurichtende Hilfe seinem Bedarf entsprechend geeignet und notwendig ist.

Das Einrichten, Steuern und Organisieren von Jugendhilfeleistungen im Rahmen der Hilfen zur Erziehung ist neben den Beratungstätigkeiten das Hauptarbeitsfeld des SpD. Hier fällt in der Regel der höchste Arbeitsaufwand an, da die Koordination von und die Kommunikation in Helfersystemen eine äußerst komplexe Aufgabe darstellt, welche wenig Raum für Routine lässt. Die bisherigen Entwicklungen im Bereich der Hilfen zur Erziehung für das Jahr 2013 zeigten, dass sich die seit einigen Jahren steigenden Fallzahlen im Berichtsjahr auf relativ hohem Niveau eingependelt haben.

Schutzauftrag bei Kindeswohlgefährdung

Kinderschutz hat eine doppelte Funktion. Zunächst sollen vor allem die Eltern in ihrer Erziehungsverantwortung unterstützt und gestärkt werden. Falls diese jedoch nicht in der Lage oder bereit sind, für die eigenen Kinder zu sorgen, kann nicht gewartet werden. Nach Einschätzung der Gefährdung müssen die Sozialarbeiter des SpD notfalls gegen den Willen der Sorgeberechtigten intervenieren. Zur Einschätzung der Gefährdung wird im Landkreis nach einem einheitlichen festgelegten Verfahren vorgegangen. Zur fundierten Einschätzung einer Gefährdung ist in der Regel ein Hausbesuch von zwei Sozialarbeitern erforderlich.

Die Umsetzung der Einrichtung eines Krisennotdienstes, wie im Bericht 2012 angekündigt, konnte in diesem Jahr nicht umgesetzt werden und wird auch nicht vor dem 1. Januar 2015 erfolgen können.

Somit sichert das Sachgebiet der Familienunterstützenden Hilfen den Kinder- und Jugendnotruf des Landkreises an 365 Tagen rund um die Uhr ab. Diese Aufgabe erfordert eine hohe fachliche Kompetenz und persönliches Engagement.

Jugendgerichtshilfe

Die beiden sozialpädagogischen Fachkräfte der Jugendgerichtshilfe unterstützen Jugendliche (14–17 Jahre) und Heranwachsende (18-21) Jahre im Strafverfahren sowie deren Eltern in folgenden Bereichen:

- Beratung und Betreuung im gesamten gerichtlichen Verfahren
- Durch Kontaktaufnahme mit dem jungen Menschen (bei Jugendlichen auch mit seinen Eltern oder Erziehungsberechtigten) wird geprüft, ob Leistungen der Jugendhilfe oder andere sozialpädagogische Maßnahmen zur Verbesserung der weiteren Entwicklungsbedingungen in Betracht kommen.
- Dem Staatsanwalt und dem Jugendrichter werden in sämtlichen Stadien des Verfahrens, insbesondere auch vor der Hauptverhandlung, Entscheidungshilfen durch die Darlegung der erzieherischen, sozialen und sonstigen jugendhilferelevanten Gesichtspunkte gegeben.
- Ferner erfolgt die Begleitung bzw. Überprüfung von Weisungen und Auflagen des Gerichtes, z. B. die Vermittlung von Sozialstunden und sonstigen ambulanten Maßnahmen, die nach dem Jugendgerichtsgesetz (JGG) angeordnet werden. Dies beinhaltet auch die Zusammenarbeit und die entsprechenden Mitteilungen an das Gericht und die Staatsanwaltschaft über den Verlauf dieser Maßnahmen. Die Ableistung von Sozialstunden kann in kommunalen oder gemeinnützigen Einrichtungen erfolgen. Leider bleibt festzustellen, dass es immer weniger Einrichtungen gibt, die bereit, sind Jugendliche zur Ableistung von Sozialstunden aufzunehmen.

Pflegekinderdienst (PKD)

Die Aufgabe des PKD nach dem SGB VIII umfasst die Vollzeitpflege als vom Jugendamt geplante Hilfe zur Erziehung gemäß § 27 i.V.m. § 33 SGB VIII, die erlaubnisfreie Verwandtenpflege sowie die gemäß § 44 SGB VIII erlaubnispflichtige Aufnahme von Kindern in den eigenen Haushalt.

Alle Personen, die ein Kind in ihren Haushalt aufnehmen wollen, haben vor und während der Aufnahme eines Pflegekindes Anspruch auf Beratung und Unterstützung durch das Jugendamt (§ 37 Abs. 2 SGB VIII). Das Jugendamt muss dabei sicherstellen, dass eine dem Wohl des Kindes oder des Jugendlichen förderliche Erziehung durch die Pflegeperson gewährleistet wird. Im Rahmen von Hilfen zur Erziehung soll Kindern und Jugendlichen mit einer Vollzeitpflege ermöglicht werden, unter den Voraussetzungen des § 33 SGB VIII außerhalb ihres Elternhauses in familialen Bezügen aufzuwachsen.

Die Akquise und Überprüfung von neuen Pflegefamilien hat in Anbetracht steigender Bedarfe einen hohen Stellenwert und wird künftig noch stärker anzugehen sein. Dazu dienen u. a. Informationsabende und individuelle Gesprächsangebote für ggf. zukünftige Pflegeeltern (Bewerberinteressenten).

Im Jahr konnten 7 neue Pflegeelternpaare gewonnen, geschult und 4 davon bereits belegt werden.

Insgesamt werden 122 Pflegestellen (=Pflegeelternpaare und Einzelpersonen) mit 159 Pflegekindern vom PKD betreut.

Sachgebiet Unterhalt

Sicherung von Unterhalt für minderjährige Kinder

➤ Beistandschaft und die Beratung und Unterstützung

Sofern die Eltern von minderjährigen Kindern die Vaterschaft und die Unterhaltspflicht nicht selbstständig klären können oder wollen, hat das Elternteil, in dessen Obhut sich das Kind/die Kinder befinden die Möglichkeit, den Bereich Beistand zu bevollmächtigen die Vaterschaft und Unterhaltshöhe festzustellen und die Leistung gegebenenfalls durchzusetzen.

Im Jahr wurden im Jugendamt 1475 Beistandschaften geführt. Gegenüber dem Jahr 2012 mit 1329 Beistandschaften ist ein Anstieg der ständig vertretenen Kinder um 12% zu verzeichnen.

Darüber hinaus unterstützte das Jugendamt in 1104 Fällen bei der Klärung der Vaterschaft und des Unterhaltes. Gegenüber dem Jahr 2012 mit 1092 Fällen ist auch in der Beratung und Unterstützung ein leichter Anstieg zu verzeichnen.

➤ Beurkundungen

Im Jugendamt werden Beurkundungsleistungen angeboten. Diese Urkunden dienen der Rechtssicherheit minderjähriger Kinder und beinhalten Verwandtschaftsanerkennungen, Sorgeerklärungen und Unterhaltsverpflichtungen (Titel).

Im Jahr wurden insgesamt 1330 Urkunden aufgenommen, davon waren 503 Vaterschaftsanerkennungen, 560 Sorgeerklärungen und 267 Unterhaltsverpflichtungen. Gegenüber dem Vorjahr ist hier ein Anstieg um 225 Urkunden zu verzeichnen. Die Beurkundungen sind beim Landkreis derzeit noch kostenfrei. Der Landkreis hat die Möglichkeit, die Erhebung von Gebühren und Auslagen für Beurkundungen und Beglaubigungen durch Satzung zu regeln und bereitet gegenwärtig den Beschluss einer Gebührensatzung vor.

Darüber hinaus werden gesetzlich übergegangene Unterhaltsansprüche der Länder und Jobcenter auf Antrag zugunsten betreffender Leistungsträger umgeschrieben. Im Jahr waren es 50 Titelumzeichnungen, die zur Sicherung von Unterhaltsansprüchen dienen, sowie die Erteilung von 11 weiteren vollstreckbaren Unterhaltsurkunden. Auch hier ist gegenüber dem Vorjahr eine leichte Steigerung um 5 Ausfertigungen zu verzeichnen.

➤ Unterhaltsvorschussleistungen

Für Kinder, die keinen oder nicht ausreichenden Unterhalt vom unterhaltsverpflichteten Elternteil erhalten, gewährt das Jugendamt an getrennt lebende Elternteile Unterhaltsvorschussleistungen. Diese Leistungen können für Kinder bis zum vollendeten 12. Lebensjahr und für längstens 72 Monate gewährt werden. Die Unterhaltsvorschussleistungen werden aus Landes- und Bundesmitteln finanziert. Für die Unterhaltsschuldner besteht eine Rückzahlungspflicht, soweit sie leistungsfähig sind. Der Rückgriff auf die Unterhaltsschuldner stellt im Verhältnis zur Leistungsgewährung den weitaus größeren Aufgabenanteil dar. Er ist im Allgemeinen mit jahrelangen Einzugsverfahren und gerichtlichen Durchsetzungsmaßnahmen verbunden.

Im Jahr wurden insgesamt 2.183.466,00 € Unterhaltsvorschussleistungen gewährt und 607.598,00 € wieder zurückgeholt. Das entspricht einer Rückforderungsquote i. H .v. 27,8 % (Stand 5.12.2013).

Damit konnte der Landkreis die Rückforderungsquote gegenüber dem Vorjahr um 1,9 % steigern und liegt weiterhin an der Spitze der Jugendämter im Land Brandenburg. Der Landesdurchschnitt lag 2012 bei 16,98 %. Für das Jahr 2013 ist der Landesdurchschnitt noch nicht veröffentlicht.

➤ *Gewinnung ehrenamtlicher Einzelvormünder*

Das Jugendamt muss im Rahmen seiner Gesamtverantwortung der Gewährleistungsverpflichtung nach § 79 SGB VIII in Verbindung mit § 53 SGB VIII gerecht werden und ausreichend Vormünder bereitstellen. Dazu gehört auch die Gewinnung, Schulung und Begleitung von ehrenamtlichen Einzelvormündern. Zur Wahrnehmung der Aufgabe einer breiter angelegten Gewinnung, Schulung und Begleitung von ehrenamtlichen Einzelvormündern als bisher sind Strukturveränderungen notwendig, die organisatorische Maßnahmen innerhalb des Jugendamtes erfordern und sich auch auf die Arbeit der Jugendhelferträger niederschlagen können. So wird gegenwärtig geprüft, ob Träger der Jugendhilfe bereit sind, Aufgaben der Gewinnung, Schulung und Begleitung von ehrenamtlichen Einzelvormündern zu übernehmen. Dazu hat das Jugendamt einen Informationsprozess angestoßen und sucht Partner für die Zusammenarbeit. Ziel soll es sein, Aufgabenübertragungen auf Träger der Jugendhilfe einzurichten, um perspektivisch der gesetzlichen Vorschlagspflicht zur Abwendung und Abgabe von Amtsvormundschaften gerecht zu werden.

Amt für Bildung und Kultur

Sachgebiet Schulverwaltung und Kultur - Aufgaben

- Planung, Finanzierung, Bewirtschaftung, Ausstattung sowie Besetzung und Einsatz des sonstigen Personals der in Trägerschaft des Landkreises befindlichen Gymnasien, Schulen mit dem sonderpädagogischen Förderschwerpunkt „Lernen“, Schulen mit dem sonderpädagogischen Förderschwerpunkt „geistige Entwicklung“ und dem Oberstufenzentrum in Zusammenarbeit mit zentralen Ämtern und dem Bauamt der Kreisverwaltung (Kosten 6.146.660 €)
- Organisation und Absicherung der Schülerbeförderung sowie Erstattung notwendiger Fahrtkosten für 6.882 Fahrschüler des Landkreises (Beförderungskosten 3.645.160 €)
- Bearbeitung der Schulkostenbeiträge an die Träger der weiterführenden allgemein bildenden Schulen im Landkreis und an andere Landkreise bzw. kreisfreie Städte im Land Brandenburg (Aufwendungen 2.911.340 €)
- Vergabe von Landesmitteln im Rahmen der Weiterbildungsgrundversorgung an die anerkannten Träger der Erwachsenenbildung nach dem Brandenburgischen Weiterbildungsgesetz (Landesmittel 146.360 €)
- Gewährung von Landeszuschüssen an Berufsschülerinnen und Berufsschüler, die während ihrer theoretischen Ausbildung auswärtig untergebracht werden müssen (Zuschüsse 11.670 €)

Kultur

Die kontinuierliche Ausstellungstätigkeit in der Neuen Galerie in Wünsdorf und im Kreishaus konnte erfolgreich fortgesetzt werden. Es gab verschiedene Ausstellungen der Malerei, Grafik, Plastik, Fotografie und des Kunsthandwerks vorrangig von Künstlern unseres Landkreises, aber auch aus anderen Landkreisen in Brandenburg sowie aus Potsdam und Berlin. Höhepunkte waren die 10. Barnack-Biennale im Kreishaus und die Jahresendausstellung „Akzente 10 – 10 Jahre Neue Galerie“, an der sich 42 Künstler beteiligten. Dort war ein breites Spektrum der Arbeit aller Künstlerinnen und Künstler zu sehen, die sich in den 10 Jahren des Bestehens der Galerie in einer Einzelausstellung präsentiert hatten.

Anfang Mai besuchten zahlreiche Gäste die jährlich stattfindende Aktion „Offene Ateliers“, ein Kooperationsprojekt des Arbeitskreises der Kulturverwaltungen im Land Brandenburg. An diesem Wochenende gibt es die Gelegenheit, Künstler in ihren Ateliers zu besuchen, ihnen bei der Arbeit über die Schulter zu schauen und mit ihnen ins Gespräch zu kommen.

Zur Förderung von Kunst und Kultur wurden zahlreiche Projekte mit insgesamt rund 65.000 € finanziell unterstützt. So u. a. der Theatersommer vom „theater 89“ in Altes Lager, das interkulturelle Brückenfest in Ludwigsfelde, das Fläming-Musik-Festival sowie Ausstellungen und Veranstaltungen zur Lutherdekade und der 8. JüterRock, ein Projekt zur Förderung von Nachwuchsbands, sowie das Interdisziplinäre Kunstprojekt „Die Dinge“ in den Bunkern von Wünsdorf.

Alle zwei Monate erschien der Veranstaltungskalender, der das vielseitige kulturelle Angebot im Landkreis publiziert.

Das Heimatjahrbuch 2014 berichtete über historische und aktuelle Geschehnisse im Landkreis, befasste sich inhaltlich mit Brauchtum und Heimatpflege und trägt so zur Stärkung der regionalen Identität bei.

Diese Aufgaben sind Beiträge zur Förderung von Kunst und Kultur im Landkreis, zur kulturellen Bildung und zur Entwicklung des Kulturtourismus.

Museum des Teltow

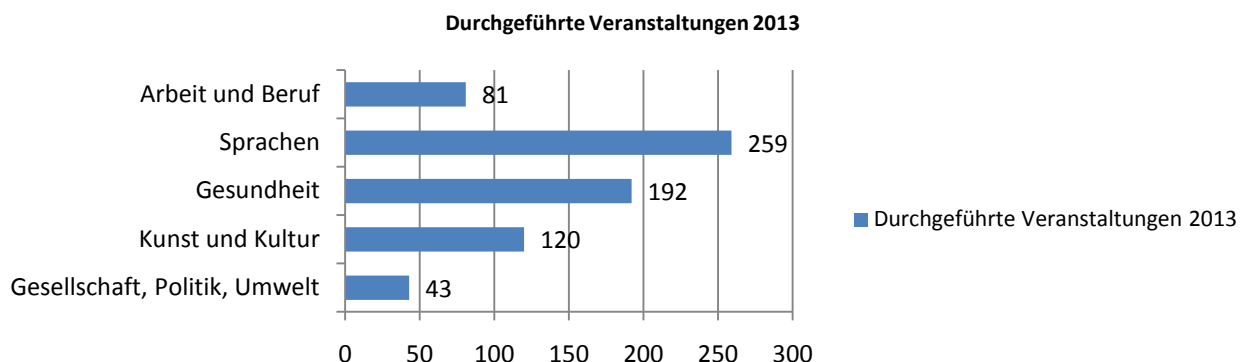
Für das Museum des Teltow sind folgende Ereignisse und Besonderheiten erwähnenswert:

- Sonderausstellungsbereich mit großem Publikumsinteresse: „1813-1913-2013. Kriegereignisse, Erinnerungsstätten, Gedenkkultur im Landkreis Teltow-Fläming“
- verschiedene Sonderausstellungen
- Unterstützung mehrerer regionalgeschichtlicher Projekte
- Mitarbeit in der Projektgruppe „Museum in der Natur“ Dokumentations- und Forschungszentrum Kummersdorf-Gut“
- ursprünglich vom Museum erarbeitete Ausstellungen wurden bzw. werden anderenorts gezeigt
- gut besuchte Vorträge des Museumsleiters außerhalb des Museums
- Sammlungsbestände wurden vielfältig zur Verfügung gestellt und beratend gewirkt; damit wurden u. a. Schulen, Vereine unterstützt
- konkrete Unterstützung von Ortschronisten bzw. Ortschronistengruppen in mehreren Gemeinden des Landkreises, u. a. in Sperenberg und Blankenfelde
- Erarbeitung des Heimatjahrbuches für den Landkreis Teltow-Fläming
- „normale“ museale Tätigkeit – nach museologischen Kriterien sammeln, bewahren, forschen, vermitteln

Volkshochschule Teltow-Fläming

Die Volkshochschule Teltow-Fläming ist eine Erwachsenenbildungseinrichtung in kommunaler Trägerschaft des Landkreises und versteht sich als Partner der regionalen Entwicklung. Sie steht allen Bürgerinnen und Bürgern offen und eröffnet vielfältige Zugänge zur Weiterbildung. Wohnortnahe Lernorte machen die Angebote für alle erreichbar und ermöglichen ein freiwilliges Lernen mit Freude und Zufriedenheit. Als regionaler Bildungspartner arbeitet die Volkshochschule in den Netzwerken „Gesunde Kinder Teltow-Fläming“, im Netzwerk „Kinderschutz“ und in den lokalen Familienbündnissen aktiv mit. Im regionalen Weiterbildungsbeirat ist die Volkshochschule ein verlässlicher Partner in der Kooperation und Zusammenarbeit mit anderen Weiterbildungsträgern der Region.

Die Volkshochschule Teltow-Fläming ist mit einem flächendeckenden, vielfältigen Bildungsangebot ein leistungsstarker Bildungspartner in der Region. Im Jahr wurden insgesamt 758 Veranstaltungen mit 20.150 Unterrichtsstunden durchgeführt, die von 5.800 Teilnehmenden besucht wurden. Dabei leisten die neben- und freiberuflichen Dozentinnen und Dozenten an der Volkshochschule eine hervorragende Lehrtätigkeit.



Die Volkshochschule Teltow-Fläming ist besonders um jene Menschen bemüht, die bislang zu wenig von Weiterbildung profitieren. Mit dem Grundbildungs- und Schulabschlussprogramm leistete die Volkshochschule einen Beitrag gegen Bildungsungerechtigkeit. Es wurden neun Veranstaltungen zum Lesen und Schreiben für Erwachsene in Luckenwalde und in Ludwigsfelde durchgeführt.

Junge Menschen brauchen und verdienen eine zweite Chance. Deshalb ermöglicht die Volkshochschule mit dem Zweiten Bildungsweg jungen Erwachsenen das Nachholen eines Schulabschlusses. Zum Schuljahresende 2012/2013 konnten 60 Absolventen der 10. Klasse mit guten Zeugnissen verabschiedet werden. Für das Schuljahr 2013/2014 meldeten sich 75 junge Menschen zur Erlangung der Fachoberschulreife an.

Die Volkshochschule Teltow-Fläming war stark in der Projektarbeit unterwegs. Neben den Projekten „Alphabetisierung/Grundbildung“ und „Starke Eltern – starke Kinder“, die das Ministerium für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg förderte, wurden folgende Projekte durchgeführt:

Allgemeine Projekte

- DIE MACHT DES WORTES - Gedenkveranstaltung zur Bücherverbrennung – gefördert durch die Landeszentrale für politische Bildung
- Teilnahme an der Kampagne „Haus sanieren – profitieren“ des DBU mit Weiterbildungsmodulen zum energetischen Sanieren und Bauen
- DvV international – Projekt „Globale Betrachtungen zu Rolle und Bild der Frau - eine soziokulturelle Zeitreise - Die Frau (er?)nährt die Welt“
- DvV international - Projekt EP 50+ "Frauenpower in Afrika"

Junge VHS

- Teilnahme am Projekt "Luckis-Muckis", ein sportlich-kulturelles Toleranzprojekt für Jungen und Mädchen zwischen 6 bis 10 Jahren. Organisiert und betreut wird das Camp vom 1. Luckenwalder Sportclub e.V.
- Deutsch intensiv - für Schüler in den Ferien - gefördert über das Landessozialamt
- DVV Talente Campus – Projekt „Gemeinsam lernen wir Deutsch“ und Projekt „In den Ferien kreativ sein - in Bild und Spiel“

Projekte im Zweiten Bildungsweg

- „Kulturen verstehen“ zum Thema der Interkulturalität und Projekt „Emotions international“, gefördert über den KuJP
- Projekt „Kennenlernwoche“ und Projekt „Erfolgreich in die Ausbildung“

Das breite Spektrum der Bildungsberatung durch die Volkshochschule reicht von der konkreten Lernberatung über die Bildungs- und Berufswegebegleitung bis hin zu neuen Formen der Kompetenzfeststellung, z. B. dem ProfilPass®. Die Volkshochschule ist eine Bildungsberatungsstelle für die „Bildungsprämie“. Mit der Bildungsprämie unterstützt das BMBF Erwerbstätige, die sich weiterbilden möchten. Im Jahr 2013 hat die Volkshochschule 53 trägerneutrale Beratungen durchgeführt und Prämiegutscheine für die berufliche Weiterbildung ausgereicht.

Kreismusikschule Teltow-Fläming

Statistische Angaben

- Zum Stichtag 11.12.2013 wurden an der Kreismusikschule insgesamt 1.161 Schüler unterrichtet. 207 davon belegten zusätzlich ein zweites, mitunter auch noch ein drittes Fach (ohne Ensembles!).
- Derzeit unterrichten 17 fest angestellte und 24 freie Mitarbeiter an der Kreismusikschule.
- Der Zulauf ist ungebrochen, zzt. stehen 155 Schüler auf der „Warteliste“.
- In über 150 Veranstaltungen spielten kleine und große Ensembles vor ca. 30.000 Besuchern im gesamten Kreisgebiet auf Einladung von Firmen, Städten und Gemeinden bei Festen, zur Gesellenfreisprechung, in Kirchen und Krankenhäusern, bei Seniorenfeiern, Jubiläen oder Einweihungen u. v. a. m.

Besondere Veranstaltungen im Kreisgebiet

- 25./27. Mai - 2 Aufführungen mit der Kita „Vier Jahreszeiten“ der Volkssolidarität im ausverkauften Stadttheater Luckenwalde
- 8./9. Juni - Turmfest Luckenwalde (Bigband, Keyboard-Orchester, „Blebschaden“, „TonFall“, Trommelfieber“)
- 13. bis 15. Juni - Jubiläumsfeier „800 Jahre Trebbin“ (Keyboard-Orchester, Solisten, „The TwelFes“, „Blebschaden“, „Trommelfieber“, Bigband)
- 23./25. August - Großbeeren „Siegesfeier, Teltow-Fläming 200 Jahre“ (Bigband, „Blebschaden“, „Trommelfieber“)
- 6. September - Dennewitz, Kirche „Gedenkveranstaltung zur Siegesfeier“ („The Soundkids Family“, Solisten)
- 14. September - Jüterbog, „Fürstentag“ („Trommelfieber“, Solisten)
- 21. September - Kreiserntefest („Blebschaden“)
- 9. November - Jubiläumskonzert und Tag der offenen Tür „60 Jahre Musikschule in Jüterbog“
- 7. Dezember - Theater Luckenwalde „Weihnachtskonzert“ (156 Mitwirkende)

Besondere Veranstaltungen außerhalb des Landkreises

- 22./26. Januar - Berlin, „Grüne Woche“ / Einladung des Tourismusverbandes (Bigband, „Trommelfieber“)
- 6. bis 8. September - Stadtfest in Weil a.R. / Einladung der Stadt Trebbin (gefeierte Konzerte der Solisten und Band)
- 21. bis 23. Juni - Landesmusikschultage in Eberswalde („Blebschaden“, Keyboard-Orchester, Bigband, „The TwelFes“)

Kreismedienzentrum

Das Kreismedienzentrum bildet eine Struktureinheit aus Fahrbibliothek, Kreisergänzungsbibliothek und Kreisbildstelle. Diese hat sich auch wie in den vorherigen Jahren sehr positiv bewährt. Aus dem gesamten Medienpool, der eine synergetische Einheit bildet, können die Medien genutzt werden, um die mobile Bibliotheksversorgung durch die Fahrbibliothek im Landkreis zu gewährleisten. Schulen, öffentliche Bibliotheken und andere Bildungseinrichtungen werden mit Medien versorgt.

Wichtige Aktivitäten

- 162 Veranstaltungen sowie gemeinsame, lesefördernde Aktionen mit insgesamt 3.293 Kindern und Erwachsenen
- Kreisentscheid zum 55. Vorlesewettbewerb des Deutschen Buchhandels im Kreishaus, gemeinsam durchgeführt mit der Kreismusikschule
- Teilnahme am Kreiserntefest in Hohenseefeld mit der Fahrbibliothek mit ca. 350 Besuchern
- „Lange Nacht der Bibliotheken“ zum 7. Mal
- Unterzeichnung der Kooperationsverträge mit der Grundschule Glienick, der Grundschule Werbig und dem Kreismedienzentrum
- 98 literarische Veranstaltungen und 20 Bibliothekseinführungen mit insgesamt 2.642 Kindern aus Kindertagesstätten, Schulen und Horten
- 158 Haltepunkte im Landkreis (Orte ohne öffentliche Bibliotheken) wurden im 4-Wochen-Rhythmus bedient mit 19.046 Besuchern in den Standzeiten
- 12 Kitas, 7 Horte, 9 Schulen, Förderschulen und zwei Altenheime wurden angefahren und die Leser mit speziellen und altersgerechten Medien betreut
- Nutzung des Medienpools der Kreisergänzungsbibliothek vorrangig durch die 15 öffentlichen Bibliotheken im Landkreis
- Vierteljährlich lud das Kreismedienzentrum die Leiter der Öffentlichen Bibliotheken des Landkreises und die Landesfachstelle Potsdam zur Kreisarbeitsgemeinschaft, zum Erfahrungsaustausch, zu Fortbildungsveranstaltungen, zur Planung gemeinsamer kreislicher Veranstaltungen wie „Lange Nacht der Bibliotheken im Landkreis Teltow Fläming“ oder Autorenlesereisen ein. Unter anderem fanden Fortbildungsveranstaltungen - vom Kreismedienzentrum organisiert - zum Thema „Spiele als Medienangebot für Kinder, Erwachsene und speziell ältere Nutzer und „Neues vom Buchmarkt“ statt.

In der Kreisbildstelle werden unterrichtsbezogene Lehrmittel in Form von audiovisuellen Medien mit öffentlichen Aufführrechten angeschafft und an 51 Bildungseinrichtungen des Landkreises ausgeliehen. Von der leihweisen Nutzung der Camcorder, Videokameras, Leinwände und Abspielgeräte wird reger Gebrauch gemacht. In diesem Jahr wurde zum dritten Mal das Kinderfilmfest des Landes Brandenburg im Kreishaus für ca. 850 Schüler und Lehrer der 1. – 7. Klassen der Schulen und Kindergartenkinder im Landkreis durchgeführt. Wegen der starken positiven Resonanz der Vorjahre wurde das Filmfest auf 6 Tage erweitert.

Ein besonderer Schwerpunkt war die Einführung der „digitalen Distribution – Bildungsfernsehen online“ für die Lehrkräfte der Schulen über das Portal der Kreisbildstelle. Schulungen hierfür wurden seitens der Kreisbildstelle in Kooperation mit dem IT-Beauftragten des Luckenwalder Gymnasiums angeboten und von den Lehrern rege genutzt.

Die Vorbereitung der Ausleihe von digitalen Medien (E-Medien) war ein weiterer Schwerpunkt. Ihre Ausleihe wird im ersten Quartal 2014 als Zusatzangebot für die Leser der Fahrbibliothek starten. Hervorzuheben sind einige Vorteile: 24-Stunden-Ausleihe, auch am Wochenende; Menschen mit Behinderung oder Berufstätige, die in ihrer Mobilität eingeschränkt sind, haben die Möglichkeit der Ausleihe; keine Rückgabe der Medien notwendig; Herunterladen der Medien von zu Hause auf das private Endgerät.

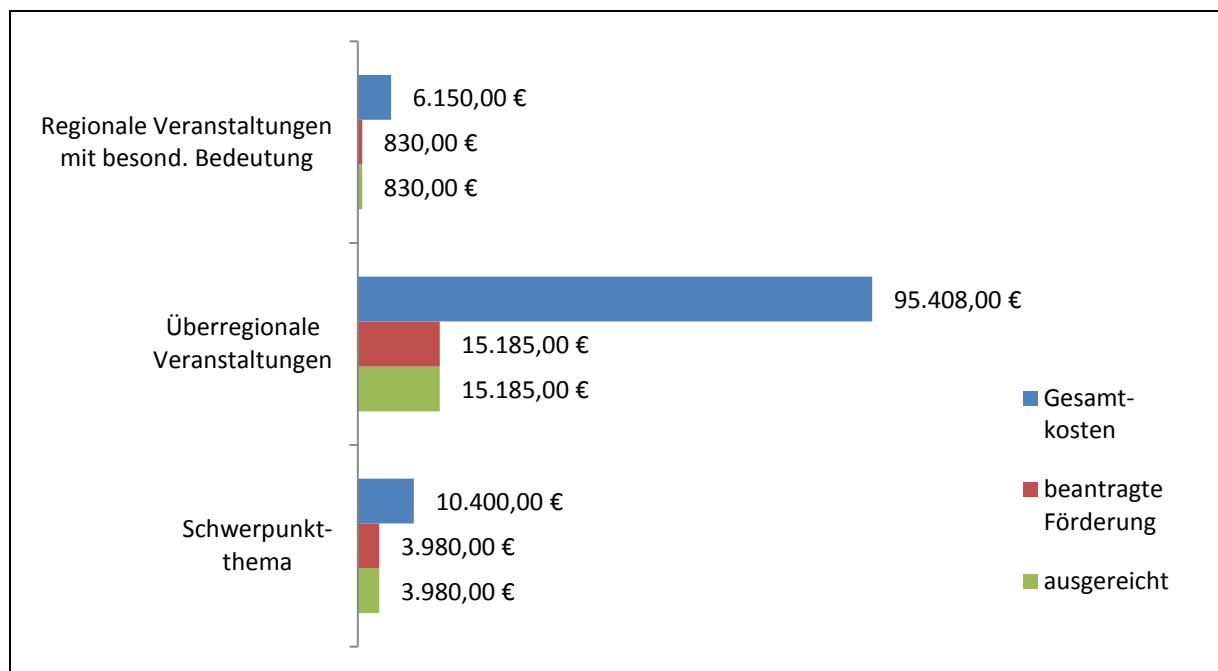
Die Einsicht über die Medienbestände der drei Einrichtungen ist im Internet möglich. In den drei Einrichtungen des Kreismedienzentrums konnten insgesamt 60.226 Entleihungen verzeichnet und 20.430 Besucher gezählt werden.

Förderung des Sports

Jährliches Kernstück der Sportförderung ist nach wie vor die Unterstützung des Geschäftsbetriebes des Kreissportbundes Teltow-Fläming e. V. und der jährliche Zuschuss an den 1. Luckenwalder Sportclub e. V. für Teilnahme an den Bundesligawettkämpfen im Ringen.

186 gemeinnützige Sportvereine sind Mitglied im Kreissportbund Teltow-Fläming e.V. Von den 19.143 gemeldeten Sportler/-innen sind 7.562 Kinder und Jugendliche im Alter von 0 bis 21 Jahren.

31 Sportvereine nutzten die Möglichkeit der diesjährigen Förderung und beantragten Zuwendungen in Höhe von rund 22.000 €. In diesem Jahr konnten 22 Antragssteller berücksichtigt werden.



Ein weiterer Schwerpunkt in der Sportförderung waren die verschiedenen Projekte im Rahmen des für 2013 festgelegten Schwerpunktthemas „Gesundheitssport“. Hier ist beispielsweise die Unterstützung des ersten „Fit-für-die-Enkel-Tages“ in Luckenwalde sowie der Veranstaltung „Sport und Gesundheit für Jung und Alt“ in Jüterbog und die Teilnahme einer Herzsportgruppe am 21. Herzwandertag in Rüdersdorf zu nennen. Darüber hinaus war auch die Schulsportlehrung wieder Bestandteil der Sportförderung.

Einen Zuschuss zu den Gesamtkosten erhielten u. a. Veranstaltungen mit überregionaler Bedeutung wie beispielsweise

- die 1. Bundesliga im Bogenschießen,
- das Internationale Vielseitigkeitsturnier und die Landesmeisterschaft im Vielseitigkeitsreiten in Liepe,
- der Internationale Brandenburg-Cup für Kadetten in Luckenwalde oder
- die 16. Handballwoche in Rangsdorf.

Fester Bestandteil der Sportentwicklung im Landkreis soll neben der Einführung eines jährlichen Sportentwicklungsberichtes auch die Fortsetzung der Zusammenarbeit mit den Kommunen werden. In diesem Jahr fand daher das erste Sportgespräch mit den Kommunen statt. Wie wichtig die interkommunale Kommunikation auf dem Gebiet des Sports ist, zeigte das gemeinsame Interesse an der Lösung der vielschichtigen Probleme.

Untere Denkmalschutzbehörde

Denkmalliste

Im Jahr 2013 wurden von Brandenburgischen Landesamt für Denkmalpflege und archäologischem Landesmuseum im Vergleich zum Vorjahr etwas mehr Gebäude inventarisiert und in die Denkmalliste eingetragen. Aber nach wie vor sind zahlreiche Denkmale noch nicht untersucht und in der Liste verzeichnet, so dass sich für deren Eigentümer oder Käufer Planungsunsicherheiten ergeben. Dies kann vor dem Hintergrund, dass historisch bedeutende Gebäude auch dann den Schutzbestimmungen unterliegen, wenn sie nicht in die Liste eingetragen sind, zu Konflikten führen.

Die Änderungen der Denkmalliste ergeben sich aus den folgenden Tabellen.

Eintragungen in die Denkmalliste 2013

Nr.	Gemeinde / Stadt / Amt	Anschrift/Objekt	Eintragung
1	Großbeeren	Diedersdorf, Dorfstraße 23 Gehöft mit Wohnhaus, zwei Stallgebäuden, Scheune, Hopfpflasterung und straßenseitiger Einfriedung	10.01.2013
2	Luckenwalde	Luckenwalde, Zinnaer Straße 6 Wohnhaus und Hofgebäude	06.02.2013
3	Jüterbog	Jüterbog, Schillerstraße 53, Amtsgericht	18.02.2013
4	Zossen	Zossen, Marktplatz 6 Altes Amtsgericht	21.06.2013
5	Blankenfelde	Blankenfelde, Dorfstraße Kriegerdenkmal	21.06.2013
6	Luckenwalde	Luckenwalde, Bahnhofstraße 11 Papptellerfabrik	01.07.2013
7	Luckenwalde	Luckenwalde, Schützenstraße 9 Villa	15.07.2013
8	Luckenwalde	Luckenwalde, Breite Straße 31 Wohn- und Geschäftshaus mit Seitenflügel	26.08.2013
9	Niedergörsdorf	Seehausen, Seehausen 1 Gehöft bestehend aus Wohnhaus, Torhaus, zwei Stallgebäuden, Remise, Scheune und Hopfpflasterung	04.09.2013
10	Niedergörsdorf	Seehausen, Seehausen 32 Pfarrhaus mit Einfriedung	04.09.2013
11	Niedergörsdorf	Seehausen, Seehausen 31 Taubenhaus	04.09.2013
12	Niedergörsdorf	Seehausen, Seehausen 33 Taubenhaus	04.09.2013
13	Niedergörsdorf	Niedergörsdorf, Dorfstraße 9 Pfarrhaus mit Torpfosten der Einfahrt	05.09.2013
14	Zossen	Zossen, Kirchplatz 11 Wohnhaus	12.09.2013
15	Luckenwalde	Luckenwalde, Baruther Straße 5 Wohnhaus	08.11.2013
16	Luckenwalde	Luckenwalde, Rudolf-Breitscheid-Str. 134/135 Wohnhaus	08.11.2013

Löschungen aus der Denkmalliste 2013

Nr.	Gemeinde / Stadt / Amt	Anschrift/Objekt	gelöscht am
1	Dahme	Illmersdorf 20, Bauhaus/Backofen	08.11.2013
2			

Präzisierungen des Schutzzumfanges 2013

Nr.	Gemeinde / Stadt / Amt	Anschrift	präziierte Bezeichnung	präziiert am
1	Ludwigsfelde	Kerzendorf	Schanzenberg, Begräbnisplatz bestehend aus: Postament des Denkmals für W. Busch; Gedenkstein für gefallene Soldaten und Offiziere sowie Gedenkstein für Major von Wedell auf dem Schanzenberg	22.08.1813

Erweiterungen des Schutzzumfanges 2013

Nr.	Gemeinde / Stadt / Amt	Anschrift	Erweiterte Bezeichnung	präziiert am
1	Zossen	Wünsdorf, Ahornring 7 / Parking	Garnisonslazarett der Infanterie-Schießschule mit Isolierstation	02.08.2013
2	Ludwigsfelde	Siethen, Potsdamer Chaussee 11 / Siethener Dorfstraße 2	Gutsanlage Siethen bestehend aus Herrenhaus , Gutspark sowie Wirtschaftshof mit Verwalterhaus, Schuppen, Rinderstall, Taubenhaus und Hofmauer	30.10.2013

Nachtrag; Beurteilung von Denkmalen 2013

Nr.	Gemeinde / Stadt / Amt	Anschrift	Bezeichnung	Beurteilt am
1	Luckenwalde	Markt 10 / Breite Straße 1-3	Rathaus	05.06.2013
2	Trebbin	Luckenwalder Straße 2	Wohnhaus	19.07.2013

Die Benachrichtigung von Flächeneigentümern, auf deren Grundstücken Bodendenkmale bekannt sind, wurde im Berichtsjahr weiter geführt. Für 67 ortsfeste Bodendenkmale wurden die Eigentümer ermittelt und über den Bodendenkmalstatus informiert. Insgesamt sind von den ca. 1530 archäologischen Fundstellen zum Ende des Jahres 2013 etwa 94 % über Benachrichtigungsschreiben an die Eigentümer oder über öffentliche Bekanntmachung bekanntgegeben.

Eigentümerwechsel

Auch im Jahr 2013 wurden zahlreiche Denkmale verkauft. Allerdings sind in erster Linie Objekte in den Städten angefragt, 2013 vor allem Jüterbog. Besonders erwähnenswert sind der Erwerb der „Schauburg“ durch die Stadt Jüterbog, der Verkauf des Amtshauses („Schloss“) von Zossen und der Verkauf der sogenannten „Expo-Kaserne“ in Jüterbog 2.

Nr.	Gemeinde / Stadt / Amt	Anschrift	Objekt
1	Am Mellensee	Am See 30	Villa
2	Dahme/Mark	Hauptstr. 17 (Teil des Denkmals)	Wohnhaus
3	Jüterbog	Markt 15/16	Wohn- und Geschäftshaus
4		Schillerstr. 51	Kino „Schauburg“
5		Mönchenstr. 31	Wohnhaus
6		Große Str. 78	Wohnhaus
7		Vorstadt Neumarkt 24	Wohnhaus
8		Mönchenstr. 35	Wohnhaus
9		Goethestr. 6	Wohnhaus „Ahlgrimm“
10		Zinnaer Str. 5	Wohnhaus
11		Zinnaer Str. 9	Wohnhaus
12		Zinnaer Str. 10	Wohnhaus
13		Dennewitzer Str. 28	Ziegelofen mit Ziegelarbeiterhaus und Wirtschaftsgebäude
14		Pferdestr. 25	Wohnhaus
15		Werder 15	Gehöft
16		Jüterbog 2, Tauentzienstr. 25, 27, 29	Kaserne („Expo-Kaserne“)
17	Luckenwalde	Breite Str. 27 (Teil des Denkmals)	Wohn- und Geschäftshaus
18		Breite Str. 28 - 30 (Teil des Denkmals)	Wohn- und Geschäftshaus
19		Auf dem Sande 39	Wohnhaus
20		Bahnhofstr. 11	Fabrikgebäude (Pappteller)
21		Alex-Sailer-Str. 11	Wohnhaus
22		Breite Str. 49	Wohnhaus
23		Baruther Str. 38	Wohnhaus
24	Zossen	Baruther Str. 23/Marktplatz 11 (Teil des Denkmals)	Wohnhäuser
25		Kirchstraße	Amtshaus (Schloss) mit
26			Torhaus und Bastionsruine
27		OT Neuhof	Gutshaus

Ersatzvornahmen

Im Vorjahresbericht wurde über den Brand des Neuen Schlosses in Baruth und die Bemühungen der unteren Denkmalschutzbehörde berichtet, das Gebäude vor weiterem Verfall zu schützen. Da das Gebäude herrenlos ist, veranlasste der Kreis schließlich die dringend notwendigen Sicherungsmaßnahmen im Sofortvollzug. Als nächster Schritt wird die Bestellung eines Nachtragsliquidators erforderlich sein, damit die Eigentumsverhältnisse nachhaltig geklärt werden können, das Bauwerk eine Perspektive erhält und der Landkreis seine Kosten der Ersatzvornahme geltend machen kann.

Förderung

Wie im Vorjahr wurden die Mittel für Zuwendungen für Maßnahmen des Denkmalschutzes im Zuge der Haushaltseinsparungen vollständig gestrichen, sodass keine Maßnahme vom Kreis gefördert wurde.

Begonnene, fortgesetzte und erfolgreich abgeschlossene Projekte in Auswahl

➤ Begonnene Vorhaben

- Jüterbog, Zinnaer Str. 6; Sicherung der „Schauburg“,
- Werder, Bahnhof der Königlichen Militäreisenbahn
- Luckenwalde, Heinrichstift und Villa Theaterstr. 16
- Am Mellensee, Klausdorf, Am See 30 Villa
- Neuhoof, Gutshaus
- Zossen, Markt 5 und 6 (ehemalige Post und Amtsgericht) Kirchplatz 7

➤ Fortgesetzte Vorhaben

- Jüterbog, Planeberg1-4, Kloster Zinna, Klosterkirche
- Kirchen in: Dahme (Marien), Baruth (St. Sebastian), Heinsdorf, Niebendorf, Gröben, Schlenzer, Märkisch Wilmersdorf
- Kulturhaus Ludwigsfelde
- Dahme, Rudolf-Breitscheid-Straße 22-24
- Luckenwalde, ehemalige Synagoge (jetzt Neuapostolische Kirche)
- Zossen, Kirchplatz 7

➤ Abgeschlossene Vorhaben:

- Gölsdorf, Bockwindmühle
- Zellendorf, Kirche
- Jüterbog, Stadtbefestigungsanlagen: Neumarkttor und Dammtor
- Dahme, Fachwerkhäuser Töpferstraße 28/29
- Kladorf, Bahnhof
- Luckenwalde, Gottower Str. 59, Brandenburger Str. 35, Parkstr. 5 und Parkstr. 71, Amtsgericht 1. Bauabschnitt, Post- und Güterbahnhof, Brandenburger Str. 35, Feuerweherschlauchturm, Eingangsbauten des Waldfriedhofs
- Altes Schloss in Baruth („Frauenhaus“)

Bodendenkmalpflege

Im Jahr stieg die Zahl archäologischer Untersuchungen im Vergleich zum Vorjahr stark an. Dies war vor allem im Zusammenhang mit der Errichtung von Einfamilienhäusern in Gemeinden zwischen der Berliner Stadtgrenze und dem Autobahnring der Fall. Aber auch in mehreren Dörfern im Fläming nimmt die Zahl von geplanten oder schon realisierten Hausbauten in historischen Dorfkernen zu. Die archäologischen Dokumentationen ließen sich meist baubegleitend realisieren, so dass der Bauablauf ungestört vonstatten ging. Bei außergewöhnlichen Funden wurde in Absprache mit den Bauherren in den Medien aktuell berichtet. Trotz fehlender Möglichkeiten einer finanziellen Förderung gelang es dadurch, die Akzeptanz archäologischer Dokumentationen zu festigen. In allen Fällen wurden Steuerbescheinigungen ausgestellt, sodass die Bauherren diese Kosten geltend machen konnten.

Mehrere größere Baumaßnahmen, die in den kommenden Jahren in Angriff genommen werden, erforderten die Erstellung umfassender denkmalrechtlicher Gutachten/Erlaubnisse:

- Luckenwalde, Neugestaltung des Boulevards mit Neuverlegung diverser Leitungsnetze
- Dahme/Mark, Sanierung der B102, Ortsdurchfahrt mit Neuverlegung diverser Leitungsnetze
- Jüterbog, Sanierung der B102, Ortsdurchfahrt mit Neuverlegung diverser Leitungsnetze
- Dahme/Mark, Fundament- und Fußbodensanierung der Kirche St. Marien.

Die meisten dieser Großvorhaben werden in den Jahren 2014 und 2015 realisiert. Dabei sind umfangreiche archäologische Dokumentationsmaßnahmen zu erwarten.

Die archäologische Denkmalpflege im Landkreis wird durch ehrenamtliche Helfer unterstützt. Derzeit sind 17 Bürgerinnen und Bürger als ehrenamtliche Beauftragte für Denkmalpflege berufen und werden durch die Untere Denkmalschutzbehörde betreut. Sie untersuchen und kartieren in ihrer Freizeit bekannte archäologische Fundstellen und sammeln dort Oberflächenfunde wie Feuersteingeräte oder Tonscherben. In den vergangenen Jahren gelang es, durch die Betreuung von Schüler- und Studienpraktikanten auch junge Leute für dieses Ehrenamt zu gewinnen.

Öffentlichkeits- und Vereinsarbeit

Auch dieses Jahr wurde der Denkmalpflegepreis des Landkreises nicht vergeben. Da in den zurückliegenden Jahren gelegentlich Kritik an der Vergaberichtlinie geäußert wurde, die sich z. B. auf fehlende Beteiligung der Kreistagsabgeordneten und der Öffentlichkeit bezog, wurde die Richtlinie zur Ehrung mit dem Denkmalpflegepreis des Landkreises überarbeitet und in ihrer Neufassung am 17. Juni vom Kreistag beschlossen.

Um die Herausgabe des Denkmalkalenders möglich zu machen, wurde ein ungewöhnlicher Weg beschritten. Der Verein Fotografie Rangsdorf e. V. bot dankenswerterweise Unterstützung an. Die Fotos wurden ohne Honorar zur Verfügung gestellt, die Druckkosten vom Verein in Vorkasse übernommen. Im Gegenzug hat die untere Denkmalschutzbehörde den Verkauf übernommen und erstattet dem Verein aus dem Verkaufserlös die Druckkosten. Der Kalender wurde dieses Jahr sehr gut verkauft.

Der Kalender inspirierte noch zu einer weiteren Idee: dem „Denkmal des Monats“. Analog zu den Kalenderblättern gab es jeden Monat für die Presse einen kleinen Aufsatz zum jeweiligen Denkmal. Die Presse nahm erfreulicherweise die Texte sehr bereitwillig entgegen und in ihr Programm auf.

Mit großem Interesse verfolgt die Presse auch Neuigkeiten aus der Bodendenkmalpflege. Zahlreiche Presseartikel informierten aktuell über archäologische Funde und Ausgrabungen bei aktuellen Baumaßnahmen. Aufgrund der aktiven Öffentlichkeitsarbeit ist die Akzeptanz der archäologischen Denkmalpflege in unserem Landkreis recht hoch.

Der Archäologentag des Landkreises fand am 27. Januar in Altes Lager (Das Haus) statt. 130 interessierte Teilnehmer verfolgten die Vorträge über Funde, Ausgrabungen und Forschungen des Vorjahres, die einen Bogen von der Steinzeit bis zur Neuzeit spannten.

Im März fand zum zweiten Mal das „Denkmalforum“ statt, dieses Mal in der „Bibliothek im Bahnhof“ Luckenwalde. Die Veranstaltung wurde von der unteren Denkmalschutzbehörde ins Leben gerufen, um der interessierten Öffentlichkeit die Gelegenheit zu geben, sich unmittelbar und objektiv über abgeschlossene Verfahren, die Belange des Denkmalschutzes oder wichtige Forschungsergebnisse zu informieren. Im Wort „Forum“, aus dem Lateinischen für „Markt“ entlehnt, soll sich das Ziel des Austauschs mit den Besuchern ausdrücken. Es geht nicht um Belehrung, sondern um Diskussion. Ziel ist auch, dem in den Medien oft verzerrten Bild von der Arbeit der Denkmalschutzbehörde mit sachlicher Information zu begegnen.

Ebenfalls im März wurde im Foyer des Kreishauses die Ausstellung „Maßgeschneidert - energetische Ertüchtigung von Baudenkmalen“ gezeigt. Sie ist eine Wanderausstellung, die aus dem gesamten Bundesgebiet gelungene Beispiele zeigt. Gerade für denkmalgeschützte Gebäude sind zur Energieeinsparung individuelle Lösungswege zu finden. Die Ausstellung gab wichtige Anregungen auch für Bauherren und Architekten, über die Vielfalt der Möglichkeiten nachzudenken.

Der Tag des offenen Denkmals wurde auch dieses Jahr von der unteren Denkmalschutzbehörde begleitet. Wie immer haben Eigentümer und Vereine in unserem Landkreis sehr bereitwillig mitgewirkt, und das Interesse der zahlreichen Besucher ist kontinuierlich sehr hoch.

Abrisse und Unglücksfälle

Auch in diesem Jahr wurden denkmalgeschützte Gebäude durch Brand schwer beschädigt. Betroffen sind zwei Gebäude in Sperenberg, die zu dem international bedeutenden Denkmal „Heeresversuchsstelle Kummersdorf-Gut“ gehören. Es handelt sich um Gebäude der Kaiserzeit, also des ausgehenden 19. Jahrhunderts im Eigentum des Landes Brandenburg.

Ein erneuter Abrissantrag der Gemeinde Niederer Fläming für die Gutsarbeiterhäuser Hohenahlsdorf ist in Bearbeitung.

Projektgruppe Kummersdorf

Seit ihrer Gründung im Januar 2009 präsentiert die Projektgruppe ihre Arbeitsergebnisse jedes Jahr im November öffentlich. In diesem Jahr fand die Veranstaltung im Kreistagssaal in Luckenwalde statt. Ziel war, besonders die Abgeordneten des Kreistags anzusprechen. Erfreulicherweise hat die Veranstaltung ca. 120 Besucher angezogen, und am Ende wurde die Gelegenheit zur Diskussion auch von vielen Teilnehmern genutzt.

Um das Denkmal, das sich auf einer Fläche von über 2000 Hektar erstreckt, in seiner Vielfalt und Bedeutung kennenzulernen, wurde zur Präsentation am 27. November auch eine Ausstellung eröffnet, die Fotos der verschiedenen Objekte aus fünf Zeitschichten zeigt. Die Ausstellung wurde aus Mitteln der MBS gefördert. Sie wurde so konzipiert, dass sie an verschiedenen Orten gezeigt werden kann. Geplant ist, sie u. a. in der Vertretung des Landes Brandenburg beim Bund in Berlin zu präsentieren.

Die ehemalige WGT-Liegenschaft Kummersdorf-Gut ist im Frühjahr 2012 vom Bund in das Eigentum des Landes Brandenburg übergegangen; nur geringe Teilflächen sind im Eigentum des Bundes verblieben. Leider wurde die von der BBG angekündigte Sicherung von zwei Gebäuden, dem Casino und der Kommandantenvilla, nicht in diesem Jahr umgesetzt.